



Bundesministerium  
der Finanzen

Das Ministerium



# Monatsbericht des BMF 2006

Januar

**Februar**

März

April

Mai

Juni

Juli

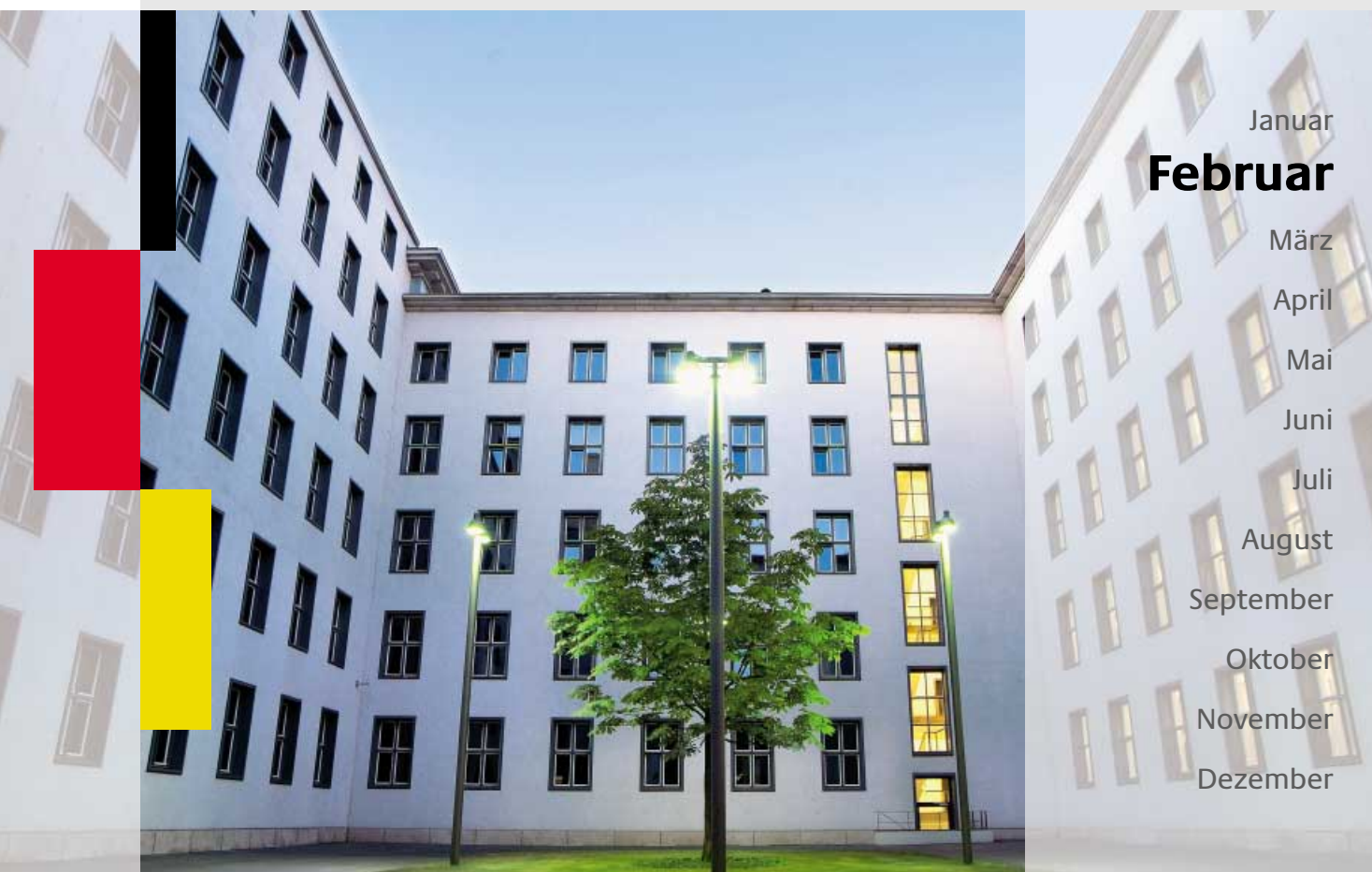
August

September

Oktober

November

Dezember





# Monatsbericht des BMF Februar 2006



# Inhaltsverzeichnis

<b>Editorial .....</b>	<b>7</b>
<b>Übersichten und Termine .....</b>	<b>9</b>
Finanzwirtschaftliche Lage .....	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes .....	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht .....	22
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik .....	27
Entwicklung der Länderhaushalte Januar bis Dezember 2005 .....	31
Termine .....	34
<b>Analysen und Berichte .....</b>	<b>37</b>
Abschluss des Bundeshaushalts 2005 – Ist-Bericht .....	39
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 4. Quartal 2005 und im Jahr 2005 .....	67
Reformieren, investieren, Zukunft gestalten – Politik für mehr Arbeit in Deutschland .....	71
Kapitalstock: Berechnungsmethoden und Entwicklung im internationalen Vergleich .....	79
Produktpiraterie – eine wachsende Gefahr für die Volkswirtschaft .....	87
<b>Statistiken und Dokumentationen .....</b>	<b>95</b>
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung .....	98
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte .....	118
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung .....	122

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monats-  
berichts sind für Anregungen und Kritik dankbar.  
Bundesministerium der Finanzen  
Redaktion Monatsbericht  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin  
<http://www.bundesfinanzministerium.de> oder  
<http://www.bmf.bund.de>  
[Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de](mailto:Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de)

## Editorial

### Liebe Leserinnen und Leser,

trotz der vorübergehenden Wachstumspause im 4. Quartal des letzten Jahres befindet sich die deutsche Wirtschaft zu Beginn des Jahres 2006 im Aufwind. Die Bundesregierung geht deshalb weiterhin davon aus, dass sich die Konjunkturerholung im laufenden Jahr fortsetzen wird. Nach der Projektion des Jahreswirtschaftsberichts dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt etwa um 1 ½ % (spitz gerechnet 1,4 %) zunehmen, nach 0,9 % im vergangenen Jahr. Mit der günstigeren konjunkturellen Entwicklung wird sich auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt im Verlauf dieses Jahres verbessern. Die wirtschafts- und finanzpolitische Strategie der Bundesregierung umfasst ein Paket an Maßnahmen auf verschiedenen Handlungsfeldern. Eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Jahre bleibt für den Bereich der Finanzpolitik die Sicherstellung und Verbesserung der langfristigen Tragfähigkeit und der Qualität der öffentlichen Finanzen.

Dies unterstreicht auch der Abschluss des Bundeshaushalts 2005. Danach beliefen sich die Ausgaben des Bundes auf 259,8 Mrd. €. Die Einnahmen summierten sich auf 228,4 Mrd. €. Daraus ergibt sich ein Finanzierungssaldo von – 31,4 Mrd. € für das Jahr 2005. Zwar ist die Nettokreditaufnahme im Jahr 2005 um 8,3 Mrd. € niedriger als im Jahr zuvor, dennoch wurde der geplante Wert um 9,2 Mrd. € deutlich überschritten. Diese Zahlen verdeutlichen die angespannte Lage des Bundeshaushalts und die Notwendigkeit einer konsequenten, nachhaltigen Konsolidierung.

Die bei Bund und Ländern eingegangenen Steuereinnahmen für das Jahr 2005 betrugen 415,4 Mrd. €, das sind 5,8 Mrd. € bzw. 1,4 % mehr als im Jahr 2004. Insbesondere die Einnahmen



im Dezember haben dazu beigetragen, dass das Steueraufkommen des Jahres 2005 die Ergebnisse der Steuerschätzung vom November übertraf. Aus der deutlich positiven Entwicklung der Körperschaftsteuer (+ 24,5 % gegenüber 2004) lässt sich eine verbesserte Gewinnsituation der Unternehmen ablesen. Demgegenüber haben sich die Umsatzsteuereinnahmen mit + 1,7 % im Jahr 2005 relativ schwach entwickelt. Eine durchgreifende Besserung des privaten Konsums ist hieraus noch nicht erkennbar.

Bereits im Monatsbericht Oktober 2005 wurde die Entwicklung von Investitionen und Kapitalstock in Deutschland dargestellt. Der Beitrag in diesem Monatsbericht beleuchtet diese Thematik im internationalen Vergleich. Dabei wird auf methodische Probleme bei einem solchen Vergleich hingewiesen. Außerdem ist eine isolierte Betrachtung des Kapitalstocks nur bedingt aussagefähig, denn bei der Bewertung unterschiedlicher Entwicklungstendenzen nach Ländern ist beispielsweise der jeweiligen Bevölkerungsentwicklung bzw. der Entwicklung der Erwerbspersonen Rechnung zu tragen.

In den letzten Jahren haben die negativen Effekte von Produktpiraterie an Bedeutung gewonnen und sich zunehmend zu einer ernstesten wirtschaftlichen Bedrohung entwickelt, insbesondere für die hoch entwickelten Volkswirtschaften. Der Weltmarkt wird inzwischen

nicht mehr nur mit gefälschten Markenartikeln im Bereich der Kosmetik oder Bekleidung überschwemmt. Durch die Fälschung von Ersatzteilen für Flugzeuge und Autos oder von Medikamenten kann es sogar zu einer Gefährdung der Sicherheit und Gesundheit kommen. Die deutsche Zollverwaltung beteiligt sich deshalb sehr aktiv an einer Erweiterung und Verbesserung der Kooperation in der

Europäischen Union sowie der Weltzollorganisation auf diesem Gebiet.



Dr. Thomas Mirow  
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen





## Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage .....	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes .....	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht .....	22
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik .....	27
Entwicklung der Länderhaushalte Januar bis Dezember 2005 .....	31
Termine .....	34



## Finanzwirtschaftliche Lage

Bis zur Verkündung des Haushaltsgesetzes 2006 gelten die Regeln der vorläufigen Haushaltsführung nach Artikel 111 Grundgesetz. Da zum Redaktionsschluss des Monatsberichts des BMF

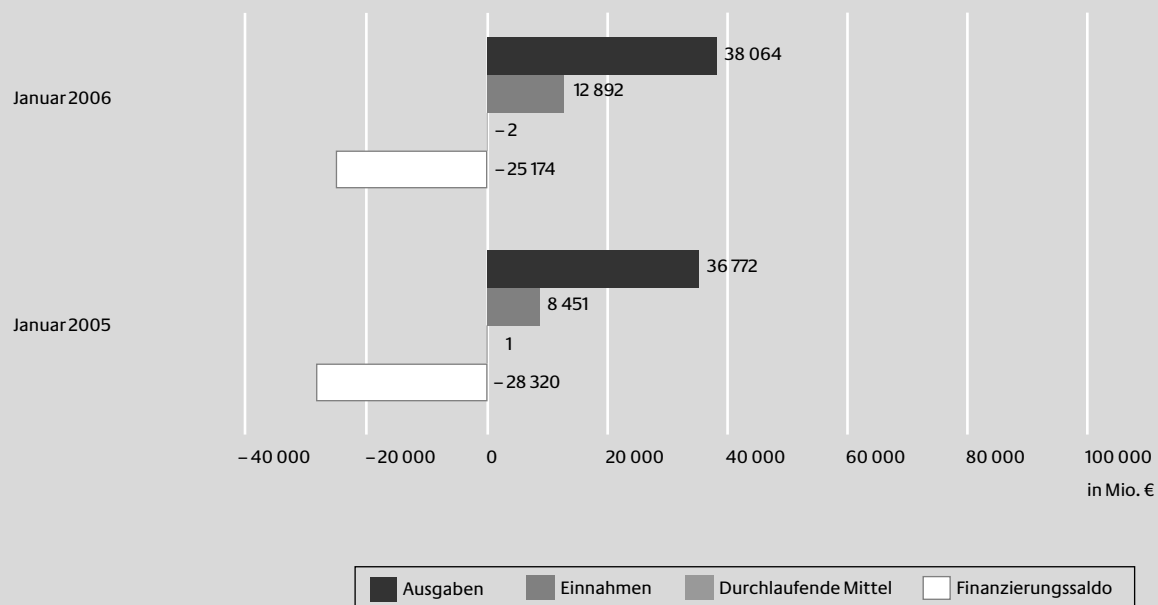
die Sollzahlen des Regierungsentwurfs zum Haushalt 2006 noch nicht vorlagen, sind in dieser Ausgabe die Tabellen und Grafiken zum laufenden Bundeshaushalt ohne Sollwerte angegeben.

### Entwicklung des Bundeshaushalts

	Ist-Entwicklung <sup>1</sup> Januar 2006
Ausgaben (Mrd. €)	38,1
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	3,5
Einnahmen (Mrd. €)	12,9
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	52,5
Steuereinnahmen (Mrd. €)	11,4
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	57,7
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	- 25,2
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	- 15,7
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	0,1
Nettokreditaufnahme/aktueller Finanzmarktsaldo (Mrd. €)	- 9,6

<sup>1</sup> Buchungsergebnisse.

### Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



Die Kennzahlen zum Bundeshaushalt werden voraussichtlich Ende der 8. Kalenderwoche auf der Homepage des BMF veröffentlicht.

Die Aussagekraft der Zahlen zum Bundeshaushalt ist zu Jahresbeginn noch gering. Eine belastbare Vorhersage zum weiteren Jahresverlauf lässt sich weder aus den einzelnen Positio-

nen noch aus dem derzeitigen Finanzierungssaldo von – 25,2 Mrd. € ableiten.

Die Ausgaben haben im Januar mit 38,1 Mrd. € das Vorjahresergebnis um 1,3 Mrd. € (3,5 %) überschritten. Überwiegend aufgrund derzeit noch geringerer Eigenmittelabführungen an die EU, die haushaltstechnisch bei den Steuereinnahmen

## Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist-Entwicklung Januar 2006		Ist-Entwicklung Januar 2005		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Allgemeine Dienste	5 243	13,8	4 942	13,4	6,1
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	915	2,4	817	2,2	12,0
Verteidigung	3 012	7,9	2 766	7,5	8,9
Politische Führung, zentrale Verwaltung	693	1,8	732	2,0	– 5,3
Finanzverwaltung	214	0,6	235	0,6	– 8,9
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	768	2,0	717	1,9	7,1
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	3	0,0	0	0,0	–
BAföG	184	0,5	198	0,5	– 7,1
Forschung und Entwicklung	348	0,9	365	1,0	– 4,7
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	17 179	45,1	17 298	47,0	– 0,7
Sozialversicherung	11 455	30,1	11 484	31,2	– 0,3
Arbeitslosenversicherung	885	2,3	0	0,0	–
Grundsicherung für Arbeitssuchende	3 111	8,2	2 388	6,5	30,3
darunter: Arbeitslosengeld II	2 464	6,5	1 834	5,0	34,4
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	307	0,8	186	0,5	65,1
Wohngeld	53	0,1	87	0,2	– 39,1
Erziehungsgeld	234	0,6	238	0,6	– 1,7
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	313	0,8	421	1,1	– 25,7
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	63	0,2	66	0,2	– 4,5
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	61	0,2	119	0,3	– 48,7
Wohnungswesen	48	0,1	110	0,3	– 56,4
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	1 782	4,7	1 151	3,1	54,8
Regionale Förderungsmaßnahmen	26	0,1	35	0,1	– 25,7
Kohlenbergbau	1 582	4,2	914	2,5	73,1
Gewährleistungen	38	0,1	92	0,3	– 58,7
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	627	1,6	463	1,3	35,4
Straßen (ohne GVFG)	272	0,7	202	0,5	34,7
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	295	0,8	305	0,8	– 3,3
Bundeseisenbahnvermögen	149	0,4	159	0,4	– 6,3
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	76	0,2	121	0,3	– 37,2
Allgemeine Finanzwirtschaft	12 047	31,6	11 711	31,8	2,9
Zinsausgaben	11 956	31,4	11 620	31,6	2,9
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>38 064</b>	<b>100,0</b>	<b>36 772</b>	<b>100,0</b>	<b>3,5</b>

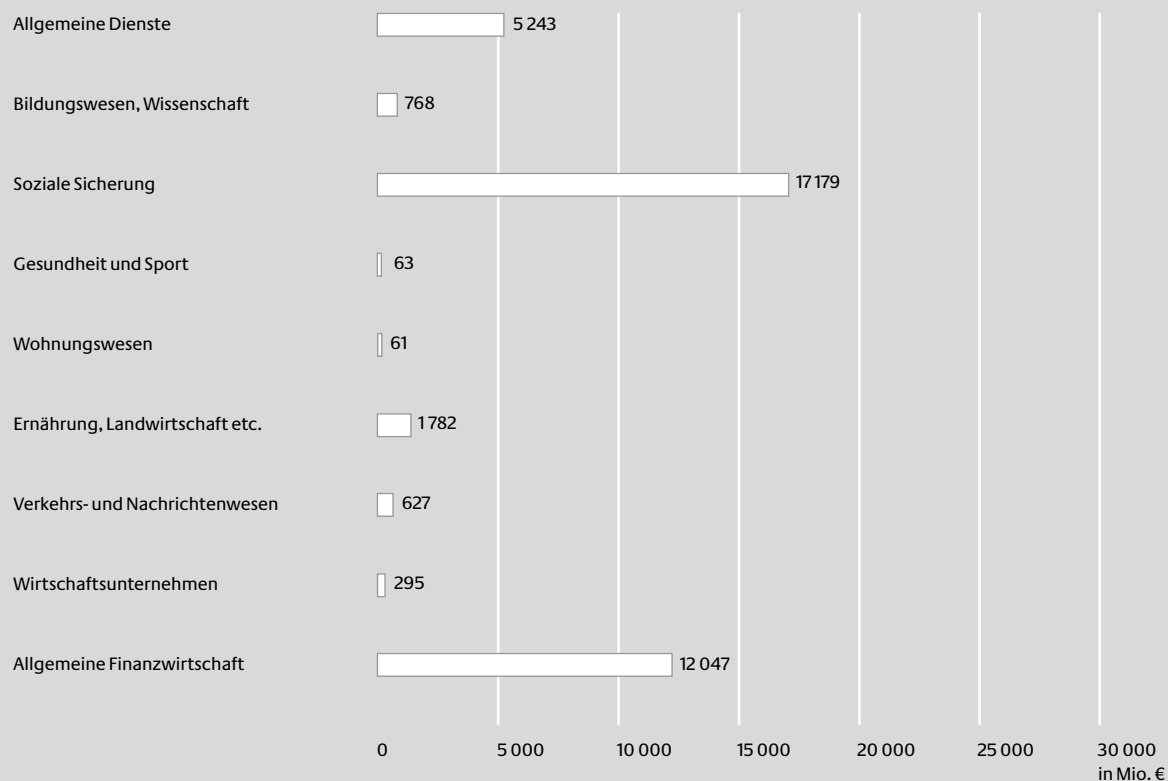
als Negativbeträge veranschlagt werden, liegt der Januarwert bei den Steuereinnahmen mit 11,4 Mrd. € deutlich über dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums (57,7 %). Konjunkturelle Einflüsse (also Mehreinnahmen) lassen sich daraus nicht herleiten. Da ein Teil der für dieses

Jahr eingeplanten Verwaltungseinnahmen bereits im Januar vereinnahmt werden konnte, liegt der Januarwert hier um 22,1 % höher als im Vorjahr. Die Einnahmen des Bundes insgesamt lagen mit 12,9 Mrd. € um 4,4 Mrd. € über dem Vorjahresergebnis.

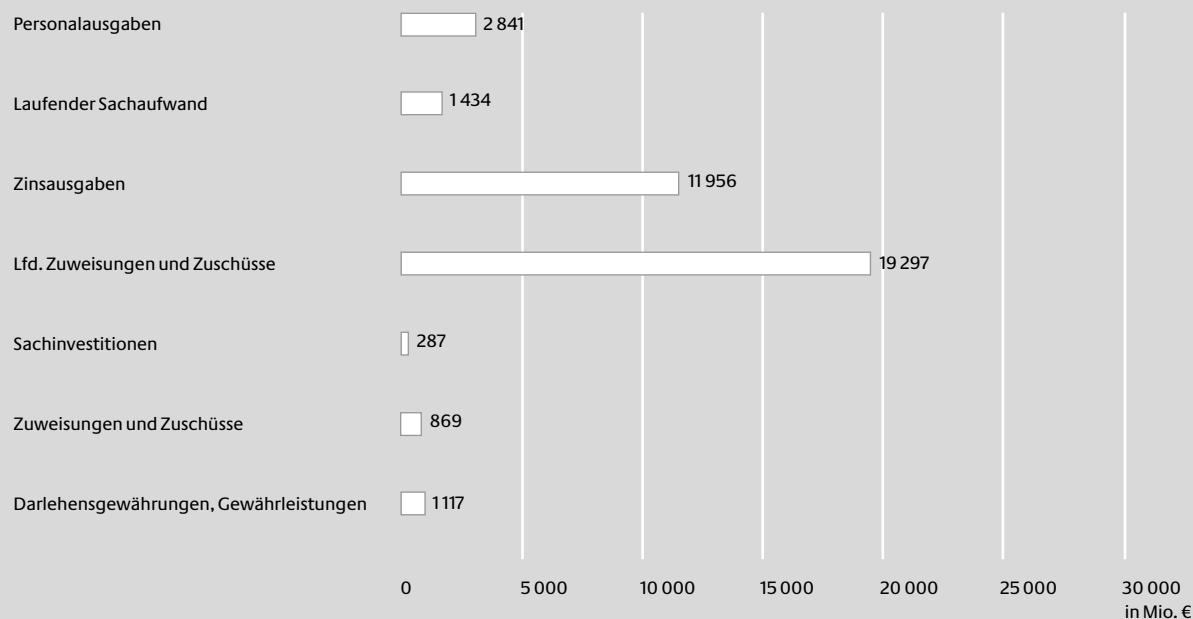
## Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist-Entwicklung Januar 2006		Ist-Entwicklung Januar 2005		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
<b>Konsumtive Ausgaben</b>	<b>35 590</b>	<b>93,5</b>	<b>35 286</b>	<b>96,0</b>	<b>0,9</b>
Personalausgaben	2 841	7,5	2 822	7,7	0,7
Aktivbezüge	2 007	5,3	2 003	5,4	0,2
Versorgung	834	2,2	819	2,2	1,8
Laufender Sachaufwand	1 434	3,8	1 093	3,0	31,2
Sächliche Verwaltungsaufgaben	77	0,2	53	0,1	45,3
Militärische Beschaffungen	803	2,1	570	1,6	40,9
Sonstiger laufender Sachaufwand	554	1,5	469	1,3	18,1
Zinsausgaben	11 956	31,4	11 620	31,6	2,9
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	19 297	50,7	19 694	53,6	- 2,0
an Verwaltungen	803	2,1	806	2,2	- 0,4
an andere Bereiche	18 567	48,8	18 899	51,4	- 1,8
darunter:					
Unternehmen	2 381	6,3	1 424	3,9	67,2
Renten, Unterstützungen u.a.	3 108	8,2	4 178	11,4	- 25,6
Sozialversicherungen	12 636	33,2	12 830	34,9	- 1,5
Sonstige Vermögensübertragungen	63	0,2	56	0,2	12,5
<b>Investive Ausgaben</b>	<b>2 473</b>	<b>6,5</b>	<b>1 486</b>	<b>4,0</b>	<b>66,4</b>
Finanzierungshilfen	2 186	5,7	1 245	3,4	75,6
Zuweisungen und Zuschüsse	869	2,3	857	2,3	1,4
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	1 117	2,9	201	0,5	455,7
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	200	0,5	187	0,5	7,0
Sachinvestitionen	287	0,8	241	0,7	19,1
Baumaßnahmen	200	0,5	150	0,4	33,3
Erwerb von beweglichen Sachen	43	0,1	45	0,1	- 4,4
Grunderwerb	44	0,1	47	0,1	- 6,4
<b>Globalansätze</b>	<b>0</b>		<b>0</b>		
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>38 064</b>	<b>100,0</b>	<b>36 772</b>	<b>100,0</b>	<b>3,5</b>

## Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar 2006



## Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar 2006



## Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Ist-Entwicklung Januar 2006		Ist-Entwicklung Januar 2005		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
<b>I. Steuern</b>	<b>11 410</b>	<b>88,5</b>	<b>7 237</b>	<b>85,6</b>	<b>57,7</b>
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	10 837	84,1	10 379	122,8	4,4
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	4 314	33,5	4 091	48,4	5,5
davon:					
Lohnsteuer	2 896	22,5	2 900	34,3	- 0,1
veranlagte Einkommensteuer	- 43	- 0,3	- 124	- 1,5	- 65,3
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	462	3,6	487	5,8	- 5,1
Zinsabschlag	927	7,2	919	10,9	0,9
Körperschaftsteuer	72	0,6	- 92	- 1,1	-
Steuern vom Umsatz	6 514	50,5	6 278	74,3	3,8
Gewerbesteuerumlage	9	0,1	9	0,1	0,0
Mineralölsteuer	- 215	- 1,7	- 222	- 2,6	- 3,2
Tabaksteuer	473	3,7	334	4,0	41,6
Solidaritätszuschlag	774	6,0	745	8,8	3,9
Versicherungsteuer	461	3,6	449	5,3	2,7
Stromsteuer	436	3,4	487	5,8	- 10,5
Branntweinabgaben	32	0,2	31	0,4	3,2
Kaffeesteuer	41	0,3	93	1,1	- 55,9
Ergänzungszuweisungen an Länder	0	0,0	0	0,0	-
BNE-Eigenmittel der EU	- 553	- 4,3	- 3 715	- 44,0	- 85,1
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	- 282	- 2,2	- 759	- 9,0	- 62,8
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 597	- 4,6	- 588	- 7,0	1,5
<b>II. Sonstige Einnahmen</b>	<b>1 482</b>	<b>11,5</b>	<b>1 214</b>	<b>14,4</b>	<b>22,1</b>
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	19	0,1	20	0,2	- 5,0
Zinseinnahmen	- 23	- 0,2	14	0,2	-
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	636	4,9	233	2,8	173,0
<b>Einnahmen zusammen</b>	<b>12 892</b>	<b>100,0</b>	<b>8 451</b>	<b>100,0</b>	<b>52,5</b>

## Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Januar 2006

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) stiegen im Januar 2006 um + 6,6 %. Dabei nahmen die gemeinschaftlichen Steuern um + 4,2 %, die Bundessteuern um + 4,5 % und die Ländersteuern um + 40,6 % zu. Der starke Anstieg bei den Ländersteuern ist auf zwei Sondereffekte zurückzuführen: Zum einen hat die Abschaffung der Eigenheimzulage zu Vorzieheffekten beim Grunderwerb geführt, die sich in einem Anstieg der Grunderwerbsteuer um + 41,7 % niederschlagen. Zum anderen führt die Einbeziehung von bisher steuerbefreiten PKW in die Besteuerung zu einem Zuwachs von + 70,2 % bei der Kraftfahrzeugsteuer.

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) verbesserten sich im Januar mit + 56,1 % gegenüber dem Vorjahr sehr stark. Ursächlich hierfür ist die im Vergleich zum Vorjahresmonat um – 3,6 Mrd. € geringere Abführung von EU-Eigenmitteln. Im Februar wird sich hier voraussichtlich das umgekehrte Ergebnis mit einem starken Zuwachs bei den an die EU zu überweisenden Eigenmitteln einstellen.

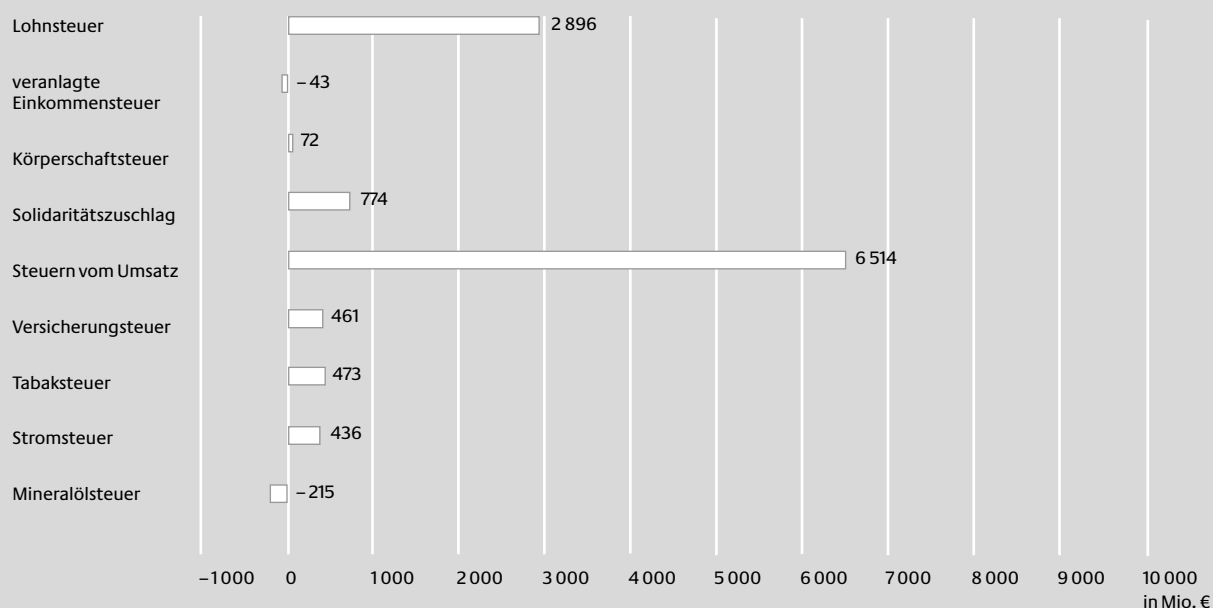
Die Einnahmen aus der Lohnsteuer stiegen im Januar um + 0,9 %, obwohl sich die Tarifsenkung zum 1. Januar 2005 letztmals bemerkbar machte, denn im Januar werden die Steuern auf die Löhne des Monats Dezember vereinahmt. Im Vorjahr hatte diese Tarifsenkung jedoch eine Verlagerung flexibler Lohnbestandteile vom Dezember 2004 in den Januar 2005 induziert und so das Lohnsteueraufkommen im Januar verringert.

Das Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer verbesserte sich im Vorjahresvergleich um 180 Mio. €, obwohl die aus dem Einkommensteueraufkommen gezahlten Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer knapp 100 Mio. € höher ausfielen als im Vorjahr.

Bei der Körperschaftsteuer wurden Einnahmen in Höhe von 144 Mio. € erzielt. Damit liegt das Ergebnis um gut 300 Mio. € über dem Vorjahresresultat. Wie auch bei der veranlagten Einkommensteuer deutet dies auf die nach wie vor ausgezeichnete Gewinnsituation der Unternehmen hin.

Die Aufkommensentwicklung bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag ist sehr starken Schwankungen unterworfen. Während im Dezember 2005 dreieinhalbmal so viel Steuerein-

### Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar 2006





nahmen wie im Dezember 2004 erzielt wurden, war im Januar 2006 ein Rückgang um – 5,2 % zu konstatieren.

Beim Zinsabschlag ist seit einiger Zeit ein leicht aufwärts gerichteter Trend zu beobachten. Im Januar nahm das Aufkommen im Vergleich zum Vorjahresmonat um + 0,8 % zu.

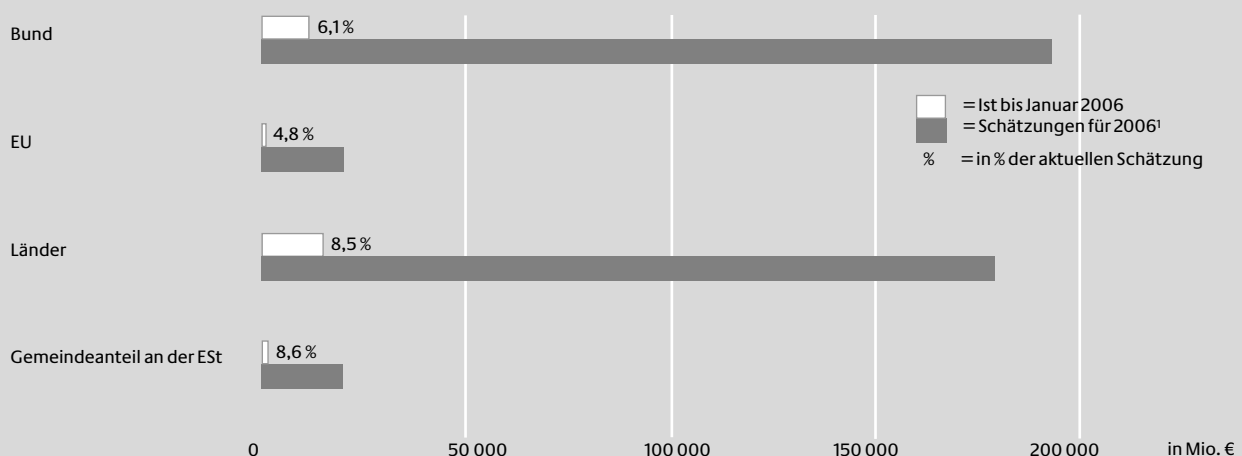
Die Steuern vom Umsatz stiegen um + 3,4 %, wobei die Entwicklung von Umsatzsteuer und Einfuhrumsatzsteuer wie schon in den Vormonaten sehr unterschiedlich verlief. Während die Einfuhrumsatzsteuer auf Importe aus Nicht-EU-Staaten zweistellig um + 15,7 % zulegte, stagnierte das Aufkommen der Umsatzsteuer bei nach wie vor schwacher Binnennachfrage (+ 0,5 %).

Das Aufkommen der reinen Bundessteuern ist im Januar jedes Jahres schwach, vor allem, weil es im Januar keinen Zahlungstermin für Mineralölsteuer gibt, da dieser in den Dezember des Vorjahres vorgezogen wurde. Dies erklärt das negative Aufkommen der Mineralölsteuer, bei der lediglich Erstattungen ausgezahlt wurden, die, wie im Vorjahr, ein Volumen von gut 200 Mio. € hatten. Die Tabaksteuereinnahmen stiegen unerwartet kräftig um + 41,7 %, wobei allerdings auch für diese Steuer der Januar traditionell ein schwacher Monat ist. Leichte Zu-

wächse gab es auch bei der Branntweinsteuer (+ 4,7 %), der Versicherungsteuer (+ 2,7 %) und beim Solidaritätszuschlag (+ 3,9 %). Die Stromsteuer hingegen verfehlte ihr Vorjahresergebnis deutlich (– 10,5 %).

Die reinen Ländersteuern verzeichneten einen kräftigen Anstieg um + 40,6 %. Ursächlich hierfür waren in erster Linie – wie oben bereits angesprochen – zwei Sonderfaktoren: Infolge der Einbeziehung bisher steuerbefreiter schadstoffarmer PKW in die Besteuerung zum 1. Januar 2006 lag das Kraftfahrzeugsteueraufkommen im Januar um + 70,2 % über dem Vorjahresergebnis. Die Wirkung der Steuerrechtsänderung verteilt sich nicht, wie etwa bei der Veränderung von Steuersätzen, auf das gesamte Jahr, sondern fällt konzentriert im Januar an. Der zweite Sondereffekt resultiert aus der Abschaffung der Eigenheimzulage. Um die Zulage noch in Anspruch zu nehmen, hatten viele Käufer den Erwerb von Grundstücken in das Jahr 2005 vorgezogen, was im Januar 2006 zu einem Anstieg der Grunderwerbsteuer um + 41,7 % geführt hat. Im Übrigen hielten sich Zuwächse wie bei der Rennwett- und Lotteriesteuer (+ 7,6 %) und Rückgänge wie bei der Erbschaftsteuer (– 4,0 %) die Waage.

## Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar 2006



<sup>1</sup> Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ (November 2005).

## Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (Vorläufige Ergebnisse)<sup>1</sup>

2006	Januar	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2006	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. € <sup>4</sup>	in %
<b>Gemeinschaftliche Steuern</b>				
Lohnsteuer <sup>2</sup>	10 144	0,9	120 100	1,0
veranlagte Einkommensteuer	– 112		11 255	15,3
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	924	– 5,2	9 760	– 1,9
Zinsabschlag	2 106	0,8	6 982	– 0,1
Körperschaftsteuer	144		16 550	1,3
Steuern vom Umsatz	12 352	3,4	142 200	1,8
Gewerbesteuerumlage	71	53,5	3 132	– 12,7
erhöhte Gewerbesteuerumlage	72		2 620	– 0,4
<b>Gemeinschaftliche Steuern insgesamt</b>	<b>25 699</b>	<b>4,2</b>	<b>312 599</b>	<b>1,5</b>
<b>Bundessteuern</b>				
Mineralölsteuer	– 215		39 900	– 0,5
Tabaksteuer	473	41,7	14 600	2,3
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	32	4,7	2 180	1,8
Versicherungsteuer	461	2,7	8 730	– 0,2
Stromsteuer	436	– 10,5	6 600	2,1
Solidaritätszuschlag	774	3,9	10 333	0,2
sonstige Bundessteuern	43	– 54,8	1 448	– 1,1
<b>Bundessteuern insgesamt</b>	<b>2 005</b>	<b>4,5</b>	<b>83 791</b>	<b>0,3</b>
<b>Ländersteuern</b>				
Erbschaftsteuer	354	– 4,0	4 207	2,7
Grunderwerbsteuer	552	41,7	4 680	– 2,3
Kraftfahrzeugsteuer	1 246	70,2	8 700	0,3
Rennwett- und Lotteriesteuer	157	7,6	1 880	3,7
Biersteuer	66	– 0,5	775	– 0,3
sonstige Ländersteuern	22		359	– 16,2
<b>Ländersteuern insgesamt</b>	<b>2 398</b>	<b>40,6</b>	<b>20 601</b>	<b>0,1</b>
<b>EU-Eigenmittel</b>				
Zölle	282	24,7	3 270	– 3,2
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	282	– 62,8	3 600	10,5
BNE-Eigenmittel	553	– 85,1	16 600	10,1
<b>EU-Eigenmittel insgesamt</b>	<b>1 117</b>	<b>– 76,2</b>	<b>23 470</b>	<b>8,1</b>
<b>Bund<sup>3</sup></b>	<b>11 650</b>	<b>56,1</b>	<b>190 713</b>	<b>0,3</b>
<b>Länder<sup>3</sup></b>	<b>15 603</b>	<b>8,5</b>	<b>182 585</b>	<b>1,2</b>
<b>EU</b>	<b>1 117</b>	<b>– 76,2</b>	<b>23 470</b>	<b>8,1</b>
<b>Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer</b>	<b>2 014</b>	<b>2,6</b>	<b>23 493</b>	<b>2,0</b>
<b>Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)</b>	<b>30 384</b>	<b>6,6</b>	<b>420 261</b>	<b>1,2</b>

<sup>1</sup> Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

<sup>2</sup> Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundesamt für Finanzen.

<sup>3</sup> Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

<sup>4</sup> Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom November 2005.

# Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

## Europäische Finanzmärkte

Die Renditen der europäischen Staatsanleihen sind im Januar gestiegen. Die Rendite der zehnjährigen Bundesanleihe, die Ende Dezember bei 3,26 % lag, notierte Ende Januar bei 3,47 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am EURIBOR – erhöhten sich von 2,49 % Ende Dezember auf 2,55 % Ende Januar. Die Europäische Zentralbank hat am 1. Dezember 2005 beschlossen, die Leitzinsen um 25 Basispunkte anzuheben. Seitdem liegt der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 2,25 %, der

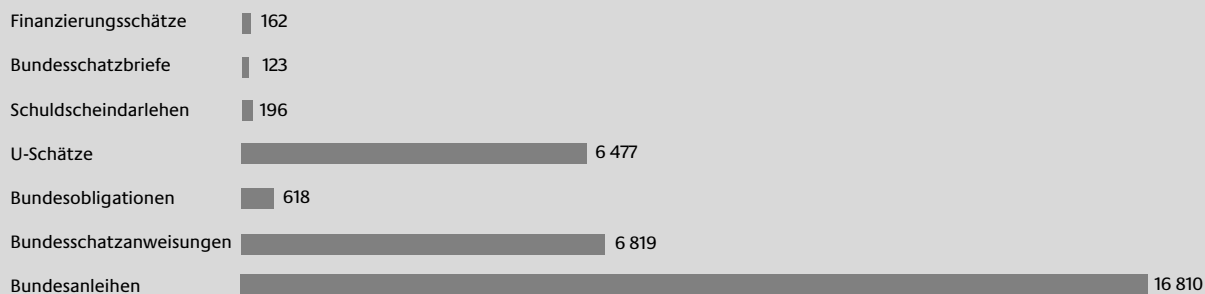
Zinssatz für die Einlagefazilität bei 1,25 % und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 3,25 %.

Die europäischen Aktienmärkte konnten im Januar weiter zulegen; der Deutsche Aktienindex stieg von 5408 auf 5674 Punkte, der 50 Spitzenwerte der Eurozone umfassende Euro Stoxx 50 von 3579 auf 3691 Punkte (Monatsendstände).

## Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Euro-Währungsgebiet ging im Dezember 2005

## Kreditaufnahme des Bundes bis Januar 2006 in Mio. €



## Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes per 31. Januar 2006

Medium Term Notes Treuhand (0,0 %)

Finanzierungsschätze (0,1 %)

Bundesschatzbriefe (1,2 %)

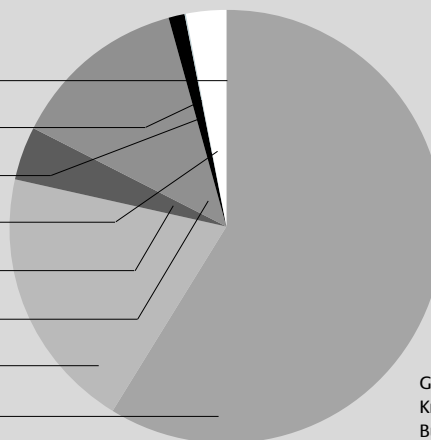
Schuldscheindarlehen (3,0 %)

Unverzinsliche Schatzanweisungen (4,0 %)

Bundesschatzanweisungen (13,2 %)

Bundesobligationen (19,7 %)

Bundesanleihen (58,8 %)



Gesamte umlaufende  
Kreditmarktmittel des  
Bundes  
904,3 Mrd. €

auf 7,3 % zurück (nach 7,6 % im November). Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresraten von M3 für den Zeitraum Oktober bis Dezember 2005 verringerte sich auf 7,6 % gegenüber 8,0 % für den Zeitraum von September bis November 2005 (Referenzwert: 4,5 %).

Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor stieg im Euroraum von 9,4 % im November auf 9,5 % im Dezember leicht an. Das niedrige Zinsniveau im Euroraum hat nach wie vor stimulierende Wirkung auf das Kreditwachstum.

In Deutschland ist die Kreditnachfrage auch weiterhin deutlich schwächer als im Euroraum; die vorgenannte Kreditwachstumsrate blieb nahezu unverändert auf Vormonatsniveau (2,5 %).

## Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Die Bruttokreditaufnahme des Bundes betrug im Januar 2006 31,2 Mrd. €. Davon wurden 28 Mrd. € im Rahmen des angekündigten Emissionskalenders umgesetzt. Die übrige Kreditaufnahme wurde durch Marktpflegeoperationen sowie im Privatkundengeschäft des Bundes realisiert.

Gegenüber dem Stand per 31. Dezember 2005 haben sich die umlaufenden Kreditmarktmittel des Bundes einschließlich der Bestände an eigenen Wertpapieren bis zum 31. Januar 2006 um 1 % auf 904,3 Mrd. € erhöht.

Der Bund beabsichtigt, im 1. Quartal 2006 zur Finanzierung des Bundeshaushalts die in der Tabelle „Emissionsvorhaben des Bundes im

## Tilgungen und Zinszahlungen des Bundes<sup>1</sup> und seiner Sondervermögen im 1. Quartal 2006 (in Mrd. €)

### Tilgungen

Kreditart	Januar	Februar	März	Gesamtsumme 1. Quartal
Anleihen (Bund und Sondervermögen)	13,1	6,3	–	19,4
Bundesobligationen	–	14,3	–	14,3
Bundesschatzanweisungen	–	–	15,0	15,0
U-Schätze des Bundes	5,9	5,9	5,9	17,8
Bundesschatzbriefe	0,7	0,0	0,0	0,7
Finanzierungsschätze	0,1	0,1	0,1	0,3
Fundierungsschuldverschreibungen	–	–	–	–
Ausgleichsfonds Währungsumstellung	–	–	–	–
Schuldscheindarlehen (Bund und Sondervermögen)	0,3	0,3	0,5	1,1
MTN Treuhand	–	–	–	–
<b>Gesamtes Tilgungsvolumen Bund und Sondervermögen</b>	<b>20,1</b>	<b>26,9</b>	<b>21,5</b>	<b>68,5</b>

### Zinszahlungen

	Januar	Februar	März	Gesamtsumme 1. Quartal
Zinszahlungen	13,3	2,6	1,0	16,9

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> Einschl. der seit 1999 in die Bundesschuld eingegliederten ehemaligen Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen und Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes, einschl. Ausgleichsfonds Währungsumstellung sowie einschl. des ab 2005 eingegliederten Fonds Deutsche Einheit.

1. Quartal 2006“ dargestellten Emissionen im Gesamtbetrag von ca. 64 Mrd. € zu begeben.

Änderungen des Emissionskalenders können sich je nach Liquiditätslage des Bundes oder der Kapitalmarktsituation ergeben, hiervon sind 28 Mrd. € realisiert.

Die Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen (Entschädigungsfonds und ERP) belaufen sich im 1. Quartal 2006 auf rund 68,5 Mrd. €. Die Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen (Entschädigungsfonds und ERP) belaufen sich im 1. Quartal 2006 auf rund 16,9 Mrd. €.

## Emissionsvorhaben des Bundes im 1. Quartal 2006

### Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Bundesanleihe ISIN DE0001135291 WKN 113 529	Aufstockung	4. Januar 2006	10 Jahre fällig 4. Januar 2016 Zinslaufbeginn: 25. November 2005 erster Zinstermin: 4. Januar 2007	8 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137123 WKN 113 712	Aufstockung	18. Januar 2006	2 Jahre fällig 14. Dezember 2007 Zinslaufbeginn: 14. Dezember 2005 erster Zinstermin: 14. Dezember 2006	8 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135275 WKN 113 527	Aufstockung	25. Januar 2006	30 Jahre fällig 4. Januar 2037 Zinslaufbeginn: 4. Januar 2005 erster Zinstermin: 4. Januar 2006	6 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135291 WKN 113 529	Aufstockung	15. Februar 2006	10 Jahre fällig 4. Januar 2016 Zinslaufbeginn: 25. November 2005 erster Zinstermin: 4. Januar 2007	ca. 7 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137131 WKN 113 713	Neuemission	8. März 2006	2 Jahre fällig 14. März 2008 Zinslaufbeginn: 10. März 2006 erster Zinstermin: 14. März 2007	ca. 9 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001141489 WKN 114 148	Neuemission	22. März 2006	5 Jahre fällig 8. April 2011 Zinslaufbeginn: 24. März 2006 erster Zinstermin: 8. April 2007	ca. 8 Mrd. €
<b>1. Quartal 2006 insgesamt</b>				<b>ca. 46 Mrd. €</b>

### Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup>
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114874 WKN 111 487	Neuemission	16. Januar 2006	6 Monate fällig 12. Juli 2006	6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114882 WKN 111 488	Neuemission	13. Februar 2006	6 Monate fällig 16. August 2006	ca. 6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114890 WKN 111 489	Neuemission	13. März 2006	6 Monate fällig 13. September 2006	ca. 6 Mrd. €
<b>1. Quartal 2006 insgesamt</b>				<b>ca. 18 Mrd. €</b>

<sup>1</sup> Volumen einschließlich Marktpflegequote.

## Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

Gemäß der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamts hat die konjunkturelle Erholung im 4. Quartal 2005 eine Pause eingelegt: Das Bruttoinlandsprodukt stagnierte preis-, saison- und kalenderbereinigt gegenüber dem Vorquartal. Dies hatte sich bereits in den monatlichen Konjunkturindikatoren angedeutet. Gegenüber dem Vorjahr lag der Zuwachs bei real 1,0 %, unter Berücksichtigung von Kalendereffekten bei 1,6 %. Die aufkommensstärksten Steuerarten, die Lohnsteuer und die Steuern vom Umsatz spiegeln die schwache wirtschaftliche Entwicklung zum Jahresende erst bei genauerem Hinsehen wider. So verzeichneten beide Steuern im Januar – sie weisen in der Regel einen Nachlauf von einem Monat auf – einen Zuwachs gegenüber dem Vorjahr. Die höheren Lohnsteuereinnahmen, die sich auf die Löhne des Monats Dezember beziehen, sind allerdings weniger auf eine bessere Situation am Arbeitsmarkt zurückzuführen als auf eine Verlagerung flexibler Lohnbestandteile vom Dezember 2004 in den Januar 2005 im Zusammenhang mit der Einkommensteuertarifsenkung zum 1. Januar 2005. Auch die im Januar um 3,4 % gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz lassen sich im Wesentlichen auf den kräftigen Zuwachs der Einfuhrumsatzsteuer, als Folge höherer Importe aus Nicht-EU-Staaten, zurückführen, während das Aufkommen der Umsatzsteuer bei nur gedämpfter Entwicklung der Privaten Konsumausgaben nahezu stagnierte (+ 0,5 %). Die weiterhin ernste Situation am Arbeitsmarkt belastet zudem über die Beitragseinnahmen in den Sozialversicherungen sowie die Sozialtransfers die Situation der öffentlichen Haushalte.

Detaillierte Ergebnisse zur Wirtschaftsleistung im 4. Quartal 2005 lagen bis Redaktionsschluss noch nicht vor. Anhand der Entwicklung der Konjunkturindikatoren in diesem Zeitraum lassen sich aber Schlüsse auf den Verlauf der einzelnen Aggregate des Bruttoinlandsprodukts ziehen.

Der Außenbeitrag hat im Schlussquartal des Jahres 2005 nicht positiv, womöglich sogar negativ zur Konjunkturentwicklung beigetragen. Darauf deutete bereits der Rückgang des Handelsbilanzüberschusses um saisonbereinigt 2,9 Mrd. € gegenüber dem Vorquartal hin. Im Vergleich zum Vorjahr kommt allerdings der positive Einfluss des Außenhandels für die wirtschaftliche Dynamik im vergangenen Jahr zum Ausdruck, wenngleich sich der Handelsbilanzsaldo mit 4,5 Mrd. € wesentlich geringer erhöhte als 2004 (+ 26,2 Mrd. €). Der Rückgang des Überschusses in der Handelsbilanz lässt sich einerseits auf die nur geringe Zunahme des Werts der Warenexporte zurückführen (+ 0,8 % gegenüber 3. Quartal). Andererseits legte die Wareneinfuhr mit saisonbereinigt 2,8 % im 4. Quartal recht kräftig zu. Insgesamt fiel der Zuwachs der Wareneinfuhr im Jahresdurchschnitt 2005 stärker aus als jener der Warenausfuhr (+ 8,7 % bzw. + 7,5 %). Dies dürfte vor allem auf die starken energiepreisbedingten Importpreissteigerungen zurückzuführen sein, die zu einer Verschlechterung der Terms of Trade führten. Nach dem eher gedämpften Anstieg der Warenausfuhr im 4. Quartal deuten die vorlaufenden Indikatoren auf Basis der weiterhin robusten Weltkonjunktur sowie der verbesserten preislichen Wettbewerbsfähigkeit jedoch auf eine unverändert aufwärts gerichtete Entwicklungstendenz der Exporte hin: So sind die Auslandsbestellungen im 4. Quartal kräftig gestiegen, und die ifo-Exporterwartungen haben im Januar nochmals deutlich zugelegt.

Entstehungsseitig hat die Industrieproduktion – auch aufgrund der weiterhin guten, wenn auch weniger dynamischen Entwicklung der Warenausfuhr – abermals merklich mit einem Zuwachs von saisonbereinigt 1,1 % gegenüber dem Vorquartal zur Wirtschaftsleistung im 4. Quartal beigetragen. Gleichwohl war es in den beiden letzten Monaten jeweils zu einem Rückgang gekommen. Während die Produktion

## Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2005 Mrd. €	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			2.Q.05	3.Q.05	4.Q.05	2.Q.05	3.Q.05	4.Q.05
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>								
Vorjahrespreisbasis (verkettet) <sup>1</sup>	2 138	+ 0,9	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,0	+ 1,7	+ 1,4	+ 1,0
jeweilige Preise <sup>2,3</sup>	2 244	+ 1,3	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,4	+ 2,1	+ 1,5	-
<b>Einkommen<sup>3,4</sup></b>								
Volkseinkommen	1 685	+ 1,6	+ 2,0	- 1,0	-	+ 2,4	+ 1,4	-
Arbeitnehmerentgelte	1 129	- 0,5	- 0,1	- 0,7	-	- 0,4	- 0,7	-
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	556	+ 6,1	+ 6,3	- 1,7	-	+ 8,3	+ 5,7	-
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 469	+ 1,5	+ 1,4	- 0,1	-	+ 1,9	+ 1,4	-
Bruttolöhne und -gehälter	909	- 0,3	- 0,1	- 0,6	-	- 0,4	- 0,5	-
Sparen der privaten Haushalte	158	+ 2,8	+ 0,7	- 1,1	-	+ 3,7	+ 2,1	-
<b>Außenhandel</b>								
<b>Umsätze/ Produktion/ Auftragseingänge/</b>	<b>2005 Mrd. € bzw. Index</b>	<b>ggü. Vorj. %</b>	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt 3- Monats- durch- schnitt			Vorjahresperiode 3- Monats- durch- schnitt		
			Nov 05	Dez 05		Nov 05	Dez 05	
in jeweiligen Preisen								
<b>Außenhandel (Mrd. €)</b>								
Waren-Exporte	786	+ 7,5	- 1,6	+ 0,8	+ 0,8	+ 7,6	+ 11,5	+ 8,6
Waren-Importe	626	+ 8,7	- 4,2	+ 5,8	+ 2,8	+ 6,4	+ 17,4	+ 10,8
<b>Umsätze im Produzierenden Gewerbe</b>								
Industrie (Index 2000 = 100) <sup>5</sup>	110,0	+ 4,6	- 0,6	- 0,8	+ 1,4	+ 6,4	+ 5,1	+ 5,8
Inland <sup>5</sup>	101,8	+ 2,4	- 1,3	- 0,6	+ 0,9	+ 3,0	+ 2,2	+ 3,0
Ausland <sup>5</sup>	123,2	+ 7,6	+ 0,3	- 1,2	+ 1,9	+ 11,2	+ 9,0	+ 9,8
Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	74	- 5,7	- 0,5	-	+ 1,1	+ 0,8	- 2,8	- 2,3
in konstanten Preisen von 2000								
<b>Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2000=100)<sup>5</sup></b>								
Industrie <sup>5,6</sup>	103,6	+ 2,8	- 0,4	- 0,5	+ 1,1	+ 5,0	+ 3,4	+ 4,2
	106,3	+ 3,7	- 0,5	- 0,8	+ 1,3	+ 6,2	+ 4,7	+ 5,4
Bauhauptgewerbe <sup>5</sup>	76,1	- 5,3	- 1,2	+ 3,4	+ 0,7	- 1,4	- 2,0	- 1,4
<b>Auftragseingang (Index 2000 = 100)</b>								
Industrie <sup>5,6</sup>	108,4	+ 5,3	+ 1,3	- 1,6	+ 3,1	+ 13,1	+ 3,8	+ 8,6
Inland <sup>5,6</sup>	98,0	+ 1,7	+ 0,8	- 1,4	+ 1,8	+ 7,0	- 2,1	+ 2,8
Ausland <sup>5,6</sup>	121,4	+ 9,2	+ 1,9	- 1,8	+ 4,4	+ 19,9	+ 10,2	+ 14,9
Bauhauptgewerbe <sup>5</sup>	72,5	- 2,6	+ 2,6	+ 7,5	+ 0,5	+ 8,1	+ 7,5	+ 4,9
<b>Umsätze im Handel (Index 2003 = 100)</b>								
Einzelhandel (mit Kfz. und Tankstellen)	101,6	+ 0,6	+ 0,1	- 1,3	- 0,8	+ 0,5	- 1,3	- 0,8
Großhandel (ohne Kfz.)	106,1	+ 2,3	+ 0,5	+ 0,8	+ 1,0	+ 2,6	+ 1,2	+ 1,2
<b>Arbeitsmarkt</b>								
	<b>2005 Personen Mio.</b>	<b>ggü. Vorj. %</b>	Veränderung in Tsd. gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			Nov 05	Dez 05	Jan 06	Nov 05	Dez 05	Jan 06
Erwerbstätige, Inland	38,78	- 0,2	+ 0	- 10	-	- 125	- 112	-
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	4,86	+ 10,9	- 55	- 117	+ 69	+ 273	+ 140	- 75
<b>Preisindizes</b>								
	<b>2005 Index</b>	<b>ggü. Vorj. %</b>	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode			Vorjahresperiode		
			Nov 05	Dez 05	Jan 06	Nov 05	Dez 05	Jan 06
2000 = 100								
Importpreise	101,4	+ 4,3	- 0,2	+ 0,3	-	+ 5,5	+ 6,8	-
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	110,7	+ 4,6	- 0,1	+ 0,3	-	+ 5,0	+ 5,2	-
Verbraucherpreise	108,3	+ 2,0	- 0,5	+ 0,9	- 0,5	+ 2,3	+ 2,1	+ 2,1
<b>ifo-Geschäftsklima</b>								
<b>Gewerbliche Wirtschaft Deutschland (ohne Nahrungs- und Genussindustrie)</b>			saisonbereinigte Salden					
	Jun 05	Jul 05	Aug 05	Sep 05	Okt 05	Nov 05	Dez 05	Jan 06
Klima	- 4,7	+ 0,4	+ 0,0	+ 2,2	+ 7,7	+ 6,5	+ 9,8	+ 15,5
Geschäftslage	- 4,0	- 1,7	- 5,0	+ 1,4	+ 6,4	+ 4,9	+ 7,6	+ 11,6
Geschäftserwartungen	- 5,3	+ 2,5	+ 5,2	+ 3,0	+ 9,0	+ 8,0	+ 12,2	+ 19,4

<sup>1</sup>Rechenstand: 14. Februar 2006. <sup>2</sup>Rechenstand: saisonbereinigte Quartalsergebnisse 14. Februar 2006, Ursprungswerte November 2005. <sup>3</sup>Rechenstand: Januar 2006 – Jahresergebnis 2005. <sup>4</sup>Rechenstand: November 2005 – Quartalsergebnisse. <sup>5</sup>Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet. <sup>6</sup>Produzierendes Gewerbe (ohne Energie und Bauleistungen).  
Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

von Vorleistungs- und Investitionsgütern im 4. Quartal ausgedehnt wurde (+ 2,2 % und + 1,5 %), ging die Konsumgüterproduktion zurück (– 0,7 %). Im Jahresdurchschnitt stieg die Industrieproduktion um 3,7 %. Aus den Umsätzen der Industrie, die im 4. Quartal saisonbereinigt um 1,4 % zunahmen, geht hervor, dass das Ausland wiederum den stärkeren Nachfrageanstieg nach in Deutschland produzierten Gütern aufwies (+ 1,9 % gegenüber + 0,9 % bei inländischen Umsätzen). Im Inland kam es lediglich bei den Vorleistungsgütern zu einem markanten Plus (+ 2,5 %), die Umsätze aus Investitions- und Konsumgütern stagnierten dagegen (– 0,1 % bzw. + 0,1 %). Die Stagnation des inländischen Investitionsgüterabsatzes könnte darauf hindeuten, dass sich auch die Ausrüstungsinvestitionen im vergangenen Quartal nur schwach entwickelt haben.

Auch wenn es im Dezember zu einem Rückgang der industriellen Auftragseingänge gegenüber dem Vormonat kam, haben sie im Dreimonatsvergleich immer noch deutlich zugenommen (+ 3,1 %). Allerdings bleibt die Schere zwischen der Entwicklung der inländischen und der ausländischen Auftragseingänge weit geöffnet. Zwar waren auch im Inland Zuwächse zu verzeichnen (+ 1,8 %), aber die Auslandsnachfrage wies bis zum Jahresende immer noch eine wesentlich stärkere Dynamik auf (+ 4,4 %). Insofern hat sich am Bild einer gespaltenen Konjunkturentwicklung bislang noch nichts Wesentliches geändert. Im Inland gab es die größten Verbesserungen bei den Vorleistungsgüterherstellern (+ 2,2 %), aber auch die Order für Investitions- und Konsumgüter nahmen zu (+ 1,5 % und + 0,7 %). Ausgehend von dem hohen Niveau der Auftragseingänge und der guten Beurteilung der Auftragsbestände der Unternehmen dürfte die Verschnaufpause in der Produktion nur von kurzer Dauer sein. Bestärkt wird diese Vermutung durch die durchweg positiven Stimmungsindikatoren: Der ifo-Index und der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe befinden sich im Expansionsbereich, und auch die vom DIHK im Januar befragten Industrieunternehmen sind so optimistisch wie schon lange nicht mehr.

Gemäß der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes kamen von den Bauinvestitionen

in besonderem Ausmaß positive Wachstumsimpulse, nachdem sie bereits im vorangegangenen Quartal zugelegt hatten. Aus den Angaben des Bauhauptgewerbes, in dem nur ein Teil der Bauinvestitionen erfasst wird, war dies noch nicht so ersichtlich. Dies spricht dafür, dass wesentliche Impulse aus dem Ausbaugewerbe, für das keine monatlichen Daten vorliegen, kamen. Im Bauhauptgewerbe hatte die Produktion im letzten Vierteljahr um 0,7 % zugenommen, nach 1,2 % im 3. Quartal. Mit dem erneut positiven Wachstumsbeitrag der Bauinvestitionen verdichten sich die Anzeichen, dass die lange währende Krise in der Bauindustrie allmählich zu einem Ende kommt. Dies wird von den Ergebnissen des ifo-Konjunkturtests sowie der neuesten DIHK-Umfrage untermauert.

Demgegenüber wurden die Privaten Konsumausgaben ebenso wie der Staatskonsum im Schlussquartal 2005 gegenüber den vorangegangenen drei Monaten vermindert. Auf einen Rückgang des privaten Konsums im 4. Quartal wies bereits der deutliche Rückgang der Einzelhandelsumsätze hin, die sich (inkl. Kfz und Tankstellen) saisonbereinigt um 0,8 % vermindert haben. Was die weitere Entwicklung des Konsums der privaten Haushalte angeht, so bleiben die Aussichten eingetrübt, eine durchgreifende Wende zum Besseren ist damit auch für die öffentliche Einnahmesituation noch nicht abzusehen. Einerseits verbesserte sich zwar die Stimmung gemäß GfK-Konsumklimaindex in den letzten Monaten deutlich. Auch die Einzelhandelsunternehmen zeigen sich – gemessen am ifo-Geschäftsklimaindex – hinsichtlich ihrer Geschäftserwartungen deutlich optimistischer. Andererseits hellte sich aber die Stimmung im Einzelhandel gemäß DIHK-Umfrage nur unterdurchschnittlich auf, die Lagebeurteilung der Unternehmen blieb per saldo noch im negativen Bereich, und die verbrauchernahe Industriehauptgruppe Ge- und Verbrauchsgüterhersteller nahm ihre in der Vorumfrage geäußerte Stimmungsverbesserung schon wieder leicht zurück. Darüber hinaus belasten die hohe Arbeitslosigkeit sowie Kaufkrafteinbußen durch die Energieverteuerung, die bis weit in dieses Jahr hineinreichen werden, die Privaten Konsumausgaben. Allerdings dürfte der private Verbrauch in diesem Jahr temporär durch die



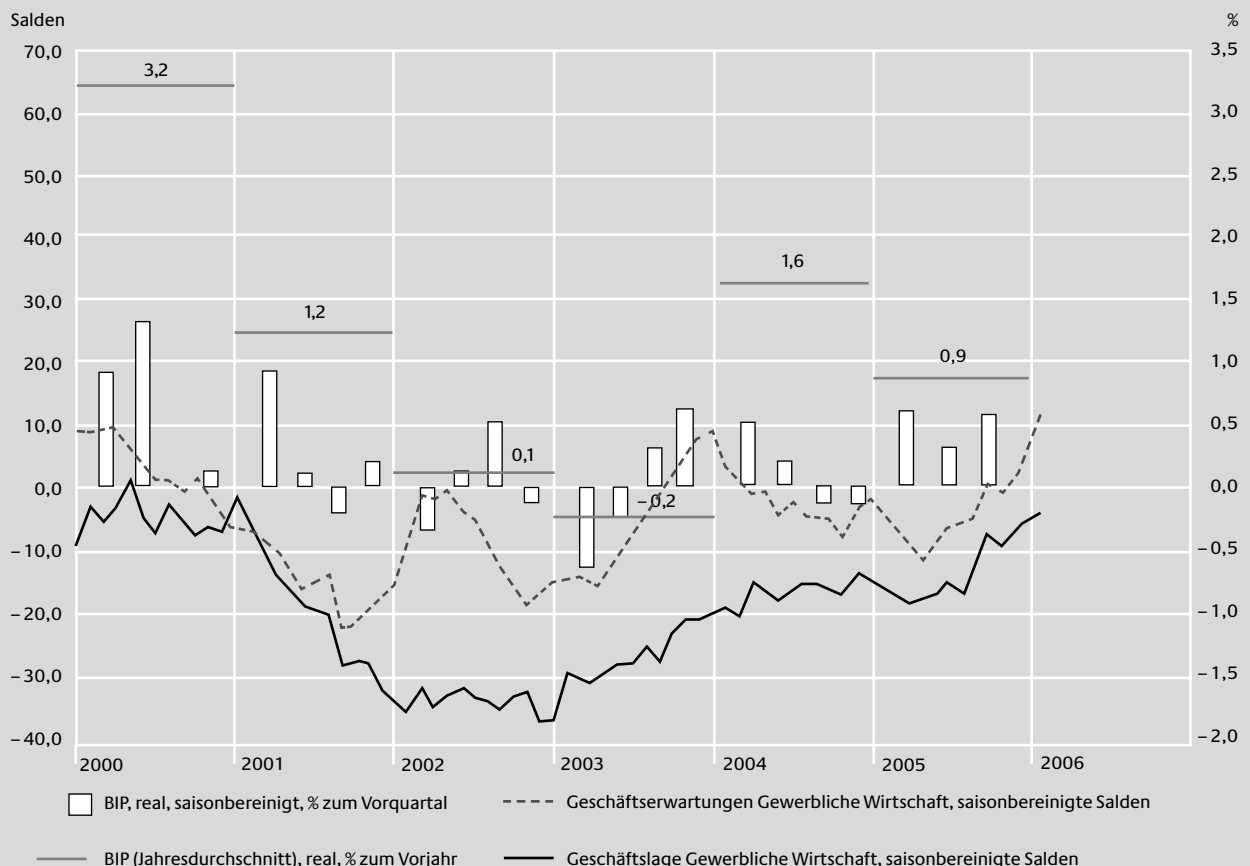
Fußballweltmeisterschaft und Vorzieheffekte im Zusammenhang mit der vorgesehenen Mehrwertsteueranhebung begünstigt werden.

Auf dem Arbeitsmarkt erschweren bis zuletzt Sondereffekte die Interpretation der Zahlen. So ist der Anstieg der saisonbereinigten Arbeitslosenzahlen im Januar (+ 69 000 Personen im Vergleich zum Vormonat) wesentlich auf den früheren Zähltag und auf strategisches Verhalten im Vorfeld der gesetzlichen Neuregelung der Arbeitslosengeld-I-Bezugszeiten zum 1. Februar 2006 zurückzuführen. Letzteres resultierte in einem überdurchschnittlichen Anstieg der Zugänge aus Erwerbstätigkeit von Älteren ab 45 Jahren; dieser Effekt wird von der Bundesagentur für Arbeit auf ca. 30 000 Personen geschätzt. Auch die kalte Witterung dürfte eine Rolle gespielt haben. Darüber hinaus ist die Aussagefähigkeit der saisonbereinigten Zahlen aufgrund der unzureichenden Berücksichti-

gung des Hartz-IV-Effekts eingeschränkt; der Vorjahresvergleich der Ursprungswerte ist dadurch ebenfalls verzerrt. So waren nach Ursprungszahlen im Januar 5,01 Mio. Personen arbeitslos gemeldet, 75 000 weniger als vor einem Jahr, wobei allerdings die registrierte Arbeitslosigkeit im Januar 2005 allein wegen der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe um 290 000 Personen gestiegen war. Die Arbeitslosenquote nahm gegenüber dem Vorjahr um 0,2 Prozentpunkte auf 12,1 % ab (West 10,2 %, Ost 19,2 %).

Die Zahl der Erwerbstätigen im Inland verminderte sich im Dezember saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat (– 10 000 Personen) nach einer Stagnation im November. Gegenüber dem Vorjahr hat sich die Zahl der erwerbstätigen Personen deutlich verringert (– 112 000). Ausschlaggebend hierfür war ein weiterer, wenn auch verminderter Rückgang der sozialversiche-

## BIP-Wachstum und ifo-Geschäftsklima



rungspflichtigen Beschäftigung sowie die mittlerweile zu verzeichnende Reduktion ausschließlich geringfügig entlohnter Beschäftigung. Im 4. Quartal lag der Rückgang bei 0,3 %. Aufgrund von Aufwärtsrevisionen, die einen geringeren Beschäftigungsabbau signalisieren als bisher angenommen, ergab sich somit im Jahresdurchschnitt eine Verminderung der Erwerbstätigkeit im Inland um 0,2 %.

Positiv zu vermerken ist, dass nach vorläufigen Berechnungen der Abbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung saisonbereinigt auszulaufen scheint; in vier Bundesländern stieg sie im Vorjahresvergleich bereits an. Zudem resultierte der Rückgang im Wesentlichen aus Umschichtungen bisher sozialversicherungspflichtiger Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Strukturanpassungsmaßnahmen in nicht sozialversicherungspflichtige Zusatzjobs sowie aus dem Auslaufen des Sonderprogramms „Arbeit für Langzeitarbeitslose“, in dem die Beschäftigten sozialversicherungspflichtig waren. Auch der deutliche saisonbereinigte Rückgang der ungeforderten gemeldeten offenen Stellen – ein Frühindikator für die Entwicklung am Arbeitsmarkt – ist zu relativieren: Hierzu hat hauptsäch-

lich der unterdurchschnittliche Anstieg von Saisonbeschäftigungen beigetragen.

Hinsichtlich der Entwicklung des Preisniveaus liegen neue Daten lediglich für den Erzeuger- und den Verbraucherpreisindex vor. Der Erzeugerpreisindex stieg im Januar um 1,2 % gegenüber dem Vormonat und um 5,6 % gegenüber dem Vorjahr. Im Vorjahresvergleich ist dies die kräftigste Teuerungsrate seit Juli 1982. Wiederum war die Energiepreissteigerung hier die Ursache: Ohne Berücksichtigung von Energie sind die Erzeugerpreise im Januar 2006 gegenüber dem Vormonat lediglich um 0,2 % und gegenüber dem Vorjahr um 1,2 % gestiegen. Der Verbraucherpreisindex ging im Januar zwar um 0,5 % zurück, aber gegenüber dem Vorjahr kam es – wie im Dezember – zu einem Anstieg um 2,1 %. Verantwortlich dafür waren weiterhin überdurchschnittliche Preiserhöhungen der Mineralölerzeugnisse (leichtes Heizöl: + 31,9 %, Kraftstoffe: + 15,4 %). Ohne Heizöl und Kraftstoffe hätte die Inflationsrate im Januar nur bei 1,3 % gelegen. Darüber hinaus stiegen auch die Preise für andere Träger von Haushaltsenergie deutlich (Strom: + 4,2 %, Gas: + 19,0 %, Umlagen Zentralheizung und Fernwärme: + 22,6 %).

# Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

## Rückblick auf die ECOFIN-Ratssitzungen am 24. Januar und 14. Februar 2006 in Brüssel

### Arbeitsprogramm der österreichischen Ratspräsidentschaft

Der österreichische Ratsvorsitzende Finanzminister Karl-Heinz Grasser präsentierte das mit der nachfolgenden finnischen Präsidentschaft gemeinsam erstellte ECOFIN-Arbeitsprogramm für 2006. Erste Priorität ist die Vorbereitung des Frühjahrsgipfels, bei dem es um die Förderung von Wachstum und die Erhöhung von Beschäftigung gehe. Zweite Priorität der österreichischen Präsidentschaft ist der Abschluss der interinstitutionellen Vereinbarung zur finanziellen Vorausschau bis April 2006. Neben den turnusmäßigen Fragen der haushaltspolitischen Überwachung und Koordinierung werden zudem die weitere Umsetzung der Lissabon-Strategie, Steuerfragen (Modernisierung des Mehrwertsteuersystems, Bekämpfung des Mehrwertsteuerbetrugs, einheitliche Bemessungsgrundlage bei Unternehmenssteuern), die Erweiterung des Euroraumes, Finanzmarktintegration (Umsetzung des „Financial Services Action Plan“) sowie die Fortsetzung der Initiative „Better Regulation“ im Vordergrund stehen.

### Stabilitäts- und Wachstumspakt

#### – Stabilitäts- und Konvergenzprogramme

Im Rahmen der jährlichen haushaltspolitischen Überwachung nahm der ECOFIN-Rat die von der Kommission empfohlenen Ratsstellungen zu den aktualisierten Stabilitätsprogrammen von Finnland, Belgien, Luxemburg und Österreich sowie zu den aktualisierten Konvergenzprogrammen der Nicht-Euroländer Dänemark, Schweden, Slowakei, Tschechische Republik, Ungarn, Estland, Lettland und Slowenien an. Gleichzeitig beschloss der Rat die Veröffentlichung seiner Stellungnahmen. Im März wird der ECOFIN-Rat die verbleibenden Programme behandeln. Die Programme wurden als insge-

samt solide und im Einklang mit dem Stabilitäts- und Wachstumspakt stehend charakterisiert. Hervorgehoben wurde das Stabilitätsprogramm Belgiens. Das Mittelfristziel eines Haushaltsüberschusses von 0,5 % des BIP gehe über die Vorgaben des Paktes hinaus. Die anvisierte Rückführung des Schuldenstandes unter 80 % des BIP bis 2009 sei beachtlich. Estland und Lettland wurde empfohlen, eine Verringerung von Leistungsbilanzdefizit und Inflation anzustreben. Ungarn wurde aufgefordert, bis zum 1. September 2006 ein überarbeitetes Konvergenzprogramm vorzulegen. Bemängelt wurde die fehlende Konkretisierung der Maßnahmen zum Erreichen der Budgetziele (Rückführung des übermäßigen Defizits bis 2008).



#### – Defizitverfahren Großbritannien

Der ECOFIN-Rat stellte auf Empfehlung der Kommission ein übermäßiges Defizit in Großbritannien gemäß Art. 104(6) EG-Vertrag fest und beschloss Empfehlungen zur Rückführung des übermäßigen Defizits gemäß Art. 104(7) EG-Vertrag. Nach 3,2 % im Fiskaljahr 2003/2004 hatte Großbritannien das Maastricht-Defizitkriterium in 2004/05 mit 3,2 % des BIP erneut verletzt. Die Überschreitung der Defizitgrenze wurde vom ECOFIN-Rat als nicht vorübergehend eingestuft: Für 2005/2006 bzw. 2006/2007 prognostiziert die Kommission ein Defizit von 3,5 % bzw. 3,1 %. Die Überschreitung der Defizitgrenze ist dabei weder auf ein außergewöhnliches Ereignis, das sich der Kontrolle Großbritanniens entzieht, noch auf einen schwerwiegenden

Wirtschaftsabschwung zurückzuführen. Die Ratsempfehlungen sehen eine Rückführung des übermäßigen Defizits bis 2006/2007 bei einem Abbau des strukturellen Defizits um 0,5 % des BIP vor. Effektive Maßnahmen zur Rückführung des übermäßigen Defizits sind innerhalb von sechs Monaten bis zum 24. Juli 2006 einzuleiten. Großbritannien akzeptierte die Ratsentscheidung und machte deutlich, dass es für 2006/2007 ein Unterschreiten der 3-%-Grenze erwartet.



### Vorbereitung des Europäischen Rates am 23./24. März 2006

Zentraler Beitrag des ECOFIN-Rates für den Frühjahrsgipfel wird das Kernpunktepapier der österreichischen Präsidentschaft mit dem Fokus auf eine nachhaltige Wachstums- und Beschäftigungspolitik in Europa sein. In die ECOFIN-Debatte flossen zudem der „Fortschrittsbericht zur Umsetzung der Lissabon-Strategie“ der Kommission, der Bericht des Wirtschaftspolitischen Ausschusses über die „Qualität der öffentlichen Finanzen“, das Papier der Europäischen Investitionsbank (EIB) zu den Möglichkeiten eines Beitrages der Bank zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung sowie der „Ageing Report“ von Kommission und Wirtschaftspolitischen Ausschuss ein.

#### – Lissabon-Strategie: Fortschrittsbericht der Kommission

Der ECOFIN-Rat führte als Teil der multilateralen Überwachung eine Orientierungsdebatte zum jährlichen Fortschrittsbericht der Kommission über die Umsetzung der Lissabon-Strategie. Der Fortschrittsbericht bewertet die im Zuge der Neuausrichtung der Lissabon-Strategie auf Wachstum und Beschäftigung in der EU erstmals von den Mitgliedstaaten vorgelegten nationalen Reformprogramme unter den Fragestellungen „Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen“,

„Forschung & Entwicklung“ (F&E), „Anreize für mehr Beschäftigung“, „Wettbewerbspolitik“ und „Bürokratieabbau“ positiv. Als prioritäre wirtschaftspolitische Aktionsfelder für die Jahre 2006/2007 zur Steigerung von Wachstum und Beschäftigung identifizierte die Kommission die „Erhöhung der Investitionen in F&E“, die „Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen (Better Regulation)“, die „Vorbereitung der Arbeitsmärkte und sozialen Sicherungssysteme auf demografischen Wandel“ sowie die „Schaffung einer integrierten EU-Energiepolitik“.

#### – Kernpunktepapier

Der ECOFIN-Rat führte eine Orientierungsdebatte zum Kernpunktepapier der österreichischen Präsidentschaft. Die wesentlichen wirtschaftspolitischen Handlungsfelder aus Sicht des ECOFIN-Rates sind hiernach die Erhöhung der Beschäftigung, die Steigerung des Produktivitätswachstums (u. a. Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen (Better Regulation), Freizügigkeit der Produktionsfaktoren bei Dienstleistungen und Arbeitnehmern), eine stabilitäts- und wachstumsorientierte Makro- und Fiskalpolitik sowie die Senkung des Energieverbrauchs bzw. eine Diversifikation der Energiequellen. Nach einer endgültigen Überarbeitung durch Wirtschafts- und Finanzausschuss und Wirtschaftspolitischen Ausschuss soll das Kernpunktepapier von den Ministern auf dem März-ECOFIN angenommen und dem Europäischen Rat übermittelt werden.

#### – Qualität der öffentlichen Finanzen

Der ECOFIN-Rat nahm Schlussfolgerungen zum Bericht des Wirtschaftspolitischen Ausschusses über die Qualität der öffentlichen Finanzen an. Die Schlussfolgerungen betonen die Bedeutung von mehr Effizienz öffentlicher Ausgaben als Wachstumsbeitrag im Rahmen der Lissabon-Strategie. Nationale Fiskalregeln sind ein Schlüsselement zur Verbesserung der Zusammensetzung öffentlicher Ausgaben. Das Europäische Statistikamt Eurostat und die nationalen Statistikämter werden aufgefordert, die Analyse der öffentlichen Ausgaben durch eine Verbesserung der Datenlage zu unterstützen.

Der ECOFIN-Rat wird die Debatte im Herbst 2006 fortsetzen.

#### – Europäische Investitionsbank

Der ECOFIN-Rat führte eine Orientierungsdebatte zu den Möglichkeiten, die Europäische Investitionsbank an den Anstrengungen der EU zur Förderung von Wachstum und Beschäftigung in Europa stärker zu beteiligen. Die Minister begrüßten die von der EIB vorgeschlagenen Initiativen. Anvisiert ist eine Fokussierung der Darlehenspolitik auf die Bereiche F&E und Innovation, Energieeffizienz und Energiediversifikation, Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen sowie Investitionen in Infrastrukturprojekte (Transeuropäische Netze). Eine stärkere Risikobeteiligung der EIB ist darauf gerichtet, Finanzierungsprobleme insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen am Markt zu kompensieren. Der Rat hielt fest, dass die Vorschläge in Einklang mit den geltenden Kapitalvorschriften bzw. der für 2010 vorgesehenen Kapitalerhöhung der EIB stehen müssen. Der ECOFIN-Rat beauftragte den Wirtschafts- und Finanzausschuss mit einer weiterführenden Prüfung der Initiativen. Die Debatte wird auf dem ECOFIN-Rat im März 2006 fortgesetzt.

#### – Ageing-Report

Der ECOFIN-Rat nahm Schlussfolgerungen zum Bericht des Wirtschaftspolitischen Ausschusses zu den „Budgetären Herausforderungen einer alternden Gesellschaft“ an. Der Bericht projiziert die möglichen Entwicklungen der öffentlichen Ausgaben zwischen 2005 und 2050 in den Bereichen Alterssicherung, Gesundheit, Pflege und Bildung. Die gesamten altersbedingten öffentlichen Ausgaben steigen hiernach bis 2050 im Durchschnitt um 4 %, wobei in einigen Mitgliedstaaten mit einem Anstieg von bis zu 10 % zu rechnen ist. Die Schlussfolgerungen des Rates betonen die erheblichen Risiken für die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen angesichts der demografischen Entwicklung. Trotz sichtbarer Fortschritte in den letzten Jahren sind in einem begrenzten Zeitfenster strukturelle Reformen zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen, zur Erhöhung der Beschäftigungsquote,

zur Senkung der Anreize zur Frühverrentung sowie zur Steigerung der Produktivität notwendig. Die Kommission wurde beauftragt, auf Basis der Projektionen des „Ageing Report“ bis Ende 2006 eine umfassende Tragfähigkeitsanalyse für die öffentlichen Finanzen in den Mitgliedstaaten der EU vorzulegen. Dies stellt aus deutscher Sicht eine gute Ergänzung nationaler Tragfähigkeitsanalysen dar, wie sie beispielsweise im Tragfähigkeitsbericht des BMF enthalten ist

#### Ermäßigte Mehrwertsteuer-Sätze

Der ECOFIN-Rat erzielte im Januar zunächst eine politische Einigung auf eine Änderung der Richtlinie 77/388/EWG in Bezug auf den Anwendungsbereich der ermäßigten Mehrwertsteuer-Sätze:

- Die Geltungsdauer des Experimentes „Arbeitsintensive Dienstleistungen“ wird um fünf Jahre bis zum 31. Dezember 2010 verlängert.
- Das Experiment „Arbeitsintensive Dienstleistungen“ wird für alle Mitgliedstaaten bis 31. März 2006 geöffnet.
- Für die Lieferung von Fernwärme wird – wie bereits für Strom und Gas – die Möglichkeit eingeräumt, den ermäßigten MwSt-Satz anzuwenden, sofern dadurch keine Wettbewerbsverzerrungen entstehen (Art. 12 Abs. 3 Buchstabe b der 6. Richtlinie).
- Die Kommission wird bis Ende Juni 2007 einen Bericht über die Auswirkungen ermäßigter MwSt-Sätze für lokal erbrachte Dienstleistungen inkl. Restaurantdienstleistungen auf die Schaffung von Arbeitsplätzen, Wirtschaftswachstum und Binnenmarkt vorlegen.

Minister Steinbrück verwies auf die bekannte Position Deutschlands, die auf Vereinfachung und Harmonisierung der europäischen Mehrwertsteuerregelungen abzielt. Eine Erweiterung des Anwendungsbereiches der ermäßigten MwSt-Sätze komme für Deutschland daher nicht in Betracht. Im Übrigen dürften die Beitrittsverträge nicht nachverhandelt werden. Die Rechtstexte zur Änderung der Richtlinie 77/388/EWG und formellen Umsetzung der politischen Vereinbarung wurden im Februar-ECOFIN verabschiedet.

## Verschiedenes

### – Energiemärkte

Der ECOFIN-Rat führte eine kurze Debatte zu dem von Finanzminister Breton vorgestellten „Memorandum Frankreichs zur Wiederbelebung der Europäischen Energiepolitik im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung“. Im Memorandum werden Vorschläge zur Integration der energiepolitischen Ziele Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit unterbreitet. U.a. solle jeder Mitgliedstaat mittel- und langfristige Prognosen für Energieangebot und Importe aufstellen, eine Prüfung mehrjähriger Pläne für Energieinvestitionen durch die EU erfolgen, die Verfügbarkeit verschiedener Energietechnologien (Kohle, Gas, Kernenergie) untersucht werden sowie die Klimaproblematik – insbesondere auch bei internationalen Energiebeziehungen – stärkere Berücksichtigung finden. Der Vorsitz kündigte eine Fortsetzung der Debatte auf dem März-ECOFIN auf Basis eines von der Kommission vorzulegenden Grünbuchs zur Energiepolitik an.

### – Direktorium der Europäischen Zentralbank

Die Minister der Euroländer nahmen im ECOFIN-Rat eine Empfehlung an den Europäischen Rat an, Bundesbank-Vizepräsident Prof. Dr. Jürgen Stark für die Nachfolge von Prof. Dr. Otmar Issing im Direktorium der EZB zu benennen. Prof. Dr. Issing scheidet nach acht Jahren turnusgemäß am 31. Mai 2006 aus dem Amt aus. Die Bundesregierung hatte die Kandidatur des Bundesbank-Vizepräsidenten im Dezember beschlossen und dem ECOFIN-Rat im Januar bekannt gegeben. Mitglieder des EZB-Direktoriums werden gemäß Art. 112 (2) in Verbindung mit Art. 122 (3) EG-Vertrag von den Regierungen der Mitgliedstaaten auf Ebene der Staats- und Regierungschefs auf Empfehlung des Rates, der hierzu das Europäische Parlament und den EZB-Rat anhört, aus dem Kreis der in Währungs- oder Bankfragen anerkannten und erfahrenen Persönlichkeiten einvernehmlich ausgewählt und ernannt.

### – Konferenz für Steuerfragen

Der Ratsvorsitzende Finanzminister Grassler berichtete dem ECOFIN-Rat über die Ergebnisse der Konferenz über Steuerfragen am 6./7. Februar 2006 in Wien. Vor dem Hintergrund des anwachsenden Umsatzsteuerbetrugs seien Beibehaltung, Ausdehnung und Verbesserung der Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung (wie das „Reverse-Charge“-Verfahren, d.h. Umkehrung der Steuerschuldnerschaft) erörtert worden. Zur weiteren Analyse der Probleme und möglicher Lösungen werde eine Kommissions-Arbeitsgruppe eingerichtet. Die Kommission solle dem ECOFIN-Rat im Juni 2006 einen ersten Bericht vorlegen. Ziel sei u.a. eine Entscheidung über das weitere Vorgehen hinsichtlich der Möglichkeit zur Umstellung nationalen Rechts auf das „Reverse-Charge“-Verfahren.



### – Innovative Instrumente der Entwicklungsfinanzierung: Zwischenstand

Die französische Delegation unterrichtete die ECOFIN-Minister über die von Frankreich ab Mitte 2006 vorgesehene Flugticketsteuer zur Entwicklungsfinanzierung und wies in diesem Zusammenhang auf die vom 28. Februar bis 1. März 2006 in Frankreich stattfindende Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung hin. Ziel der Konferenz sei es, Möglichkeiten innovativer Finanzierungsinstrumente zur Erreichung der Millenniumsziele der Entwicklungshilfe zu erörtern.

## Entwicklung der Länderhaushalte Januar bis Dezember 2005 (vorläufiges Ergebnis)

Das Bundesministerium der Finanzen legt eine Zusammenfassung über die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich Dezember 2005 vor.

Nach den vorläufigen Abschlussdaten für das Jahr 2005 hat sich die Situation der Länderhaushalte im Vergleich zu den Vorjahren weiter verbessert. Das Gesamtdefizit der Länder 2005 lag hiernach bei 24,1 Mrd. € und fiel damit rund 2,9 Mrd. € niedriger aus als geplant. Im Vergleich zum vorläufigen Ergebnis 2004 konnte das Gesamtdefizit um rund 1,0 Mrd. € verringert werden. Damit wurde der niedrigste Defizitstand seit dem Jahr 2000 erreicht. Die Länder konnten wie schon 2004 auch in diesem Jahr insgesamt wieder eine positive Einnahmeentwicklung verzeichnen. Die Einnahmen stiegen im Vergleich zum Vorjahr (Januar bis Dezember) um +1,9 % auf rund 235,4 Mrd. € und übertrafen die Haushaltsansätze um 3,2 Mrd. €. Die Gesamtausgaben der Länder insgesamt erhöhten sich um +1,3 % auf insgesamt 259,5 Mrd. €. Die Haushaltsplanungen sahen um rund 0,3 Mrd. € niedrigere Ausgaben vor.

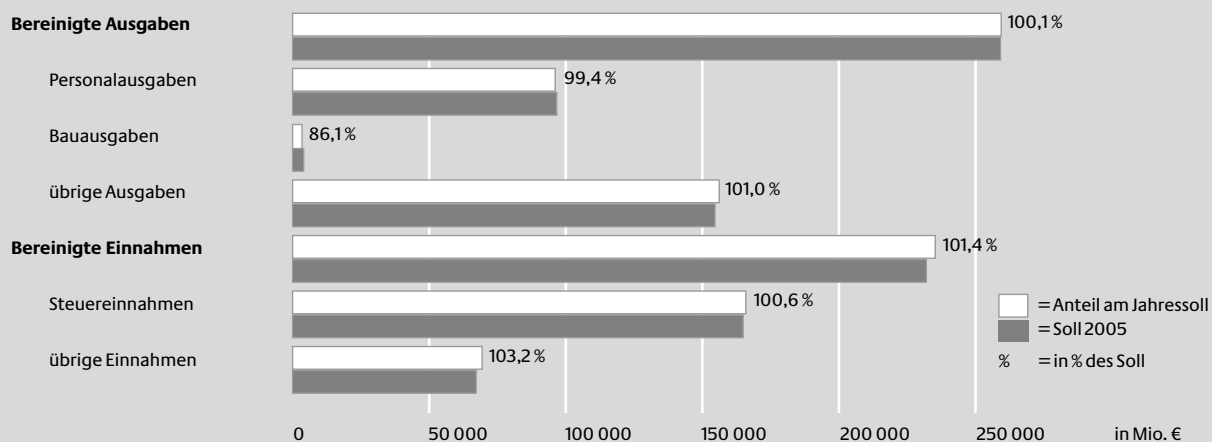
In den westdeutschen Flächenländern fielen die Ausgaben um +1,7 % höher aus als im Vorjahr. Die Ansätze in den Haushaltsplanungen wurden um rund 1,0 Mrd. € überschritten. Die Einnahmen stiegen um +1,9 % auf rund 161,9 Mrd. € und übertrafen die Haushaltsansätze um rund 2,3 Mrd. €. Während sich die Personalausgaben

um –0,1 % verringerten, sanken die Bauausgaben um –7,8 % gegenüber dem Vorjahr. Das Defizit war mit 16,3 Mrd. € rund 1,3 Mrd. € niedriger als geplant und erreichte nahezu den Wert des Vorjahres.

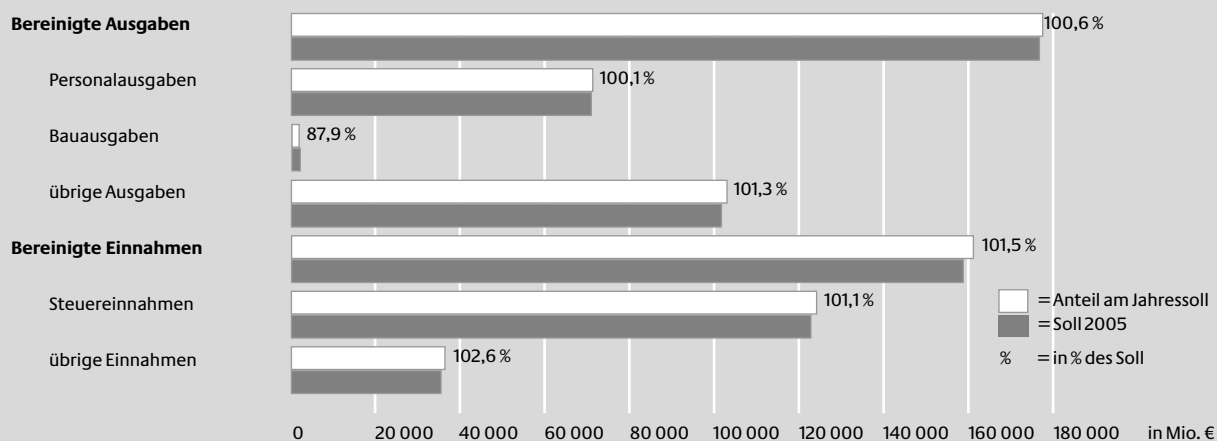
In den ostdeutschen Flächenländern nahmen die bereinigten Ausgaben leicht um –0,7 % auf 51,4 Mrd. € ab und unterschritten die Haushaltsplanungen für das Jahr 2005 um rund 1,5 Mrd. €. Die Bauausgaben gingen um –15,5 % zurück und die Personalausgaben verringerten sich um –5,6 % gegenüber dem Vorjahr. Obwohl die Steuereinnahmen von Januar bis Dezember 2005 in den ostdeutschen Flächenländern um –3,6 % niedriger ausfielen, lagen die Gesamteinnahmen mit 48,3 Mrd. € leicht über dem Vorjahresniveau (2004: 47,9 Mrd. €), aber rund 1,1 Mrd. € unter den Planansätzen für 2005. Das Finanzierungsdefizit der Flächenländer Ost sank von 3,8 Mrd. € im Vorjahr auf 3,1 Mrd. € in 2005.

In den Stadtstaaten nahmen die Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr um +2,5 % zu. Während die Bauausgaben um +1,3 % stiegen, verringerten sich die Personalausgaben um –1,2 % im Vergleich zum Vorjahr. Die Einnahmen erhöhten sich hier deutlich um +3,9 % und überstiegen damit die in den Länderhaushalten eingestellten Ansätze um rund 2,0 Mrd. €. Das Finanzierungsdefizit fiel mit 4,7 Mrd. € rund 0,3 Mrd. € niedriger aus als im Vorjahr, die Haushaltsplanungen lagen gut 1,0 Mrd. € höher.

## Länder insgesamt

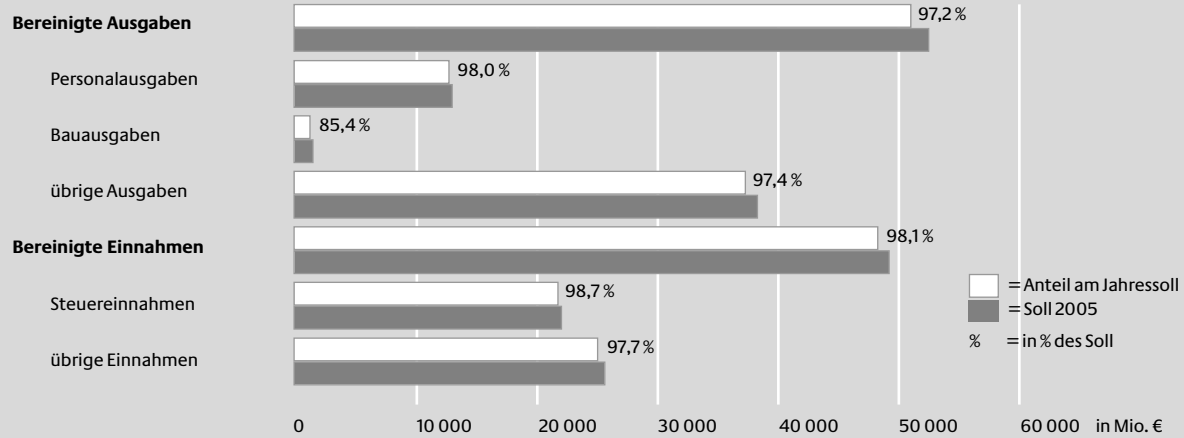


## Flächenländer West

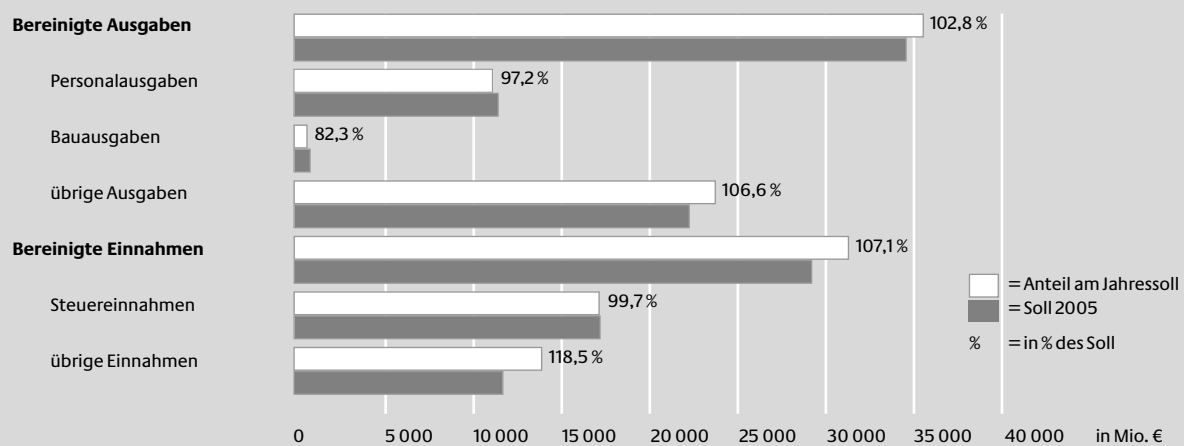




## Flächenländer Ost



## Stadtstaaten



## Termine

### Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

- 13./14. März 2006 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
- 23./24. März 2006 – Europäischer Rat in Brüssel
- 7./8. April 2006 – (Informeller) ECOFIN in Wien
- 8./9. April 2006 – ASEM-Finanzministertreffen in Wien
- 21. bis 23. April 2006 – IWF-Frühjahrstagung/G 7-Finanzministertreffen in Washington
- 4./5. Mai 2006 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel

### Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2006

- bis Mitte Februar 2006 – Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
- 16. Februar 2006 – Finanzplanungsrat
- 22. Februar 2006 – Kabinettsbeschluss
- 17. März 2006 – Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
- 28. bis 31. März 2006 – 1. Lesung Bundestag
- 7. April 2006 – 1. Beratung Bundesrat
- 5. April bis 31. Mai 2006 – Beratungen im Haushaltsausschuss des Bundestages
- Mitte Mai 2006 – Steuerschätzung
- 1. Juni 2006 – Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
- 20. bis 23. Juni 2006 – 2./3. Lesung Bundestag
- 7. Juli 2006 – 2. Beratung Bundesrat
- Mitte/Ende Juli 2006 – Verkündung im Bundesgesetzblatt

## Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe		Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
2006	März	Februar 2006	22. März 2006
	April	März 2006	21. April 2006
	Mai	April 2006	22. Mai 2006
	Juni	Mai 2006	21. Juni 2006
	Juli	Juni 2006	20. Juli 2006
	August	Juli 2006	21. August 2006
	September	August 2006	21. September 2006
	Oktober	September 2006	20. Oktober 2006
	November	Oktober 2006	20. November 2006
	Dezember	November 2006	21. Dezember 2006

## Hinweis auf Veröffentlichungen

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen  
 – Referat Bürgerangelegenheiten –  
 Wilhelmstraße 97  
 10117 Berlin

telefonisch: 0 18 88 / 80 80 800 (0,12 €/Min.)  
 per Telefax: 0 18 88 / 10 80 80 800 (0,12 €/Min.)

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de> oder  
<http://www.bmf.bund.de>





## Analysen und Berichte

Abschluss des Bundeshaushalts 2005 – Ist-Bericht .....	39
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 4. Quartal 2005 und im Jahr 2005 .....	67
Reformieren, investieren, Zukunft gestalten – Politik für mehr Arbeit in Deutschland .....	71
Kapitalstock: Berechnungsmethoden und Entwicklung im internationalen Vergleich .....	79
Produktpiraterie – eine wachsende Gefahr für die Volkswirtschaft .....	87



# Abschluss des Bundeshaushalts 2005 – Ist-Bericht

1	Eckwerte des Bundeshaushalts 2005 .....	39
2	Entwicklung der Ausgaben nach ökonomischen Arten .....	44
3	Erläuterung wesentlicher Ausgabepositionen .....	53
4	Entwicklung der Einnahmen .....	64

## 1 Eckwerte des Bundeshaushalts 2005

Der Entwurf des Bundeshaushaltsplans 2005 wurde vom Deutschen Bundestag in erster Lesung vom 7. bis 10. September 2004 beraten und in dritter Lesung am 26. November 2004 verabschiedet. Nach der Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates im Deutschen Bundestag am 18. Februar 2005 ist das Haushaltsgesetz 2005 am 8. März 2005 im BGBl. I S. 467 verkündet worden und rückwirkend zum 1. Januar 2005 in Kraft getreten.

**Ausgaben.** Die Ausgaben des Bundes summierten sich 2005 auf 259,8 Mrd. €. Im Vergleich

zum Vorjahr mit 251,6 Mrd. € stiegen die Ausgaben des Bundes um 8,3 Mrd. € oder 3,3 %. Gegenüber der Soll-Veranschlagung in Höhe von 254,3 Mrd. € lagen die Mehrausgaben um 5,5 Mrd. € über dem Planwert. Die Ausgabensteigerung war auf deutlich höhere Aufwendungen für Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende zurückzuführen.

Die investiven Ausgaben des Bundes wurden bereinigt um 0,9 Mrd. € Betriebsmitteldarlehen an die Träger der allgemeinen Rentenversicherung und beliefen sich somit 2005 auf 22,9 Mrd. €. Das Betriebsmitteldarlehen an die Rentenversicherung in Höhe von 0,9 Mrd. € wurde im November vom Bund gewährt und im Dezember von den Rentenversicherungsträgern

Tabelle 1: Gesamtübersicht

Aufgabenbereich	Soll 2005	Januar bis Dezember 2005	Januar bis Dezember 2004	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € <sup>1</sup>			in %	
<b>Die Ermittlung des Finanzierungssaldos:</b>					
<b>1. Ausgaben</b>	<b>254,3</b>	<b>259,8</b>	<b>251,6</b>	<b>+ 8,3</b>	<b>+ 3,3</b>
<b>2. Einnahmen</b>	<b>232,0</b>	<b>228,4</b>	<b>211,8</b>	<b>+ 16,6</b>	<b>+ 7,8</b>
– Steuereinnahmen	190,8	190,1	187,0	+ 3,1	+ 1,7
– Verwaltungseinnahmen	41,2	38,3	24,8	+ 13,4	+ 54,1
<b>Einnahmen ./. Ausgaben = Finanzierungssaldo</b>	<b>- 22,3</b>	<b>- 31,4</b>	<b>- 39,8</b>	<b>+ 8,4</b>	<b>- 21,1</b>
<b>Die Deckung des Finanzierungssaldos:</b>					
Nettokreditaufnahme	22,0	31,2	39,5	- 8,3	- 21,1
Münzeinnahmen	0,3	0,2	0,3	- 0,1	- 20,3
nachrichtlich: Investitionen (ohne Betriebsmitteldarlehen an die Rentenversicherung)	22,7	22,9	22,4	+ 0,5	+ 2,2

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

wieder zurückbezahlt. Da im Bundeshaushalt brutto gebucht wird, würde ohne eine Bereinigung der investiven Ausgaben um das Betriebsmitteldarlehen der Eindruck erhöhter investiver Ausgaben entstehen. Gegenüber den investiven Ausgaben in Höhe von 22,4 Mrd. € im Jahr 2004 ergibt sich eine Steigerung um 0,5 Mrd. € oder 2,2 %. Grund waren die gestiegenen Ausgaben für Verkehrsinvestitionen in die Schiene und Straße aufgrund des 2-Mrd.-€-Verkehrsprogramms.

**Einnahmen.** Die Einnahmen des Bundes (ohne Münzeinnahmen) summierten sich im Jahre 2005 auf 228,4 Mrd. €. Gegenüber dem Vorjahr mit Einnahmen in Höhe von 211,8 Mrd. € entspricht dies einer Einnahmensteigerung von 16,6 Mrd. € oder 7,8 %. Dabei war der überwiegende Teil des Anstiegs auf deutlich höhere Verwaltungseinnahmen zurückzuführen. Während 2004 noch 24,8 Mrd. € an Verwaltungseinnahmen verbucht wurden, stiegen diese 2005 um 13,4 Mrd. € auf 38,3 Mrd. €. Wesentliche Größen waren die erstmalige Abführung von Teilbeträgen des Aussteuerungsbetrages der Bundesagentur für Arbeit nach dem SGB II an den Bund, die erstmalige Vereinnahmung der streckenbezogenen Lkw-Maut, zusätzliche Einnahmen im

Bereich Gewährleistungen aus der vorzeitigen Schuldentilgung anderer Staaten sowie erhöhte Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen und aus sonstigem Kapitalvermögen des Bundes.

Die Steuereinnahmen bilden generell den größten Anteil an den Einnahmen des Bundes. 2005 beliefen sich diese auf 190,1 Mrd. €. Gegenüber 2004 stiegen die Steuereinnahmen um 3,1 Mrd. € oder 1,7 %. Im Ergebnis erreichen sie damit annähernd das veranschlagte Haushalts-soll von 190,8 Mrd. €.

**Defizit.** Der Finanzierungssaldo des Bundes belief sich 2005 auf – 31,4 Mrd. €. Gegenüber 2004 verringerte er sich um 8,4 Mrd. € oder 21,1 %. Zur Deckung der Finanzierungslücke war neben den Münzeinnahmen von 0,2 Mrd. € eine Netto-neuverschuldung von 31,2 Mrd. € erforderlich. Hierzu wurden in Abstimmung mit dem Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages ursprünglich gesperrte Kreditermächtigungen genutzt.

In der nachfolgenden Tabelle 2 werden die wesentlichen Differenzen zwischen dem Ist-Ergebnis 2005 und dem Ist-Ergebnis 2004 dargestellt:

**Tabelle 2: Wesentliche Veränderungen der Ausgabenentwicklung im Vergleich zum Vorjahresergebnis**

Aufgabenbereich	Soll 2005	Januar bis Dezember 2005	Januar bis Dezember 2004	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € <sup>1</sup>				in %
<b>Mehrausgaben ggü. Vorjahr</b>					
Arbeitsmarktpolitik	33,6	37,9	25,0	+ 12,9	+ 51,6
Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen	2,5	2,5	1,0	+ 1,5	+ 150,0
Zinsen	38,9	37,4	36,3	+ 1,1	+ 3,0
<b>Minderausgaben ggü. Vorjahr</b>					
Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit	4,0	0,4	4,2	– 3,8	– 90,5
Wohngeld	0,9	1,1	3,0	– 1,9	– 64,0
Förderung des Kohlenbergbaus	1,8	1,8	2,2	– 0,5	– 20,4
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	3,0	3,1	3,4	– 0,3	– 8,3
Finanzverwaltung	2,4	2,1	2,4	– 0,3	– 11,3
nachrichtlich Einnahmeänderungen:					
Aussteuerungsbetrag der Bundesagentur für Arbeit	6,7	4,6	–	–	–
Abführung Bundesbank	2,0	0,7	0,2	+ 0,4	+ 172,3

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.



## Erläuterungen zu den wesentlichen Einnahmen- und Ausgabenänderungen

Bei den Ausgaben für **Arbeitsmarktpolitik** zeigten sich aufgrund der Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende ab 1. Januar 2005 (Hartz IV) erhebliche Veränderungen. Vor diesem Hintergrund sind in diesem Bereich Vergleiche mit dem Vorjahr von geringer Aussagekraft. Den bedeutensten Anteil an der Arbeitsmarktpolitik hatte die Grundsicherung für Arbeitsuchende mit 35,2 Mrd. €. Die wesentlichen Ausgabenpositionen der Grundsicherung waren das Arbeitslosengeld II mit 25,0 Mrd. €, die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit mit 3,6 Mrd. €, die Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung mit 3,5 Mrd. € und die Verwaltungskosten für die Durchführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende mit 3,0 Mrd. € (siehe auch Erläuterungen zu Tabelle 9, Ausgaben des Bundes für soziale Sicherung, S. 54).

Beim Arbeitslosengeld II ergab sich gegenüber dem Sollansatz 2005 ein deutlicher Mehrbedarf. Daher hat das BMF Anfang Juli 2005 in eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 8 Mrd. € eingewilligt, nachdem der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages am 29. Juni 2005 von dem Anpassungsbedarf Kenntnis genommen hatte. Ende Oktober hat das BMF eine weitere überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 3,0 Mrd. € bewilligt, so dass der verfügbare Sollansatz dann 25,6 Mrd. € betrug.

Darüber hinaus kam es bei der Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung zu Mehrausgaben in Höhe von 330 Mio. €. Im November 2005 hat das BMF in eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 490 Mio. € eingewilligt. Die Mehrausgaben sind auch darauf zurückzuführen, dass es im Jahresverlauf 2005 nicht zu einer Revision der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft kam. Da die Revisionsverfahren im Jahr 2005 weder auf parlamentarischer Ebene im Bundesrat noch im Rahmen der Abstimmungsgespräche mit den Ländern und kommunalen Spitzenverbänden zu einem einvernehmlichen Ergebnis führten, wurde von Bundestag und Bundesrat Ende des Jahres beschlossen, die Bundesbeteiligung für die Jahre 2005 und 2006 endgültig auf 29,1% fest-

zulegen. Die vom früheren Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit vorgenommenen Überprüfungen deuten jedoch darauf hin, dass die Kommunen auch mit einer deutlich geringeren Bundesbeteiligung um die angestrebten 2,5 Mrd. € entlastet worden wären.

Dem Mehrbedarf bei Arbeitslosengeld II und Beteiligung an den Unterkunftskosten standen beträchtliche Minderausgaben von rund 3,2 Mrd. € bei den Eingliederungsleistungen und Verwaltungskosten im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende gegenüber.

Die Bundesagentur für Arbeit hat den veranschlagten Bundeszuschuss von 4 Mrd. € mit 0,4 Mrd. € nur zu einem geringen Teil benötigt. Ein Grund war, dass der Aussteuerungsbetrag, welchen die Bundesagentur an den Bund zahlte, um 2,2 Mrd. € geringer ausfiel als veranschlagt.

**Wohngeld.** Auch hier wirkte sich die Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende (Hartz IV) erheblich aus. Gegenüber dem Sollansatz 2005 von 850 Mio. € wurde ein Mehrbedarf in einer Größenordnung von bis zu 350 Mio. € erwartet. Vor diesem Hintergrund hat das BMF Anfang Juli 2005 in eine entsprechende überplanmäßige Ausgabe eingewilligt, nachdem der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages am 29. Juni 2005 von dem Anpassungsbedarf Kenntnis genommen hatte. Tatsächlich sind Mehrausgaben in Höhe von 234,5 Mio. € entstanden.

**Zinsen.** Aufgrund des derzeitigen Zinsniveaus wurden gegenüber dem Sollansatz 2005 Minderausgaben von 1,5 Mrd. € gegenüber dem geplanten Haushaltssoll erreicht. Gleichwohl stiegen die Zinsausgaben des Bundes gegenüber 2004 um 1,1 Mrd. €, da ab 2005 der Fonds Deutsche Einheit in den Bundeshaushalt integriert wurde.

**Förderung des Kohlenbergbaus.** Der Kohlekompromiss 1997 lief im Jahr 2005 aus. Minderausgaben gegenüber dem Vorjahr beruhten einerseits auf der degressiven Entwicklung der zugesagten Kohlehilfen, andererseits auf Zahlungsverchiebungen ins Folgejahr. 2006 wird die aufgelaufene „Bugwelle“ aus Zahlungsverpflichtungen des Kohlekompromisses 1997 beglichen. Die Anschlussregelung zum Kohlekompromiss sieht vor, die Kohlehilfen ab 2006 nachschüssig im Folgejahr auszusahlen.

**Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen.** Ein Element des Gesetzes zur Modernisierung des Gesundheitssystems ist die pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen. Zur Gegenfinanzierung wurde in den Jahren 2004 und 2005 die Tabaksteuer angehoben. Die pauschale Abgeltung wird über das Bundesversicherungsamt an die Krankenkassen gezahlt. Die Spitzenverbände der Krankenkassen bestimmen gemeinsam und einheitlich eine Krankenkasse oder einen Verband als zentrale Stelle für die Abrechnung mit dem Bundesversicherungsamt, welches die pauschale Abgeltung an die zentrale Stelle zur Weiterleitung an die berechtigten Krankenkassen zahlt. Die pauschale Abgeltung wird in zwei gleichen Abschlägen jeweils am 1. Mai und am 1. November gezahlt. In der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU/CSU und SPD wurde vereinbart, die Zahlungen des Bundes an die Krankenkassen beginnend ab dem Jahr 2007 schrittweise auf null zurückzuführen.

**Kriegsopferversorgung und -fürsorge.** Ingesamt verringern sich die Kosten für Kriegsopferversorgung und -fürsorge aufgrund des demografisch bedingten Rückgangs der Zahl der Leistungsempfänger jährlich um ca. 10 %. Allerdings kommt es aufgrund der Alterung der Leistungsempfänger gleichzeitig zu einer Zunahme der Kosten im Heil- und Krankenbereich.

**Finanzverwaltung.** Die Bundesvermögensverwaltung wurde in ein eigenverantwortliches Unternehmen in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts überführt. Aufgrund des Gesetzes zur Gründung der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben nahm zum 1. Januar 2005 die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben ihre Arbeit auf. Die Liegenschaften im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen gingen zu diesem Stichtag in das Eigentum der Anstalt über. Die anderen inländischen Dienstliegenschaften des Bundes gehen schrittweise bis Ende 2010 über. Zeitgleich wechselten circa 6000 Beschäftigte mit ihren Aufgaben in die neue Bundesanstalt. Somit erklärt sich der Ausgabenrückgang für den Bereich Finanzverwaltung insbesondere aus einem Rückgang der Personalausgaben und Sachkosten.

**Abführung Bundesbank.** Gemäß § 27 Nr. 2 Bundesbankgesetz hat die Deutsche Bundesbank den Jahresüberschuss an den Bund abzuführen. Im Soll des Haushalts 2005 wurde von einem Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2004 in Höhe von 2 Mrd. € ausgegangen. Tatsächlich belief sich der Jahresüberschuss nach Feststellung der Deutschen Bundesbank vom 15. März 2005 jedoch auf lediglich rd. 676 Mio. €. Das bedeutete für den Bundeshaushalt einen Einnahmeausfall von rd. 1,3 Mrd. €.



## Wichtige Entscheidungen mit Wirkung auf den Haushalt 2005

**Arbeitsmarktreformen.** Die frühere Bundesregierung hat im Rahmen ihrer Agenda 2010 mit verschiedenen Arbeitsmarktreformgesetzen grundlegende Weichenstellungen auf dem Arbeitsmarkt vorgenommen. Mit dem zum 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Hartz-IV-Gesetz wurden die Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe für Erwerbsfähige zu einer neuen Leistung – der Grundsicherung für Arbeitsuchende – zusammengeführt. Die Betreuung erwerbsfähiger Hilfebedürftiger erfolgt jetzt durch eine Stelle, entweder in einer aus Arbeitsagentur und Kommune errichteten Arbeitsgemeinschaft oder durch einen der bundesweit 69 zugelassenen kommunalen Träger.

**Kinderzuschlag für gering verdienende Eltern.** Mit dem Hartz-IV-Gesetz wurde der Kinderzuschlag – eine gezielte Förderung gering verdienender Familien – eingeführt. Der Kinderzuschlag ist eine neue familienpolitische Leistung in Höhe von monatlich bis zu 140 € je Kind. Er wird an Eltern gezahlt, die zwar mit ihren Einkünften ihren eigenen Unterhalt bestreiten können, nicht aber den ihrer Kinder. Sie wären ohne Kinderzuschlag auf Arbeitslosengeld II angewiesen, mit Kinderzuschlag

kann die Familie von den eigenen Einkünften leben.

**Neuregelung des Wohngeldes.** Auch diese Neuregelung steht im direkten Zusammenhang mit der Einführung des Arbeitslosengeldes II. Ab 2005 wurde das Wohngeld auf die Personengruppen konzentriert, die nicht Empfänger von Transferleistungen sind. Wohngeldberechtigt sind damit hauptsächlich Personen mit eigenen Einkünften. An der Höhe des Wohngeldes ändert sich nichts. Für die Empfänger von staatlichen Transferleistungen (einschließlich ihrer Bedarfsgemeinschaften, z. B. Ehegatten) werden die angemessenen Kosten der Unterkunft nun ausschließlich im Rahmen der jeweiligen Transferleistung berücksichtigt. Transferleistungen sind z. B. das Arbeitslosengeld II, die Sozialhilfe und die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Diese Vereinfachung bewirkt auf Grund des Wegfalls der aufwändigen Erstattungs- und Verrechnungsverfahren zwischen den verschiedenen Trägern der Unterkunftskosten einen erheblichen Bürokratieabbau.

**Nachhaltige Finanzierung der Gesetzlichen Rentenversicherung.** Die Gesetzliche Rentenversicherung ist und bleibt die wichtigste Säule der Alterssicherung in Deutschland. Mit den verabschiedeten Reformmaßnahmen wurden die Weichen gestellt, um die Gesetzliche Rentenversicherung langfristig finanzierbar zu halten.

Als zentrale Maßnahme wurde mit dem Rentenversicherungs-Nachhaltigkeitsgesetz ein so genannter Nachhaltigkeitsfaktor in die Rentenanpassungsformel eingeführt. Er berücksichtigt bei der jährlichen Anpassung der Renten die zahlenmäßige Entwicklung des Verhältnisses von Beitragszahlern zu Rentnern. Das bedeutet, dass weniger Beitragszahler zu geringeren Rentenerhöhungen, ein Anstieg der Beitragszahler hingegen zu höheren Renten führt. Der Nachhaltigkeitsfaktor bezieht damit die Auswirkungen einer längeren Lebenserwartung, die Entwicklung der Geburten und der Erwerbstätigkeit in die Rentenanpassung ein. Dies stellt sicher, dass die Funktionsfähigkeit unseres Rentenversicherungssystems auch in Zukunft erhalten bleibt. Der Nachhaltigkeitsfaktor wirkt sich seit seiner Einführung zum 1. Juli 2005 aus.

**Dritte Stufe der Steuerreform.** Zum 1. Januar 2005 trat die dritte und letzte Stufe der Steuerreform 2000 in Kraft. Die Bürgerinnen und Bürger werden durch sie jährlich um weitere rund 6,5 Mrd. € entlastet. Der Einkommenssteuersatz ist durch die Steuerreform seit 1998 von ehemals 25,9 % auf 15 % und der Spitzensteuersatz von ehemals 53 % auf 42 % gesenkt worden. Die Einkommensteuersätze befinden sich damit auf einem historischen Tiefstand. Der Grundfreibetrag ist von 1998 bis 2004 von 6 322 € auf 7 664 € gestiegen. Für Verheiratete bleiben jetzt 15 328 € steuerfrei.

Die Steuerreform führt zusammen mit den Maßnahmen der Familienförderung und der neuen Besteuerung der Alterseinkünfte ab 2005 zu einer jährlichen Steuerentlastung von mehr als 59 Mrd. €. Allein für die Privathaushalte sind das jährlich mehr als 47 Mrd. € weniger Steuern. Besonders Arbeitnehmer mit niedrigem und mittlerem Einkommen sowie Familien mit Kindern wurden durch die Steuerreform besser gestellt. Die steuerlichen Entlastungen z. B. für eine Arbeitnehmerfamilie mit zwei Kindern (Jahresarbeitslohn 30 000 €) sind seit 1998 erheblich: Allein durch die Erhöhung des Kindergeldes stieg hier das Einkommen um 996 €. Zusammen mit dem erhöhten steuerlichen Grundfreibetrag und den niedrigeren Steuersätzen steigerte sich das verfügbare Einkommen dieser Familie 2005 gegenüber 1998 um 2 392 €.

**Subventionsabbau in der Landwirtschaft.** Bei Agrardiesel wurde zum 1. Januar 2005 die bisherige Steuerermäßigung verringert. Landwirte konnten bis dahin ihren Dieselmotorkraftstoff billiger tanken. Für sie galt ein ermäßigter Steuersatz von 25,56 Cent/Liter. Diese Steuersubvention wurde um 56 % gekürzt. Seit dem 1. Januar 2005 müssen Landwirte 40 Cent Mineralölsteuer je Liter Agrardiesel zahlen. Das ist immer noch weniger, als alle anderen Pkw- und Lkw-Fahrer zahlen. Diese zahlen 47,04 Cent Mineralölsteuer pro Liter. Allerdings gibt es den ermäßigten Steuersatz seit dem 1. Januar 2005 nur noch für maximal 10 000 Liter Agrardiesel pro Jahr. Weiterhin gilt ein Selbstbehalt von 350 €. Das entlastet den Bundeshaushalt ab dem Jahr 2006 um 287 Mio. € jährlich.

**Postbeamtenversorgungskasse (BPS-PT).** Die Postbeamtenversorgungskasse hat einen Teil

der Ansprüche gegenüber den Post-Aktiengesellschaften zur Mitfinanzierung der Postpensionsforderungen kapitalisiert. Infolgedessen entfiel 2005 der Zuschuss des Bundes an die Postbeamtenversorgungskasse.

**Zuschuss an den Fonds Deutsche Einheit.** Ab dem Jahr 2005 werden die Zinszahlungen für den Fonds Deutsche Einheit direkt aus dem Bundeshaushalt gezahlt. Aus diesem Grund entfallen die Zuschüsse an das Sondervermögen Fonds Deutsche Einheit in der bisherigen Form.

**Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit.** Mit einer zeitlich befristeten „Brücke in die Steuerehrlichkeit“ wurde bislang steuerunehrlichen Bürgern die Möglichkeit gegeben, durch Abgabe einer Erklärung bis spätestens 31. März 2005 und Entrichtung einer pauschalen Abgabe Befreiung von Geldbußen oder Strafen zu erlangen. Nach Auslaufen dieser Regelung ist zum 1. April 2005 die Kontenabfragemöglichkeit in Kraft getreten. Diese dient unter anderem zur Ermittlung von Daten über bestehende Konten und Depots, nicht aber zur Ermittlung von Kontenständen.

**Aussteuerungsbetrag der Bundesagentur für Arbeit.** Mit dem Hartz-IV-Gesetz sind ab 1. Januar 2005 Leistungen zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt vom Haushalt der Bundesagentur für Arbeit in den Bundeshaushalt verlagert worden. Im Gegenzug hat die Bundesagentur für Arbeit (BA) einen Aussteuerungsbetrag an den Bundeshaushalt zu entrichten. Die Höhe des Betrags richtet sich nach der Anzahl der Personen, die im Laufe eines Jahres vom Bezug des Arbeitslosengeldes nach dem SGB III (Haushalt der BA) in den Bezug des Arbeitslosengeldes II nach dem SGB II (Bundeshaushalt) überwechseln, und den jahresdurchschnittlichen Aufwendungen pro Bedarfsgemeinschaft. Der Aussteuerungsbetrag schafft einen Anreiz für die BA, Arbeitslosigkeit noch während des Bezugs von Arbeitslosengeld nach dem SGB III zu beenden.

## 2 Entwicklung der Ausgaben nach ökonomischen Arten

Laut Bundeshaushaltsordnung (§13,14 BHO) ist jedem Haushaltsgesetz eine Übersicht der Ausgaben nach ökonomischen Arten beizufügen. Diese heißt „Gliederung der Ausgaben nach ökonomischen Arten“ und findet sich als Gruppierungsübersicht Teil I B im Haushaltsgesetz.

Diese Gruppierungsübersicht gliedert sich in die zwei wesentlichen Teile: Ausgaben der Kapitalrechnung und Ausgaben der laufenden Rechnung.

Zu den Ausgaben der Kapitalrechnung werden die Ausgaben für Baumaßnahmen, die Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen, z. B. Immobilienerwerb und Darlehensgewährung, sowie Vermögensübertragungen addiert.

Bei den Ausgaben der laufenden Rechnung handelt es sich um die Summe der Personalausgaben, der sächlichen Verwaltungsausgaben, militärischen Beschaffungen und den Schuldendienst sowie um die Zuweisungen und Zuschüsse an Dritte mit Ausnahme der Investitionen.

Die besonderen Finanzierungsausgaben (wie globale Mehr- oder Minderausgaben) werden weder der laufenden Rechnung noch der Kapitalrechnung zugeordnet, da deren ökonomische Spezifizierung noch nicht erfolgt ist bzw. erst im Haushaltsvollzug erfolgt.

Der folgende Abschnitt orientiert sich im Aufbau an der Übersicht der Ausgaben nach ökonomischen Arten und dient zu deren Erläuterung.

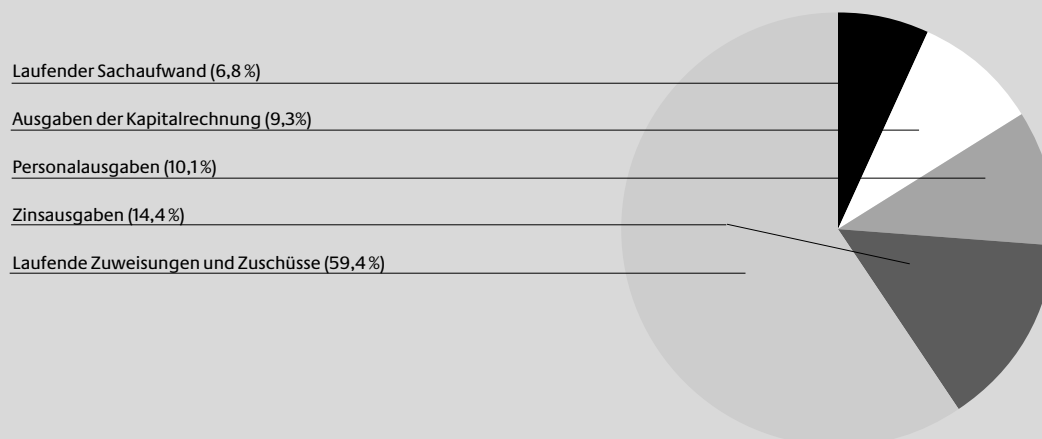
Die Ausgaben des Bundes lassen sich nach ihrer Wirkung auf die gesamtwirtschaftlichen Abläufe in konsumtive und investive Ausgaben aufteilen. Die Unterscheidung der investiven von den konsumtiven Ausgaben erfolgt entsprechend den Vorgaben in § 13 Abs. 3 BHO nach der gemeinsamen Haushaltssystematik von Bund, Ländern und Gemeinden. Die Ausgaben für Baumaßnahmen und Investitionen der Hauptgruppen 7 und 8 werden als investive Ausgaben bezeichnet. Die Ausgaben der Hauptgruppen 4, 5 und 6 – die Personalausgaben, die sächlichen Verwaltungsausgaben inklusive der militärischen

Tabelle 3: Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

Ausgabeart	Soll 2005	Januar bis Dezember 2005	Januar bis Dezember 2004	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € <sup>1</sup>			in %	
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>254,3</b>	<b>259,8</b>	<b>251,6</b>	<b>+ 8,3</b>	<b>+ 3,3</b>
Ausgaben der laufenden Rechnung	233,3	235,7	228,9	+ 6,9	+ 3,0
– Personalausgaben	26,9	26,4	26,8	– 0,4	– 1,4
– Laufender Sachaufwand	17,4	17,7	16,9	+ 0,8	+ 4,9
– Zinsausgaben	38,9	37,4	36,3	+ 1,1	+ 3,0
– Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	150,2	154,3	149,0	+ 5,3	+ 3,6
Ausgaben der Kapitalrechnung	23,1	24,1	22,7	+ 1,4	+ 6,1
– Sachinvestitionen	6,7	7,2	6,9	+ 0,4	+ 5,2
– Vermögensübertragungen	12,9	13,0	12,9	+ 0,1	+ 0,5
– Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3,5	3,9	2,9	+ 1,0	+ 33,0
Globale Mehr-/Minderausgaben	– 2,2	–	–	–	–

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Abbildung 1: Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten in %



Beschaffungen und die Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme der für Investitionen – werden als konsumtive Ausgaben bezeichnet. Die besonderen Finanzierungsausgaben der Hauptgruppe 9 sind als neutral anzusehen, da beispielsweise die globalen Mehr- und Minderausgaben erst im Haushaltsvollzug einer der oben genannten Ausgabearten zugeordnet werden können.

Die Tabelle 4 (siehe S. 46) gibt eine Gesamtübersicht der investiven und konsumtiven Ausgaben.

Das Betriebsmitteldarlehen an die allgemeine Rentenversicherung in Höhe von 0,9 Mrd. €

wurde im November vom Bund gewährt und im Dezember von den Rentenversicherungsträgern wieder zurückbezahlt. Da im Bundeshaushalt aufgrund der Bundeshaushaltsordnung das Bruttoprinzip gilt und somit brutto gebucht wird, führt dies zu einer Erhöhung der investiven Ausgaben, obwohl dem auf der Einnahmenseite entsprechende Rückeinnahmen gegenüberstehen. Um eine systematische Kommentierung und Vergleichbarkeit mit dem Vorjahr zu erreichen, werden die investiven Ausgaben inklusive der Betriebsmitteldarlehen an die Rentenversicherung gezeigt.

Tabelle 4: Gesamtübersicht der investiven und konsumtiven Ausgaben

Bezeichnung	Soll 2005	Januar bis Dezember 2005	Januar bis Dezember 2004	Veränderung gegenüber Vorjahr	
		in Mrd. € <sup>1</sup>			in %
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>254,3</b>	<b>259,8</b>	<b>251,6</b>	<b>+ 8,3</b>	<b>+ 3,3</b>
darunter:					
Konsumtive Ausgaben	233,7	236,1	229,2	+ 6,9	+ 3,0
Investive Ausgaben	22,7	23,8 <sup>2</sup>	22,4	+ 1,4	+ 6,2
Nachrichtlich:					
Investive Ausgaben					
– ohne Betriebsmitteldarlehen an die Renten-					
versicherung –	22,7	22,9	22,4	+ 0,5	+ 2,2
Globale Mehr-/Minderausgaben	– 2,2	–	–	–	–

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>2</sup> Inklusive 0,9 Mrd. € Betriebsmitteldarlehen an die Rentenversicherungsträger.

Die investiven Ausgaben des Bundes betrugen im Jahr 2005 23,8 Mrd. €. Gegenüber dem Jahr 2004 mit investiven Ausgaben in Höhe von 22,4 Mrd. € entspricht dies einer Zunahme um 1,4 Mrd. € oder 6,2 %. Der Anteil an den Gesamtausgaben des Bundes beträgt 2005 9,1 %.

0,9 Mrd. € sind begründet als Betriebsmitteldarlehen an die Rentenversicherung. Weitere 0,5 Mrd. € resultieren aus gestiegenen Ausgaben für Verkehrsinvestitionen in die Schiene, Straße und Wasserstraße aufgrund des 2-Mrd.-€-Verkehrsprogramms. Das Programm läuft bis zum Jahr 2008 und wurde 2005 über Ausgabereste finanziert.

Die konsumtiven Ausgaben beliefen sich 2005 auf 236,1 Mrd. €. Im Vergleich zum Vorjahr mit konsumtiven Ausgaben in Höhe von 229,2 Mrd. € sind diese um 6,9 Mrd. € oder 3,0 % gestiegen. Die konsumtiven Ausgaben hatten einen Anteil von 90,9 % an den Gesamtausgaben.

Das Ausgabenvolumen hat sich insgesamt stark ausgeweitet. Während 2004 noch 251,6 Mrd. € verausgabt wurden, waren es 2005 bereits 259,8 Mrd. €. Dies entspricht einer Zunahme von 8,3 Mrd. € oder 3,3 %. Die Anteile der konsumtiven und investiven Ausgaben am Gesamtvolumen blieben im Vergleich 2005 zu 2004 annähernd konstant. Allerdings legte das Gesamtvolumen der konsumtiven Ausgaben mit 6,9 Mrd. € wie oben bereits ausgeführt stark zu. Abbildung 2 (siehe S. 47) zeigt eine Darstellung der investiven und konsumtiven Ausgaben des Bundes.

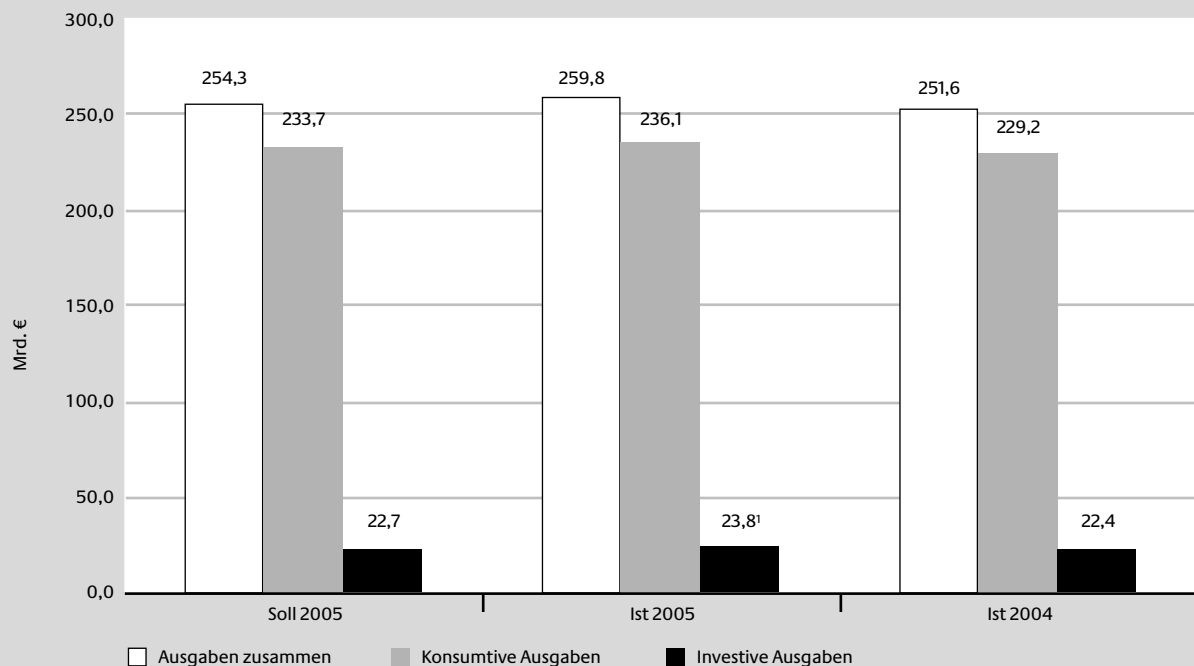
Aus dem Verhältnis von investiven zu konsumtiven Ausgaben beziehungsweise den Anteilen an den Gesamtausgaben allein können keine definitiven Rückschlüsse auf die Qualität des Budgets gezogen werden. So kann ein Rückgang der investiven Ausgaben unter anderem auch als Ausdruck einer gewissen Sättigung in einer hoch entwickelten Volkswirtschaft verstanden werden. Des Weiteren ist zu berücksichtigen, dass auch Ausgaben, die haushaltsrechtlich nicht als Investitionen gelten, zukunfts wirksam sein können. Zu nennen sind beispielsweise Personalausgaben im Bereich Bildung und Forschung.

Die investiven Ausgaben unterteilen sich in Ausgaben des Bundes für eigene Sachinvestitionen und in Finanzierungshilfen zugunsten Dritter, meist Länder oder Gemeinden. 2005 erreichte der Anteil der Finanzierungshilfen an den investiven Ausgaben insgesamt 69,5 %. Die Finanzierungshilfen zur Unterstützung der Investitionstätigkeit umfassen

- Zuweisungen und Zuschüsse zur Finanzierung der Investitionsausgaben,
- die Gewährung von Darlehen, den Erwerb von Beteiligungen und sonstigem Kapitalvermögen.

Die Sachinvestitionen beliefen sich 2005 auf 7,2 Mrd. € und stiegen gegenüber 2004 um 0,4 Mrd. € oder 5,2 %. Von diesen entfielen 79,8 % auf Baumaßnahmen. Der verbleibende Teil wurde zum Erwerb von beweglichen Sachen und

Abbildung 2: Darstellung der investiven und konsumtiven Ausgaben des Bundes



<sup>1</sup> Inklusive 0,9 Mrd. € Betriebsmitteldarlehen an die Rentenversicherung.

Tabelle 5: Investive Ausgaben

Aufgabenbereich	Soll 2005	Januar bis Dezember 2005	Januar bis Dezember 2004	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € <sup>1</sup>				in %
<b>Investive Ausgaben</b>	<b>22,7</b>	<b>23,8<sup>2</sup></b>	<b>22,4</b>	<b>+ 1,4</b>	<b>+ 6,2</b>
<b>Finanzierungshilfen</b>	<b>16,0</b>	<b>16,5<sup>2</sup></b>	<b>15,5</b>	<b>+ 1,0</b>	<b>+ 6,6</b>
– Zuweisungen und Zuschüsse	12,5	12,6	12,6	+ 0,1	+ 0,5
– Darlehensgewährungen, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3,5	3,9 <sup>2</sup>	2,9	+ 1,0	+ 33,0
<b>Sachinvestitionen</b>	<b>6,7</b>	<b>7,2</b>	<b>6,9</b>	<b>+ 0,4</b>	<b>+ 5,2</b>
– Baumaßnahmen	5,4	5,8	5,5	+ 0,3	+ 5,7
– Erwerb von beweglichen Sachen	0,9	1,0	0,9	+ 0,04	+ 4,2
– Erwerb von unbeweglichen Sachen	0,4	0,5	0,5	+ 0,003	+ 0,6

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>2</sup> Inklusive 0,9 Mrd. € Betriebsmitteldarlehen an die Träger der Rentenversicherung.

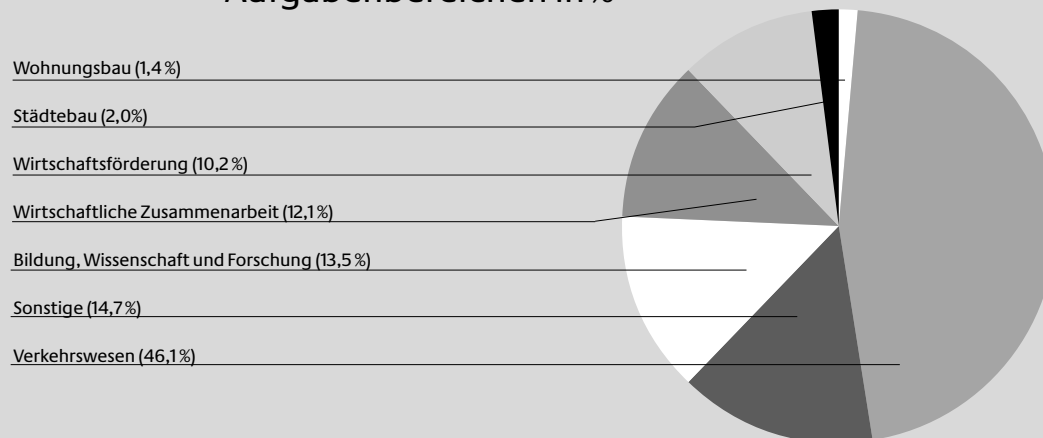
zum Grunderwerb verwendet. Hier zeigen sich die Auswirkungen des 2-Mrd.-€-Verkehrsprogramms. Abbildung 3 (siehe S. 48) zeigt eine Aufteilung der investiven Ausgaben nach Aufgabenbereichen.

Auf das **Verkehrswesen** einschließlich Deutsche Bahn AG entfiel mit 10,9 Mrd. € oder 46,1 % der größte Teil der investiven Ausgaben. In diesem Bereich tätigte der Bund mit 5,8 Mrd. € auch

den überwiegenden Teil, nämlich 81,0 % seiner Sachinvestitionen. Der größte Teil davon entfiel auf Baukostenzuschüsse für Investitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes und auf Baumaßnahmen im Bereich der Bundesautobahnen und Bundesstraßen.

Für die **Wirtschaftsförderung** stellte der Bund Finanzhilfen in Höhe von insgesamt

**Abbildung 3: Aufteilung der investiven Ausgaben nach Aufgabenbereichen in %**



2,4 Mrd. € bereit. Für bedingungsgemäße Entschädigung aus Bürgschaften, Garantien oder sonstigen Gewährleistungen, Zahlungen zur Abwendung oder Minderung von Schäden, Kosten der Gewährleistungen und Umschuldungen wurden 1,4 Mrd. € aufgewandt. Zur Erledigung der Gemeinschaftsaufgabe zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ inklusive der Mittel aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) wurden 1,0 Mrd. € verausgabt (siehe auch Erläuterungen zu Tabelle 12, Wirtschaftsförderung, S. 60).

Den Schwerpunkt der investiven Ausgaben in der **wirtschaftlichen Zusammenarbeit** bildete mit 1,5 Mrd. € die bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern. Zu den wesentlichen investiven Ausgaben der wirtschaftlichen Zusammenarbeit gehört der deutsche Beitrag zum Europäischen Entwicklungsfonds mit 0,6 Mrd. €. An Einrichtungen der Weltbankgruppe beteiligte sich der Bund mit 0,4 Mrd. €.

Für Investitionen auf dem Gebiet **Forschung, Wissenschaft und Bildung** wurden insgesamt 3,4 Mrd. € aufgewendet. Den größten Anteil daran hatte die Gemeinschaftsaufgabe „Ausbau und Neubau von Hochschulen“ mit 0,9 Mrd. €. Gegenüber 2004 mit Gesamtausgaben von 2,8 Mrd. € stiegen die Ausgaben in diesem Bereich um 0,4 Mrd. €. Ursächlich hierfür war das Investitionsprogramm zur Ausweitung der Zahl der Ganztagschulen, dessen Volumen von

0,3 Mrd. € in 2004 auf 0,6 Mrd. € in 2005 anstieg (siehe auch Erläuterungen zu Tabelle 13, Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur, S. 61).

Die Ausgaben für den **Wohnungsbau** wurden mit 0,3 Mrd. € fast ausschließlich von den Finanzhilfen für die soziale Wohnraumförderung (früher: sozialer Wohnungsbau) bestimmt (siehe auch Erläuterungen zu Tabelle 14, Übrige Ausgaben, S. 63).

Die im **Städtebau** mit Bundesfinanzhilfen geförderten Investitionen in städtebaulichen Sanierungs- und Entwicklungsgebieten bewirken in der Regel auch erhebliche öffentliche oder private Nachfolgeinvestitionen. Vor allem in den neuen Ländern, die 0,3 Mrd. € der Finanzhilfen von insgesamt knapp 0,5 Mrd. € erhielten, werden damit wichtige Beiträge für den Erhalt der Bausubstanz geleistet.

Die Ausgaben für Personal und den laufenden Sachaufwand summierten sich 2005 auf 44,1 Mrd. €. Dies entspricht einem Anteil von 18,7 % an den konsumtiven Ausgaben gegenüber 43,6 Mrd. € oder 19,0 % in 2004.

Die Zinsausgaben, laufenden Zuweisungen und Zuschüsse des Bundes und die sonstigen Vermögensübertragungen addierten sich auf 192,0 Mrd. €. Dies entspricht einem Anteil von 81,3 % an den konsumtiven Ausgaben gegenüber 185,6 Mrd. € oder 81,0 % in 2004. Diese Mittel verbleiben nicht beim Bund, sondern werden an Dritte überwiesen, insbesondere für Zinszah-



Tabelle 6: Konsumtive Ausgaben

Bezeichnung	Soll 2005	Januar bis Dezember 2005	Januar bis Dezember 2004	Veränderung gegenüber Vorjahr	
				in Mrd. € <sup>1</sup>	in %
<b>Konsumtive Ausgaben</b>	<b>233,7</b>	<b>236,1</b>	<b>229,2</b>	<b>+ 6,9</b>	<b>+ 3,0</b>
<b>Personalausgaben</b>	<b>26,9</b>	<b>26,4</b>	<b>26,8</b>	<b>- 0,4</b>	<b>- 1,4</b>
– Aktivitätsbezüge	20,1	19,9	20,3	- 0,4	- 2,2
– Versorgung	6,7	6,5	6,4	+ 0,1	+ 0,9
<b>Laufender Sachaufwand</b>	<b>17,4</b>	<b>17,7</b>	<b>16,9</b>	<b>+ 0,8</b>	<b>+ 4,9</b>
– Sächliche Verwaltungsausgaben	7,7	7,9	7,0	+ 0,9	+ 12,7
– Militärische Beschaffungen, Wehrforschung, wehrentechnische Entwicklung und Erprobung, Materialerhaltung militärisches Gerät	8,1	8,0	8,0	+ 0,01	+ 0,1
– Sonstiger laufender Sachaufwand	7,8	8,1	7,4	+ 0,8	+ 10,2
<b>Zinsausgaben</b>	<b>38,9</b>	<b>37,4</b>	<b>36,3</b>	<b>+ 1,1</b>	<b>+ 3,0</b>
<b>Laufende Zuweisungen und Zuschüsse</b>	<b>150,2</b>	<b>154,3</b>	<b>149,0</b>	<b>+ 5,3</b>	<b>+ 3,6</b>
– an Verwaltungen	13,0	13,9	14,8	- 0,9	- 5,9
– an andere Bereiche	137,2	140,4	134,2	+ 6,2	+ 4,6
darunter:					
– Unternehmen	16,5	13,5	15,1	- 1,6	- 10,5
– Renten, Unterstützungen u.a. an natürliche Personen	22,2	32,7	25,4	+ 7,4	+ 28,9
– Sozialversicherung	94,6	90,2	90,1	+ 0,1	+ 0,2
<b>Vermögensübertragungen, soweit nicht für Investitionen</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>	<b>+ 0,004</b>	<b>+ 1,1</b>

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

lungen, Rentenzahlungen und an die Sozialversicherung.

## Personalausgaben

Die Personalausgaben des Bundes teilen sich in vier wesentliche Bereiche auf. Zum einen kann zwischen den Aktivitätsbezügen für die Beschäftigten und den Versorgungsleistungen für die Pensionäre (jeweils einschließlich der entsprechenden Personalnebenkosten) unterschieden werden; zum anderen kann zwischen den Personalausgaben für den Bereich Verteidigung (Oberfunktion 03) und allen übrigen Personalausgaben, mithin den zivilen Personalausgaben, differenziert werden.

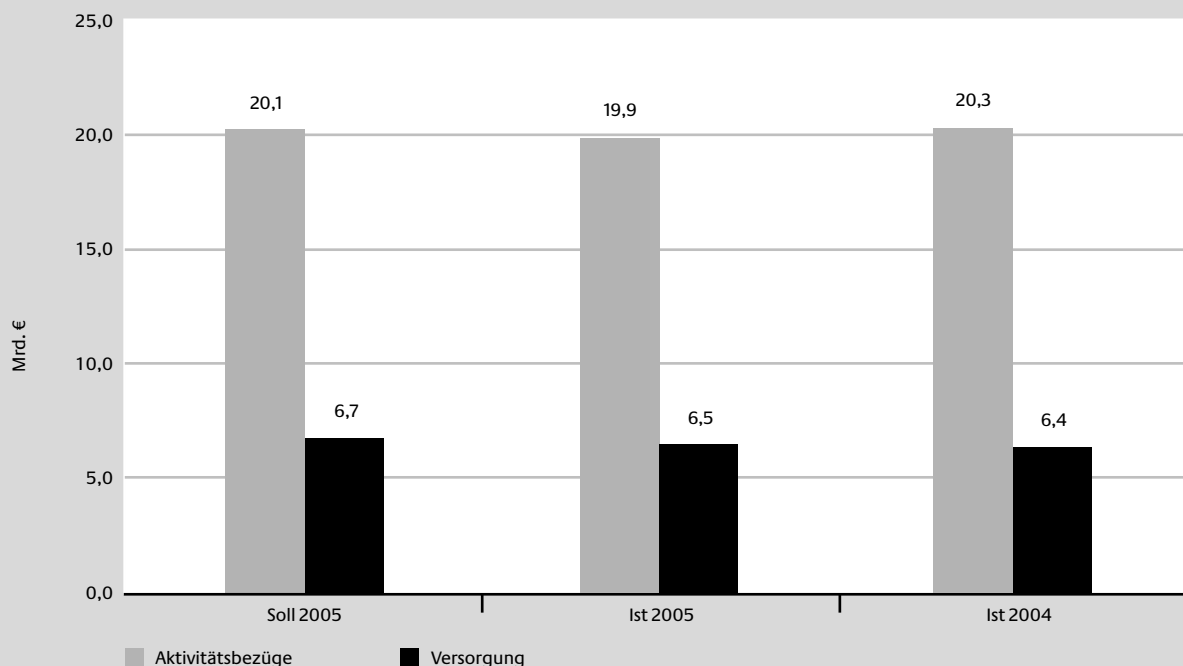
Insgesamt addierten sich die Personalausgaben 2005 auf 26,4 Mrd. €. Dies entspricht einem Anteil von 10,1 % an den Gesamtausgaben des Bundes. Nach den höchsten Anteilen an den Gesamtausgaben nach der Wiedervereinigung in den Jahren 1991 und 1992 ist dies nun der niedrigste Wert seit der Wiedervereinigung. Die Gründe liegen einmal in den Personaleinspa-

rungen und weiteren Sparmaßnahmen der letzten Jahre, wie Streichung des Urlaubsgeldes und Kürzung des Weihnachtsgeldes, zum anderen aber auch in der Ausgliederung von Einrichtungen aus der unmittelbaren Bundesverwaltung, wie beispielsweise der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben. Die Aktivitätsbezüge erreichten 2005 insgesamt ein Niveau von 19,9 Mrd. € und somit 75,4 % der Personalausgaben. Für die Versorgung der Pensionäre wurden insgesamt 6,5 Mrd. € oder 24,6 % der Personalausgaben aufgewandt.

Im Aufgabenbereich Verteidigung betrugen die Personalausgaben 15,4 Mrd. € und bildeten mit 58,4 % den Hauptteil der Aufwendungen für Personal des Bundes. Die Ausgaben für Aktivitätsbezüge im militärischen Bereich beliefen sich auf 11,4 Mrd. €. Die Versorgungsbezüge im Bereich Verteidigung stiegen leicht um 0,1 Mrd. € auf 4,0 Mrd. €.

Im zivilen Bereich betrugen die Personalkosten 11,0 Mrd. €, was einem Anteil von 41,6 % an den gesamten Personalkosten entspricht. Die Aktivitätsbezüge beliefen sich auf 8,5 Mrd. €; die

Abbildung 4: Aktivitätsbezüge und Versorgung



Versorgungsleistungen betrugen 2,4 Mrd. €. Abbildung 4 zeigt eine Aufteilung der Personalausgaben nach Aktivitätsbezügen und Versorgungsausgaben.

### Laufender Sachaufwand

Der laufende Sachaufwand betrug im Jahr 2005 17,7 Mrd. €. Dies entspricht einem Anteil von 7,5 % an den konsumtiven Ausgaben. Gegenüber dem Vorjahresbetrag von 16,9 Mrd. € ergab sich eine Steigerung um 0,8 Mrd. € oder 4,9 %. Großen Anteil hieran hatten die sächlichen Verwaltungsausgaben mit 7,9 Mrd. €, die sich im Vergleich zum Vorjahr mit 7,0 Mrd. € um 0,9 Mrd. € erhöhten. Ursächlich hierfür waren die Ausgaben für den Einzug der streckenbezogenen Straßenbenutzungsgebühren für LKW durch Private. Die sächlichen Verwaltungsaufgaben werden zum einen in die Ausgaben für die Unterhaltung der Immobilien und zum anderen in den sonstigen laufenden Sachaufwand aufgeteilt.

Für militärische Beschaffungen, Baumaßnahmen, Materialerhaltung, Wehrforschung und

wehrtechnische Entwicklung und Erprobung sowie Betreiberverträge wurden wie in 2004 auch in 2005 insgesamt 8,0 Mrd. € aufgewandt. Davon entfielen auf den Erwerb von militärischem Gerät und auf Baumaßnahmen 4,6 Mrd. €. Für Wehrforschung, wehrtechnische Entwicklung und Erprobung wurden 0,9 Mrd. € aufgewandt, für die Materialerhaltung von militärischem Gerät 2,2 Mrd. €. Für Betreiberverträge zur Weiterentwicklung der Bundeswehr wurden 0,3 Mrd. € verausgabt.

Mit 8,1 Mrd. € beinhaltet der sonstige laufende Sachaufwand insbesondere die sächlichen Verwaltungsausgaben, die sich im Wesentlichen auf folgende Positionen verteilen:

- auf die Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume 1,0 Mrd. €,
- auf Verbrauchsmittel und die Haltung von Fahrzeugen 0,6 Mrd. €,
- auf Mieten und Pachten 0,4 Mrd. €,
- auf Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungsgegenstände 0,6 Mrd. €,
- auf Aus- und Fortbildung 0,3 Mrd. €.

## Zinsen

Mit 37,4 Mrd. € oder 15,8 % haben die Zinsausgaben den größten Anteil an den konsumtiven Ausgaben. Dieser betrug im Jahr 1990 noch 12,7 %. Auch der Anteil an den Gesamtausgaben des Bundes ist seit 1990 von 9,0 % auf 14,4 % stark gestiegen. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Zinsausgaben um 1,1 Mrd. € oder 3,0 % gestiegen. Ab dem Jahr 2005 werden die Zinszahlungen des Sondervermögens Fonds Deutsche Einheit aus dem Bundeshaushalt gezahlt.

## Laufende Zuweisungen und Zuschüsse

Die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse des Bundes an Verwaltungen beziehungsweise an andere Bereiche beliefen sich 2005 auf 154,3 Mrd. €. Gegenüber dem Vorjahr mit 149,0 Mrd. € entspricht dies einer starken Zunahme von 5,3 Mrd. € oder 3,6 %. Hierbei handelt es sich um Finanzausgleichszahlungen, Erstattungen von Verwaltungsausgaben sowie Hilfen zur Erleichterung des Schuldendienstes.

**Laufende Zuweisungen und Zuschüsse an Verwaltungen.** Die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse an Verwaltungen enthalten in der Hauptsache Leistungen an Länder und Gemeinden sowie an Sondervermögen des Bundes. Diese beliefen sich 2005 auf 13,9 Mrd. €. Gegenüber 2004 mit Zuweisungen und Zuschüssen in Höhe von 14,8 Mrd. € sanken diese um 0,9 Mrd. € oder 5,9 %. Wie bereits oben ausgeführt, werden

ab dem Jahr 2005 die Zinszahlungen des Fonds Deutsche Einheit direkt aus dem Bundeshaushalt gezahlt. Aus diesem Grund entfällt der Zuschuss an den Fonds Deutsche Einheit ab 2005.

Die laufenden Zuweisungen und Zuschüsse an Länder erhöhten sich um 1,6 Mrd. € auf 8,4 Mrd. €. Ursächlich hierfür war die Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung im Zusammenhang mit den Hartz-IV-Gesetzen. Tabelle 7 zeigt die wichtigsten Finanzausweisungen des Bundes an die Länder.

Die Zuweisungen und Zuschüsse des Bund an Gemeinden beliefen sich auf 0,1 Mrd. €. An das Bundeseisenbahnvermögen wurden 5,5 Mrd. € als Erstattung von Verwaltungsausgaben gezahlt.

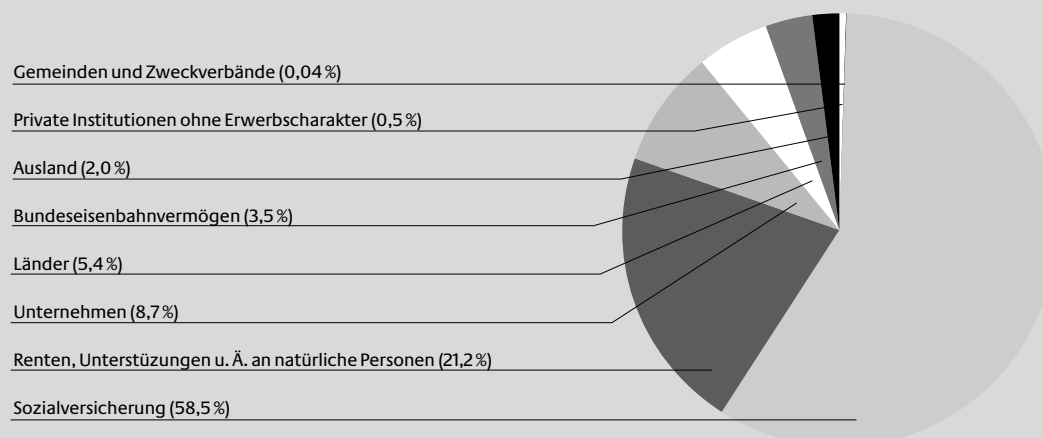
**Laufende Zuweisungen und Zuschüsse an andere Bereiche.** Insgesamt wurden 140,4 Mrd. € als Zuweisungen oder Zuschüsse an andere Bereiche entrichtet. Den Schwerpunkt bildeten mit 90,2 Mrd. € die Leistungen an die Sozialversicherungen, gefolgt von den Renten und Unterstützungen an natürliche Personen mit 32,7 Mrd. €. Die Zuweisungen und Zuschüsse an Unternehmen betrugen 13,5 Mrd. €. Im Übrigen wurden 3,1 Mrd. € an das Ausland und 0,8 Mrd. € an private Institutionen ohne Erwerbscharakter gezahlt. Abbildung 5 (siehe S. 52) zeigt eine Aufteilung der laufenden Zuweisungen und Zuschüsse.

**Die Ausgaben an die Sozialversicherungsträger einschließlich der Bundesagentur für Arbeit** hatten mit 58,5 % den größten Anteil an

**Tabelle 7: Zuweisungen an Länder – Wesentliche Ausgabenpositionen**

Zuweisung	Soll 2005	Januar bis Dezember 2005
	in Mrd. €	
Beteiligung des Bundes an den Leistungen für Unterkunft und Heizung im Zusammenhang mit den Hartz-IV-Gesetzen	3,2	3,5
Wohngeld nach dem Wohngeldgesetz	0,9	1,1
Zuschüsse nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	0,9	1,0
Kriegsopferfürsorgeleistungen und gleichartige Leistungen	0,4	0,4
Erstattungen für die Durchführung von Baumaßnahmen oder sonstiger Maßnahmen im Zusammenhang mit der Unterbringung der Bundeswehr	0,3	0,3
Bundesanteil zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (ohne Investitionen)	0,3	0,2
Ausgaben nach § 8 Abs. 2 des Unterhaltsvorschussgesetzes	0,3	0,3

Abbildung 5: Aufteilung der laufenden Zuweisungen und Zuschüsse



den laufenden Zuweisungen und Zuschüssen des Bundes. Der Anteil dieses Ausgabepostens an den Gesamtausgaben des Bundes beträgt 34,7 %. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich mit 0,1 Mrd. € keine wesentliche Veränderung. Allerdings blieb das Jahresergebnis um 4,3 Mrd. € hinter dem Haushaltsoll. Grund ist der niedrigere Bundeszuschuss an die Bundesagentur für Arbeit (siehe auch Erläuterungen zu Tabelle 9, Ausgaben des Bundes für soziale Sicherung, S. 54, ).

**Die Ausgaben für Renten, Unterstützungen und sonstige Geldleistungen** an natürliche Personen sind stark angestiegen. Mit 32,7 Mrd. € lagen diese Ausgaben um 7,4 Mrd. € über dem Vorjahresniveau und überschritten das geplante Haushaltsoll von 22,2 Mrd. € um 10,5 Mrd. €. Grund sind die gestiegenen Ausgaben für das Arbeitslosengeld II. Die Tabelle 8 zeigt die wichtigsten Ausgaben für Renten und Unterstützungen:

**Laufende Zuweisungen und Zuschüsse an Unternehmen.** Insgesamt wurden 2005 13,5 Mrd. € an Zuweisungen und Zuschüssen an Unternehmen und öffentliche Einrichtungen gezahlt. Gegenüber 2004 sanken diese um 1,6 Mrd. € oder 10,5 %.

**Die öffentlichen Unternehmen** erhielten insgesamt 1,9 Mrd. € aus dem Bundeshaushalt. Davon waren 0,9 Mrd. € Zuschüsse. Größere Positionen sind zum Beispiel die Zuschüsse zum Betrieb an die Lausitzer- und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH (LMBV) in Höhe von 0,2 Mrd. €, die Zuwendungen an die Wismut GmbH von 0,2 Mrd. € und die Erstattungen von Fahrgeldausfällen durch die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter in Höhe von 0,2 Mrd. €.

Darüber hinaus wurden öffentliche Unternehmen mit Schuldendiensthilfen in Höhe von 1,0 Mrd. € gefördert. Die Hilfen umfassten unter

Tabelle 8: Die wichtigsten Ausgaben für Renten und Unterstützungen

Zuweisung	Soll 2005	Januar bis Dezember 2005
	in Mrd. €	
Arbeitslosengeld II	14,6	25,0
Erziehungsgeld	2,7	2,9
Versorgungsbezüge für Beschädigte	2,2	2,3
Arbeitslosenhilfe	1,5	1,5
Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung	0,1	0,1

anderem Zinszuschüsse für das Wohnraummodernisierungsprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau in den neuen Ländern mit 0,5 Mrd. € und für das Gebäudesanierungsprogramm zur CO<sub>2</sub>-Minderung von 0,2 Mrd. €.

**Für private Unternehmen** wurden im Bundeshaushalt 2005 3,2 Mrd. € aufgewandt. Unter den Zuschüssen von insgesamt 2,8 Mrd. € dominieren die Absatz- und Stilllegungshilfen für den Steinkohlenbergbau mit 1,6 Mrd. €. Darüber hinaus werden hier Projekte aus den Bereichen Forschung und Entwicklung gefördert, beispielsweise in der Biotechnologie (0,1 Mrd. €), beim nationalen Weltraumprogramm (0,1 Mrd. €), bei Nanomaterialien und bei der Erforschung neuer Werkstoffe (0,1 Mrd. €) oder bei der Nanoelektronik (0,1 Mrd. €). An Schuldendiensthilfen für private Unternehmen wurden 0,4 Mrd. € gezahlt.

**Die öffentlichen Einrichtungen** erhielten Zuschüsse in Höhe von insgesamt 8,3 Mrd. €. Für Leistungen zur Eingliederung in Arbeit wurden 3,6 Mrd. € aufgewendet. Auf den Bereich Bildung und Forschung entfielen weitere 3,9 Mrd. €. Darin waren unter anderem die Zuschüsse an die Max-Planck-Gesellschaft, die Fraunhofer-Gesellschaft und die Forschungseinrichtungen der Helmholtz-Gemeinschaft enthalten. Als öffentliche Einrichtung wurde die Rundfunkanstalt „Deutsche Welle“ mit 0,3 Mrd. € unterstützt.

### Sonstige Vermögensübertragungen

Hierbei handelt es sich um Zuweisungen und Zuschüsse, die sich in einer Veränderung des Vermögensstandes auswirken. Sie dienen der Verbesserung der Wirtschafts- und Produktionsstruktur, werden als Entschädigungen für erlittene Vermögensschäden gezahlt oder haben die Vermögensbildung der Bevölkerung zum Ziele. Die Gesamtausgaben beliefen sich auf 0,4 Mrd. €.

## 3 Erläuterung wesentlicher Ausgabepositionen

### Soziale Sicherung

Die Tabelle 9 (siehe S. 54) zeigt die wesentlichen Ausgaben des Bundes für die soziale Sicherung. Unter sozialer Sicherung werden alle sozialpolitischen Leistungen verstanden, die bestimmte wirtschaftliche und soziale Existenzrisiken absichern. Hierunter fallen Risiken wie Alter, Krankheit, Unfall, Invalidität oder Arbeitslosigkeit. Die Ausgaben des Bundes für soziale Sicherung beliefen sich im Jahr 2005 auf 133,0 Mrd. €. Dies entspricht einem Anteil von 51,2 % an den Gesamtausgaben.

**Leistungen an die Rentenversicherung.** Die Mittel für die Rentenversicherung werden weitgehend durch Bundeszuschüsse und Beiträge aufgebracht.

Der allgemeine Bundeszuschuss zur Gesetzlichen Rentenversicherung 2005 orientierte sich an der Entwicklung der Brutto Lohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer im vorvergangenen Jahr – hier 2003 – sowie an der Veränderung des Beitragssatzes im laufenden Jahr. Dabei wurde jeweils der Beitragssatz zugrunde gelegt, der sich ohne Berücksichtigung des zusätzlichen Bundeszuschusses ergeben würde.

Im Jahr 2005 wurde der Rentenversicherung ein Liquiditätsdarlehen gem. § 214 SGB VI in Höhe von rund 900 Mio. € gewährt. Die Mittel wurden bereits im Dezember 2005 von der Rentenversicherung vollständig an den Bund zurückgezahlt.

Die Beitragsbemessungsgrenzen wurden zum 1. Januar 2005 auf 5 200 € monatlich in den alten Ländern und 4 400 € monatlich in den neuen Ländern angehoben. Bereits zum 1. Januar 2004 trat eine Reihe von Maßnahmen zur Stabilisierung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung von 19,5 % in Kraft. So wurde der untere Zielwert der Schwankungsreserve der Rentenversicherung zum Jahresende auf 20 % einer Monatsausgabe abgesenkt. Die Rentenanpassung am 1. Juli 2004 wurde ausgesetzt. Seit dem 1. April 2004 tragen die Rentnerinnen und Rentner den vollen Beitrag zur Pflegeversicherung. Für Neurentner wird der Auszahlungstermin auf das Monatsende verschoben.

Tabelle 9: Ausgaben des Bundes für soziale Sicherung

Aufgabenbereich	Soll 2005	Januar bis Dezember 2005	Januar bis Dezember 2004	Veränderung gegenüber Vorjahr	
				in Mrd. € <sup>1</sup>	in %
<b>Leistungen an die Rentenversicherung (RV)</b>	<b>77,9</b>	<b>77,5</b>	<b>77,4</b>	<b>+ 0,1</b>	<b>+ 0,1</b>
– Bundeszuschuss an die allgemeine RV	37,5	37,5	37,1	+ 0,4	+ 1,0
– zusätzlicher Zuschuss	17,3	17,3	17,3	+ 0,1	+ 0,3
– Beiträge für Kindererziehungszeiten	11,7	11,7	11,8	– 0,1	– 1,1
– Erstattung von einigungsbedingten Leistungen	0,6	0,6	0,6	– 0,1	– 8,7
– Bundeszuschuss an die knappschaftliche Rentenversicherung	7,0	6,8	7,1	– 0,2	– 3,2
– Überführung der Zusatzversorgungssysteme in die Rentenversicherung	2,7	2,4	2,4	+ 0,01	+ 0,6
nachrichtlich:					
– Überführung der Sondernversorgungssysteme in die Rentenversicherung	1,5	1,5	1,5	– 0,004	– 0,3
<b>Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen</b>	<b>2,5</b>	<b>2,5</b>	<b>1,0</b>	<b>+ 1,5</b>	<b>+ 150,0</b>
<b>Landwirtschaftliche Sozialpolitik</b>	<b>3,7</b>	<b>3,7</b>	<b>3,9</b>	<b>– 0,1</b>	<b>– 3,6</b>
darunter:					
– Alterssicherung	2,3	2,3	2,3	+ 0,0	+ 0,4
– Krankenversicherung	1,1	1,1	1,2	– 0,04	– 3,3
– Unfallversicherung	0,2	0,2	0,2	– 0,1	– 30,7
<b>Arbeitsmarktpolitik</b>	<b>33,6</b>	<b>37,9</b>	<b>25,0</b>	<b>+ 12,9</b>	<b>+ 51,6</b>
darunter:					
– Bundesagentur für Arbeit (BA)	4,0	0,4	4,2	– 3,8	– 90,5
– Arbeitslosenhilfe	1,5	1,5	18,8	– 17,2	– 91,8
– Anpassungsmaßnahmen, produktive Arbeitsförderung	0,2	0,7	1,2	– 0,5	– 39,3
– Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende	27,7	35,2	0,5	+ 34,6	–
<b>Erziehungsgeld</b>	<b>2,7</b>	<b>2,9</b>	<b>3,1</b>	<b>– 0,2</b>	<b>– 6,1</b>
<b>Kinderzuschlag nach § 6 a BKGG</b>	<b>0,2</b>	<b>0,1</b>	<b>–</b>	<b>+ 0,1</b>	<b>–</b>
<b>Wohngeld</b>	<b>0,9</b>	<b>1,1</b>	<b>3,0</b>	<b>– 1,9</b>	<b>– 64,0</b>
<b>Wohnungsbau-Prämiengesetz</b>	<b>0,5</b>	<b>0,5</b>	<b>0,6</b>	<b>– 0,1</b>	<b>– 13,2</b>
<b>Kriegsopferversorgung und -fürsorge</b>	<b>3,0</b>	<b>3,1</b>	<b>3,4</b>	<b>– 0,3</b>	<b>– 8,3</b>

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Mit dem Rentenversicherungs-Nachhaltigkeitsgesetz vom 21. Juli 2004 wurde eine Reihe von Maßnahmen verabschiedet, um die Gesetzliche Rentenversicherung finanzierbar zu halten und den Beitragssatz zu stabilisieren. Diese Maßnahmen traten zum 1. August 2004 bzw. zum 1. Januar 2005 in Kraft.

Die **Rentenanpassungsformel** wurde modifiziert und um einen Nachhaltigkeitsfaktor erweitert. Der Nachhaltigkeitsfaktor bewirkt, dass Veränderungen des Verhältnisses von Rentnern zu Beitragszahlern die Höhe der Renten Anpassung künftig beeinflussen.

Die **Altersgrenze** bei der Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit wurde vom 60. Lebensjahr auf das 63. Lebensjahr angehoben. Somit kann diese Rente künftig frühestmöglich mit 63 Jahren erworben werden.

Die **Ausbildungszeiten an Schulen und Hochschulen** nach dem 17. Lebensjahr werden bei Versicherten, die nach dem 1. Januar 2009 in Rente gehen, nicht mehr rentensteigernd bewertet. Fachschulzeiten und Zeiten der Teilnahme an berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen bleiben hiervon weiterhin ausgenommen.

Die **pauschale Höherbewertung der Berufsausbildung** wird es nicht mehr geben. Zukünftig werden die ersten drei Beitragsjahre nur noch dann höher bewertet, wenn ein Versicherter in dieser Zeit tatsächlich eine Berufsausbildung gemacht und Pflichtbeiträge gezahlt hat. Außerdem wird die Höherbewertung der tatsächlichen beruflichen Ausbildung auf 36 Monate begrenzt.

Zur pauschalen Abgeltung nicht beitragsgedeckter Leistungen zahlt der Bund in jedem Kalenderjahr einen zusätzlichen Bundeszuschuss an die allgemeine Rentenversicherung. Darüber hinaus zahlt der Bund im Rahmen des zusätzlichen Bundeszuschusses ab dem Jahr 2000 aus dem Aufkommen der weiteren Stufen der Ökosteuerreform Erhöhungsbeträge zur Senkung des Beitragssatzes zur Gesetzlichen Rentenversicherung.

Aufgrund des Gesetzes zu Korrekturen in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte trägt der Bund die Beiträge zur Rentenversicherung für Kindererziehungszeiten.

Ebenfalls aufgrund des Gesetzes zu Korrekturen in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte erstattet der Bund den Trägern der allgemeinen Rentenversicherung die Aufwendungen für Auffüllbeträge und Rentenzuschläge entsprechend dem Übergangsrecht für Renten nach den Vorschriften des Beitrittsgebiets sowie für Leistungen nach dem Gesetz über den Ausgleich beruflicher Benachteiligung für Opfer politischer Verfolgung im Beitrittsgebiet.

Der Bund trägt den Unterschiedsbetrag zwischen den Einnahmen und Ausgaben der knappschaftlichen Rentenversicherung im Kalenderjahr und sichert somit ihre dauernde Leistungsfähigkeit.

Der Bund erstattet der „Deutschen Rentenversicherung Bund“ die Aufwendungen, die ihr auf Grund der Überführung der in den Zusatz- und Sonderversorgungssystemen der neuen Länder erworbenen Ansprüche in die Gesetzliche Rentenversicherung entstehen. Die neuen Länder erstatten dem Bund für den Bereich der Zusatzversorgung rund zwei Drittel seiner Aufwendungen.

Die Sonderversorgungssysteme umfassen die Angehörigen der ehemaligen Nationalen Volks-

armee, der Deutschen Volkspolizei, der Zollverwaltung der DDR sowie des aufgelösten Ministeriums für Staatssicherheit. Die neuen Länder erstatten hier die Aufwendungen für die ehemalige Deutsche Volkspolizei in voller Höhe.

**Zahlung an die Krankenkassen.** Seit dem Jahr 2004 zahlt der Bund eine pauschale Abgeltung für die Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen. Zur Gegenfinanzierung wurde in den Jahren 2004 und 2005 die Tabaksteuer angehoben. Die Zahlungen des Bundes werden ab 2007 schrittweise auf null zurückgeführt.

**Landwirtschaftliche Sozialpolitik.** Die Beiträge für die soziale Absicherung der Landwirte dienen der Verbesserung der Lebensverhältnisse der in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Menschen durch Absicherung gegen soziale Risiken wie Alter, Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Unfall. Außerdem wird der fortschreitende Strukturwandel in der Landwirtschaft sozialpolitisch begleitet.

Die Finanzierung der **Alterssicherung** der Landwirte wurde im Rahmen des Agrarsozialreformgesetzes 1995 neu geordnet. Die nicht durch Beiträge und sonstige Einnahmen gedeckten Aufwendungen übernimmt der Bund (Defizitdeckung). In der landwirtschaftlichen **Krankenversicherung** trägt der Bund alle nicht durch Beiträge gedeckten Leistungsausgaben der Altenteiler. Dieser Krankenversicherungszuschuss wird ab 2005 um 82 Mio. € und bis 2008 ansteigend um 91 Mio. € reduziert. Der freiwillige Bundeszuschuss an die Träger der landwirtschaftlichen **Unfallversicherung** dient der Senkung der Unternehmensbeiträge und damit der kostenmäßigen Entlastung landwirtschaftlicher Betriebe. Der Zuschuss wurde 2005 um rund 67 Mio. € abgesenkt.

**Arbeitsmarktpolitik.** Träger der Arbeitsförderung nach dem Sozialgesetzbuch III (SGB III) ist die Bundesagentur für Arbeit. Daneben ist der Bundesagentur ab 1. Januar 2005 grundsätzlich die Trägerschaft für die neue Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II übertragen worden; 69 Optionskommunen wurden ebenfalls als Träger der Grundsicherung für Arbeitsuchende zugelassen. Für die Leistungen für Unterkunft und Heizung und verschiedene weitere Leistungen im Rahmen der Grundsicherung sind die Kommunen Träger.

**Erziehungsgeld.** Liegen die Voraussetzungen vor, wird ein Erziehungsgeld nach dem Bundeserziehungsgeldgesetz gezahlt. Anträge können bei den Erziehungsgeldstellen der Länder eingereicht werden. Das Bundeserziehungsgeldgesetz unterscheidet beim Erziehungsgeld zwischen dem Regelbetrag in Höhe von 300 € monatlich über einen Zeitraum von 24 Monaten oder dem Budget in Höhe von 450 € monatlich für zwölf Monate.

In den **ersten sechs Lebensmonaten** eines Kindes wird das Erziehungsgeld grundsätzlich in voller Höhe gewährt. Dieser Anspruch entfällt, wenn das Einkommen bei Eltern mit einem Kind 30 000 €, bei Alleinerziehenden 23 000 € überschreitet. Bis zu diesen Grenzen haben die Eltern einen Anspruch auf den ungekürzten Regelbetrag.

**Ab dem siebten Lebensmonat** des Kindes wird das Erziehungsgeld einkommensabhängig gewährt. Hierbei gilt es, Einkommensgrenzen zu beachten. Bei einem Kind erhält ein Ehepaar mit einem Jahreseinkommen von bis zu 16 500 € das volle Erziehungsgeld. Bei Alleinerziehenden mit einem Kind gilt eine Einkommensgrenze von 13 500 €. Beide Einkommensgrenzen erhöhen sich für jedes weitere Kind um 3 140 €, das ab dem 1. Januar 2003 geboren wurde. Bei Überschreiten dieser Einkommensgrenzen vermindert sich das Erziehungsgeld in Abhängigkeit von der Höhe des Einkommens bis hin zum völligen Wegfall.

**Kinderzuschlag für gering verdienende Eltern.** Zum 1. Januar 2005 wurde der Kinderzuschlag – eine gezielte Förderung gering verdienender Familien – eingeführt. Der Kinderzuschlag ist eine neue familienpolitische Leistung in Höhe von monatlich bis zu 140 € je Kind. Er wird an Eltern gezahlt, die zwar mit ihren Einkünften ihren eigenen Unterhalt bestreiten können, nicht aber den ihrer Kinder. Sie wären ohne Kinderzuschlag auf Arbeitslosengeld II angewiesen. Mit Kinderzuschlag kann die Familie von den eigenen Einkünften leben.

**Wohngeld.** Bund und Länder tragen das Wohngeld je zur Hälfte. Mit „Hartz IV“ wurde eine umfassende Änderung des Wohngeldrechts verabschiedet. In der Folge sind die Wohngeldausgaben bei Bund und Ländern deutlich zurück gegangen, da jetzt nur noch diejenigen Haushalte Wohngeld nach dem Wohn-

geldgesetz erhalten, die keine Transferleistungen wie etwa Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe II oder die Grundsicherung im Alter beziehen. Transferleistungsempfänger erhalten Leistungen für ihre Unterkunftskosten aufgrund spezieller rechtlicher Regelungen.

**Wohnungsbauprämien-gesetz.** Die Wohnungsbauprämie beträgt für laufende und neue Verträge ab dem Sparjahr 2004 8,8 % der prämienebegünstigten Aufwendungen. Die Höhe des jährlichen Prämienanspruchs ist abhängig von der Höhe der prämienebegünstigten Aufwendungen des Sparjahres. Alleinstehende können jährlich höchstens 512 €, Verheiratete 1024 € prämienebegünstigt sparen. Wohnungsbauprämie erhalten Alleinstehende mit einem zu versteuernden Jahreseinkommen von bis zu 25 600 €, Verheiratete bis zu 51 200 €.

**Kriegsopferversorgung und Kriegsopferfürsorge.** Der größte Teil der Ausgaben entfällt auf Leistungen für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene entsprechend dem Bundesversorgungsgesetz. Zu den Ausgaben gehören auch die Leistungen an Wehrdienstbeschädigte der Bundeswehr sowie Zivilbeschäftigte. Die insgesamt sinkenden Ausgaben lassen sich überwiegend auf einen kontinuierlichen Rückgang der Leistungsempfänger zurückführen. Insgesamt gab es zum 31. Dezember 2005 ca. 486 500 Leistungsempfänger.

## Allgemeine Dienste

Die Tabelle 10 (siehe S. 57) zeigt die wesentlichen Ausgaben des Bundes für so genannte Allgemeine Dienste. Hierbei handelt es sich um zentrale staatliche Aufgaben wie Verteidigung, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Ausgaben zur Sicherung der öffentlichen Ordnung. Die Ausgaben für Allgemeine Dienste beliefen sich im Jahr 2005 auf 47,5 Mrd. €. Das entspricht einem Anteil von 18,3 % an den Gesamtausgaben.

**Versorgung.** Die Aufwendungen des Bundes für Versorgung umfassen die direkten Pensionszahlungen einschließlich der Beihilfen an ehemalige Beamte, Richter und Soldaten des Bundes und deren Hinterbliebene sowie an Versorgungsberechtigte nach dem Gesetz zu Artikel 131 des Grundgesetzes.



Tabelle 10: Allgemeine Dienste

Aufgabenbereich	Soll 2005	Januar bis Dezember 2005	Januar bis Dezember 2004	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € <sup>1</sup>			in %	
<b>Versorgung</b>	<b>6,7</b>	<b>6,5</b>	<b>6,4</b>	<b>+ 0,1</b>	<b>+ 0,9</b>
– Ziviler Bereich	2,5	2,4	2,5	– 0,03	– 1,2
– Verteidigung, einschließlich militärischer Bereich	4,2	4,0	4,0	+ 0,1	+ 2,1
<b>Verteidigung (Oberfunktion 03 ohne Versorgung)</b>	<b>23,7</b>	<b>23,7</b>	<b>23,7</b>	<b>– 0,03</b>	<b>– 0,1</b>
– Militärische Beschaffungen, Forschung und Entwicklung, Materialerhaltung	8,1	8,0	8,0	+ 0,01	+ 0,1
<b>Wirtschaftliche Zusammenarbeit</b>	<b>3,8</b>	<b>3,8</b>	<b>3,7</b>	<b>+ 0,2</b>	<b>+ 4,5</b>
– Bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit	1,6	1,5	1,5	– 0,02	– 1,5
– Beteiligung an der Internationalen Entwicklungsorganisation	0,4	0,4	0,4	+ 0,02	+ 7,0
– Europäischer Entwicklungsfonds	0,5	0,6	0,5	+ 0,1	+ 12,9
<b>Politische Führung und zentrale Verwaltung</b>	<b>4,3</b>	<b>4,2</b>	<b>4,1</b>	<b>+ 0,1</b>	<b>+ 2,2</b>
– Zivildienst	0,7	0,6	0,7	– 0,1	– 13,0
<b>Finanzverwaltung</b>	<b>2,4</b>	<b>2,1</b>	<b>2,4</b>	<b>– 0,3</b>	<b>– 11,3</b>
<b>Öffentliche Sicherheit und Ordnung</b>	<b>2,7</b>	<b>2,8</b>	<b>2,6</b>	<b>+ 0,1</b>	<b>+ 5,4</b>

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

**Verteidigung.** Für die Plafondgestaltung des Verteidigungshaushalts im Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung waren zwei Grundziele entscheidend: erstens die Begleitung der umfassenden Umstrukturierung der Streitkräfte mit dem Ziel einer grundlegenden Neuausrichtung von Fähigkeiten und Aufgaben; zweitens die Einbindung der Bundeswehr in die neu eingegangenen bzw. erweiterten Bündnisverpflichtungen gegenüber der NATO und im Rahmen der europäischen Sicherheitspolitik. Kernpunkte der Bundeswehrreform sind die Reduzierung des Umfangs der Streitkräfte auf 250 000 Soldaten (davon 55 000 Wehrdienstleistende), der Abbau des Zivilpersonals auf rund 75 000 Beschäftigte bis 2010 und die Ausrichtung der Bundeswehr von der reinen Landesverteidigung auf die neuen Hauptaufgaben der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung.

**Wirtschaftliche Zusammenarbeit.** Die Bundesregierung setzte mit dem Bundeshaushalt 2005 die internationalen Vereinbarungen zur Entwicklungszusammenarbeit um. Dazu trugen neben dem Bundesministerium für wirtschaftli-

che Zusammenarbeit und Entwicklung auch Mittel für die entwicklungsrelevanten Beiträge anderer Ressorts, die Ausgaben der EU für Entwicklungshilfepolitik, die Nutzung der Verbundfinanzierung und die Auswirkung von Schuldenerlassen bei.

Die Mittel aus dem Bundeshaushalt wurden eingesetzt, um Maßnahmen der weltweiten Krisenprävention und gewaltfreien Konfliktbewältigung, des Klima-, Umwelt- und Ressourcenschutzes und der Bekämpfung von Fluchtursachen zu unterstützen. Die bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit wurde regional und sektoral konzentriert. So wurde sichergestellt, dass in bestimmten Schwerpunktländern die entwicklungspolitischen Instrumentarien gezielt zum Einsatz kommen. Einen erheblichen Anteil an den Ausgaben haben die Finanzierungsmechanismen zur multilateralen Unterstützung der Entwicklungsländer in den internationalen Entwicklungsorganisationen und dem Europäischen Entwicklungsfonds.

**Politische Führung und zentrale Verwaltung.** Bei den Ausgaben für den Bereich politische Führung und zentrale Verwaltung handelt

es sich im Wesentlichen um Aufwendungen für die obersten Bundesbehörden. Darin enthalten sind unter anderem Baumaßnahmen zur Unterbringung des Deutschen Bundestages und Bundesrates sowie der Bundesregierung im Zuge der Verlagerung von Parlaments- und Regierungssitz nach Berlin.

**Zivildienst.** Analog zum Grundwehrdienst wurde auch der Zivildienst zum 1. Januar 2002 um einen Monat auf zehn Monate verkürzt. Im Juni 2002 wurde ein Freiwilligendienst mit einer Mindestdauer von zwölf Monaten eingeführt. Dieser Freiwilligendienst kann anstelle des Zivildienstes abgeleistet werden. Gesetzlich verankert ist dieser im Bereich des Freiwilligen Sozialen und des Freiwilligen Ökologischen Jahres. Zum 1. Oktober 2004 erfolgte eine weitere Verkürzung auf neun Monate.

**Öffentliche Sicherheit und Ordnung.** Der Bundeshaushalt stellt Mittel zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bereit. Dazu zählen insbesondere die in der Verantwortung des Bundes liegenden Leistungen für die Bundespolizei, das Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Verfassungsschutz.

## Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Die Tabelle 11 zeigt die wesentlichen Ausgaben des Bundes für das Verkehrs- und Nachrich-

tenwesen. Wesentliche Aufgabenbereiche sind der Bau und Betrieb der Bundesstraßen, Bundesautobahnen und Bundeswasserstraßen sowie der Aus- und Umbau der Schienenwege. Die Ausgaben für das Verkehrs- und Nachrichtenwesen beliefen sich im Jahr 2005 auf 11,1 Mrd. €. Dies entspricht einem Anteil von 4,3 % an den Gesamtausgaben.

Im Haushaltsjahr 2005 entfielen 7,6 Mrd. € der investiven Ausgaben auf den Bereich Verkehrs- und Nachrichtenwesen. Dies entspricht einem Anteil von 31,9 % an den investiven Ausgaben des Bundes. Aufgrund des 2-Mrd.-€-Verkehrsprogramms konnte dieser Anteil im Haushaltsvollzug entgegen der ursprünglichen Planung noch gesteigert werden.

**Straßen (ohne Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz).** Nach Artikel 90 Grundgesetz verwalten die Länder die Bundesautobahnen und sonstigen Bundesfernstraßen. Der Bundeshaushalt stellt daher in der Hauptsache die Haushaltsmittel für die betriebliche Unterhaltung, die Erhaltung und den Um- und Ausbau sowie den Neubau der in der Baulast des Bundes stehenden Bundesfernstraßen (Bundesautobahnen, Bundesstraßen) bereit. Im Vordergrund steht dabei aufgrund der Altersstrukturen und der Verkehrsbeanspruchung der wachsende Bedarf an Erhaltungsinvestitionen. Hierzu zählen die Grunderneuerung und Modernisierung,

Tabelle 11: Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Aufgabenbereich	Soll 2005	Januar bis Dezember 2005	Januar bis Dezember 2004	Veränderung gegenüber Vorjahr	
				in Mrd. € <sup>1</sup>	in %
<b>Straßen (ohne Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz)</b>	<b>5,6</b>	<b>6,2</b>	<b>6,0</b>	<b>+ 0,3</b>	<b>+ 4,7</b>
– Bundesautobahnen	3,7	4,5	4,0	+ 0,5	+ 11,7
– Bundesstraßen	1,8	1,7	1,9	– 0,2	– 9,0
<b>Wasserstraßen und Häfen</b>	<b>1,3</b>	<b>1,3</b>	<b>1,3</b>	<b>+ 0,03</b>	<b>+ 2,4</b>
<b>Finanzhilfen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz</b>	<b>1,7</b>	<b>1,6</b>	<b>1,7</b>	<b>– 0,1</b>	<b>– 4,3</b>
Nachrichtlich:					
Beteiligungen des Bundes an Wirtschaftsunternehmen im Verkehrsbereich aus Hauptfunktion 8					
Eisenbahnen des Bundes – Deutsche Bahn AG	3,7	3,4	3,5	– 0,05	– 1,4
Bundeseisenbahnvermögen	5,2	5,5	5,5	– 0,1	– 1,2

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

aber auch der Bau von zusätzlichen Fahrradwegen an den Bundesfernstraßen.

**Wasserstraßen und Häfen.** Für Wasserstraßen des Bundes wurden die Mittel für Unterhaltung, Betrieb, Ersatz- und Ausbauminvestitionen sowie die maritime Notfallvorsorge verwendet. Die Investitionsmittel wurden auf laufende Ausbaumaßnahmen und auf kombinierte Maßnahmen (Ersatzinvestitionen mit Ausbauteilen) konzentriert, die für den Erhalt und die Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Wasserstraßennetzes von besonderer Bedeutung waren. Wichtige Schwerpunkte sind der Ausbau des westdeutschen Kanalnetzes und die West-Ost-Verbindung einschließlich des Projektes 17 Verkehrsprojekte „Deutsche Einheit“ (Ausbau der Bundeswasserstraßenverbindung zwischen Rügen, Magdeburg und Berlin).

**Finanzhilfen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz.** Entsprechend dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) kann ein Betrag von bis zu 1,7 Mrd. € des Mehraufkommens an Mineralölsteuer zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden aufgewandt werden. 80 % der Mittel verwalten die Länder in eigener Kompetenz. Der Gesetzgeber hat die Verantwortung für das Programm ganz auf die Länder übertragen. Programmkompetenz hat der Bund nur noch bei größeren Vorhaben des Öffentlichen Personennahverkehrs. Der Bund hat auf die Gestaltung der Länderprogramme keinen Einfluss.

Bei den Maßnahmen für Eisenbahnen des Bundes – Deutsche Bahn AG und Bundeseisenbahnvermögen – handelt es sich um Beteiligungen des Bundes an Wirtschaftsunternehmen im Verkehrsbereich (Hauptfunktion 8 des Funktionenplans).

**Eisenbahnen des Bundes – Deutsche Bahn AG.** Gemäß Artikel 87e Abs. 4 Grundgesetz gewährleistet der Bund einen dem Wohl der Allgemeinheit Rechnung tragenden Ausbau und Erhalt der Bundesschienenwege. Er finanziert daher nach dem Bundesschienenwegeausbaugesetz Investitionen in die Schienenwege der Eisenbahnen des Bundes. Diese Investitionen umfassen den Bau, Ausbau sowie Ersatzinvestitionen der Schienenwege im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.

Über die eingeplanten Investitionsausgaben hinaus werden von der EU Baukostenzuschüsse zur Finanzierung von Maßnahmen des Bundes für die Schieneninfrastruktur (EFRE- und TEN-Maßnahmen) gezahlt.

**Bundeseisenbahnvermögen.** Das Bundeseisenbahnvermögen ist Dienstherr der der Deutschen Bahn AG zugewiesenen Beamten, Eigentümer der nicht bahnnotwendigen Immobilien und hat die bei ihm verbliebenen Altschulden abzuwickeln. Der Bund erstattet im Rahmen der Defizitdeckung die nicht durch eigene Einnahmen gedeckten Verwaltungsausgaben des Bundeseisenbahnvermögens.

## Wirtschaftsförderung

Die Tabelle 12 (siehe S. 60) zeigt die wesentlichen Aufwendungen des Bundes für Wirtschaftsförderung in den Bereichen Landwirtschaft, Energie- und Wasserwirtschaft sowie für Gewerbe und Dienstleistungen. Die Ausgaben für Wirtschaftsförderung beliefen sich im Jahr 2005 auf 6,4 Mrd. €. Dies entspricht einem Anteil von 2,5 % an den Gesamtausgaben.

**Regionale Förderungsmaßnahmen.** Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ wird je zur Hälfte von Bund und Ländern finanziert. Sie ist das wichtigste Bund-Länder-Instrument zur Förderung, Schaffung und Sicherung von dauerhaft wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen. Die Förderung erstreckt sich auf Investitionszuschüsse an Unternehmen und für die wirtschaftsnahe Infrastruktur. Die Verantwortung für die Durchführung der Aufgabe liegt bei den Ländern.

**Förderung des Kohlenbergbaus.** Der Ansatz für das Jahr 2005 berücksichtigt die Festlegungen des Kohlekompromisses vom 13. März 1997, mit dem sich der Bund mit den Bergbauunternehmen, der IG Bergbau und Energie und den Landesregierungen Nordrhein-Westfalens und des Saarlandes auf einen Finanzrahmen zur weiteren Unterstützung der Steinkohle bis zum Jahre 2005 geeinigt hatten.

Der Bund leistet Zuschüsse für den Absatz deutscher Steinkohle zur Verstromung und an die Stahlindustrie. Daraus dürfen auch Zahlungen

Tabelle 12: Wirtschaftsförderung

Aufgabenbereich	Soll 2005	Januar bis Dezember 2005	Januar bis Dezember 2004	Veränderung gegenüber Vorjahr	
				in Mrd. € <sup>1</sup>	in %
<b>Regionale Förderungsmaßnahmen</b>	<b>0,9<sup>2</sup></b>	<b>1,2</b>	<b>1,4</b>	<b>– 0,2</b>	<b>– 11,8</b>
– Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“ (Ist einschließlich EFRE-Mittel)	0,7 <sup>2</sup>	1,0	1,1	– 0,1	– 5,6
<b>Förderung des Kohlenbergbaus</b>	<b>1,8</b>	<b>1,8</b>	<b>2,2</b>	<b>– 0,5</b>	<b>– 20,4</b>
<b>Mittelstandsförderung</b>	<b>0,9</b>	<b>1,0</b>	<b>0,8</b>	<b>+ 0,2</b>	<b>+ 19,0</b>
<b>Förderung erneuerbarer Energien</b>	<b>0,4</b>	<b>0,3</b>	<b>0,3</b>	<b>+ 0,03</b>	<b>+ 10,5</b>
<b>Gewährleistungen</b>	<b>1,5</b>	<b>1,4</b>	<b>1,1</b>	<b>+ 0,3</b>	<b>+ 23,6</b>
<b>Landwirtschaft</b>	<b>1,1</b>	<b>1,0</b>	<b>1,0</b>	<b>+ 0,01</b>	<b>+ 1,4</b>
– Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“	0,7	0,7	0,7	– 0,02	– 2,3

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

<sup>2</sup> Soll ohne EFRE-Mittel.

zum Ausgleich von Stilllegungsbelastungen der Bergbauunternehmen geleistet werden.

**Mittelstandsförderung.** Zur Stärkung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen setzte die Bundesregierung ihre erfolgreichen Fördermaßnahmen für den Mittelstand fort. Dabei handelte es sich insbesondere um Maßnahmen zur Förderung der Leistungssteigerung und zur Erhöhung der Innovationsfähigkeit. Darüber hinaus wurden Mittel zur Beratung und Schulung von Existenzgründern bereitgestellt.

Besondere Bedeutung in der Mittelstandsförderung haben nach wie vor die Forschungs- und Technologievorhaben im Mittelstandsbe- reich. Hervorzuheben ist hier die indirekte Förderung der Forschungszusammenarbeit und von Unternehmensgründungen, die industrielle Gemeinschaftsforschung sowie das seit November 2005 neu strukturierte ERP-Innovationsprogramm. Daneben spielte die Förderung innovativer Wachstumsträger (INNO-WATT) eine wichtige Rolle.

**Förderung erneuerbarer Energien.** Mit dem Ziel einer sicheren, umweltverträglichen und kostengünstigen Energieversorgung förder- te die Bundesregierung Technologien im Bereich der nicht nuklearen Energieforschung mit einem breiten Spektrum von Maßnahmen und Studien. Diese dienen der Erschließung bzw.

Weiterentwicklung der erneuerbaren Energien, der rationellen Energieverwendung sowie der umweltfreundlichen Verbrennungstechnik.

**Gewährleistungen.** Durch die Übernahme von Gewährleistungen ermöglicht die Bundes- regierung die Finanzierung von außen- und bin- nenwirtschaftlichen Vorhaben. Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen die- nen der Sicherung von volkswirtschaftlich förde- rungswürdigen Maßnahmen, insbesondere von Handels- und Kreditgeschäften.

**Landwirtschaft.** Im Bereich der Landwirt- schaft lag der finanzielle Schwerpunkt der Agrarpolitik bei der Europäischen Union. Im nationalen Bereich nahm neben der landwirt- schaftlichen Sozialpolitik die Gemeinschafts- aufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ einen großen Anteil der Bundeshilfen ein. Damit wird ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forst- wirtschaft geleistet. Grundlage der Förderung ist der von Bund und Ländern gemeinsam erstellte Rahmenplan, der jährlich den aktuellen Erfor- dernissen entsprechend überarbeitet wird. Der Bund erstattet den Ländern die entstandenen Ausgaben zu 60 % bei Maßnahmen zur Verbes- serung der Agrarstruktur und zu 70 % bei Küsten- schutzmaßnahmen.

Tabelle 13: Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Aufgabenbereich	Soll 2005	Januar bis Dezember 2005	Januar bis Dezember 2004	Veränderung gegenüber Vorjahr	
		in Mrd. € <sup>1</sup>			in %
<b>Investitionsprogramm Ganztagschulen</b>	<b>0,7</b>	<b>0,6</b>	<b>0,3</b>	<b>+ 0,3</b>	<b>+ 111,1</b>
<b>Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen</b>	<b>6,8</b>	<b>6,7</b>	<b>6,6</b>	<b>+ 0,04</b>	<b>+ 0,5</b>
– gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	2,6	2,6	2,5	+ 0,1	+ 3,0
– Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-Gesellschaft	0,9	0,9	0,8	+ 0,04	+ 4,8
– Forschungszentren der Helmholtz-Gemeinschaft	1,4	1,4	1,4	+ 0,04	+ 2,6
– Weltraumforschung	0,7	0,7	0,7	+ 0,02	+ 2,2
<b>Leistungen nach dem Bundesausbildungs- förderungsgesetz (BAföG)</b>	<b>1,0</b>	<b>1,0</b>	<b>1,0</b>	<b>+ 0,1</b>	<b>+ 6,0</b>
<b>Hochschulen</b>	<b>1,9</b>	<b>1,8</b>	<b>1,8</b>	<b>+ 0,02</b>	<b>+ 0,9</b>
– Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	0,9	0,9	0,9	–	–
– Deutsche Forschungsgemeinschaft e.V. Bonn	0,8	0,8	0,7	+ 0,02	+ 3,0
<b>Berufliche Weiterbildung</b>	<b>0,2</b>	<b>0,2</b>	<b>0,2</b>	<b>– 0,003</b>	<b>– 1,6</b>
<b>Kunst- und Kulturpflege</b>	<b>1,5</b>	<b>1,5</b>	<b>1,5</b>	<b>– 0,01</b>	<b>– 0,6</b>

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

## Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Die Tabelle 13 zeigt die wesentlichen Aufwendungen des Bundes für den Bereich Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur. Die Ausgaben für diesen Aufgabenbereich beliefen sich im Jahr 2005 auf 11,4 Mrd. €. Dies entspricht einem Anteil von 4,4 % an den Gesamtausgaben.

### Investitionsprogramm Ganztagschulen.

Für ein Investitionsprogramm zur Ausweitung der Zahl der Ganztagschulen gewährt der Bund den Ländern und Gemeinden Finanzhilfen in Höhe von 4,0 Mrd. €. Durch dieses Programm werden die Anstrengungen der Länder und Kommunen zur Verbesserung der Betreuungs- und Bildungsangebote vom Bund nachhaltig unterstützt.

**Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen.** Auf Wissenschaft, Forschung und Entwicklung außerhalb der Hochschulen entfiel der größte Teil der Ausgaben dieses Aufgabenbereiches. Besondere Schwerpunkte waren die Verstärkung des Sonderprogramms zur Förderung innovativer Regionen in den neuen Ländern sowie die Forschungsförderung der großen Forschungsinstitutionen wie der Max-Planck-Gesellschaft,

der Fraunhofer-Gesellschaft, der Helmholtz-Gemeinschaft und der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Die Ankündigung in der Agenda 2010, die Etats der großen Forschungseinrichtungen wieder um 3 % zu erhöhen, wird umgesetzt. An den Vorhaben der Europäischen Weltraumorganisation beteiligte sich der Bund mit 0,5 Mrd. €.

**Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG).** Mit dem BAföG werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass junge Menschen den Bildungs- und Berufsweg, der ihrer Neigung und Eignung entspricht, möglichst unabhängig davon wählen können, ob sie selbst oder ihre Eltern die dafür erforderlichen Mittel aufbringen können. Der den einzelnen Auszubildenden hierfür zustehende Förderbetrag orientiert sich an dem durch die erforderlichen Ausgaben für Lebensunterhalt und Ausbildung bestimmten Bedarf. Die im Frühjahr 2001 in Kraft getretene BAföG-Strukturreform brachte deutliche Verbesserungen der Ausbildungsförderung. Die Aufwendungen für diese Leistung werden zu 65 % durch den Bund und zu 35 % durch die Länder getragen. Der Bundesdarlehensanteil des BAföG wird über die Kreditanstalt für Wiederaufbau bereitgestellt.

**Hochschulen.** Der Ausbau und Neubau von Hochschulen ist nach Artikel 91 a Grundgesetz

Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern. Die Mittel werden für Investitionen verwendet. Auf Grundlage eines jährlich fortzuschreibenden Rahmenplans erstattet der Bund 50 % der entstandenen Ausgaben.

**Berufliche Weiterbildung.** Angesichts des nicht ausreichenden Ausbildungsplatzangebots in den neuen Ländern förderte der Bund im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative zur ergänzenden Ausbildung die Schaffung von zusätzlichen Ausbildungsplätzen. Das Sonderprogramm wird je zur Hälfte von Bund und Ländern finanziert.

Für die Förderung der beruflichen Fortbildung zum Meister, Techniker oder zu vergleichbaren Abschlüssen stellt der Bund seit 1996 Mittel für das so genannte Meister-BAföG bereit, um die Teilnehmer an entsprechenden Maßnahmen finanziell zu unterstützen. Die Aufwendungen werden zu 78 % vom Bund und zu 22 % von den Ländern getragen.

Überbetriebliche Berufsbildungsstätten ergänzen mit ihrem Lehrangebot die betriebliche Ausbildung solcher Klein- und Mittelbetriebe, die aufgrund ihrer Größe oder Spezialisierung nicht in der Lage sind, die geforderten Ausbildungsinhalte in ihrer Gesamtheit zu vermitteln. Erst durch die ergänzenden Lehrangebote der überbetrieblichen Berufsbildungsstätten werden diese Betriebe in die Lage versetzt, ausbilden zu können.

**Kunst- und Kulturpflege.** Zur besseren Förderung der Kultur trägt die Bündelung der kulturpolitischen Zuständigkeiten und Kompetenzen des Bundes bei. Mit den Mitteln konnten neue Akzente gesetzt und zielgerichtete Impulse für die kulturpolitischen Aktivitäten der primär zuständigen Bundesländer gegeben werden. Wichtige Bausteine bildeten dabei die kulturelle Förderung der Hauptstadt Berlin sowie die Unterstützung von kulturellen Einrichtungen und Projekten in den neuen Ländern.

Darüber hinaus wurden durch die in 2002 errichtete Bundeskulturstiftung im Rahmen der unstreitigen Bundeskompetenz innovative Programme und Projekte aus Kunst und Kultur insbesondere im internationalen Kontext gefördert. Außerdem unterstützte der Bund Religionsgemeinschaften und Maßnahmen für religiöse Zwecke.

Neben den originären Kulturmitteln waren im Bundeshaushalt Mittel veranschlagt, die sich nicht ausschließlich dem Kulturbereich zuordnen lassen. Dabei handelte es sich insbesondere um Ausgaben im Zusammenhang mit Leistungen an die UNESCO, internationaler Jugendarbeit, internationalem Berufstätigenaustausch, beruflicher Aus- und Fortbildung von Angehörigen der Entwicklungsländer sowie im Zusammenhang mit der institutionellen Förderung von Einrichtungen im Bereich von Bildung und Forschung in Geisteswissenschaften und Bildungswesen. Größter Einzelposten mit 0,3 Mrd. € war der Zuschuss des Bundes an die Rundfunkanstalt „Deutsche Welle“.

## Übrige Ausgaben

Die Tabelle 14 (siehe S. 63) gibt einen Überblick über die übrigen Ausgaben des Bundes. Im Wesentlichen handelt es sich um Aufwendungen des Bundes aus den Aufgabenbereichen Gesundheit und Sport, Wohnungswesen, Wirtschaftsunternehmen und allgemeine Finanzwirtschaft einschließlich der Zinszahlungen.

**Zinsen.** Die Zinsausgaben des Bundes sind abhängig von der Steigerung der Bundesschuld durch die jährliche Nettokreditaufnahme, vom Zinsniveau und von den Strukturen der Anschlussfinanzierungen im Vergleich zu den Tilgungsleistungen. Aufgrund der allgemeinen Zinsentwicklung entwickelten sich die Zinsausgaben des Bundes 2005 günstig. Die Zinsausgaben für den Fonds Deutsche Einheit in Höhe von rd. 2,3 Mrd. € wurden ab 2005 erstmalig direkt aus dem Bundeshaushalt gezahlt. Dies erklärt die Zunahme der Zinszahlungen im Vergleich zum Vorjahr.

**Wohnungswesen.** Für die soziale Wohnraumförderung gewährt der Bund den Ländern Finanzhilfen gemäß Artikel 104 a Grundgesetz. Mit In-Kraft-Treten des Gesetzes zur Reform des Wohnungsbaurechts zum 1. Januar 2002 ist der „soziale Wohnungsbau“ von der „sozialen Wohnraumförderung“ abgelöst worden. Vor dem Hintergrund einer durchweg guten Wohnungsmarktlage wird anstelle der bisherigen Ausrichtung auf die Neubauförderung nun der vorhandene Wohnungsbestand zur Wohnraumversorgung besser genutzt. Daneben

Tabelle 14 Übrige Ausgaben

Aufgabenbereich	Soll 2005	Januar bis Dezember 2005	Januar bis Dezember 2004	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € <sup>1</sup>			in %	
<b>Zinsen</b>	<b>38,9</b>	<b>37,4</b>	<b>36,3</b>	<b>+ 1,1</b>	<b>+ 3,0</b>
<b>Wohnungswesen</b>	<b>1,2</b>	<b>1,3</b>	<b>1,3</b>	<b>- 0,02</b>	<b>- 1,3</b>
– Soziale Wohnraumförderung	0,3	0,3	0,4	- 0,1	- 23,8
– Wohnraummodernisierungsprogramme	0,7	0,7	0,7	+ 0,01	+ 1,9
<b>Städtebauförderung</b>	<b>0,5</b>	<b>0,5</b>	<b>0,5</b>	<b>+ 0,003</b>	<b>+ 0,6</b>
<b>Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung</b>	<b>0,9</b>	<b>0,9</b>	<b>0,9</b>	<b>+ 0,004</b>	<b>+ 0,4</b>
<b>Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>	<b>0,4</b>	<b>- 0,05</b>	<b>- 11,9</b>

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

können die zur Verfügung stehenden Mittel aufgrund flexibler Fördermethoden effektiver eingesetzt werden.

Außerdem wird die Wohnraumsanierung und -modernisierung in den neuen Ländern auch über entsprechende Programme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) gefördert. Das seit 1990 allein durch den Bund finanzierte KfW-Wohnraum-Modernisierungsprogramm I ist Anfang 2000 mit einem Kreditvolumen von 40 Mrd. € ausgelaufen. Die Ausgaben des Bundes in Form von Zinszuschüssen werden bis 2010 über 7 Mrd. € betragen.

Das im Jahr 2000 gestartete KfW-Wohnraum-Modernisierungsprogramm II schloss an das zuvor dargestellte Programm an. Dieses konzentrierte sich insbesondere auf kostenträchtige Modernisierungsmaßnahmen vorwiegend in Altbauten und Hochhäusern sowie denkmalgeschützten Gebäuden. Die Zinsverbilligung wird zwischen Bund und Ländern hälftig getragen. Bei einer Laufzeit von 2000 bis 2002 hatte das Programm ein Kreditvolumen von ca. 2,4 Mrd. € erreicht. Zur Zinsverbilligung stellt der Bund bis zum Ende der Ausfinanzierung (2012) mehr als 0,2 Mrd. € zur Verfügung.

Im April 2003 wurde das bundesweite KfW-Wohnraum-Modernisierungsprogramm 2003 aufgelegt, mit dem umfangreiche Sanierungsmaßnahmen an selbst genutzten und vermieteten Wohngebäuden unterstützt werden. Das Programm ist planmäßig zum 31. Dezember 2004 ausgelaufen. Über den Programmzeitraum wurden insgesamt rund 103 700 Kredite über 4,1 Mrd. € zugesagt. Der Zinszuschuss des Bundes beträgt rd. 0,4 Mrd. €.

Im Januar 2001 wurde das KfW-CO<sub>2</sub>-Gebäude-sanierungsprogramm zur Finanzierung besonders umfangreicher Investitionen zur CO<sub>2</sub>-Minderung und zur Energieeinsparung in selbst genutzten und vermieteten Wohngebäuden des Altbaubestandes gestartet. Für die Finanzierung wurden in den Jahren 2001 bis 2005 insgesamt rd. 1 Mrd. € Bundesmittel als Zinszuschuss eingesetzt.

Im Rahmen des KfW-CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramms werden seit Mai 2003 nach Erweiterung des Förderinhalts auch Heizungsmodernisierungen, zusätzliche Sanierungsmaßnahmen des Gebäudebestandes sowie der Neubau von Energiesparhäusern 40 einschließlich Passivhäusern gefördert. Für die Zinsverbilligung hat der Bund in den Jahren 2003 bis 2005 zusätzlich je 0,16 Mrd. € zur Verfügung gestellt.

**Städtebauförderung.** Der Bund beteiligt sich gemäß Artikel 104 a Absatz 4 Grundgesetz an der Förderung des Städtebaus. Mit den Finanzhilfen fördert der Bund neben der „klassischen“ Städtebauförderung die Programme „Soziale Stadt“ (Start 1999) und „Stadtumbau Ost“ (Start 2002). Durch den anteiligen Wiedereinsatz der mit der Absenkung der Eigenheimzulage erzielten Einsparungen konnten ab 2004 zusätzliche Finanzhilfen für städtebauliche Maßnahmen bereitgestellt werden (z.B. für den Programmbereich „Stadtumbau West“). Im Hinblick auf den Bedarf in den neuen Ländern werden die Fördermittel jedoch schwerpunktmäßig dort eingesetzt.

In Ergänzung zum Programm „Stadtumbau Ost“ leistet der Bund durch die Verordnung zum

Altschuldenhilfegesetz einen wesentlichen Beitrag zur Entlastung der von Leerständen betroffenen Wohnungswirtschaft in den neuen Ländern. Wohnungsunternehmen, die durch erheblichen dauerhaften Leerstand in ihrer Existenz gefährdet sind, erhalten eine zusätzliche Altschuldenhilfeentlastung, die sich nach der Fläche der abgerissenen Wohnungen berechnet. Im Bundeshaushalt 2001 wurden hierfür zunächst rd. 0,4 Mrd. € eingeplant. Die Mittel sind seitdem wiederholt aufgestockt worden, nunmehr stehen insgesamt rd. 1,1 Mrd. € zur Verfügung.

#### **Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung.**

Auf dem Gebiet des Gesundheitswesens werden insbesondere Maßnahmen zur Drogenbekämpfung, zur Krebsbekämpfung sowie zur Bekämpfung von AIDS und neuer Infektionskrankheiten unterstützt.

Auf dem Gebiet des Umwelt- und Naturschutzes wendete der Bund Mittel für Förderprogramme zur Verminderung von Umweltbelastungen und zum Klimaschutz auf. Die Ausgaben für Strahlenschutz und Reaktorsicherheit werden zum großen Teil von den Leistungen für die Endlagerung radioaktiver Abfälle einschließlich der Erkundung alternativer Standorte geprägt.

**Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandanstalt.** Die Treuhandanstalt hat Ende 1994 ihre Kernaufgabe, die Privatisierung ostdeutscher Unternehmen, weitgehend abgeschlossen. Die veranschlagten Ausgaben stellen sicher, dass ihre Nachfolgeeinrichtungen die verbliebenen Aufgaben fortführen können. Die Zuwendungen sind in erster Linie für die Lausitzer- und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft mbH und für die Energiewerke Nord GmbH bestimmt. Die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) kommt wie bisher ohne Zuwendungen aus. Mit dem Gesetz zur Abwicklung der BvS aus 2003 wurde der letzte Schritt der Umstrukturierung vollzogen.

## 4 Entwicklung der Einnahmen

Die Tabelle 15 (siehe S. 65) gibt einen Überblick über die Entwicklung der Einnahmen des Bundes. Die Steuereinnahmen hatten mit 190,1 Mrd. € oder 73,2 % auf der Einnahmenseite den weitaus größten Anteil am Gesamtvolumen des Bundeshaushalts mit 259,8 Mrd. €. Die Verwaltungseinnahmen bildeten mit 38,3 Mrd. € oder 14,7 % die zweitwichtigste Einnahmequelle. Die Nettokreditaufnahme und die Münzeinnahmen vervollständigten mit 31,4 Mrd. € oder 12,1 % das zur Finanzierung der Ausgaben benötigte Einnahmenvolumen.

**Steuern.** Die veranschlagten Steuereinnahmen basieren auf dem Ergebnis der 124. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzung“ vom 2. bis 4. November 2004 in Bremen. Die Schätzung ging von geltendem Steuerrecht aus. Die finanziellen Wirkungen folgender von der Bundesregierung auf den Weg gebrachten steuerwirksamen Maßnahmen fanden im Ansatz für das Jahr 2005 Berücksichtigung: die finanziellen Auswirkungen des Alterseinkünftegesetzes, des Gesetzes zur Änderung der Abgabenordnung und anderer Gesetze, des Gesetzes zur Förderung von Wagniskapital sowie des Gesetzes zur Verbesserung des Schutzes junger Menschen vor Gefahren des Alkohol- und Tabakkonsums. Darüber hinaus wurden die Auswirkungen des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit in die Schätzung einbezogen.

**Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage.** Die Bundesanteile an den Gemeinschaftsteuern bildeten die Hauptfinanzierungsquelle des Bundes. Die Gemeinschaftsteuern umfassen die Lohn- und Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer, die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag sowie die Steuern vom Umsatz, die Gewerbesteuerumlage und den Zinsabschlag. Grundlage für die Aufteilung des Steueraufkommens ist Artikel 106 Grundgesetz. Der Ertrag der Gemeinschaftsteuern wird aufgrund unterschiedlicher Vergabeschlüssel zwischen dem Bund, Ländern und Gemeinden aufgeteilt.

Die Tabelle 16 (siehe S. 66) zeigt den rechnerischen Anteil der Gebietskörperschaften am



Tabelle 15: Entwicklung der Einnahmen

Aufgabenbereich	Soll 2005	Januar bis Dezember 2005	Januar bis Dezember 2004	Veränderung gegenüber Vorjahr	
	in Mrd. € <sup>1</sup>				in %
<b>Einnahmen</b> darunter:	<b>232,0</b>	<b>228,4</b>	<b>211,8</b>	<b>+ 16,6</b>	<b>+ 7,8</b>
<b>Steuern</b>	<b>190,8</b>	<b>190,1</b>	<b>187,0</b>	<b>+ 3,1</b>	<b>+ 1,7</b>
<b>Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern und Gewerbsteuerumlage</b>	<b>146,9</b>	<b>146,6</b>	<b>141,0</b>	<b>+ 5,6</b>	<b>+ 4,0</b>
– Lohnsteuer	51,8	50,5	52,7	– 2,1	– 4,1
– Veranlagte Einkommensteuer	2,4	4,2	2,3	+ 1,9	+ 80,6
– Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	4,9	5,0	5,0	+ 0,0	+ 0,3
– Zinsabschlag	3,2	3,1	3,0	+ 0,1	+ 3,2
– Körperschaftsteuer	8,6	8,2	6,6	+ 1,6	+ 24,4
– Steuern vom Umsatz	74,6	74,1	70,1	+ 4,1	+ 5,8
– Gewerbesteuerumlage	1,3	1,5	1,5	+ 0,1	+ 6,0
<b>Bundessteuern</b>	<b>85,7</b>	<b>83,5</b>	<b>84,6</b>	<b>– 1,0</b>	<b>– 1,2</b>
– Mineralölsteuer	41,5	40,1	41,8	– 1,7	– 4,0
– Tabaksteuer	14,8	14,3	13,6	+ 0,6	+ 4,7
– Solidaritätszuschlag	10,3	10,3	10,1	+ 0,2	+ 2,0
– Versicherungsteuer	8,9	8,7	8,8	– 0,001	– 0,01
– Stromsteuer	6,6	6,5	6,6	– 0,1	– 2,0
– Branntweinsteuer	2,2	2,2	2,2	– 0,04	– 2,0
– Kaffeesteuer	1,0	1,0	1,0	– 0,02	– 2,1
– Schaumweinsteuer	0,4	0,5	0,5	– 0,01	– 2,5
– Sonstige Bundessteuern	0,0	0,0	0,0	– 0,004	– 91,3
<b>Abzugsbeträge</b>	<b>– 41,8</b>	<b>– 40,0</b>	<b>– 38,5</b>	<b>– 1,4</b>	<b>+ 3,7</b>
– Ergänzungszuweisungen an Länder	– 14,5	– 14,6	– 15,2	+ 0,6	– 3,8
– Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Mineralöl- steueraufkommen	– 7,1	– 7,1	– 6,8	– 0,2	+ 3,6
– Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	– 3,5	– 3,3	– 3,0	– 0,3	+ 9,1
– Zuweisungen an die EU nach BNE-Schlüssel	– 16,8	– 15,1	– 13,6	– 1,5	+ 10,9
<b>Sonstige Einnahmen</b> darunter:	<b>41,2</b>	<b>38,3</b>	<b>24,8</b>	<b>+ 13,4</b>	<b>+ 54,1</b>
– Abführung Bundesbank	2,0	0,7	0,2	+ 0,4	+ 172,3
– Darlehensrückflüsse (Beteiligungen)	21,5	20,4	13,6	+ 6,8	+ 50,1
– Aussteuerungsbetrag der Bundesagentur für Arbeit	6,7	4,6	–	+ 4,6	–

<sup>1</sup> Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Aufkommen der Gemeinschaftsteuern im Jahr 2005 in %.

**Bundessteuern.** Das Steueraufkommen der Bundessteuern steht allein dem Bund zu. Hierbei handelt es sich insbesondere um das Steueraufkommen aus den Verbrauchsteuern, der Versicherungsteuer und dem Solidaritätszuschlag. Dieser wird als Ergänzungsabgabe zur Einkommen- und Körperschaftsteuer in Höhe von 5,5 % erhoben.

Mit der auf nachhaltige Wirkung angelegten Ökologischen Steuer- und Abgabenreform wird der Energieverbrauch stärker besteuert. Gleichzeitig wurden die Einnahmen zur Senkung bzw. Stabilisierung des Beitragssatzes in der Gesetz-

lichen Rentenversicherung verwendet. Die Ökologische Steuerreform wurde seit 1999 in mehreren Stufen bis zum Jahr 2003 fortgesetzt.

Auch die ab 1. April 1999 erhobene Stromsteuer ist Teil dieser Ökologischen Steuerreform. Die Stromsteuer wurde in den Jahren 2000 bis 2003 um jährlich 0,26 Cent je Kilowattstunde angehoben. Im Jahr 2005 wurden 2,05 Cent Stromsteuer je Kilowattstunde erhoben.

**Abzugsbeträge.** Abzugsbeträge sind Zahlungen, die aus dem Steueraufkommen geleistet werden.

**Ergänzungszuweisungen an die Länder.** Ab dem 1. Januar 2005 kam das neue Ausgleichssystem auf der Grundlage des Maßstäbengesetzes

Tabelle 16: Anteil an den Gemeinschaftsteuern in %

Gemeinschaftsteuer nach Artikel 106 Grundgesetz	Bund	Länder	Gemeinden
Lohn- und Einkommensteuer	42,5	42,5	15,0
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	50,0	50,0	–
Steuern vom Umsatz	53,1	44,8	2,1
Zinsabschlag	44,0	44,0	12,0
Körperschaftsteuer	50,0	50,0	–
Gewerbesteuerumlage	24,6	75,4	–

und des neuen Finanzausgleichsgesetzes zur Anwendung. Hintergrund für die Neuregelungen ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 11. November 1999. Das abstrakt gehaltene Maßstäbengesetz konkretisiert die Finanzverfassung, das neue Finanzausgleichsgesetz regelt die Verteilungsergebnisse. Finanzschwache Länder, deren Finanzkraft nach Länderfinanzausgleich unter 99,5 % der Finanzkraft der Ländergesamtheit liegt, erhalten allgemeine Bundesergänzungszuweisungen.

**Zuweisungen an die Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Mineralölsteueraufkommen.** Im Rahmen der Bahnstrukturreform sind ab 1996 die Aufgabenverantwortung und damit die Ausgabenverantwortung für den Schienenpersonennahverkehr der Deutschen Bahn AG vom Bund auf die Länder übergegangen. Der Bund verzichtet zugunsten der Länder auf einen Teil seines Mineralölsteueraufkommens.

**Zuweisungen an die Europäische Union nach BNE-Schlüssel.** Neben den Zöllen, den Agrarabschöpfungen und den Mehrwertsteuer-Eigenmitteln gehören die BNE-Eigenmittel zu

den eigenen Einnahmen der Europäischen Union. Der Ansatz für das Jahr 2005 beruht auf dem Eigenmittelbeschluss vom 29. September 2000.

**Sonstige Einnahmen.** Gemäß § 27 Nr. 2 Bundesbankgesetz hat die Deutsche Bundesbank den Jahresüberschuss an den Bund abzuführen. Im Soll des Haushalts 2005 wurde von einem Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2004 in Höhe von 2 Mrd. € ausgegangen. Tatsächlich belief sich der Jahresüberschuss auf lediglich rd. 676 Mio. €.

Die Einnahmen aus der Veräußerung von Beteiligungen und aus sonstigem Kapitalvermögen betrugen rd. 8,9 Mrd. € und die Einnahmen aus der Inanspruchnahme von Gewährleistungen rd. 9,5 Mrd. €.

**Aussteuerungsbetrag der Bundesagentur für Arbeit.** Mit dem Hartz-IV-Gesetz wurden ab 1. Januar 2005 Leistungen zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt vom Haushalt der Bundesagentur für Arbeit in den Bundeshaushalt verlagert. Im Gegenzug hatte die Bundesagentur für Arbeit einen Aussteuerungsbetrag an den Bundeshaushalt zu entrichten.

## Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 4. Quartal 2005 und im Jahr 2005

- 1 Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im 4. Quartal 2005 und im Jahr 2005 .....67
- 2 Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Monaten des 4. Quartals 2005 .....69
- 3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen .....70

### 1 Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern)<sup>1</sup> im 4. Quartal 2005 und im Jahr 2005

Die bei Bund und Ländern eingegangenen Steuereinnahmen betrugen im Jahr 2005 nach endgültigen Ergebnissen 415 355 Mio. €, das sind + 5 838 Mio. € bzw. + 1,4 % mehr als im Jahr 2004.

Die Steuereinnahmen im Jahr 2005 und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum stellen sich im Einzelnen wie folgt dar:

Das Aufkommen der **gemeinschaftlichen Steuern** nahm im Jahr 2005 im Vorjahresvergleich um + 1,9 % zu. Nachdem sich die Einnahmen aus diesen Steuern bereits in den ersten drei Quartalen mit + 1,3 % positiv entwickelt hatten, trug ein kräftiges Plus im letzten Quartal (+ 3,4 %) entscheidend zu der deutlichen Steigerung des Ergebnisses für das Gesamtjahr bei.

Bei der **Lohnsteuer** sorgte im Jahresverlauf vor allem die Tarifsenkung zu Beginn des Jahres 2005 für einen deutlichen Aufkommensrückgang (– 4,0 %). Hinzu kamen die dämpfenden Wirkungen gekürzter Urlaubsgeldzahlungen im 3. Quartal und Weihnachtsgeldzahlungen im 4. Quartal 2005. Letztere und der massive

Tabelle 1: Entwicklung der Steuereinnahmen im Jahr 2005

Steuereinnahmen nach Ertragshoheit	Haushaltsjahr – in Mio. € –		Veränderung gegenüber Vorjahr	
	2005	2004	in Mio. €	in %
Gemeinschaftliche Steuern	307 890	302 130	5 760	1,9
Reine Bundessteuern	83 508	84 554	– 1 046	– 1,2
Reine Ländersteuern	20 579	19 774	805	4,1
Zölle	3 378	3 059	319	10,4
<b>Steuereinnahmen insges. (ohne reine Gemeindesteuern)</b>	<b>415 355</b>	<b>409 517</b>	<b>5 838</b>	<b>1,4</b>

<sup>1</sup> Über die Einnahmen aus Gemeindesteuern berichtet das Statistische Bundesamt vierteljährlich. Diese Einnahmeergebnisse werden in der Fachserie 14 „Finanzen und Steuern“, Reihe 4 „Steuerhaushalt“ im Rahmen eines Gesamtüberblicks über die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden veröffentlicht.

Anstieg der Auszahlungen der Arbeitnehmer-sparzulage im Dezember nach erstmaligem Ablauf der siebenjährigen Sperrfrist für besonders geförderte Anlagen führten im 4. Quartal 2005 zu einem Ergebnis von – 4,5 % gegenüber dem Vorjahresquartal.

Im Bereich der **veranlagten Einkommensteuer** setzte sich die in den ersten drei Quartalen zu beobachtende positive Entwicklung fort. Nach einer Aufkommenssteigerung im 3. Quartal von + 31,8 % ergab sich im 4. Quartal ein Zuwachs von + 20,4 % gegenüber dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahresquartals. Für das Kalenderjahr 2005 resultiert daraus ein kräftiger Zugewinn bei den Kasseneinnahmen von + 81,1 % bzw. + 4,4 Mrd. €. Den größten Anteil an diesen Mehreinnahmen haben die durch Steuerrechtsänderungen bedingten Rückgänge bei den Arbeitnehmererstattungen (– 2,7 Mrd. €) und den Auszahlungen der Eigenheimzulage (– 0,6 Mrd. €). Im Übrigen hat sich die positive Entwicklung der Unternehmensgewinne über höhere Vorauszahlungen aufkommenssteigernd ausgewirkt, was sich an der Entwicklung des Bruttoaufkommens 2005 (vor Abzug von Arbeitnehmererstattungen und Zulagen) ablesen lässt: + 3,1 % bzw. + 1,2 Mrd. € gegenüber dem Veranlagungsjahr 2004.

Die Auswirkungen gestiegener Unternehmensgewinne zeigten sich ebenfalls bei der **Körperschaftsteuer**. Auch hier ergaben sich in den letzten beiden Quartalen des Jahres 2005 mit + 38,7 % und + 45,0 % beachtliche Zugewinne gegenüber den Vorjahresquartalen. Zuwächse bei den Vorauszahlungen für das laufende Jahr 2005 und den nachträglichen Vorauszahlungen für 2004 sorgten hier für deutliche Mehrergebnisse. Da das Aufkommen im 2. Quartal 2005 aufgrund einer starken Basis in 2004 deutlich im Minus lag, ergibt sich für das Jahr 2005 insgesamt ein Anstieg des Kassenaufkommens von + 24,5 %.

Beim **Zinsabschlag** setzte sich die im 2. Quartal 2005 begonnene Aufwärtsentwicklung weiter fort. Nach einem Zuwachs von + 5,9 % im 3. Quartal 2005 ergab sich im 4. Quartal eine weitere Steigerung von + 12,3 % gegenüber dem Vorjahr. Wesentliche Ursache dürfte hier die Senkung des Sparerfreibetrages von 1550 € auf 1370 € sein, die sich nach

Verbrauch der Freistellungsbeträge zum Jahresende hin stärker auswirkt. Hinzu kommt das Ende des Abwärtstrends bei der durchschnittlichen Verzinsung von festverzinslichen Wertpapieren. Für das Gesamtjahr 2005 ergibt sich aufgrund eines negativen Ergebnisses im aufkommensstarken 1. Vierteljahr damit ein Aufkommenszuwachs von + 3,2 %.

Nach einem Rückgang der Einnahmen aus den **nicht veranlagten Steuern vom Ertrag** in den ersten neun Monaten des Jahres um – 4,1 % zeigte sich im 4. Quartal 2005 ein kräftiger Anstieg von + 51,8 %, so dass für das Gesamtjahr noch ein knappes Plus von 0,3 % verbucht werden konnte. Dieser Schlusspunkt einer wechselvollen Jahresentwicklung ergab sich infolge einer starken Verbesserung des Vorjahresergebnisses für den Dezember (+ 251 %). Offensichtlich haben die Kapitalgesellschaften hier zum Ende des Jahres noch in großem Umfang Ausschüttungen getätigt.

Die Einnahmen aus den **Steuern vom Umsatz** haben im Jahr 2005 um + 1,7 % (Umsatzsteuer + 3,6 %, Einfuhrumsatzsteuer – 4,2 %) zugelegt. Dazu beigetragen hat die positive Entwicklung, die im 3. Quartal ihren Ausgang nahm (+ 3,8 %) und sich im Folgequartal fortsetzte (+ 2,9 %). Während für die Umsatzsteuer in sämtlichen Quartalen des Jahres durchgängig Zuwächse zu beobachten waren, zeigte sich bei der Einfuhrumsatzsteuer, die auf Importe aus Nicht-EU-Staaten erhoben wird, eine Zweiteilung: starke Aufkommensverluste in den ersten beiden und Aufkommensgewinne in den letzten beiden Quartalen. Die Gründe für ersteren Effekt sind in der EU-Osterweiterung zum 1. Mai 2004, für letzteren in den Rohölpreissteigerungen im 2. Halbjahr 2005 zu suchen. Im 4. Vierteljahr 2005 stiegen die Kasseneinnahmen aus der Umsatzsteuer um + 1,6 % und aus der Einfuhrumsatzsteuer um + 7,2 %. Aufgrund der geschilderten Effekte kann das gestiegene Aufkommen aus den Steuern vom Umsatz in 2005 noch nicht als ein Indiz für eine durchgreifende Besserung bei der privaten Konsumnachfrage gewertet werden.

Die **reinen Bundessteuern** gingen im Verlauf des Jahres 2005 um – 1,2 % zurück. Nach einem den Vorzieheffekten bei der Tabaksteuer (Tarifierhöhung zum 1. September 2005) zu verdankenden Plus im 3. Quartal (+ 1,7 %) drehte die

Entwicklung im 4. Quartal wieder ins Minus: – 2,2 %. Ausschlaggebend dafür waren in erster Linie die Verluste bei der Mineralölsteuer, die sich im 4. Quartal fortsetzten (– 3,7 %) und hauptsächlich auf preisinduzierte Rückgänge bei der Treibstoffnachfrage zurückgingen.

Für das Gesamtjahr 2005 ergab sich bei der Mineralölsteuer ein Minus von 4,0 %. Auch bei der Stromsteuer dürften Nachfrageeffekte in der Folge von Preiserhöhungen eine Rolle gespielt haben (4. Quartal: – 3,0 %, Jahr 2005: – 2,0 %). Überraschend gut hat sich hingegen das Tabaksteueraufkommen entwickelt. Zwar ergab sich im 4. Quartal ein Rückgang von – 1,8 %, für das gesamte Jahr 2005 konnte aber dennoch ein kräftiges Plus von 4,7 % verzeichnet werden. Dabei wurden Verbrauchsrückgänge bei den Fertigzigaretten durch die höheren Steuersätze und verstärkten Konsum von Feinschnittprodukten überkompensiert.

Die Entwicklungsrichtung bei den **reinen Ländersteuern** zeigte im 4. Quartal mit einer Zunahme um + 12,0 % wieder deutlich nach oben, was für das Gesamtjahr 2005 zu einem Ergebnis von + 4,1 % führte. Träger dieser Entwicklung ist in erster Linie die Kraftfahrzeugsteuer, die nach Steuersatzerhöhungen zu Jahresbeginn deutliche Zugewinne (4. Quartal + 22,8 %, Jahr 2005: + 12,1 %) zeigte. Ebenfalls deutlich im Plus lag im 4. Vierteljahr die Grunderwerbsteuer (+ 16,6 %), was auf Vorzieheffekte in Folge der Abschaffung der Eigenheimzulage zurückgeführt werden kann.



## 2 Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Monaten des 4. Quartals 2005

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern) wiesen im **Oktober 2005** gegenüber dem Vorjahresmonat einen Zuwachs von + 4,1 % auf. Dabei verzeichneten die Ländersteuern mit + 9,5 % den stärksten Zuwachs, aber auch die gemeinschaftlichen Steuern (+ 4,7 %) und die Bundessteuern (+ 0,3 %) konnten zulegen.

Im **November 2005** gingen die Steuereinnahmen insgesamt um – 1,1 % zurück. Wie bereits im Vormonat zeigte sich bei den reinen Ländersteuern ein deutliches Plus (+ 9,5 %), während bei den gemeinschaftlichen Steuern (– 0,7 %) und den Bundessteuern (– 5,4 %) Rückgänge zu verzeichnen waren.

Ein besonders erfreuliches Ergebnis ergab sich im aufkommensstarken Vorauszahlungsmonat **Dezember 2005**. Der Gesamtzuwachs von + 3,5 % resultierte dabei aus Aufkommenssteigerungen bei den gemeinschaftlichen Steuern (+ 4,8 %), die sich vor allem dank kräftiger Zuwächse bei den gewinnabhängigen Steuern ergaben, und den Ländersteuern, die um + 16,3 % zulegten. Bei den reinen Bundessteuern (– 1,8 %) sorgte allerdings ein kräftiger Rückgang bei der Mineralölsteuer (– 5,3 %) für Aufkommenseinbußen.

### 3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Die Verteilung der Steuereinnahmen im Jahr 2005 auf Bund, EU, Länder und Gemeinden<sup>2</sup> und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum werden in der nachstehenden Tabelle dargestellt:

Die Einzelergebnisse der von Bund und Ländern verwalteten Steuern sowie deren Verteilung auf die Gebietskörperschaften im Jahr 2005 und in den einzelnen Monaten finden Sie im Internetangebot des BMF unter <http://www.bundesfinanzministerium.de> unter der Rubrik Steuern>Steuerschätzung/Steuereinnahmen>Steuereinnahmen

**Tabelle 2: Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen**

	Haushaltsjahr – in Mio. € –		Veränderung gegenüber Vorjahr	
	2005	2004	in Mio. €	in %
Bund <sup>1</sup>	190 176	186 950	3 227	1,7
EU	21 711	19 640	2 071	10,5
Länder <sup>1</sup>	180 426	179 869	557	0,3
Gemeinden	23 042	23 058	– 16	– 0,1
<b>Steuereinnahmen insges. (ohne reine Gemeindesteuern)</b>	<b>415 355</b>	<b>409 517</b>	<b>5 838</b>	<b>1,4</b>

<sup>1</sup> Nach Bundesergänzungszuweisungen.

<sup>2</sup> Lediglich Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und an den Steuern vom Umsatz.

# Reformieren, investieren, Zukunft gestalten – Politik für mehr Arbeit in Deutschland

## Finanz- und Wirtschaftspolitik im Jahreswirtschaftsbericht 2006

1	Vorbemerkungen .....	71
2	Wirtschaftliche Entwicklung .....	71
3	Ausrichtung der Wirtschafts- und Finanzpolitik: Reformieren, investieren, Zukunft gestalten .....	72
3.1	Finanz- und steuerpolitische Strategie .....	73
3.2	Finanzpolitik im europäischen Rahmen .....	76
3.3	Internationale Perspektiven der Finanzpolitik .....	77

### 1 Vorbemerkung

Die Bundesregierung legt dem Deutschen Bundestag und dem Bundesrat gemäß § 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) jährlich einen Jahreswirtschaftsbericht vor. Darin wird auch zum aktuellen Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (nachfolgend: SVR) Stellung genommen. Der diesjährige Jahreswirtschaftsbericht wurde am 25. Januar 2006 abschließend im Bundeskabinett beraten. Im Folgenden sind wesentliche Aussagen des Berichtes – mit Schwerpunkt auf die finanzpolitischen Maßnahmen – zusammenfassend dargestellt.

### 2 Wirtschaftliche Entwicklung

Zu Beginn des Jahres 2006 befindet sich die deutsche Wirtschaft im Aufwind. Getragen von der hohen Leistungsfähigkeit deutscher Unternehmen, die insbesondere beachtliche Erfolge im Ausland verzeichnen, und einer sich allmählich belebenden Binnenwirtschaft wird sich die konjunkturelle Erholung im laufenden Jahr fortsetzen.

Dabei bleibt die Auslandsnachfrage zunächst der wesentliche Impulsgeber. Die globale Wirtschaftsleistung wird mit einem Anstieg um real rd. 4 ½ % anhaltend hoch bleiben, die Zunahme des Welthandels mit 7 ½ bis 8 % dürfte sich sogar etwas verstärken. Von den günstigen außenwirtschaftlichen Bedingungen wird die deutsche Wirtschaft auch in diesem Jahr erheblich profitieren. Der Überschuss in der Leistungsbilanz hat im abgelaufenen Jahr aller Voraussicht nach einen neuen Höchststand erreicht. Nachholbedarf hat jedoch nach wie vor die binnenwirtschaftliche Nachfrage.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wird – nach 0,9 % im vergangenen Jahr – im Jahresdurchschnitt um rd. 1 ½ % (spitz gerechnet 1,4 %) zunehmen. In dieser Projektion sind die Beschlüsse der Klausurtagung des Bundeskabinetts zur Umsetzung der Koalitionsvereinbarung am 9. und 10. Januar 2006 in Genshagen weitgehend eingearbeitet. Sie werden in diesem Jahr die konjunkturelle Erholung unterstützen. Die deutlich schwächere Wachstumsprognose des SVR,

Tabelle: Eckwerte der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland

Eckwerte der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland <sup>1</sup>	2004	2005	Jahresprojektion 2006
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %		
<b>BIP (preisbereinigt)</b>	<b>1,6</b>	<b>0,9</b>	<b>1,4</b>
Erwerbstätige	0,4	– 0,2	0,0
Arbeitslosenquote in % (Abgrenzung der BA) <sup>2</sup>	10,6	11,7	10,9
Konsumausgaben der privaten Haushalte	0,6	0,0	0,3
Ausrüstungsinvestitionen	2,6	4,0	4,8
Bauinvestitionen	– 2,3	– 3,6	0,5
Inlandsnachfrage	0,6	0,2	0,7
Exporte	9,3	6,2	6,5
Importe	7,0	5,0	5,5
Außenbeitrag (BIP-Wachstumsbeitrag in %-Punkten) <sup>3</sup>	1,1	0,7	0,7
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer	0,5	0,5	0,7

<sup>1</sup> Bis 2005 vorläufige Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes vom 12. Januar 2006; Erwerbstätige 2005: Stand 16. Februar 2006.

<sup>2</sup> Bezogen auf alle Erwerbspersonen.

<sup>3</sup> Beitrag zur Zuwachsrate des BIP.

erklärt sich im Wesentlichen dadurch, dass diese Beschlüsse nicht berücksichtigt werden konnten.

Mit der günstigeren konjunkturellen Entwicklung wird sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt im Verlauf dieses Jahres verbessern. Im Jahresdurchschnitt wird sich die Zahl der Arbeitslosen voraussichtlich um rd. 350 000 Personen gegenüber dem Vorjahresniveau verringern. Die Erwerbstätigkeit, die 2005 bei einem nur leichten Anstieg der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse noch abwärts gerichtet war, wird sich 2006 im Jahresverlauf allmählich beleben. Aufgrund der gegenüber 2005 ungünstigeren Ausgangslage ist im Jahresdurchschnitt allerdings mit einer Stagnation der Erwerbstätigenzahl zu rechnen.

### 3 Ausrichtung der Wirtschafts- und Finanzpolitik: Reformieren, investieren, Zukunft gestalten

Reformieren, investieren, Zukunft gestalten – Politik für mehr Arbeit in Deutschland: Das ist die wirtschaftspolitische Devise der Bundesregierung für die laufende Legislaturperiode. Ohne mehr Wachstum sind der Abbau der viel zu hohen Arbeitslosigkeit, eine nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ebenso wie eine dauerhafte Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme nicht zu erreichen. Notwendig ist folglich ein kräftiger Wachstumschub durch Innovationen und Investitionen. Was diesem Ziel dient, hat für die Bundesregierung wirtschaftspolitisch Vorrang.

In einer Zeit sich rasant ändernder weltwirtschaftlicher Bedingungen müssen wirtschaftliche Strukturen flexibel und Verfahrensweisen möglichst unbürokratisch sein, um international bestehen zu können. Nur so lassen sich auch im Inland zusätzliche Beschäftigungs-, Innovations- und Investitionspotenziale erschließen. Hinzukommen muss ein gesamtwirtschaftlich günstiges Umfeld auf nationaler und europäischer Ebene. Nur bei einer auf Stabilität und



Wachstum ausgerichteten makroökonomischen Politik können Reformen ihre volle Wirkung entfalten. Umgekehrt erhöhen verbesserte Strukturen auf allen Märkten und in allen Bereichen den Spielraum für eine nachhaltige und spannungsfreie Dynamik.

Zu den zentralen Reformvorhaben dieser Legislaturperiode gehört für die Bundesregierung zudem die Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung. In einer Zeit raschen weltwirtschaftlichen Wandels müssen sich nicht nur Unternehmen, sondern auch staatliche Stellen anpassen und zeitnah, effizient und transparent entscheiden können. Handlungsblockaden innerhalb des politischen Systems durch verbesserte staatliche Entscheidungsstrukturen und entflochtene föderale Strukturen abzubauen ist daher eine entscheidende Voraussetzung, um den steigenden Anforderungen an die Handlungs- und damit Reformfähigkeit eines bundesstaatlichen Systems im europäischen Binnenmarkt und angesichts der Globalisierung zu entsprechen. Die Bundesregierung hat mit den Ministerpräsidenten der Länder vereinbart, das auf der Basis der Vorarbeiten der Kommission von Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung entwickelte Reformkonzept zügig umzusetzen. Vorgesahen sind u.a. der Wegfall der Rahmengesetzgebungskompetenz und die Schaffung mehr eigenständiger Entscheidungsbereiche für Bund und Länder. Des Weiteren werden Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat ein Verfahren verabreden, um in einem weiteren Reformschritt die Bund-Länder-Finanzbeziehungen den veränderten politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen.

### 3.1 Finanz- und steuerpolitische Strategie

#### Finanzpolitik

Die Sicherstellung und Verbesserung der langfristigen Tragfähigkeit und Qualität der öffentlichen Finanzen ist für die Bundesregierung eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Jahre. Dies trägt zur Vertrauensbildung von Investoren und Konsumenten in einen handlungsfähigen

Staat bei und erhöht den finanzpolitischen Handlungsspielraum. Die Wiederherstellung solider Staatsfinanzen ist darüber hinaus eine wichtige Grundlage für mehr Generationengerechtigkeit.

Die Bundesregierung teilt die vom Sachverständigenrat unterstrichene Notwendigkeit, den Fokus der strukturellen Konsolidierung verstärkt auf die mittel- bis langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu richten. Der vom Bundesministerium der Finanzen im Sommer letzten Jahres erstmals veröffentlichte Bericht zur Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen bestätigt die Analyse des Sachverständigenrates: Durch bereits eingeleitete Reformmaßnahmen konnten bestehende Tragfähigkeitslücken zwar deutlich verringert werden, jedoch sind weitere Reformschritte auch im Bereich der sozialen Sicherungssysteme erforderlich, um die Lücken vollständig zu schließen. Je eher diese Reformen umgesetzt werden, desto weniger einschneidend müssen die notwendigen Maßnahmen sein.

Der Konsolidierungsdruck ist allerdings auch kurzfristig groß. Das gesamtstaatliche Defizit lag nach ersten vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2005 bei 3,5 % des Bruttoinlandsprodukts. Die große Lücke zwischen laufenden Ausgaben und Einnahmen im Bundeshaushalt erfordert eine deutliche Verstärkung der Konsolidierungsbemühungen. Da seitens der Finanzpolitik auch wachstumspolitische Impulse zu setzen sind, wird es trotz der eingeleiteten strukturellen Konsolidierungsschritte kaum möglich sein, die Maastricht-Kriterien bereits in diesem Jahr wieder einzuhalten.

In dieser Einschätzung weicht die Bundesregierung von der Position des SVR ab. Dessen Prognose zeigt eine zu optimistische Ausgangsbasis für die weitere Konsolidierung auf. Dies ändert nichts an der Feststellung, dass die vom SVR vorgeschlagenen Sparmaßnahmen aus Sicht der Bundesregierung in die richtige Richtung weisen.

Um das Ziel der Konsolidierung des Bundeshaushalts zu erreichen, geht die Bundesregierung nach folgenden Grundsätzen vor:

- Konsequente Sparsamkeit;
- Gegenfinanzierung aller neuen und unabwiesbaren finanzwirksamen Vorhaben durch Einsparungen, die grundsätzlich im jeweiligen

- Politikbereich zu erbringen sind; alle Maßnahmen stehen unter Finanzierungsvorbehalt;
- vorsichtige Schätzung der gesamtwirtschaftlichen Eckwerte, die der Finanzplanung zugrunde liegen;
  - Entlastung des Haushalts durch die Überprüfung aller, auch seit langem bestehender Ausgabenpositionen und Steuervergünstigungen sowie Beseitigung von steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten; soweit erforderlich Steuererhöhungen, wenn alle Einsparpotenziale auf der Ausgabenseite ausgeschöpft sind.

Bei Umsetzung dieser Konsolidierungsgrundsätze wird es ab 2007 wieder gelingen, die Regelgrenze des Art. 115 GG und die 3-%-Grenze des Maastrichter Vertrages einzuhalten.

Die Bundesregierung hält am Konsolidierungskurs fest. Sie erwartet von Ländern, Kommunen und Sozialversicherungen, dass sie sich entsprechend verhalten. Ziel ist ein ausgeglichener Gesamtstaatshaushalt.

Bereits in diesem Jahr werden hierfür die Weichen gestellt. Vorrangig sind dabei Einsparungen auf der Ausgabenseite und der Abbau von Steuervergünstigungen. Ohne Steuererhöhungen, welche die Lasten gerecht auf alle Gruppen der Gesellschaft verteilen, wird allerdings eine Sanierung der öffentlichen Haushalte nicht auskommen (siehe Kasten 1, S. 75).

Haushaltskonsolidierung kann nicht losgelöst von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erfolgen. Dies gilt insbesondere, wenn man berücksichtigt, dass ein durchgreifender Konsolidierungskurs kurzfristig kontraktiv und damit konjunkturdämpfend wirken könnte. Deshalb verbindet die Bundesregierung ihre Konsolidierungspolitik, die auf längere Sicht die Basis für ein dauerhaftes Wachstum verbessert, mit Maßnahmen, die bereits kurzfristig Impulse für eine verstärkte Wachstumsdynamik geben. Hierzu werden in dieser Legislaturperiode zusätzlich Mittel in einem Gesamtvolumen von 25 Mrd. € in den Schwerpunktbereichen Mittelstand, Verkehrsinfrastruktur, Forschung und Technologie, Förderung des Privathaushalts als Arbeitgeber sowie Förderung von Familien bereitgestellt (siehe Kasten 2, S. 76).

## Steuerpolitik

Damit inländische und ausländische Unternehmen in Deutschland mehr investieren und neue Arbeitsplätze schaffen, wird das Steuersystem modernisiert und international wettbewerbsfähig ausgestaltet. Die steuerlichen Rahmenbedingungen insbesondere für Unternehmen werden daher weiter verbessert. Die Änderung des Erbschaftsteuergesetzes wird die Betriebsnachfolge begünstigen. Zum 1. Januar 2008 wird die Bundesregierung eine grundlegende Reform der Unternehmensbesteuerung umsetzen, die neben den Körperschaften auch die – zahlenmäßig bedeutenderen – Personenunternehmen erfasst. Bis zum In-Kraft-Treten der Unternehmensteuerreform wird zur kurzfristigen Verbesserung der Investitionsbedingungen der maximale Satz für die degressive Abschreibung beweglicher Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens von derzeit 20 % auf 30 % angehoben.

Auch im internationalen Vergleich zeigt sich, dass eine Politik erfolgreich ist, die verzerrende Ausnahmetatbestände und Lenkungsnormen im Steuerrecht abbaut. So entfallen die Möglichkeit zur Verlustverrechnung aus Steuerstundungsmodellen nach dem 10. November 2005 und seit dem 1. Januar 2006 die Eigenheimzulage für Neufälle. Ab dem 1. Januar 2007 soll der Sparerfreibetrag für Ledige von 1370 € auf 750 € (für Ehepaare jeweils das Doppelte) gesenkt werden. Ein weiteres Beispiel für die geplanten steuerlichen Maßnahmen sind Kürzungen bei der Entfernungspauschale für Arbeitnehmer zum 1. Januar 2007. Fernpendler sollen hierbei nicht übermäßig belastet werden.

Schließlich ist beabsichtigt, den gesamten Bereich der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung weiter zurückzudrängen. Dazu wird insbesondere die Finanzkontrolle Schwarzarbeit der Zollverwaltung ihre Kontrollen weiter verstärken. Die Zusammenarbeit von Bund und Ländern sowie mit den EU-Mitgliedstaaten wird intensiviert.

Zudem muss auch der Umsatzsteuerbetrug noch stärker bekämpft werden. Mit den Ländern müssen die Kontrollen stärker koordiniert werden. Um organisierten Steuerbetrug an der Quelle zu unterbinden, strebt die Bundes-

## Kasten 1: Eingeleitete Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung

- Die jährlichen Ausgaben der öffentlichen Verwaltung werden um rd. 1 Mrd. € abgesenkt;
- gezielte Einsparungen bei einzelnen Fördertatbeständen (Regionalisierungsmittel, Landwirtschaft, Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsförderung“);
- die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitsuchende wird optimiert. Damit werden im Jahr 2006 überwiegend gesetzliche Einsparungen eingeleitet, die sich in der vollen Wirksamkeit ab 2007 auf rd. 4 Mrd. € belaufen werden;
- die Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt an die Gesetzliche Krankenversicherung werden 2007 auf 1,5 Mrd. € abgesenkt und 2008 ganz auslaufen;
- ein Bundeszuschuss an die Bundesagentur für Arbeit ist nicht mehr vorgesehen;
- die Sozialversicherungen werden durch die Begrenzung der Sozialversicherungsfreiheit für Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschläge auf einen Stundengrundlohn von 25 € und durch die Erhöhung der Pauschalabgaben für geringfügige Beschäftigung im gewerblichen Bereich auf insgesamt 30 % entlastet. Diese Entlastungsmaßnahmen kommen mittelbar dem Bundeshaushalt zugute;
- rd. 19 Mrd. € werden durch den Abbau von Steuervergünstigungen und steuerlichen Sonderregelungen erzielt. Die ersten Maßnahmen sind mit dem Abbau der Eigenheimzulage, der Beschränkung von Verlustverrechnungen im Zusammenhang mit Steuerstundungsmodellen und dem Gesetz zum Einstieg in ein steuerliches Sofortprogramm umgesetzt. Das Gros der weiteren Maßnahmen tritt im Jahre 2007 in Kraft (z. B. Streichung der Entfernungspauschale für die ersten 20 km, Reduzierung des Sparerfreibetrags). Die derzeit vollständige Steuerbefreiung für Biokraftstoffe wird zum 1. Januar 2007 durch eine Quotenlösung für Biokraftstoffe ersetzt;
- der Umsatzsteuerregelsatz und die Versicherungsteuer werden um drei Prozentpunkte auf 19 % angehoben. Der ermäßigte Umsatzsteuersatz von 7 % bleibt zur Wahrung der sozialen Balance unverändert. Um dem beginnenden Aufschwung Zeit zur Entfaltung zu lassen, wird die Umsatzsteuererhöhung erst zum 1. Januar 2007 in Kraft treten;
- die Absenkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags um zwei Beitragspunkte zum 1. Januar 2007 wird mit dem Aufkommen eines vollen Mehrwertsteuerpunktes unterstützt. Der entsprechende Betrag wird von 2007 bis 2009 zur Senkung der Lohnnebenkosten eingesetzt. Die übrigen Finanzierungsbeiträge müssen im System der Arbeitslosenversicherung erbracht werden;
- ab dem 1. Januar 2007 wird für besonders hohe nichtgewerbliche Einkommen (über 250 000 €/500 000 €) der Einkommensteuersatz auf 45 % erhöht;
- die Potenziale bei Einmalmaßnahmen werden ausgeschöpft. Hierzu zählen insbesondere die Neuordnung des ERP-Sondervermögens und die Privatisierung der Deutschen Bahn AG.

regierung die generelle Einführung des „Reverse-charge-Modells“ an, bei dem die Steuerschuld für den Unternehmensbereich auf den Leistungsempfänger verlagert wird, und setzt sich dafür ein, auf EU-Ebene die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Insgesamt müssen Bund und Länder gemeinsam für einen effizienteren Steuervollzug sorgen, mit dem Ziel, steuerehrliches Verhalten zu honorieren, Missbrauch und Steuerkriminalität

entschlossen zu bekämpfen und die Vollzugsabläufe der Verwaltung kosten- und ressourcenschonend zu optimieren. Dazu müssen auch Maßnahmen ergriffen werden, die eine Stärkung der Rechtsposition des Bundes im Bereich der Auftragsverwaltung zum Ziel haben.

Die auf der Ausgabenseite möglichen Einsparungen sowie die Maßnahmen zum Abbau von Steuervergünstigungen reichen in der kurzen Frist nicht aus, die strukturelle Lücke im

## Kasten 2: Impulse für Wachstum, Beschäftigung und Familienförderung

- Verstärkte Förderung von Forschung und Technologie in Höhe von zusätzlich 6 Mrd. € bis 2009;
- Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft (Gesamtvolumen in Höhe von insgesamt 9,4 Mrd. €):  
Zeitlich begrenzte Verbesserung der Abschreibungsbedingungen der Unternehmen, Aufstockung der Förderung der energetischen Gebäudesanierung auf jährlich 1,4 Mrd. €, Fortführung der Investitionszulage und der Umsatzgrenze bei der Ist-Versteuerung von 500 000 € (bis Ende 2009) in den neuen Ländern, ab 1. Juli 2006 Verdoppelung der Umsatzgrenze der Ist-Versteuerung in den alten Ländern auf 250 000 €;
- deutliche Erhöhung der Verkehrsinvestitionen um 4,3 Mrd. € im Zeitraum bis 2009;
- Schaffung einer einkommensabhängigen Leistung für die Eltern neugeborener Kinder in Form eines Elterngeldes. Insgesamt ergibt sich eine zusätzliche Förderung von Familien bis 2009 in Höhe von 3 Mrd. €;
- verstärkte steuerliche Förderung von haushalt nahen Dienstleistungen, privaten Aufwendungen für Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen im Haushalt sowie Kinderbetreuungs- und Pflegekosten mit einem Gesamtvolumen von rd. 5 Mrd. € (Bundesanteil rd. 2,5 Mrd. €).

Bundeshaushalt zu schließen. Dies kann aufgrund des hohen notwendigen Konsolidierungsvolumens nur durch weitere Maßnahmen auf der Einnahmenseite gelingen. So werden der Umsatzsteuernormalsatz und die Versicherungssteuer auf 19 % erhöht. Da Deutschland im europaweiten Vergleich einen der niedrigsten Umsatzsteuersätze aufweist, liegt auch ein Normalsatz von 19 % noch immer im Mittelfeld. Um dem beginnenden Aufschwung Zeit zur Entfaltung zu lassen, wird die Umsatzsteuer jedoch erst 2007 angehoben. Der insbesondere für Grundnahrungsmittel geltende ermäßigte Steuersatz von 7 % bleibt unverändert. So wird eine besondere Belastung einkommensschwächerer Haushalte vermieden.

Die Bundesregierung sieht es im Interesse einer solidarischen Verteilung der Belastungen aus der Haushaltskonsolidierung als gerechtfertigt an, von denjenigen Steuerzahlern einen höheren Finanzierungsbeitrag zu fordern, die besonders leistungsfähig sind. Deshalb wird im Einkommensteuertarif eine zweite Proportionalstufe mit einem Spitzensteuersatz von 45 % eingeführt. Sie gilt ab einem zu versteuernden Einkommen von 250 000 € für Ledige (500 000 €

für Verheiratete), mit Ausnahme der gewerblichen Einkünfte.

### 3.2 Finanzpolitik im europäischen Rahmen

Die Europäische Union steht in den kommenden Jahren vor der Herausforderung, die Wachstumsdynamik durch eine umfassende Strategie struktureller Reformen zu stärken. Der Anstoß, der von erfolgreichen Strukturreformen auf die Investitionstätigkeit und das Produktionspotenzial ausgeht, muss gleichzeitig durch Politiken ergänzt und verstärkt werden, die Wachstum und Preisstabilität fördern.

Mit der Weiterentwicklung des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes wurde eine stärker ökonomisch fundierte Anwendung dieses Regelwerkes vereinbart und zugleich die Nachhaltigkeit der Finanzpolitik in den Mittelpunkt gestellt.

Die Finanzielle Vorausschau bildet für sieben Jahre den Finanzrahmen der EU. Sie gibt die Obergrenze und Zusammensetzung der voraussichtlichen Ausgaben für die Jahre 2007 bis 2013

vor. Nach schwierigen Verhandlungen hat sich der Europäische SVR im Dezember 2005 geeinigt und damit ein sichtbares Zeichen für die Handlungsfähigkeit der erweiterten Europäischen Union gesetzt. Das Verhandlungsergebnis ist aus Sicht der Bundesregierung ein großer Erfolg: Mit einem Ausgabenvolumen von 862,4 Mrd. € oder 1,045 % des EU-Bruttonationaleinkommens (BNE) an Verpflichtungsermächtigungen (0,99 % EU-BNE in Zahlungsermächtigungen) ist das Ergebnis wesentlich näher bei dem von Deutschland gemeinsam mit fünf weiteren Nettozahlern angestrebten 1%-EU-BNE-Ziel als beim ursprünglichen Kommissionsvorschlag von 1,21 % EU-BNE. Im Vergleich hierzu wird Deutschland ca. 25 Mrd. € weniger an Beiträgen über den Gesamtzeitraum abführen müssen.<sup>1</sup>

### 3.3 Internationale Perspektiven der Finanzpolitik

Die Bundesregierung unterstützt aktiv die laufenden Reformen der internationalen Finanzinstitutionen IWF und Weltbank. Der IWF trägt durch wirtschaftspolitische Beratung seiner Mitgliedsländer sowie durch Beistandskredite im Fall von Zahlungsbilanzkrisen zur Stabilität des internationalen Währungs- und Finanzsystems bei. Als ein wichtiges Reformvorhaben steht die Überprüfung der Quoten an. Diese bestimmen die Finanzierungsbeiträge der Mitgliedsländer, ihren Zugang zu den finanziellen Ressourcen des Fonds bei Zahlungsbilanzkrisen sowie ihre Stimmrechtsanteile und damit ihren Einfluss auf die Fondspolitik. Um die Legitimation und Akzeptanz des Fonds sicherzustellen, setzt sich die Bundesregierung für eine Verteilung der Stimmrechte ein, die der veränderten weltwirtschaftlichen Bedeutung der IWF-Mitgliedsländer Rechnung trägt. Den armen Entwicklungsländern soll – wie allen IWF-Mitgliedern – eine angemessene Repräsentation ermöglicht werden.

Auch auf Initiative der Bundesregierung hat die Weltbank ihre Geschäftstätigkeit neu ausgerichtet. Die Armutsbekämpfung steht heute im

Mittelpunkt. Zudem wird die Verantwortung der Partnerländer betont. Im Zusammenhang mit der Frage, wie die Effektivität der Hilfe gesteigert werden kann, stehen Anstrengungen der Empfängerländer im Vordergrund, um die Rahmenbedingungen für nachhaltiges Wachstum und Armutsbekämpfung zu verbessern. Dabei geht es vor allem um eine konsequente Mobilisierung eigener Ressourcen für den Entwicklungsprozess. Die Bundesregierung bemüht sich weiterhin, ihre bilaterale Entwicklungszusammenarbeit noch enger mit der Arbeit der Weltbank wie auch insgesamt mit dem multilateralen System zu verzahnen.

Der Pariser Club – ein Zusammenschluss von Gläubigerregierungen – befasst sich mit Schuldenrestrukturierungen im Falle von Zahlungsschwierigkeiten auf Seiten der Schuldnerländer. Eine erfolgreiche Umschuldung im Pariser Club ebnet den Weg für neue Exportkredit- bzw. Investitions Garantien und dient gleichzeitig dem übergeordneten Ziel, das Schuldnerland wieder zu einem aktionsfähigen Wirtschaftspartner zu machen. Die mit Nigeria vereinbarte Schuldenregelung führt bis zum Frühjahr 2006 zu einer vollständigen Entschuldung des Landes. Die Pariser-Club-Regelung der argentinischen Schulden steht noch bevor. In jüngster Zeit befasst sich der Pariser Club mit neuen Fragestellungen in der Form von vorfristiger Schuldentilgung. Russland nutzt seine hohen Öleinkünfte, Polen und Peru nutzen die allgemein niedrigen Marktzinsen, um Pariser-Club-Schulden vorzeitig zurückzuzahlen. Die Bundeskasse verbuchte 2005 daraus resultierende Einnahmen von rd. 7,7 Mrd. €.

Im Rahmen der Kölner Entschuldungsinitiative von 1999 haben sich von 42 armen hoch verschuldeten Ländern (HIPC) bis jetzt 28 für den Schuldenerlass im Rahmen dieser Initiative qualifiziert. Diese 28 Länder werden insgesamt eine nominale Schuldendienstentlastung (Wegfall von Zinsen und Tilgungen) von gut 50 Mrd. US-Dollar erhalten; unter Einbeziehung zusätzlicher bilateraler Erlassmaßnahmen sowie Schuldenerleichterungen aufgrund traditioneller

<sup>1</sup> Der Vorschlag wurde in der 1. Lesung am 18. Januar 2006 vom Europäischen Parlament abgelehnt. Der Verhandlungsprozess zwischen Europäischem Rat, Europäischer Kommission und Europäischem Parlament wird fortgesetzt.

Mechanismen beträgt die Entlastung gut 70 Mrd. US-Dollar. Die Bundesregierung wird Handelsforderungen und Forderungen der finanziellen Zusammenarbeit in Höhe von insgesamt 6 1/2 Mrd. € erlassen; davon sind ca. 2 1/4 Mrd. € bereits umgesetzt. Die Entschuldungsinitiative wurde mit Zustimmung der Bundesregierung im September 2004 von IWF und Weltbank bis Ende 2006 verlängert.

Um auch in den HIPC-Ländern trotz vorangegangener Schuldenerleichterungen noch weiterhin bestehende Schuldenprobleme zu lösen, wurde 2005 beschlossen, den HIPC-Ländern, die den HIPC-Vollendungspunkt erreicht haben oder ihn künftig erreichen, nicht nur etwa die Hälfte, sondern 100 % ihrer Schulden bei IWF, Weltbank (IDA) und Afrikanischem Entwicklungsfonds zu erlassen. Damit wird ein zusätzlicher nominaler multilateraler Erlass von insgesamt 56 Mrd. US-Dollar gewährt werden. Einschließlich der Erlasse der Kölner Entschuldungsinitiative wird die Summe für alle HIPC-Länder zusammen weit über 100 Mrd. US-Dollar betragen. Die Bundesregierung wird darauf hinwirken, dass die durch den Schuldenerlass freigesetzten Mittel von den Entwicklungsländern für wirtschaftliche und soziale Entwicklungsmaßnahmen eingesetzt werden.

# Kapitalstock: Berechnungsmethoden und Entwicklung im internationalen Vergleich

1	Einleitung .....	79
2	Berechnungsmethoden für den Kapitalstock .....	79
3	Entwicklung des Kapitalstocks im internationalen Vergleich .....	82
4	Erfordernisse für den Kapitalstockaufbau abhängig von der Entwicklung des Arbeitsangebots .....	84
5	Zusammenfassung .....	86

## 1 Einleitung

Im Monatsbericht Oktober 2005 wurde die Entwicklung von Investitionen und Kapitalstock für Deutschland dargestellt.<sup>1</sup> Ziel dieses Beitrags ist es, die Entwicklung auf einen internationalen Vergleich auszuweiten und auf methodische Probleme bei diesem Vergleich hinzuweisen.

Hintergrund ist die Tatsache, dass die Ausstattung einer Ökonomie mit den Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit – neben dem Stand des technischen und organisatorischen Wissens – für ihr Wirtschaftswachstum in mittel- und längerfristiger Betrachtung relevant ist. Empirische Erkenntnisse hierzu werden von der Bundesregierung für ihre Projektionen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in der mittleren Frist und damit als wichtige Grundlage für ihre mittelfristige Finanzplanung genutzt.

Aber auch im internationalen Kontext hat die Bedeutung solcher Projektionen für die Finanzpolitik im Zusammenhang mit den Berichtspflichten im Rahmen des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes – insbesondere im Hinblick auf die Verwendung von Potenzialschätzergebnissen für die zyklische Bereinigung öffentlicher Defizite – zugenommen.

Bevor die Entwicklung des Kapitalstocks in den einzelnen Ländern miteinander verglichen wird, werden zunächst die vom Statistischen Bundesamt und von der Europäischen Kommission verwendeten Berechnungsmethoden erklärt und einander gegenübergestellt.

## 2 Berechnungsmethoden für den Kapitalstock

Neben den einzelnen EU-Mitgliedstaaten führt auch die Europäische Kommission Berechnungen zum Kapitalstock durch. Dabei stützt sie sich auf ihre jährliche makroökonomische Datenbank (AMECO-Datenbank). Im Allgemeinen beruhen diese Daten auf Angaben der nationalen Statistikämter und basieren auf dem Europäischen System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen von 1995 (ESVG 1995). Zur Berechnung des Produktionspotenzials beispielsweise, das Eingang findet in die Analyse des strukturellen Defizits, werden aber selbst berechnete Kapitalstockdaten herangezogen. Diese unterscheiden sich jedoch von den Daten, die das Statistische Bundesamt für Deutschland bereitstellt. Die Unterschiede rühren daher, dass die EU-Kommission für ihre Berechnungen des Produktionspotenzials auf vergleichbare Daten für alle Länder angewiesen ist, um auch die wirtschafts- und finanzpolitischen Schlussfolgerungen, die sie aus ihren Analysen zieht, auf einer einheitlichen Basis aufzubauen.

Allgemein definiert ist der Kapitalstock als der jahresdurchschnittliche Bestand an Bruttoanlagevermögen in konstanten Preisen. Er wird als Mittelwert aus dem Jahresanfangsbestand des Berichtsjahres und dem Jahresanfangsbestand des folgenden Jahres berechnet. Das Bruttoanlagevermögen selbst wird in der Regel indirekt mit Hilfe der Kumulationsmethode

<sup>1</sup> Siehe Monatsbericht des BMF, Oktober 2005, S. 59 ff.

berechnet, die unterstellt, dass sich der Vermögensbestand aus den Bruttoanlageinvestitionen nach Abzug entsprechender Abgänge der Vergangenheit zusammensetzt. Dies setzt lange Investitionsreihen und Angaben über die tatsächliche Nutzungsdauer der Kapitalgüter voraus.

Zunächst wird hier die Vorgehensweise des Statistischen Bundesamtes zur Bestimmung des Kapitalstocks beschrieben. Aufgrund der Tatsache, dass für Deutschland Investitionszeitreihen lange in die Vergangenheit zurück existieren – für Bauten zurück bis 1799, für Ausrüstungen bis 1899 und für immaterielle Anlagen z. T. bis 1945 –, lässt sich das Bruttoanlagevermögen ohne die Zuhilfenahme eines Startwertes für ein bestimmtes Jahr berechnen. Von den jährlichen Zugängen durch die Bruttoanlageinvestitionen werden die periodischen Abgänge subtrahiert. Dabei werden die Güter bis zum Ende ihrer Nutzungsdauer zu ihrem Neuwert ausgewiesen. Die individuelle Nutzungsdauer eines Gutes wird mittels einer – annähernd glockenförmig um die durchschnittliche Nutzungsdauer des jeweiligen Kapitalgutes streuende – Abgangsfunktion bestimmt, da nicht alle in einem Jahr angeschafften Güter mit der gleichen durchschnittlichen ökonomischen Nutzungsdauer tatsächlich auch im selben Jahr aus dem Bestand gehen dürften. Darüber hinaus werden auch Sonderentwicklungen berücksichtigt, da außerordentliche, nicht vorhersehbare Ereignisse zu plötzlichen Bestands- und Wertveränderungen führen können. Dies betrifft etwa wirtschaftlich nicht mehr nutzbare Altanlagen aus der DDR, den Abbau von Kapazitäten bei Raffinerien, in der Eisen- und Stahlindustrie oder wegen der Werftenkrise im Schiffbau sowie zuletzt die Folgewirkungen aufgrund der durch die Hochwasserkatastrophe im Jahr 2002 entstandenen Schäden. Hieraus ergibt sich dann das Bruttoanlagevermögen und aus dem Durchschnitt zweier benachbarter Jahre der Kapitalstock des Ersteren der beiden Jahre. Preisbasis des Kapitalstocks ist mittlerweile das Jahr 2000.

Unter Abzug des wertmäßigen ökonomischen Verschleißes, der periodisch über Abschreibungen berücksichtigt wird, gelangt man zum Nettokapitalstock. Zu Wiederbeschaffungspreisen gibt er den Zeitwert des jahresdurchschnittlich eingesetzten Anlagevermögens wie-

der. Für die Messung der Produktionskapazität ist jedoch der Kapitalstock auf Bruttobasis ausschlaggebend, denn – ordnungsgemäße Wartung und Instandhaltung vorausgesetzt – das Kapazitätsvolumen beispielsweise von Maschinen oder von Bauten ist über die gesamte Nutzungsdauer gleich.

Hieraus ergibt sich schon die erste Problematik des Datensatzes der Europäischen Kommission für die Bestimmung des Produktionspotenzials: In der AMECO-Datenbank wird der Kapitalstock nur basierend auf dem Nettokonzept zu konstanten Preisen ausgewiesen und für die Berechnungen des Produktionspotenzials herangezogen. Die Preisbasis bezieht sich noch auf das Jahr 1995, was allerdings ab der nächsten Aktualisierung auch auf das Bezugsjahr 2000 angepasst werden dürfte und somit keinen grundlegenden Unterschied darstellt. Die mangelnde Datenbasis über die einzelnen EU-Mitgliedstaaten hinweg hat darüber hinaus dazu geführt, dass der Ausgangswert für den Kapitalstock generell im Jahr 1960 liegt und für die EU-15 in diesem Jahr ein Kapitalkoeffizient, d. h. das Verhältnis von Kapitalstock zu Bruttoinlandsprodukt bzw. der reziproke Wert der Kapitalproduktivität, von 3 unterstellt wird. Die Folgejahre ergeben sich aus dem Kapitalstock der jeweiligen Vorperiode zuzüglich der Bruttoanlageinvestitionen der betrachteten Periode und abzüglich der kumulierten und mit dem Deflator der Bruttoanlageinvestitionen preisbereinigten Abschreibungen. Diese Größen sind dem Datenwerk des ESVG 1995 entnommen und damit wieder spezifisch für die einzelnen Länder. Weitere Abgänge, die von der durchschnittlichen ökonomischen Nutzungsdauer abweichen, also Sonderentwicklungen sowie ein vorzeitiges bzw. ein „verspätetes“ Ausscheiden einzelner Kapitalgüter aus dem Anlagebestand, werden in der Berechnung durch die EU-Kommission nicht berücksichtigt. Schließlich wird bei kapitalstockorientierten Berechnungsmethoden des Produktionspotenzials häufig ausschließlich der Kapitalstock im Unternehmenssektor ohne den Bereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei sowie ohne den Bereich der Wohnungsvermietung herangezogen. Diese Einschränkung ist bei den lediglich für die Gesamtwirtschaft gegebenen Nettokapitalstockdaten der AMECO-



Datenbank zumindest derzeit nicht möglich. Bei einer differenzierteren Herangehensweise der Kommission könnten sich u.U. auch für den Kapitalstock und damit die Produktionskapazität dieses Faktors andere Werte ergeben.

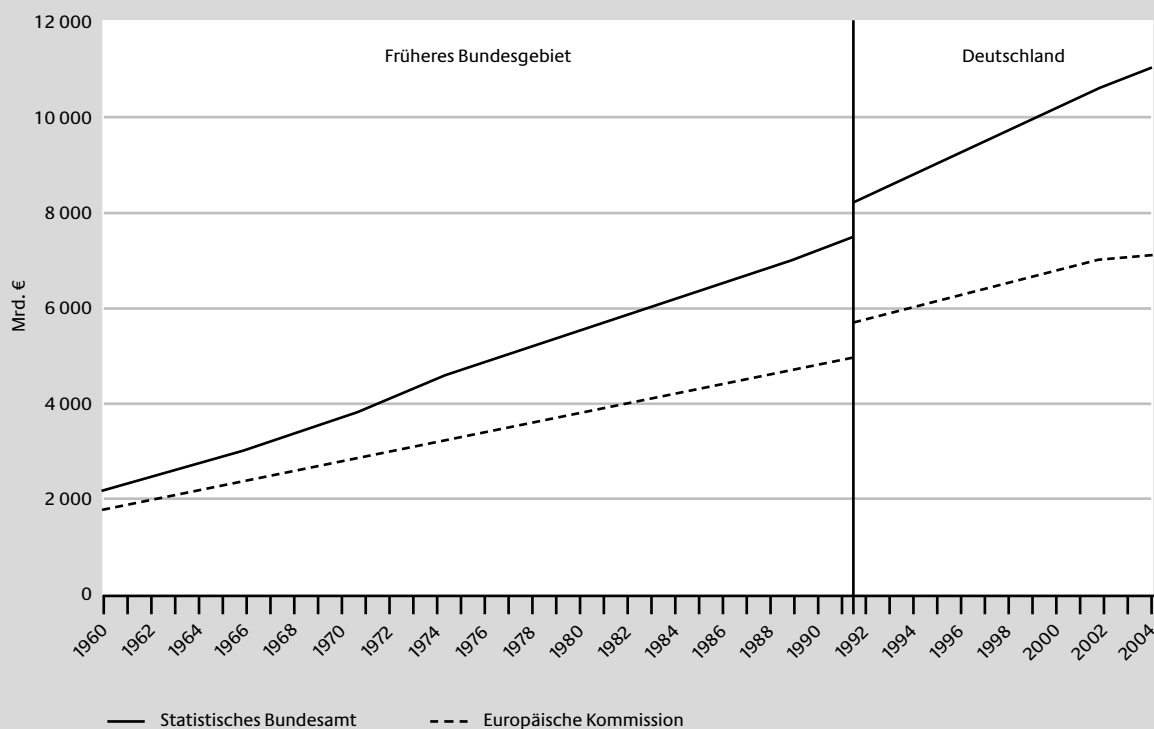
Sofern letztlich die Entwicklung des Kapitalstocks, ob nach der Methode des Statistischen Bundesamtes oder derjenigen der Europäischen Kommission berechnet, in beiden Fällen ähnlich ist, sollten diese Unterschiede keine wesentliche Rolle spielen.

Die Berechnungen der Europäischen Kommission weisen einen durchweg niedrigeren Kapitalstock aus als die des Statistischen Bundesamtes, wobei der Abstand im Beobachtungszeitraum beständig zunimmt (s. Abbildung 1). Das niedrigere Niveau dürfte im Wesentlichen der Heranziehung des Nettokonzpts geschuldet sein. Die sich öffnende Schere spiegelt sich über den gesamten Zeitraum in niedrigeren Veränderungsraten des Nettokapitalstocks der AMECO-Datenbank wider, die unterhalb derjeni-

gen für den auf dem Bruttokonzpt basierenden Kapitalstock des Statistischen Bundesamtes liegen (s. Abbildung 2, S. 82). Darüber hinaus erscheinen die Schwingungen des durch die Kommission berechneten Kapitalstocks etwas ausgeprägter. Dies mag auf die dort nicht unterstellten „gleichmäßigeren“ Abgänge aus dem Kapitalstock zurückzuführen sein.

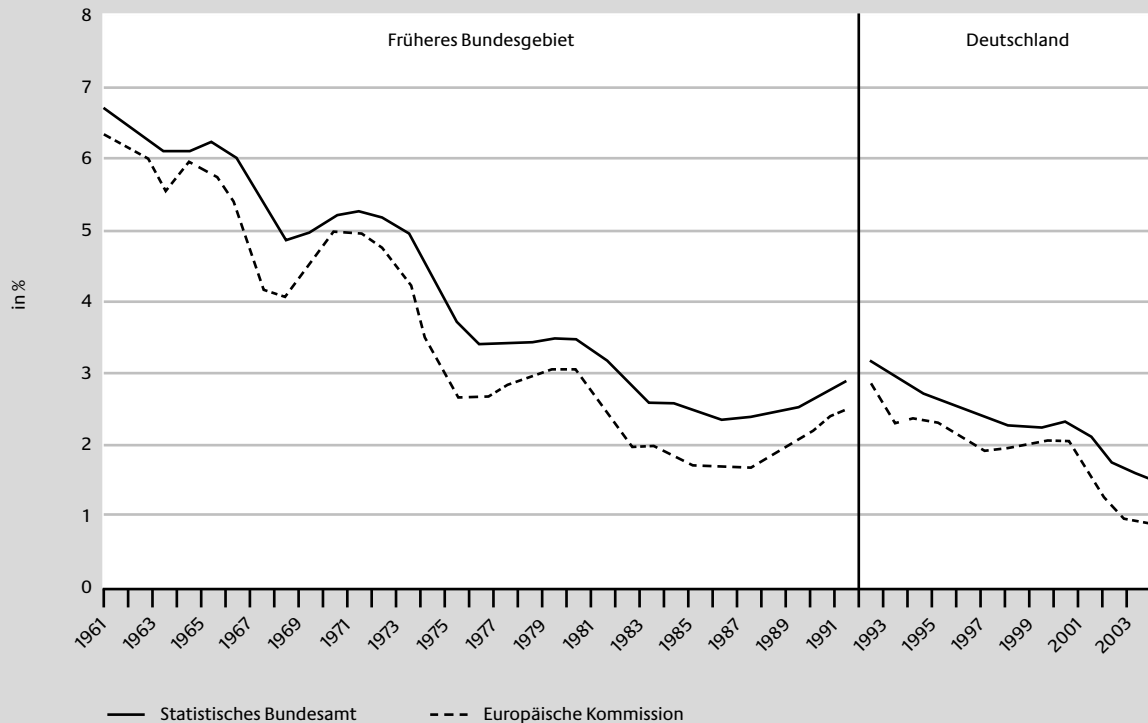
Das bedeutet, dass beispielsweise die Potenzialschätzungen der Kommission, die auf einer Produktionsfunktion basieren, bei gleichen Erwerbstätigenzahlen – diese beruhen auf dem ESVG 1995 – von einer durchgängig geringeren Kapitalintensität (Verhältnis zwischen Kapitalstock und Zahl der Erwerbstätigen, d.h. durchschnittlicher Kapitaleinsatz je Erwerbstätigen) ausgehen als Berechnungen unter Verwendung der Daten des Statistischen Bundesamtes. Da sich das aber für alle Länder in ähnlichem Ausmaß auswirken dürfte, sollten für länderübergreifende Vergleiche hier keine Verzerrungen auftreten.

**Abbildung 1: Kapitalstock in Deutschland basierend auf unterschiedlichen Berechnungsmethoden**



Quellen für Grundzahlen: AMECO-Datenbank; Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

**Abbildung 2: Entwicklung des Kapitalstocks in Deutschland basierend auf unterschiedlichen Berechnungsmethoden**  
Veränderung gegenüber Vorjahr



Quellen für Grundzahlen: AMECO-Datenbank; Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

### 3 Entwicklung des Kapitalstocks im internationalen Vergleich

Für einen internationalen Vergleich sollten Daten herangezogen werden, die nach einem einheitlichen Konzept berechnet sind. Daher wird im Folgenden auf die Daten der Europäischen Kommission zurückgegriffen. Dabei sind die im vorangegangenen Abschnitt dargestellten Besonderheiten der Kapitalstockberechnung und der daraus möglicherweise resultierenden Unzulänglichkeiten zu berücksichtigen. Auch wenn die AMECO-Daten u. U. nicht für alle Länder die tatsächliche Entwicklung angeben, so zeigt sich zumindest für Deutschland ein annähernd ähnlicher Verlauf bei beiden Konzepten.

Im internationalen Vergleich am auffälligsten ist die Entwicklung des japanischen Kapital-

stocks, die durch einen außergewöhnlich kräftigen Aufbau bis in die frühen 70er Jahre geprägt war, deren Dynamik seitdem aber stetig abgenommen hat und mittlerweile gleichauf mit der im internationalen Vergleich inzwischen ebenfalls wenig dynamischen Entwicklung des deutschen Kapitalstocks liegt (s. Abbildung 3, S. 83). Dies spiegelt den Aufstieg Japans von der viertstärksten Wirtschaftsnation im Jahr 1960 – damals lag das Bruttoinlandsprodukt in laufenden Preisen auf gemeinsamer Währungsbasis bei nicht einmal einem Zehntel dessen, was die Vereinigten Staaten erwirtschafteten – auf Platz zwei der Rangfolge der Industrieländer bereits im Jahr 1968 wider. Gleichzeitig verdeutlicht diese Entwicklung sehr anschaulich, welchen immensen Effekt der Aufbau von Produktionsfaktoren, ob nun Kapitalstock, menschliche Arbeitskraft oder technisches Know-how, für das Wachstum einer Volkswirtschaft haben kann: Nach nur knapp zehn Jahren hatte sich das

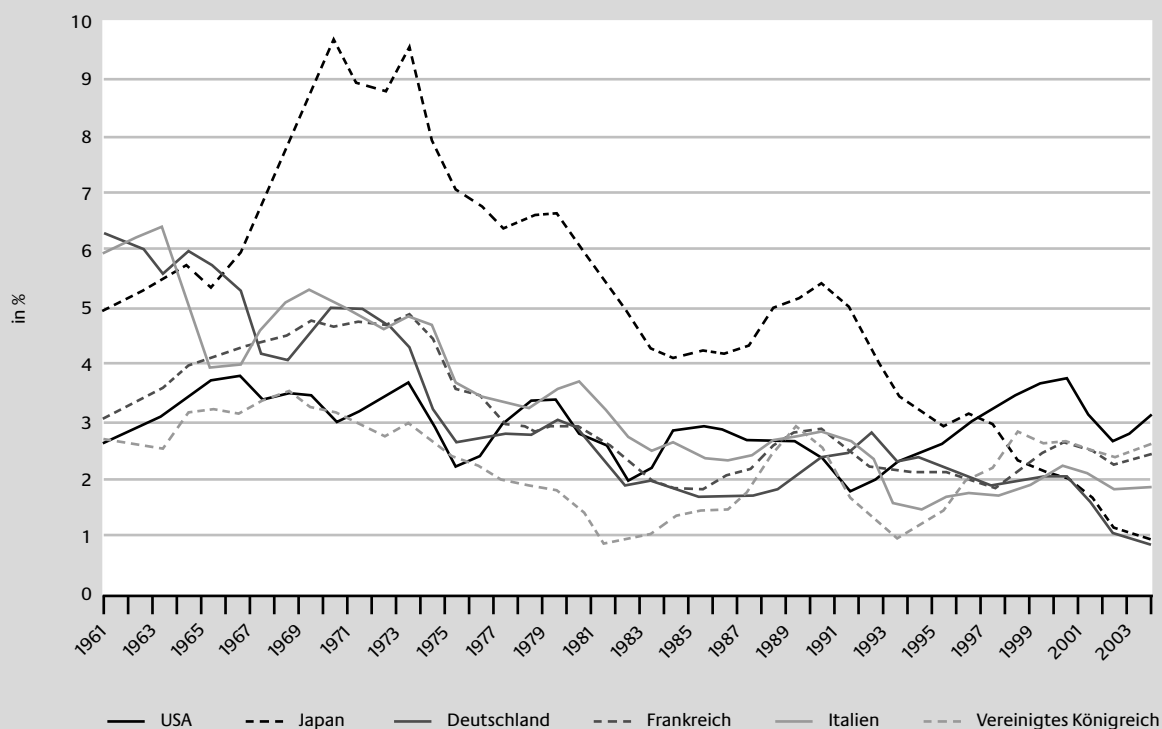
Verhältnis der japanischen zur US-amerikanischen Wirtschaftskraft verdoppelt. Allerdings lag das Niveau des japanischen Kapitalstocks 1960 bereits bei mehr als einem Drittel des US-amerikanischen und war damals schon knapp vor dem westdeutschen das weltweit zweithöchste.

Gleichwohl ist für Japan ebenso wie für die anderen wichtigen Industrieländer ein über den gesamten Betrachtungszeitraum abnehmender Trend der Zuwachsraten des Kapitalstocks zu konstatieren. Dieser Trend kam jedoch in vielen Ländern zum Erliegen und kehrte sich teilweise sogar um – im Vereinigten Königreich bereits Anfang der 80er Jahre mit Zwischentief und in den Vereinigten Staaten etwa zehn Jahre später. Beide Länder verzeichneten seitdem überdurchschnittliche Wachstumsraten ihrer gesamtwirtschaftlichen Produktion. Damit ist die Dynamik im internationalen Vergleich nach

einem annähernden Gleichlauf Ende der 80er Jahre wieder stärker differenziert.

Deutschlands Position in diesem Vergleich hat sich von sehr kräftigen Anstiegen hin zu einer unterdurchschnittlichen Dynamik entwickelt. Die schwache Entwicklung der Investitionstätigkeit hier hat die Ausweitung und Erneuerung des Kapitalstocks seit Mitte der 90er Jahre und insbesondere seit 2001 erheblich beeinträchtigt. Trotzdem hat sich der Kapitalstock in Deutschland zwischen 1991 und 2004 um insgesamt 27,0 % ausgeweitet, nur wenig schwächer als in Italien mit 27,6 % (EU-15 ohne Deutschland: + 33,4 %). Dies ist der Tatsache zu verdanken, dass die Investitionsentwicklung in der ersten Hälfte der 90er Jahre in Deutschland vereinigungsbedingt deutlich günstiger verlief als im Durchschnitt der EU-15. Diese Sonderentwicklung, die durch die lokale Spitze im Jahr 1992 veranschaulicht wird, wird häufig übersehen.

**Abbildung 3: Entwicklung des Kapitalstocks im internationalen Vergleich**  
Veränderung gegenüber Vorjahr



Quelle für Grundzahlen: AMECO-Datenbank; eigene Berechnungen. Deutschland: Bis 1991 früheres Bundesgebiet.

## 4 Erfordernisse für den Kapitalstockaufbau abhängig von der Entwicklung des Arbeitsangebots

Eine isolierte Analyse der Veränderung des Kapitalstocks im internationalen Vergleich ist nur bedingt aussagekräftig. Bei der Bewertung unterschiedlicher Entwicklungstendenzen nach Ländern ist der jeweiligen Bevölkerungsentwicklung bzw. der Entwicklung der Erwerbspersonen oder der Erwerbstätigen in den Vergleichsländern Rechnung zu tragen. Während das Verhältnis der Faktorproportionen angibt, wie hoch der vorhandene Kapitalstock je dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehende Person (Erwerbsperson) ist, stellt die Kapitalintensität dem potenziell nutzbaren Kapitalbestand die tatsächlich eingesetzten Arbeitskräfte (Erwerbstätige) gegenüber. Abhängig von der Spezialisierung eines Landes kann die Kapitalintensität hoch oder niedrig sein. Die gesamtwirtschaftliche Produktion aller hier betrachteten Länder ist durch eine mit der Zeit zunehmende Kapitalintensität gekennzeichnet. Für die Entwicklung des Verhältnisses der Faktorproportionen zugunsten des Faktors Kapital ergibt sich qualitativ das gleiche Bild eines stetigen Strukturwandels (s. Abbildung 4, S. 85). In Japan ist der rapide Aufbau des Kapitalstocks mit einer außerordentlich starken Kapitalintensivierung der Produktion einhergegangen. Auch in der deutschen Volkswirtschaft fand in den Nachkriegsjahren bis Anfang der 80er Jahre eine derartige deutliche Spezialisierung statt.

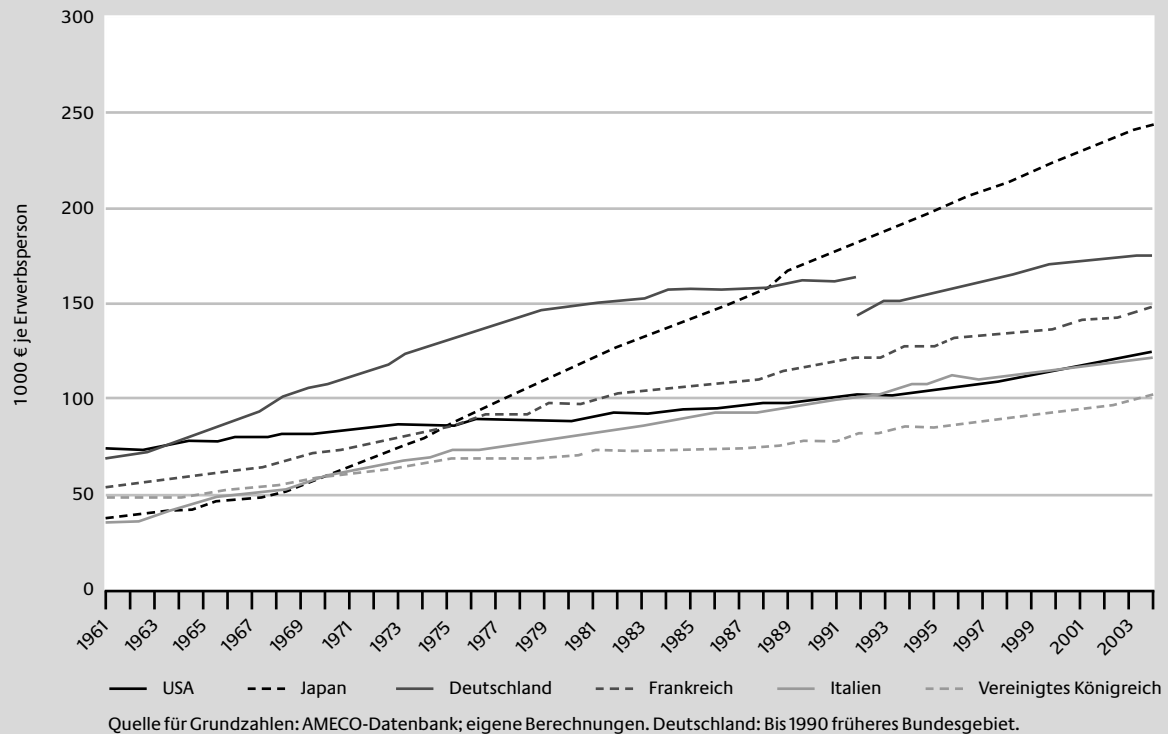
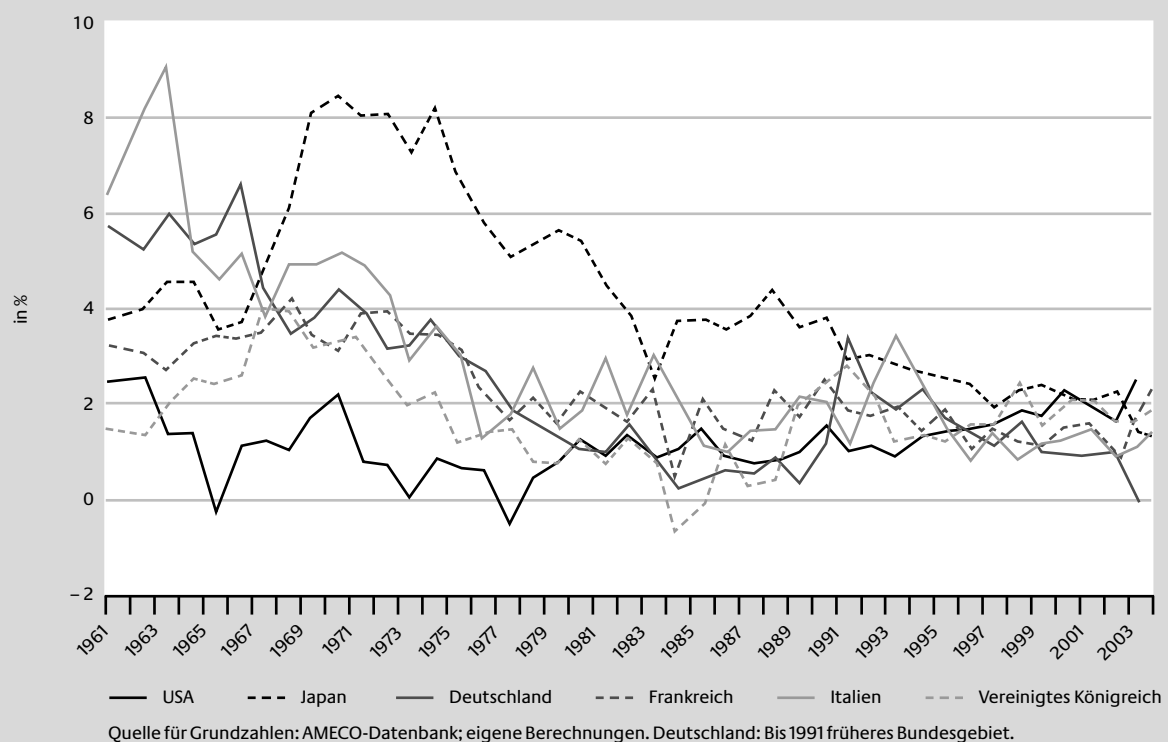
Durch die deutsche Vereinigung wurde nicht nur der Kapitalstockaufbau, sondern auch die Entwicklung der Kapitalintensität bzw. der Faktorproportionen beeinflusst. Die seitdem auf einem deutlich niedrigeren Niveau und mit geringerer Steigungsrate verlaufende Kapitalintensität ist Ausfluss einer kräftigen Zunahme der dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Personen bei einem – aufgrund der veralteten Anlagen der DDR, die nur zu einem geringen Teil in den gesamtdeutschen Kapitalstock aufgingen – deutlich unterproportionalen Anstieg des

Kapitalstocks. Gleichzeitig näherte sich die Entwicklung der Faktorproportionen damit aber auch dem seit Ende der 80er Jahre über alle Länder hinweg zu beobachtenden Muster deutlich geringerer Zuwachsraten von durchschnittlich etwa  $1\frac{1}{2}\%$  p. a. an (s. Abbildung 5, S. 85).

Die Entwicklung der Kapitalintensität erklärt auch das unterschiedliche Ausmaß des Kapitalstockaufbaus in den einzelnen Ländern. Der im EU-Vergleich in den letzten Jahren unterdurchschnittliche deutsche Kapitalstockaufbau relativiert sich bezogen auf die Entwicklung der Erwerbspersonen: Der Anstieg des Verhältnisses der Faktorproportionen lag im Zeitraum der Jahre 1991 bis 2004 mit insgesamt 21,3 % sogar leicht über dem Durchschnitt der EU-15 ohne Deutschland (+21,1 %). Dahinter steht, dass die Zahl der Erwerbspersonen in Deutschland nur halb so kräftig gestiegen ist wie im Durchschnitt der EU-15 ohne Deutschland (knapp + 5 % im Vergleich zu rund + 10 %). Noch viel gravierender ist dieser Effekt für die Vereinigten Staaten, trotz eines Anstiegs der Erwerbspersonenanzahl um mehr als 18 %. Die Kapitalstockexpansion belief sich in diesem Zeitraum auf insgesamt 46 %; je Erwerbsperson gerechnet stieg er nur um 23,1 %, also nur wenig stärker als in Deutschland.

Das bedeutet: Für Länder mit starkem Bevölkerungswachstum und damit auch kräftiger Zunahme des Arbeitskräfteangebots ist unter der Annahme einer unveränderten Produktionsstruktur – und damit eines unveränderten Verhältnisses der Faktorproportionen – eine stärkere Kapitalstockexpansion notwendig als in Ländern mit geringerem Bevölkerungswachstum, damit die Beschäftigungs- und Wachstumsentwicklung nicht beeinträchtigt wird. Allerdings kann auch durch einen Strukturwandel, der die Arbeitsintensität der gesamtwirtschaftlichen Produktion z.B. durch stärkere Tertiärisierung erhöht, bei unveränderter durchschnittlicher Kapitalausstattung mehr Beschäftigung geschaffen werden. Die bereits in Kraft getretenen sowie die noch geplanten Strukturreformen auf den europäischen Faktor- und Gütermärkten unterstützen dabei den Weg zu einem höheren Wachstumspfad auch bei einer weniger kräftigen Kapitalstockausweitung.

Abbildung 4: Kapitalstock je Erwerbsperson im internationalen Vergleich

Abbildung 5: Entwicklung des Kapitalstocks je Erwerbsperson im internationalen Vergleich  
Veränderung gegenüber Vorjahr

## 5 Zusammenfassung

Für die wirtschafts- und finanzpolitischen Schlussfolgerungen der Europäischen Kommission, aber auch allgemein für internationale Vergleiche sind Daten, die auf einer einheitlichen Berechnungsmethode beruhen, unerlässlich. Standardisierte Konzepte wie das ESG 1995 sind daher die Regel. Einzelne Größen wie beispielsweise der Kapitalstock werden aber zumindest vom Statistischen Bundesamt für Deutschland noch anders berechnet, als ihn die Europäische Kommission ableitet. Während das Statistische Bundesamt den Kapitalstock auf sehr differenzierte Art und Weise berechnet, ist die Kommission aufgrund vielfachen Datenmangels in einzelnen Ländern gezwungen, vereinfachende Annahmen zu unterstellen. So unterscheidet sich das Niveau des deutschen Kapitalstocks abhängig von der Berechnungsquelle. Der eher auf dem Nettokonzept basierende Kapitalstock der Kommission ist niedriger. Jedoch zeigen beide Zeitreihen eine ähnliche Entwicklung auf, so dass die Heranziehung von Nettokapitalstockdaten der Kommission zu qualitativ gleichen Aussagen kommen sollte wie bei Heranziehung der (Brutto-)Kapitalstockdaten des Statistischen Bundesamtes.

Im internationalen Vergleich zeigt sich ein relativer Gleichlauf der Veränderungsraten des Kapitalstocks der betrachteten Industrieländer. Dabei ist der Trend seit den 70er Jahren abwärts gerichtet, am ausgeprägtesten in Japan und Deutschland. Allerdings war in Japan zwischenzeitlich eine außerordentlich starke Expansion zu verzeichnen. Den beiden angelsächsischen Ländern (Vereinigtes Königreich und etwas später auch Vereinigte Staaten) ist mittlerweile eine Trendumkehr gelungen. Dies sind gleichzeitig auch jene Länder, die ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum in den letzten 15 Jahren aufwiesen, was den engen Zusammenhang zwischen der Ausstattung einer Ökonomie mit Produktionsfaktoren und ihrem Produktionsergebnis veranschaulicht.

Allerdings ist nicht nur ein Faktor ausschlaggebend, es kommt auf die Kombination der Faktoren in Abhängigkeit von der Wirtschaftsstruktur bzw. der Spezialisierung einer Volkswirtschaft an. Neben dem technischen Fort-

schritt, der hier nicht weiter thematisiert werden soll, spielt das Verhältnis von Kapital zu Arbeit eine ausschlaggebende Rolle. Die hier betrachteten Industriestaaten zeichnen sich alle durch eine über die Zeit stetig zunehmende Kapitalintensivierung in der Produktion aus, die auch durch den Strukturwandel geprägt ist. Für Deutschland sind zudem die Folgen der deutschen Vereinigung sichtbar, die mit einem immensen Zuwachs der Zahl der Arbeitskräfte bei deutlich unterproportionalem Kapitalstockaufbau einherging. International hat sich die Entwicklung der Faktorproportionsverhältnisse auf einem niedrigeren Niveau als vor mehr als 30 Jahren angeglichen.

Wichtig ist aber immer, die Entwicklung beider Faktoren in den Blick zu nehmen: Gesellschaften mit hohem Bevölkerungswachstum und damit auch kräftiger Zunahme der Zahl der Arbeitskräfte müssen stärker Kapitalstock aufbauen, um bei gleicher Produktionsweise ihre gesamtwirtschaftliche Produktion und damit ihren Lebensstandard aufrechtzuerhalten. Eine Alternative ist der Wandel zu einer dienstleistungsintensiveren Gesellschaft, so dass sich das Verhältnis der Faktorproportions zugunsten des Faktors Arbeit verschiebt. Dies kann auch der Weg zu einem höheren Wachstumspfad bei mehr Beschäftigung sein.

# Produktpiraterie – eine wachsende Gefahr für die Volkswirtschaft

1	Einleitung .....	87
2	Maßnahmen der Europäischen Union und der Weltzollorganisation .....	88
2.1	Der EU-Aktionsplan .....	88
2.2	Initiativen der Weltzollorganisation .....	88
3	Das Ausmaß des volkswirtschaftlichen Schadens .....	89
4	Die Rolle der deutschen Zollverwaltung bei der Bekämpfung der Produktpiraterie .....	92
4.1	Organisation der deutschen Zollverwaltung .....	92
4.2	Rechtsgrundlagen .....	92
5	Ausblick .....	94

## 1 Einleitung

Mit den Begriffen „Produkt- oder Markenpiraterie“ (im Weiteren Produktpiraterie) wird ein Phänomen beschrieben, das bereits seit mehr als zwei Jahrzehnten existiert, jedoch in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewinnt und wirtschaftlich zu einer ernsthaften Bedrohung, insbesondere für die höher entwickelten Volkswirtschaften, werden kann.

Produktpiraterie bedeutet, dass fremdes geistiges Schaffen ausgebeutet wird. Fremdentwicklungen werden sich zunutze gemacht, ohne einen kreativen oder finanziellen Beitrag dazu geleistet zu haben. Produkte, für die der rechtmäßige Hersteller eingetragene Schutzrechte besitzt, werden gezielt nachgeahmt und vervielfältigt. Markenpiraten verwenden illegal Zeichen, Namen, Logos (Marken) und geschäftliche Bezeichnungen, die von den Markenherstellern zur Kennzeichnung ihrer Produkte im Handel eingesetzt werden. Produkt- und Markenpiraten tragen kein unternehmerisches Risiko; sie müssen keine hohen finanziellen Mittel einsetzen, um ein Produkt zu entwickeln und auf den Markt zu bringen.

Produkt- und Markenpiraten werden immer dreister. Sie überschwemmen den Weltmarkt längst nicht mehr nur mit gefälschter Kosmetik, Parfüm oder nachgeahmten Textilien und Schuhen; gefälscht werden auch Autoersatzteile, Computersoftware, Zigaretten und Arzneimit-

tel. Bei internationalen Tagungen wird zunehmend auch auf die Gefahr der Fälschung von Flugzeugteilen hingewiesen. In wachsendem Maße leidet auch die Produktsicherheit. Gefälschte Reifen oder Bremsscheiben zum Beispiel können zu schweren Unfällen führen. Aber auch fehlende Wirkstoffe im Arzneimittelbereich sowie erhöhte Giftstoffanteile in gefälschten Zigaretten können schwerwiegende gesundheitliche Folgen auslösen. Plagiate schädigen also nicht nur den Ruf des Originalherstellers; sie können auch erhebliche gesundheitliche Risiken der Verbraucher mit sich bringen. Die Produkthaftung spielt in diesem Zusammenhang ebenfalls eine Rolle. Denn wegen schlechter Qualität der Produkte kommt es zu Garantiestreitigkeiten, worunter natürlich auch das Markenimage leidet.

Die Regierungschefs der G 8-Staaten hielten das Problem der Produktpiraterie für so bedeutend, dass es beim letzten G 8-Gipfel im Sommer 2005 in Gleneagles behandelt worden ist. Auch in den Medien war das Thema in den letzten Monaten verstärkt präsent, z.B. durch Berichte in den Printmedien, Beiträge im Fernsehen und Hörfunk oder entsprechende Warnhinweise im Rahmen der Kinowerbung. Unter der britischen Ratspräsidentschaft wurde dem Thema besondere Aufmerksamkeit gewidmet und ein EU-Aktionsplan auf den Weg gebracht, durch den die Produkt- und Markenpiraterie effizienter als bisher bekämpft werden soll.

## 2 Maßnahmen der Europäischen Union und der Weltzollorganisation

### 2.1 Der EU-Aktionsplan

Der EU-Aktionsplan sieht eine Verbesserung der operativen Kontrollen vor. Es wurden gemeinsame Kontrollaktionen und Seminare vorgeschlagen. Die Nutzung der Zolllabore zur Untersuchung unsicherer nachgeahmter Waren soll ausgebaut werden. Darüber hinaus soll die Nutzung des Zollinformationssystems (Customs Information System, CIS) optimiert werden.

Der Aktionsplan fordert eine verbesserte internationale Zusammenarbeit der Zollverwaltungen sowie eine noch engere Abstimmung zwischen der Weltzollorganisation, Europol und Interpol. Zusätzlich werden spezifische Maßnahmen in Bezug auf China und die Entsendung von Zollbeamten, die über Spezialkenntnisse verfügen, in Schlüsselregionen erwähnt.

Ein wichtiger Aspekt des Aktionsplans ist die verbesserte Zusammenarbeit zwischen Zoll und Wirtschaft. Die Unternehmen sollen u. a. verstärkt dazu angehalten werden, Anträge auf Tätigwerden der Zollbehörden zu stellen.

Ein weiterer Vorschlag im Aktionsplan, nämlich Vereinbarungen mit bestimmten Unternehmen zur verbesserten Zusammenarbeit im Bereich der Produktpiraterie zu schließen, wird im Bundesministerium der Finanzen durchaus kritisch gesehen, da dies mit nicht unerheblichem verwaltungstechnischem Aufwand verbunden ist. Darüber hinaus würden derartige Vereinbarungen größtenteils die Rechtslage lediglich wiedergeben, die bereits umfassend in der Produktpiraterieverordnung (VO (EG) Nr. 1383/2003) geregelt ist.

Der Artikel 3 Absatz 2 der Produktpiraterieverordnung (siehe auch Kapitel 4.2, S. 92) nimmt einerseits gefälschte Waren vom Geltungsbereich der Verordnung aus, die im persönlichen Gepäck von Reisenden ohne gewerbliche Absichten in das Gebiet der EU eingeführt werden und die in den Grenzen liegen, die für

die Gewährung von Zollbefreiungen festgelegt sind (Warenwert unter 175 €). Zweck dieser Regelung ist, den „normalen“ Touristen nicht zu kriminalisieren sowie die Reisefreiheit nicht zu sehr durch eine Vielzahl von Zollkontrollen zu beeinträchtigen.

Andererseits soll das Bewusstsein des Bürgers, keine gefälschten Waren zu kaufen, geschärft werden. Eine Verschärfung der rechtlichen Regelungen in diesem Bereich würde hierzu beitragen. Die Wirtschaft sieht jedenfalls in der Beibehaltung dieser Freigrenze von 175 € ein falsches Signal. U. a. mit dieser Frage soll sich die Arbeitsgruppe „Waren mit geringem Wert“ auf Ebene der EU-Kommission befassen. Die Einrichtung dieser Arbeitsgruppe wird vom Bundesministerium der Finanzen befürwortet. Inwieweit es der Arbeitsgruppe gelingt, dieses Spannungsverhältnis aufzulösen, muss abgewartet werden.

Die Bundesregierung plant noch vor der Sommerpause die Verabschiedung eines Gesetzes, welches die Rechte der Geschädigten stärken soll. Diese sollen in Zukunft leichter den Zivilklageweg beschreiten können. Vorgesehen sind unter anderem eine vereinfachte Beweisführung sowie eine Klarstellung bei der Höhe des Schadensersatzes. Der Geschädigte soll wählen können, ob er den Gewinn des Fälschers abschöpft oder ob er eine angemessene Lizenzgebühr verlangt. Weiterhin soll die Auskunftspflicht ausgeweitet werden. Während bislang in einem Zivilverfahren nur der mutmaßliche Hersteller einer gefälschten Ware Angaben machen musste, könnte der Geschädigte dann auch Auskünfte von Dritten, z. B. von Paketdiensten, die gefälschte Produkte versandt haben, oder von Internet-Providern, bei denen unrechtmäßige Downloads durchgeführt worden sind, verlangen.

### 2.2 Initiativen der Weltzollorganisation

Die vielfältigen Initiativen der Weltzollorganisation auf dem Gebiet der Produkt- und Markenpiraterie gipfelten im Oktober 2005 in der Sitzung einer Task Force in Brüssel, an der über 100 Staaten teilgenommen hatten. Im



November 2005 fand in Lyon der 2. Weltkongress gegen Produkt- und Markenpiraterie statt. Gemeinsame Gastgeber waren Interpol und die Weltzollorganisation. Beide Veranstaltungen waren sowohl auf Regierungs- als auch auf Wirtschaftsebene hochkarätig besetzt, wie zum Beispiel die Teilnahme von Ministern verschiedener Länder und des Vizepräsidenten der EU-Kommission Frattini zeigt. Zu den teilnehmenden Firmen zählten u. a. Mercedes-Benz, Siemens, Microsoft oder Louis Vuitton. Alle Beteiligten hoben die herausragende Rolle der Zollverwaltungen im Kampf gegen Produkt- und Markenpiraterie hervor.



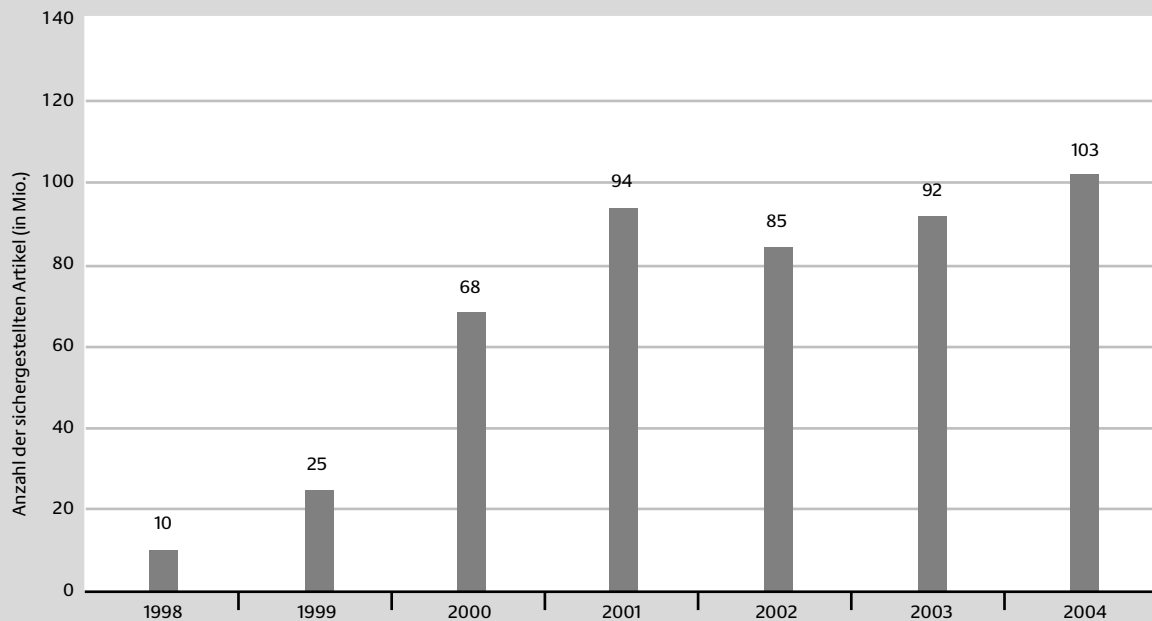
### 3 Das Ausmaß des volkswirtschaftlichen Schadens

Für den Bereich der Informationstechnik und der DVD-Technologie beispielsweise wird der Schwarzmarktanteil der weltweit gefälschten Produkte mittlerweile auf zwischen 5 % und 30 % beziffert. Hierbei handelt es sich in erster Linie um Schätzungen der betroffenen Unternehmen. Verlässliche Zahlen seitens der Regierungen zum Anteil von gefälschten Produkten liegen derzeit nicht vor. Auch zur Anzahl der durch die Produktpiraterie bisher vernichteten Arbeitsplätze liegen keine gesicherten Erkenntnisse vor. Die OECD plant daher innerhalb der nächsten zwei Jahre eine umfassende Studie zu den Ausmaßen des volkswirtschaftlichen Schadens durch Produktpiraterie.

Unstreitig ist nach Expertenmeinung hingegen, dass die Täter häufig der organisierten Kriminalität angehören und dass auch Verbindungen zum internationalen Terrorismus nicht auszuschließen sind. Angaben über sichergestellte Waren belegen im Übrigen, dass die überwiegende Mehrzahl der gefälschten Waren zurzeit aus China kommt.

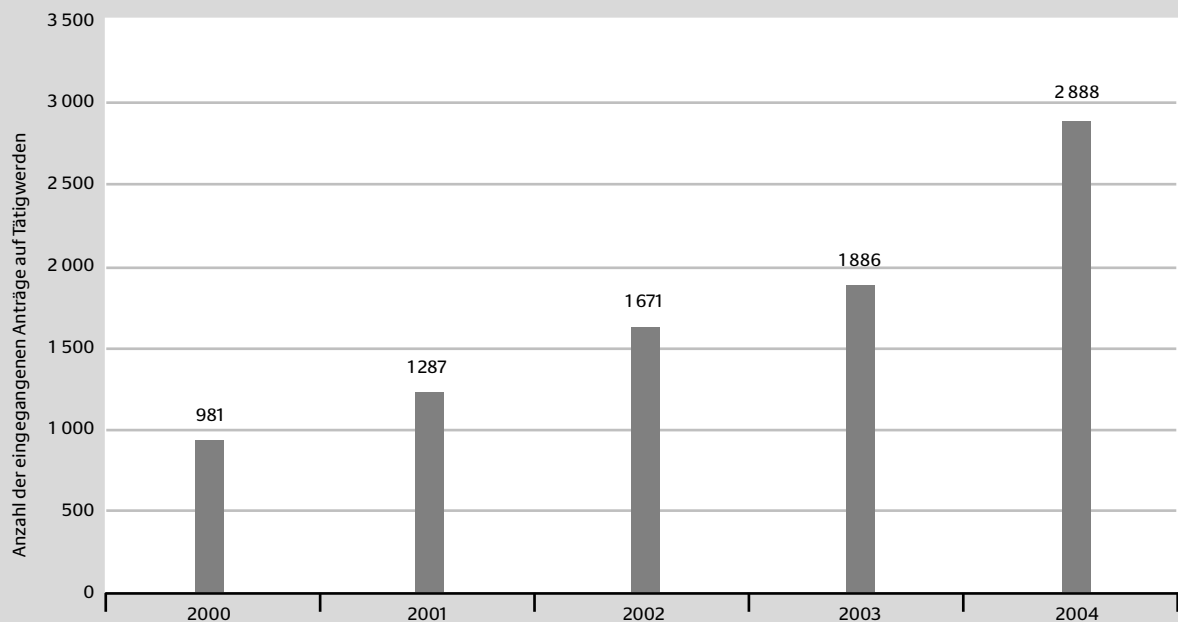
Die Abbildungen 1 bis 3 und die Tabelle beinhalten die EU-weit von den Zollbehörden sichergestellten Waren (Abbildung 1, s. S. 90), die Entwicklung der bei den Zollbehörden eingegangenen Anträge der Unternehmen auf Grenzbeschlagnahme wegen Produktpiraterie (Abbildung 2, s. S. 90), eine Aufstellung der Sicherstellungen nach Herkunftsländern (Abbildung 3, s. S. 91) sowie eine Übersicht über in Deutschland beschlagnahmte Warengruppen (Tabelle, s. S. 91).

Abbildung 1: Entwicklung der Zahl der Artikel, die zwischen 1998 und 2004 sichergestellt wurden



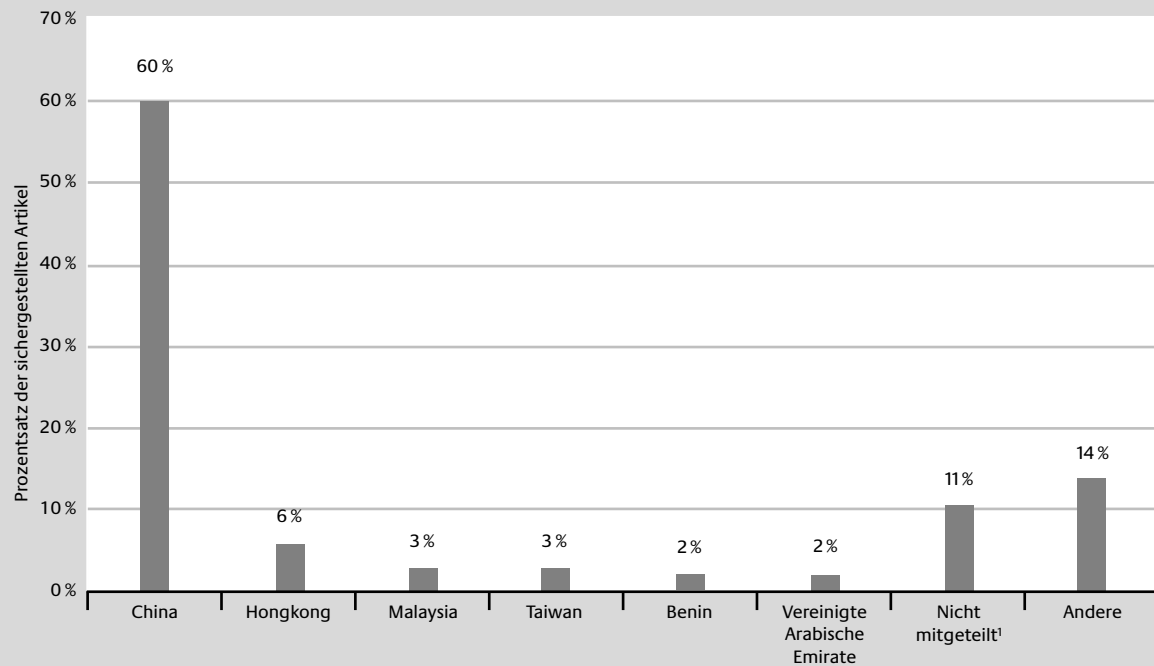
Quelle: Dokument der EU-Kommission KOM (2005) 479.

Abbildung 2: Entwicklung der bei den Zollbehörden von 2000 bis 2004 eingegangenen Anträge auf Grenzbeschlagnahme wegen Produktpiraterie



Quelle: Dokument der EU-Kommission KOM (2005) 479.

Abbildung 3: Prozentsatz der 2003 sichergestellten Artikel nach Herkunftsland



¹ Der Ursprung wurde der Kommission nicht mitgeteilt.  
Quelle: Dokument der EU-Kommission KOM (2005) 479.

Tabelle: Beschlagnahme einzelner Warengruppen (in €)

Warengruppen	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Konsumgüter	5 166 197	37 789 846	38 791 009	27 107 185	47 005 837	32 921 306
Soft-/Hardware, Bild-, Ton-, u. Datenträger	5 858 597	19 426 970	30 866 194	13 002 347	51 623 619	37 570 665
Textilien	5 999 731	22 813 562	12 046 195	18 328 544	12 404 125	24 414 396
Sportartikel	358 368	6 329 903	3 120 724	2 704 560	3 377 702	9 643 285
Automobilindustrie	519 032	42 497	476 169	931 947	40 482	820 130
Sonstiges	3 456 945	8 186 452	5 846 717	14 088 706	63 527 207	39 744 367
Summe	21 358 870	94 589 230	91 147 008	76 163 289	177 978 972	145 114 149

Quelle: Jahresbericht der Zentralstelle Gewerblicher Rechtsschutz 2004.

## 4 Die Rolle der deutschen Zollverwaltung bei der Bekämpfung der Produktpiraterie

Die nachfolgenden Ausführungen beschränken sich auf die sich aus EU- und nationalem Recht ergebenden Zuständigkeiten und Befugnisse der deutschen Zollverwaltung bei der Bekämpfung der Produktpiraterie.

### 4.1 Organisation der deutschen Zollverwaltung

Die deutsche Zollverwaltung ist am internationalen Standard gemessen insgesamt sehr gut aufgestellt. Sie verfügt über drei wichtige Instrumentarien zur Bekämpfung der Produkt- und Markenpiraterie:

- die in München angesiedelte „Zentralstelle Gewerblicher Rechtsschutz“ (ZGR),
- die „Zentralstelle Internetrecherche“ (ZIRE) in Frankfurt/Oder und
- das IT-System „E-Agent“.

Die ZGR ist eine spezielle Organisationseinheit der Oberfinanzdirektion Nürnberg und begann ihre Tätigkeit im Jahre 1995. Sie ist bundesweite Koordinierungsstelle für das Grenzbeschlagnahmeverfahren und somit wichtiger Ansprechpartner mit betreuender Funktion für die Unternehmen. Bei der Grenzbeschlagnahme handelt es sich um ein reines Verwaltungsverfahren, bei dem der Inhaber eines bestimmten Schutzrechtes bei der ZGR einen Antrag stellt, damit die im Antrag genannten Waren bei ihrer Ein-, Aus- oder Durchfuhr einer besonderen Zollbehandlung unterzogen werden. Die ZGR verfügt über das IT-System „E-Agent“, eine elektronische Datenbank, die täglich aktualisiert wird. Der „E-Agent“ gibt Auskünfte darüber, welche Firmen einen Antrag auf Grenzbeschlagnahme gestellt haben und welche Schutzrechte im Einzelnen verletzt sind. Darüber hinaus sind

im „E-Agenten“ unter anderem auch die aktuellen Sachverständigen und Rechtsvertreter der jeweiligen Antragsteller aufgeführt.

Die ZIRE als Teil des Zollkriminalamtes befasst sich mit der Aufdeckung von Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten, die in Verbindung mit dem Internethandel auftreten, und insbesondere mit dem Angebot gefälschter Waren im Internet.

Im Rahmen der Grenzbeschlagnahme sind alle Zollbehörden (neben den Zollstellen insbesondere die Mobilen Kontrollgruppen und die Zollkommissariate, aber auch die Zollfahndungsämter) befugt, gefälschte Waren anzuhalten, sicherzustellen oder zu beschlagnahmen.

### 4.2 Rechtsgrundlagen

#### a) Die Produktpiraterieverordnung<sup>1</sup>

Mit dieser Verordnung wurden gemeinsame Regeln eingeführt, um die Verbringung, die Überführung in den zollrechtlichen freien Verkehr, den Ausgang, die Ausfuhr, die Wiederausfuhr, die Überführung in eine Freizone oder ein Freilager von nachgeahmten Waren und unerlaubt hergestellten Vervielfältigungsstücken zu verbieten und das illegale In-Verkehr-Bringen solcher Waren wirksam zu bekämpfen, ohne jedoch die Freiheit des rechtmäßigen Handels zu beeinträchtigen.

In den Erwägungsgründen wird unter anderem festgestellt, dass durch das In-Verkehr-Bringen nachgeahmter und unerlaubt hergestellter Waren den Rechteinhabern ein erheblicher Schaden zugefügt wird. Die Verordnung räumt den Zollbehörden weitgehende Rechte zum Anhalten, zur Sicherstellung und gegebenenfalls zur Beschlagnahme von möglicherweise gefälschten Waren ein, die aus Drittstaaten in das Gebiet der EU eingeführt werden. Dem Rechteinhaber, der bereits einen Antrag auf Grenzbeschlagnahme gestellt hat, wird die Möglichkeit gegeben festzustellen, ob die Waren tatsächlich gefälscht sind. Artikel 11 sieht hierfür grundsätzlich eine Frist von zehn oder, im Falle leicht verderblicher Waren, von drei Arbeitstagen vor. Gemäß Artikel 4 sind die Zollbehörden

<sup>1</sup> VO (EG) Nr. 1383/2003 vom 22. Juli 2003 (Amtsblatt der EU Nr. L 196 vom 2. August 2003, S. 7).

befugt, die Überlassung der Waren für drei Arbeitstage auszusetzen, bevor ein Antrag auf Grenzbeschlagnahme gestellt ist, um dem Rechteinhaber die Möglichkeit zu geben, einen entsprechenden Antrag zu stellen. Die Voraussetzungen für die Aussetzung der Überlassung und die Zurückhaltung der Waren sind in Artikel 9 der Verordnung näher beschrieben. Artikel 16 normiert, dass Waren, bei denen festgestellt wird, dass sie ein Recht geistigen Eigentums verletzen, nicht in das Zollgebiet der Gemeinschaft eingelassen werden, in den zollrechtlichen freien Verkehr überführt, ausgeführt oder in eine Freizone oder ein Freilager verbracht werden dürfen. Eine entsprechende Durchführungsverordnung (EG) Nr. 1891/2004 der Kommission vom 21. Oktober 2004 (Amtsbl. der EU Nr. L 328 vom 30. Oktober 2004, S. 16) regelt weitere Einzelheiten, in denen z.B. Form und Inhalt der Anträge auf Tätigwerden sowie die Art der Informationen, die einem Antrag auf Tätigwerden zugrunde liegen müssen, näher beschrieben sind.

## b) Die nationalen Schutzgesetze

Es können die nachfolgend aufgeführten nationalen Gesetze betroffen sein:

- Markengesetz: Die Marke stellt ein Kennzeichnungsmittel dar, um Waren oder Dienstleistungen eines Unternehmens von denjenigen anderer Unternehmen zu unterscheiden.
- Patentgesetz: Das Patent schützt eine technische Erfindung (ein Erzeugnis oder ein technisches Verfahren) und fördert den technischen Fortschritt.
- Urheberrechtsgesetz: Schutzziel des Urheberrechts ist die Idee. Es wird das konkrete Produkt einer geistigen Leistung geschützt.
- Gebrauchsmustergesetz: Gebrauchsmusterschutz wird für Neuerungen an Erzeugnissen (Gegenständen) und nicht für Verfahren erteilt. Es muss sich um eine technische Erfindung handeln.

- Geschmacksmustergesetz: Das Geschmacksmuster bietet Schutz für eine schöpferische Leistung, die sich auf die äußere Form, das Design, konzentriert.
- Sortenschutzgesetz: Es dient der Sicherung der züchterischen Arbeit und Förderung der Pflanzenzüchtung.
- Halbleiterschutzgesetz: Es schützt die Topografie und damit den Bauplan von elektronischen Halbleiterelementen.

Die genannten Gesetze enthalten im Grundsatz ähnliche Vorschriften über Ein- und Ausfuhrverbote für nicht vom Rechteinhaber genehmigte Warensendungen, entsprechende Strafvorschriften sowie Vorschriften über die Befugnisse der Zollbehörden.

## c) Strafverfolgungszuständigkeit der Zollbehörden

Bannbruch (§ 372 Abgabenordnung (AO)): Bannbruch begeht, wer Gegenstände entgegen einem Verbot einführt, ausführt oder durchführt (§ 372 Absatz 1). Der Täter wird nach § 370 Absatz 1 und 2 AO bestraft, wenn die Tat nicht in anderen Vorschriften mit Straf- oder Geldbuße bedroht ist. Der Verweis auf die Absätze 1 und 2 des § 370 AO (Steuerhinterziehung) qualifiziert den Bannbruch als Steuerstraftat, für deren Verfolgung die Zollverwaltung zuständig ist. Auch der versuchte Bannbruch ist durch den Verweis auf § 370 Absatz 2 AO unter Strafe gestellt. Die Strafbarkeit ergibt sich demnach aus § 372 AO (Bannbruch) in Verbindung mit den entsprechenden Strafnormen der Spezialgesetze wie zum Beispiel:

- §§ 143, 144 Markengesetz,
- §§ 106–109 Urhebergesetz,
- § 51 Geschmacksmustergesetz,
- § 142 Patentgesetz.

Der Straftatbestand des Bannbruchs hat nach überwiegender Literaturmeinung praktisch nur die Bedeutung, Verbringungs- und Verbringungs- zu Steuerstraftaten zu qualifizieren und damit die Ermittlungszuständigkeit der Zollbehörden zu unterstellen.<sup>2</sup>



<sup>2</sup> Statt aller: Kohlmann, Kommentar zum Steuerstrafrecht, Randnummer 4 zu § 372 AO.

## 5 Ausblick

Bei internationalen Tagungen wird auf die wachsende Bedrohung der Produktpiraterie für die Volkswirtschaften insbesondere der reicheren Staaten hingewiesen. Trotz hoher Gewinne für die Täter sind die Sanktionen relativ mild. Zwar besteht für die Tätergruppierungen immer das Risiko, dass eingeführte gefälschte Waren von den Zollbehörden beschlagnahmt werden. Auf Grund der Systematik der Vorschriften im Zollkodex geht mit der Beschlagnahme an der Grenze allerdings auch das Erlöschen jedenfalls der Zollschild einher. Das finanzielle Risiko ist für die Täter also überschaubar. Eine Abschreckungswirkung kann daher eher durch die strafrechtlichen Möglichkeiten erzielt werden. Dabei ist nicht in erster Linie an eine Verschärfung der Strafvorschriften zu denken. Vielmehr sollten die Strafverfolgungsbehörden noch mehr als bisher ihre Ermittlungsbemühungen auf diesem Gebiet erhöhen. So ist etwa die Zollverwaltung wie keine andere Verwaltung in der Lage, die Warenbewegungen der globalisierten Weltwirtschaft unter kriminalistischen Gesichtspunkten zu analysieren.

Im Bereich des Zigarettenschmuggels führt der deutsche Zollfahndungsdienst seit langem Strukturermittlungen durch, um gerade an die Hintermänner und Drahtzieher zu gelangen. Hierbei waren große Fahndungserfolge zu verzeichnen, in denen zum Teil nicht unerhebliche Haftstrafen gegen die Täter verhängt worden sind. Gleiche Anstrengungen müssen auch gegenüber Tätergruppierungen unternommen werden, die andere Produkte fälschen, insbesondere wenn von ihnen Gefahren für Leib und Leben ausgehen.

Es sollte dennoch nicht verkannt werden, dass in Anbetracht des Welthandelsvolumens auch bei größten Anstrengungen der Kontroll- und Strafverfolgungsbehörden eine hundertprozentige Kontrolldichte niemals zu erreichen sein wird.



## Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung .....	98
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte .....	118
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung .....	122





# Statistiken und Dokumentationen

<b>Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung</b>	98
1 Kreditmarktmittel einschließlich der Sondervermögen	98
2 Gewährleistungen	99
3 Bundeshaushalt 2000 bis 2005	99
4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2000 bis 2005	100
5 Haushaltsquerschnitt: Gliederungen der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Ist 2005	102
6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1999 bis 2005	106
7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2005	108
8 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	110
9 Entwicklung der öffentlichen Schulden	111
10 Steueraufkommen nach Steuergruppen	112
11 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	113
12 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	114
13 Steuerquoten im internationalen Vergleich	115
14 Abgabenquoten im internationalen Vergleich	116
15 Entwicklung der EU-Haushalte von 2001 bis 2006	117
<b>Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte</b>	118
1 Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2005 im Vergleich zum Jahressoll 2005	118
2 Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2005	118
3 Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Dezember 2005	119
4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2005	120
<b>Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung</b>	122
1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	122
2 Preisentwicklung	122
3 Außenwirtschaft	123
4 Einkommensverteilung	123
5 Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	124
6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	125
7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich	126
8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern	127
9 Entwicklung von DAX und Dow Jones	128
10 Übersicht Weltfinanzmärkte	129

# Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

## 1 Kreditmarktmittel einschließlich der Sondervermögen<sup>1</sup>

### I. Schuldenart

	Stand: 31. Dezember 2005 Mio. €	Zunahme Mio. €	Abnahme Mio. €	Stand: 31. Januar 2006 <sup>2</sup> Mio. €
Anleihen	531 050	14 000	13 000	532 050
Bundessobligationen	178 449	0	0	178 449
Bundesschatzbriefe	11 055	241	670	10 626
Bundesschatzanweisungen	111 000	8 000	0	119 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	35 817	5 928	5 937	35 807
Finanzierungsschätze	1 155	239	117	1 277
Schuldscheindarlehen	26 796	196	160	26 832
Medium Term Notes Treuhand	266	0	0	266
<b>Gesamte umlaufende Schuld</b>	<b>895 587</b>			<b>904 307</b>

### II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand: 31. Dezember 2005 Mio. €	Stand: 31. Januar 2006 <sup>2</sup> Mio. €
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	157 956	160 372
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	297 532	309 821
langfristig (mehr als 4 Jahre)	440 099	434 114
<b>Gesamte umlaufende Schuld</b>	<b>895 587</b>	<b>904 307</b>

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

<sup>1</sup> Unter Berücksichtigung des Gesetzes zur Eingliederung der Schulden der Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Ausgleichsfonds Steinkohle und Bundeseseisenbahnvermögen in die Bundesschuld vom 21. Juni 1999.

<sup>2</sup> Vorläufig.

## 2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2005 in Mrd. €	Belegung am 31. Dezember 2005 in Mrd. €	Belegung am 31. Dezember 2004 in Mrd. €
Ausfuhr	117,0	106,5	104,7
Internationale Finanzierungsinstitute	46,6	40,3	40,3
Kapitalanlagen und sonstiger Außenwirtschaftsbereich einschließlich Mitfinanzierung bilateraler FZ-Vorhaben	42,0	30,2	29,8
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen (einschließlich Ernährungsbevorratung und Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen)	103,0	60,6	62,7

## 3 Bundeshaushalt 2000 bis 2005 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2000 Ist Mrd. €	2001 Ist Mrd. €	2002 Ist Mrd. €	2003 Ist Mrd. €	2004 Ist Mrd. €	2005 Ist Mrd. €
<b>1. Ausgaben</b>	<b>244,4</b>	<b>243,2</b>	<b>249,3</b>	<b>256,7</b>	<b>251,6</b>	<b>259,8</b>
Veränderung gegen Vorjahr in %	– 1,0	– 0,5	2,5	3,0	– 2,0	3,3
<b>2. Einnahmen</b>	<b>220,5</b>	<b>220,2</b>	<b>216,6</b>	<b>217,5</b>	<b>211,8</b>	<b>228,4</b>
Veränderung gegen Vorjahr in %	– 0,1	– 0,1	– 1,6	0,4	– 2,6	7,8
darunter:						
Steuereinnahmen	198,8	193,8	192,0	191,9	187,0	190,1
Veränderung gegen Vorjahr in %	3,3	– 2,5	– 0,9	– 0,1	– 2,5	1,7
<b>3. Finanzierungsdefizit</b>	<b>– 23,9</b>	<b>– 22,9</b>	<b>– 32,7</b>	<b>– 39,2</b>	<b>– 39,8</b>	<b>– 31,4</b>
<b>Zusammensetzung des Finanzierungsdefizits</b>						
<b>4. Bruttokreditaufnahme (–)</b>	<b>149,7</b>	<b>130,0</b>	<b>175,3</b>	<b>192,3</b>	<b>199,6</b>	<b>223,8</b>
<b>5. Tilgungen (+)</b>	<b>125,9</b>	<b>107,2</b>	<b>143,4</b>	<b>153,7</b>	<b>160,0</b>	<b>192,4</b>
<b>6. Nettokreditaufnahme</b>	<b>– 23,8</b>	<b>– 22,8</b>	<b>– 31,8</b>	<b>– 38,7</b>	<b>– 39,5</b>	<b>– 31,2</b>
<b>7. Münzeinnahmen</b>	<b>– 0,1</b>	<b>– 0,0</b>	<b>– 0,9</b>	<b>– 0,6</b>	<b>– 0,3</b>	<b>– 0,2</b>
<b>8. Finanzierungssaldo</b>	<b>– 23,9</b>	<b>– 22,9</b>	<b>– 32,7</b>	<b>– 39,2</b>	<b>– 39,8</b>	<b>– 31,4</b>
in % der Ausgaben	9,8	9,4	13,1	15,3	15,8	12,1
nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	28,1	27,3	24,7	25,7	22,4	23,8
Veränderung gegen Vorjahr in %	– 1,7	– 3,1	– 11,7	6,9	– 13,0	6,2
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,6	3,6	3,5	3,5	0,2	0,7

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.  
Stand: Januar 2006.

## 4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2000 bis 2005

Ausgabeart	2000 Ist	2001 Ist	2002 Ist	2003 Ist	2004 Ist	2005 Ist
	Mio. €					
<b>Ausgaben der laufenden Rechnung</b>						
<b>Personalausgaben</b>	<b>26 517</b>	<b>26 807</b>	<b>26 986</b>	<b>27 235</b>	<b>26 758</b>	<b>26 372</b>
Aktivitätsbezüge	20 275	20 474	20 551	20 696	20 332	19 891
Ziviler Bereich	8 196	8 430	8 495	8 532	8 748	8 537
Militärischer Bereich	12 079	12 044	12 056	12 164	11 584	11 353
Versorgung	6 242	6 333	6 435	6 539	6 426	6 481
Ziviler Bereich	2 572	2 581	2 579	2 576	2 463	2 434
Militärischer Bereich	3 670	3 752	3 855	3 963	3 963	4 047
<b>Laufender Sachaufwand</b>	<b>20 822</b>	<b>18 503</b>	<b>17 058</b>	<b>17 192</b>	<b>16 878</b>	<b>17 712</b>
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 641	1 619	1 643	1 604	1 522	1 596
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	7 335	7 985	8 155	7 905	7 985	7 992
Sonstiger laufender Sachaufwand	11 846	8 899	7 260	7 683	7 371	8 124
<b>Zinsausgaben</b>	<b>39 149</b>	<b>37 627</b>	<b>37 063</b>	<b>36 875</b>	<b>36 274</b>	<b>37 371</b>
an andere Bereiche	39 149	37 627	37 063	36 875	36 274	37 371
Sonstige	39 149	37 627	37 063	36 875	36 274	37 371
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	39 104	37 582	37 019	36 830	36 230	37 326
an Ausland	3	3	3	3	3	3
<b>Laufende Zuweisungen und Zuschüsse</b>	<b>126 846</b>	<b>132 359</b>	<b>143 514</b>	<b>149 304</b>	<b>148 950</b>	<b>154 274</b>
an Verwaltungen	16 106	13 257	14 936	15 797	14 797	13 921
Länder	5 650	5 580	6 062	6 503	6 735	8 381
Gemeinden	194	241	236	250	238	66
Sondervermögen	10 259	7 435	8 635	9 042	7 823	5 473
Zweckverbände	2	2	2	2	1	2
an andere Bereiche	110 740	119 102	128 578	133 508	134 153	140 353
Unternehmen	13 271	16 674	16 253	15 702	15 062	13 474
Renten, Unterstützungen u. Ä.						
an natürliche Personen	21 455	20 668	22 319	23 666	25 396	32 747
an Sozialversicherung	72 590	78 143	86 276	90 560	90 079	90 219
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	746	672	814	797	783	767
an Ausland	2 674	2 940	2 911	2 776	2 828	3 140
an Sonstige	4	5	5	5	5	5
<b>Summe Ausgaben der laufenden Rechnung</b>	<b>213 333</b>	<b>215 296</b>	<b>224 622</b>	<b>230 606</b>	<b>228 860</b>	<b>235 728</b>
<b>Ausgaben der Kapitalrechnung</b>						
<b>Sachinvestitionen</b>	<b>6 732</b>	<b>6 905</b>	<b>6 746</b>	<b>6 696</b>	<b>6 891</b>	<b>7 246</b>
Baumaßnahmen	5 580	5 551	5 358	5 298	5 466	5 779
Erwerb von beweglichen Sachen	779	882	960	894	922	961
Grunderwerb	373	473	427	504	503	506
<b>Vermögensübertragungen</b>	<b>19 506</b>	<b>17 085</b>	<b>14 550</b>	<b>16 197</b>	<b>12 912</b>	<b>12 977</b>
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	16 579	16 509	13 959	15 833	12 556	12 617
an Verwaltungen	10 011	9 496	6 336	7 998	5 607	5 587
Länder	9 925	9 431	6 268	5 382	5 516	5 527
Gemeinden und Gemeindeverbände	86	65	68	73	91	60
Sondervermögen	0	0	0	2 543	0	0
an andere Bereiche	6 568	7 013	7 623	7 835	6 949	7 030
Sonstige – Inland	4 729	5 370	5 819	5 867	4 931	4 933
Ausland	1 839	1 643	1 803	1 967	2 018	2 096
Sonstige Vermögensübertragungen	2 926	577	592	365	356	360
an andere Bereiche	2 926	577	592	365	356	360
Unternehmen – Inland	101	167	44	0	1	0
Sonstige – Inland	2 542	183	351	167	153	160
Ausland	284	227	196	198	202	201

#### 4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2000 bis 2005

Ausgabeart	2000 Ist	2001 Ist	2002 Ist	2003 Ist	2004 Ist	2005 Ist
	Mio. €					
<b>Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen</b>	<b>4 835</b>	<b>3 859</b>	<b>3 369</b>	<b>3 203</b>	<b>2 932</b>	<b>3 899</b>
Darlehensgewährung	4 205	3 185	2 729	2 665	2 383	3 340
an Verwaltungen	197	166	154	106	68	53
Länder	195	166	154	106	68	53
Gemeinden	1	0	0	0	0	0
an andere Bereiche	4 008	3 019	2 574	2 559	2 315	3 287
Inland (auch Gewährleistungen)	2 998	1 841	1 543	1 603	1 384	1 505
Ausland	1 010	1 178	1 031	956	931	882
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	630	674	640	538	548	559
Inland	19	24	53	15	1	0
Ausland	611	651	587	523	547	558
<b>Summe Ausgaben der Kapitalrechnung</b>	<b>31 072</b>	<b>27 850</b>	<b>24 664</b>	<b>26 097</b>	<b>22 734</b>	<b>24 121</b>
Darunter: Investive Ausgaben	28 146	27 273	24 073	25 732	22 378	22 862
<b>Globale Mehr-/Minderausgaben</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Ausgaben zusammen</b>	<b>244 405</b>	<b>243 145</b>	<b>249 286</b>	<b>256 703</b>	<b>251 594</b>	<b>259 849</b>

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Ist 2005

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
<b>0 Allgemeine Dienste</b>	<b>47 505</b>	<b>43 435</b>	<b>23 753</b>	<b>13 653</b>	–	<b>6 029</b>
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	7 866	7 598	3 736	1 330	–	2 532
02 Auswärtige Angelegenheiten	5 893	2 919	444	116	–	2 360
03 Verteidigung	27 768	27 347	15 400	11 168	–	779
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 757	2 498	1 768	711	–	20
05 Rechtsschutz	321	313	222	76	–	15
06 Finanzverwaltung	2 899	2 759	2 184	252	–	323
<b>1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>11 444</b>	<b>8 234</b>	<b>486</b>	<b>623</b>	–	<b>7 125</b>
13 Hochschulen	1 845	918	7	5	–	906
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 427	1 427	–	–	–	1 427
15 Sonstiges Bildungswesen	470	413	9	57	–	347
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	6 666	5 177	470	556	–	4 151
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	1 036	298	1	4	–	293
<b>2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung</b>	<b>133 048</b>	<b>131 301</b>	<b>199</b>	<b>733</b>	–	<b>130 369</b>
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	85 695	84 795	36	0	–	84 759
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	4 497	4 496	–	–	–	4 496
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3 984	3 777	–	153	–	3 624
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	37 523	37 392	45	519	–	36 829
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	130	130	–	–	–	130
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 220	711	118	61	–	532
<b>3 Gesundheit und Sport</b>	<b>912</b>	<b>697</b>	<b>240</b>	<b>244</b>	–	<b>212</b>
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	326	310	133	136	–	42
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	326	310	133	136	–	42
32 Sport	128	99	–	16	–	83
33 Umwelt- und Naturschutz	209	149	72	38	–	38
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	249	139	35	54	–	49
<b>4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>1 788</b>	<b>962</b>	<b>2</b>	<b>3</b>	–	<b>957</b>
41 Wohnungswesen	1 262	921	–	2	–	919
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	–	1	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	49	40	2	–	–	38
44 Städtebauförderung	475	–	–	–	–	–
<b>5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>987</b>	<b>529</b>	<b>27</b>	<b>135</b>	–	<b>368</b>
52 Verbesserung der Agrarstruktur	665	235	–	2	–	234
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	130	130	–	56	–	74
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	130	130	–	56	–	74
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	192	164	27	77	–	60

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Ist 2005

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
<b>0 Allgemeine Dienste</b>	<b>1 035</b>	<b>1 572</b>	<b>1 464</b>	<b>4 071</b>	<b>4 039</b>
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	267	1	0	269	269
02 Auswärtige Angelegenheiten	53	1480	1441	2974	2972
03 Verteidigung	334	87	0	421	392
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	259	–	–	259	259
05 Rechtsschutz	09	–	–	9	9
06 Finanzverwaltung	113	4	23	140	140
<b>1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten</b>	<b>97</b>	<b>3 113</b>	<b>–</b>	<b>3 211</b>	<b>3 210</b>
13 Hochschulen	2	925	–	927	927
14 Förderung von Schülern, Studenten	–	–	–	–	–
15 Sonstiges Bildungswesen	0	56	–	57	57
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	95	1394	–	1489	1488
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	0	737	–	738	738
<b>2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung</b>	<b>11</b>	<b>835</b>	<b>901</b>	<b>1747</b>	<b>521</b>
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	–	–	900	900	–
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	–	1	–	1	1
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	204	1	207	3
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	4	127	–	130	7
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	–	–	–	–	–
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	7	503	0	509	509
<b>3 Gesundheit und Sport</b>	<b>144</b>	<b>72</b>	<b>–</b>	<b>216</b>	<b>214</b>
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	11	5	–	16	16
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	11	5	–	16	16
32 Sport	–	29	–	29	29
33 Umwelt- und Naturschutz	30	30	–	60	59
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	102	7	–	110	110
<b>4 Wohnungswesen, Städtebau, Raum- ordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste</b>	<b>–</b>	<b>767</b>	<b>59</b>	<b>825</b>	<b>825</b>
41 Wohnungswesen	–	283	59	341	341
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	–	–	–	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	–	9	–	9	9
44 Städtebauförderung	–	475	–	475	475
<b>5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten</b>	<b>5</b>	<b>452</b>	<b>1</b>	<b>458</b>	<b>458</b>
52 Verbesserung der Agrarstruktur	–	429	0	430	430
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	–	–	–	–	–
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	–	–	–	–	–
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	5	23	1	28	28

## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Ist 2005

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
<b>6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>5 458</b>	<b>3 035</b>	<b>48</b>	<b>300</b>	<b>–</b>	<b>2 687</b>
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	332	307	–	153	–	155
621 Kernenergie	152	152	–	–	–	152
622 Erneuerbare Energieformen	–	–	–	–	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	180	156	–	153	–	3
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 905	1 889	–	4	–	1 885
64 Handel	86	86	–	55	–	31
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	1 226	199	–	2	–	197
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 910	554	48	86	–	419
<b>7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>11 119</b>	<b>3 539</b>	<b>1 072</b>	<b>1 831</b>	<b>–</b>	<b>636</b>
72 Straßen	7 565	962	–	852	–	110
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 396	786	481	248	–	57
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	301	1	–	–	–	1
75 Luftfahrt	168	167	42	9	–	116
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 690	1 622	549	721	–	352
<b>8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen</b>	<b>9 465</b>	<b>5 912</b>	<b>6</b>	<b>16</b>	<b>–</b>	<b>5 890</b>
81 Wirtschaftsunternehmen	3 954	440	6	16	–	418
832 Eisenbahnen	3 443	80	–	1	–	78
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	511	360	6	14	–	340
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 511	5 472	–	–	–	5 472
873 Sondervermögen	5 472	5 472	–	–	–	5 472
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	39	–	–	–	–	–
<b>9 Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>38 122</b>	<b>38 084</b>	<b>537</b>	<b>175</b>	<b>37 371</b>	<b>1</b>
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	39	1	–	–	–	1
92 Schulden	37 396	37 396	–	25	37 371	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	688	688	537	150	–	0
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>	<b>259 849</b>	<b>235 728</b>	<b>26 372</b>	<b>17 712</b>	<b>37 371</b>	<b>154 274</b>



## 5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Ist 2005

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
<b>6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen</b>	<b>1</b>	<b>1 067</b>	<b>1 355</b>	<b>2 423</b>	<b>2 423</b>
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	–	24	–	24	24
621 Kernenergie	–	–	–	–	–
622 Erneuerbare Energieformen	–	–	–	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	–	24	–	24	24
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	–	15	–	15	16
64 Handel	–	–	–	–	–
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	–	1 027	–	1 027	1 027
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	–	1 355	1 356	1 356
<b>7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen</b>	<b>5 871</b>	<b>1 709</b>	<b>0</b>	<b>7 580</b>	<b>7 580</b>
72 Straßen	5 202	1 400	–	6 602	6 602
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	609	–	0	609	609
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	–	300	–	300	300
75 Luftfahrt	0	–	0	0	0
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	59	9	0	68	68
<b>8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen</b>	<b>82</b>	<b>3 352</b>	<b>119</b>	<b>3 553</b>	<b>3 553</b>
81 Wirtschaftsunternehmen	43	3 352	119	3 514	3 514
832 Eisenbahnen	–	3 269	94	3 364	3 364
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	43	83	25	150	150
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	39	–	–	39	39
873 Sondervermögen	–	–	–	–	–
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	39	–	–	39	39
<b>9 Allgemeine Finanzwirtschaft</b>	<b>–</b>	<b>38</b>	<b>–</b>	<b>38</b>	<b>38</b>
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	–	38	–	38	38
92 Schulden	–	–	–	–	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	–	–	–	–	–
<b>Summe aller Hauptfunktionen</b>	<b>7 246</b>	<b>12 977</b>	<b>3 899</b>	<b>24 121</b>	<b>22 862</b>

## 6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1999 bis 2005

	1999	2000	2001 <sup>2</sup>	2002 <sup>2</sup>	2003 <sup>2</sup>	2004 <sup>2</sup>	2005 <sup>2</sup>
	Mrd. €						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt<sup>1</sup></b>							
Ausgaben	597,2	599,1	603,5	609,5	618,3	620 ½	624
Einnahmen	570,3	565,1	556,3	552,4	549,8	546 ½	570
Finanzierungssaldo	- 26,9	- 34,0	- 47,1	- 57,1	- 68,5	- 74	- 54
darunter:							
Bund							
Ausgaben	246,9	244,4	243,1	249,3	256,7	255 ½	254 ½
Einnahmen	220,6	220,5	220,2	216,6	217,5	212	232
Finanzierungssaldo	- 26,2	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 44	- 22 ½
Länder							
Ausgaben	246,4	250,7	255,1	257,0	258,6	259 ½	260 ½
Einnahmen	238,1	240,4	229,4	227,7	227,0	233	233 ½
Finanzierungssaldo	- 8,3	- 10,4	- 25,7	- 29,3	- 31,7	- 26	- 27
Gemeinden							
Ausgaben	143,7	146,1	147,9	149,2	149,8	151	156
Einnahmen	145,9	148,0	144,0	144,6	141,4	146 ½	151
Finanzierungssaldo	2,2	1,9	- 3,9	- 4,6	- 8,4	- 5	- 5
	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						
<b>Öffentlicher Gesamthaushalt</b>							
Ausgaben	2,9	0,3	0,7	1,0	1,4	½	½
Einnahmen	3,4	- 0,9	- 1,6	- 0,7	- 0,5	- ½	4 ½
darunter:							
Bund							
Ausgaben	5,7	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- ½	- ½
Einnahmen	7,8	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2 ½	9 ½
Länder							
Ausgaben	0,7	1,8	1,8	0,7	0,6	½	½
Einnahmen	3,3	0,9	- 4,6	- 0,7	- 0,3	2 ½	0
Gemeinden							
Ausgaben	0,9	1,6	1,3	0,9	0,4	1	3
Einnahmen	0,9	1,4	- 2,7	0,4	- 2,2	3 ½	3

<sup>1</sup> Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.

<sup>2</sup> 2001, 2002, 2003: vorläufiges Ist-Ergebnis; 2004, 2005: Schätzung.

<sup>3</sup> Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Finanzplanungsrat November 2004.

## 6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1999 bis 2005

	1999	2000	2001 <sup>2</sup>	2002 <sup>2</sup>	2003 <sup>2</sup>	2004 <sup>2</sup>	2005 <sup>2</sup>
	Anteile in %						
<b>Finanzierungssaldo</b>							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 1,4	- 1,7	- 2,3	- 2,7	- 3,2	- 3 ½	- 2 ½
darunter:							
Bund	- 1,3	- 1,2	- 1,1	- 1,6	- 1,8	- 2	- 1
Länder	- 0,4	- 0,5	- 1,2	- 1,4	- 1,5	- 1	- 1
Gemeinden	0,1	0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,4	- 0	0
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 4,5	- 5,7	- 7,8	- 9,4	- 11,1	- 12	- 8 ½
darunter:							
Bund	- 10,6	- 9,8	- 9,4	- 13,1	- 15,3	- 17	- 9
Länder	- 3,4	- 4,1	- 10,1	- 11,4	- 12,2	- 10	- 10 ½
Gemeinden	1,5	1,3	- 2,6	- 3,1	- 5,6	- 3	- 3 ½
<b>Ausgaben in % des BIP (nominal)</b>							
Öffentlicher Gesamthaushalt	30,2	29,5	29,1	28,9	29,1	28 ½	28
darunter:							
Bund	12,5	12,0	11,7	11,8	12,1	11 ½	11 ½
Länder	12,5	12,4	12,3	12,2	12,2	12	11 ½
Gemeinden	7,3	7,2	7,1	7,1	7,0	7	7
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote <sup>3</sup>	22,9	23,0	21,5	21,0	20,8	20 ½	20

<sup>1</sup> Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastenteilungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.

<sup>2</sup> 2001, 2002, 2003: vorläufiges Ist-Ergebnis; 2004, 2005: Schätzung.

<sup>3</sup> Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.  
Stand: Finanzplanungsrat November 2004.

## 7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2005 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	1996	1997
Ist-Ergebnisse									
<b>I. Gesamtübersicht</b>									
<b>Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>42,1</b>	<b>80,2</b>	<b>110,3</b>	<b>131,5</b>	<b>194,4</b>	<b>237,6</b>	<b>232,9</b>	<b>225,9</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	.	- 1,4	- 2,0	- 3,0
<b>Einnahmen</b>	Mrd.€	<b>42,6</b>	<b>63,3</b>	<b>96,2</b>	<b>119,8</b>	<b>169,8</b>	<b>211,7</b>	<b>192,8</b>	<b>193,5</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	.	- 1,5	- 9,0	0,4
<b>Finanzierungssaldo</b>	Mrd.€	<b>0,6</b>	<b>- 16,9</b>	<b>- 14,1</b>	<b>- 11,6</b>	<b>- 24,6</b>	<b>- 25,8</b>	<b>- 40,1</b>	<b>- 32,5</b>
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 40,0	- 32,6
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	- 1,2	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	-	-	-	-	-	-	-
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>									
<b>Personalausgaben</b>	Mrd.€	<b>6,6</b>	<b>13,0</b>	<b>16,4</b>	<b>18,7</b>	<b>22,1</b>	<b>27,1</b>	<b>27,0</b>	<b>26,8</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	- 0,1	- 0,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	11,6	11,9
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	24,3	21,5	19,8	19,1	.	14,4	14,3	16,2
<b>Zinsausgaben</b>	Mrd.€	<b>1,1</b>	<b>2,7</b>	<b>7,1</b>	<b>14,9</b>	<b>17,5</b>	<b>25,4</b>	<b>26,0</b>	<b>27,3</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	- 6,2	2,3	4,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	11,2	12,1
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	35,1	35,9	47,6	52,3	.	38,7	39,0	40,6
<b>Investive Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>7,2</b>	<b>13,1</b>	<b>16,1</b>	<b>17,1</b>	<b>20,1</b>	<b>34,0</b>	<b>31,2</b>	<b>28,8</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	- 4,4	- 0,5	8,4	8,8	- 8,3	- 7,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	13,4	12,8
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	34,4	35,4	32,0	36,1	.	37,0	36,1	35,2
<b>Steuereinnahmen<sup>1</sup></b>	Mrd.€	<b>40,2</b>	<b>61,0</b>	<b>90,1</b>	<b>105,5</b>	<b>132,3</b>	<b>187,2</b>	<b>173,1</b>	<b>169,3</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	- 3,4	- 7,5	- 2,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	74,3	74,9
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	89,8	87,5
Anteil am gesamten Steuer- aufkommen <sup>3</sup>	%	54,0	49,2	48,3	47,2	.	44,9	42,3	41,5
<b>Nettokreditaufnahme</b>	Mrd.€	<b>- 0,0</b>	<b>- 15,3</b>	<b>- 13,9</b>	<b>- 11,4</b>	<b>- 23,9</b>	<b>- 25,6</b>	<b>- 40,0</b>	<b>- 32,6</b>
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	17,2	14,4
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0	.	75,3	128,3	113,0
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3, 4</sup>	%	0,0	55,8	50,4	55,3	.	51,2	70,4	64,3
<b>nachrichtlich: Schuldenstand<sup>3</sup></b>									
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	59,2	129,4	236,6	386,8	536,2	1 010,4	1 070,4	1 119,1
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	153,4	200,6	277,2	385,7	426,0	459,7

<sup>1</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>2</sup> Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

<sup>3</sup> Stand Finanzplanungsrat Juni 2005.

<sup>4</sup> Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

## 7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2005 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Ist-Ergebnisse									
<b>I. Gesamtübersicht</b>									
<b>Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>233,6</b>	<b>246,9</b>	<b>244,4</b>	<b>243,1</b>	<b>249,3</b>	<b>256,7</b>	<b>251,6</b>	<b>259,8</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	3,4	5,7	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3
<b>Einnahmen</b>	Mrd.€	<b>204,7</b>	<b>220,6</b>	<b>220,5</b>	<b>220,2</b>	<b>216,6</b>	<b>217,5</b>	<b>211,8</b>	<b>228,4</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	5,8	7,8	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8
<b>Finanzierungssaldo</b>	Mrd.€	<b>- 28,9</b>	<b>- 26,2</b>	<b>- 23,9</b>	<b>- 22,9</b>	<b>- 32,7</b>	<b>- 39,2</b>	<b>- 39,8</b>	<b>- 31,4</b>
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 28,9	- 26,1	- 23,8	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,1	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 0,2
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-
<b>II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten</b>									
<b>Personalausgaben</b>	Mrd.€	<b>26,7</b>	<b>27,0</b>	<b>26,5</b>	<b>26,8</b>	<b>27,0</b>	<b>27,2</b>	<b>26,8</b>	<b>26,4</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 0,7	1,2	- 1,7	1,1	0,7	0,9	- 1,8	- 1,4
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,4	10,9	10,8	11,0	10,8	10,6	10,6	10,1
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	16,1	16,1	15,7	15,9	15,7	15,8	15,5	-
<b>Zinsausgaben</b>	Mrd.€	<b>28,7</b>	<b>41,1</b>	<b>39,1</b>	<b>37,6</b>	<b>37,1</b>	<b>36,9</b>	<b>36,3</b>	<b>37,4</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	5,2	43,1	- 4,7	- 3,9	- 1,5	- 0,5	- 1,6	3,0
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,3	16,6	16,0	15,5	14,9	14,4	14,4	14,4
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	42,1	58,9	58,0	56,8	56,3	56,4	54,5	-
<b>Investive Ausgaben</b>	Mrd.€	<b>29,2</b>	<b>28,6</b>	<b>28,1</b>	<b>27,3</b>	<b>24,1</b>	<b>25,7</b>	<b>22,4</b>	<b>23,8</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	1,3	- 2,0	- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9	- 13,0	6,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,5	11,6	11,5	11,2	9,7	10,0	8,9	9,1
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	35,5	35,7	35,0	34,2	33,2	36,6	31,7	-
<b>Steuereinnahmen<sup>1</sup></b>	Mrd.€	<b>174,6</b>	<b>192,4</b>	<b>198,8</b>	<b>193,8</b>	<b>192,0</b>	<b>191,9</b>	<b>187,0</b>	<b>190,1</b>
Veränderung gegen Vorjahr	%	3,1	10,2	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,1	- 2,5	1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	74,7	77,9	81,3	79,7	77,0	74,7	74,3	73,2
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	85,3	87,2	90,1	88,0	88,7	88,2	88,3	83,2
Anteil am gesamten Steueraufkommen <sup>3</sup>	%	41,0	42,5	42,5	43,4	43,5	43,4	42,3	-
<b>Nettokreditaufnahme</b>	Mrd.€	<b>- 28,9</b>	<b>- 26,1</b>	<b>- 23,8</b>	<b>- 22,8</b>	<b>- 31,9</b>	<b>- 38,6</b>	<b>- 39,5</b>	<b>- 31,2</b>
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,4	10,6	9,7	9,4	12,8	15,1	15,7	12,0
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	98,8	91,2	84,4	83,7	132,4	150,2	176,7	131,3
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts <sup>3, 4</sup>	%	88,6	82,3	62,0	57,8	61,6	56,4	53,4	-
<b>nachrichtlich: Schuldenstand<sup>3</sup></b>									
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	1 153,4	1 183,1	1 198,2	1 203,9	1 253,2	1 325,7	1 395,0	-
darunter: Bund	Mrd.€	488,0	708,3	715,6	697,3	719,4	760,5	803,0	-

<sup>1</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

<sup>2</sup> Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

<sup>3</sup> Stand Finanzplanungsrat Juni 2005.

<sup>4</sup> Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

## 8 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten<sup>1</sup> (Steuer- und Sozialbeitrageinnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen <sup>2</sup>		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,5	35,6	22,4	33,5
1975	23,5	39,1	23,1	37,9
1976	24,2	40,4	23,4	38,9
1977	25,1	41,2	24,5	39,8
1978	24,6	40,5	24,4	39,4
1979	24,4	40,4	24,3	39,3
1980	24,5	40,7	24,3	39,7
1981	23,6	40,4	23,7	39,5
1982	23,3	40,4	23,3	39,4
1983	23,2	39,9	23,2	39,0
1984	23,3	40,1	23,2	38,9
1985	23,5	40,3	23,4	39,2
1986	22,9	39,7	22,9	38,7
1987	22,9	39,8	22,9	38,8
1988	22,7	39,4	22,7	38,5
1989	23,3	39,8	23,4	39,0
1990	22,1	38,2	22,7	38,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,4	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,2	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,8
1995	21,9	40,3	22,5	40,2
1996	22,4	41,4	21,8	39,9
1997	22,2	41,4	21,3	39,5
1998	22,7	41,7	21,7	39,5
1999	23,8	42,5	22,5	40,2
2000	24,2	42,5	22,7	40,0
2001 <sup>3</sup>	22,6	40,8	21,1	38,3
2002 <sup>3</sup>	22,3	40,4	20,6	37,8
2003 <sup>3</sup>	22,3	40,5	20,4	37,6
2004 <sup>3</sup>	21,7	39,6	20,0	36,8

<sup>1</sup> Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

<sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

<sup>3</sup> Vorläufige Ergebnisse; Stand: August 2005.

## 9 Entwicklung der öffentlichen Schulden

	2001	2002	2003	2004
	<b>in Mrd. €<sup>1</sup></b>			
Öffentliche Haushalte insgesamt <sup>2</sup>	1 203,9	1 253,2	1 325,7	1 395,0
darunter:				
Bund	697,3	719,4	760,5	803,0
Länder	357,7	384,7	415,0	442,9
Gemeinden <sup>3</sup>	89,8	89,8	91,5	91,8
Sonderrechnungen des Bundes	59,1	59,2	58,8	57,3
	<b>in % der Gesamtschulden</b>			
Bund	57,9	57,4	57,4	57,6
Länder	29,7	30,7	31,3	31,8
Gemeinden <sup>3</sup>	7,5	7,2	6,9	6,6
Sonderrechnungen des Bundes	4,9	4,7	4,4	4,1
	<b>in % des BIP</b>			
Öffentliche Haushalte insgesamt <sup>2</sup>	57,0	58,4	61,3	63,0
darunter				
Bund	33,0	33,5	35,2	36,2
Länder	16,9	17,9	19,2	20,0
Gemeinden <sup>3</sup>	4,3	4,2	4,2	4,1
Sonderrechnungen des Bundes	2,8	2,8	2,7	2,6
<b>nachrichtlich</b>	<b>in % des BIP</b>			
Maastricht-Kriterium „Schuldenstand“	58,3	59,8	63,2	64,9

<sup>1</sup> Schuldenstand jeweils am Stichtag 31. Dezember; „Kreditmarktschulden im weiteren Sinn“ (einschließlich Ausgleichsforderungen; ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten, innere Darlehen, Kassenverstärkungskredite, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen).

<sup>2</sup> Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Gemeindeverbände, Sonderrechnungen, Zweckverbände.

<sup>3</sup> Ohne Schulden der Krankenhäuser und Eigenbetriebe.

Stand: Finanzplanungsrat Juni 2005.

## 10 Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

Steueraufkommen					
Jahr	insgesamt	davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	%	%
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005 <sup>2</sup>	447,9	215,4	232,5	48,1	51,9
2006 <sup>2</sup>	457,4	221,5	236,0	48,4	51,6

<sup>1</sup> Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind:

Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

<sup>2</sup> Steuerschätzung vom 2. bis 3. November 2005.

Stand: November 2005.



11 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden<sup>1</sup>

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
<b>Deutschland</b>	- 2,9	- 1,1	- 2,0	- 3,3	- 1,2	- 3,8	- 4,1	- 3,7	- 3,9	- 3,7	- 3,3
Belgien	- 9,5	-10,2	- 6,8	- 4,5	0,1	0,0	0,1	0,0	0,0	- 0,3	- 0,5
Dänemark	- 2,3	- 1,4	- 1,3	- 2,0	3,3	1,4	1,2	2,9	3,7	3,0	2,7
Griechenland	-	-	-15,7	-10,2	- 4,1	- 4,9	- 5,7	- 6,6	- 3,7	- 3,8	- 3,8
Spanien	-	-	-	- 6,6	- 1,0	- 0,3	0,0	- 0,1	0,2	0,1	- 0,4
Frankreich	0,0	- 3,0	- 2,1	- 5,5	- 1,4	- 3,2	- 4,1	- 3,7	- 3,2	- 3,5	- 3,5
Irland	-	-10,8	- 2,8	- 2,1	4,4	- 0,6	0,2	1,4	- 0,4	- 0,3	- 0,1
Italien	- 7,1	-12,7	-11,8	- 7,6	- 2,0	- 2,7	- 3,2	- 3,2	- 4,3	- 4,2	- 4,6
Luxemburg	-	-	4,8	2,6	6,1	2,1	0,2	- 1,2	- 2,3	- 2,0	- 2,2
Niederlande	- 3,9	- 3,5	- 5,2	- 4,0	1,4	- 2,0	- 3,2	- 2,1	- 1,8	- 1,9	- 1,5
Österreich	- 1,6	- 2,8	- 2,4	- 5,7	- 1,9	- 0,4	- 1,2	- 1,0	- 1,9	- 1,8	- 1,4
Portugal	- 7,3	- 8,8	- 6,4	- 5,3	- 3,2	- 2,8	- 2,9	- 3,0	- 6,0	- 5,0	- 4,8
Finnland	3,9	3,5	5,5	- 3,9	7,1	4,3	2,5	2,1	1,9	1,9	1,8
Schweden	-	-	-	- 7,0	5,1	- 0,3	0,2	1,6	1,4	0,8	1,1
Vereinigtes Königreich	- 3,2	- 2,9	- 1,6	- 5,8	1,4	- 1,7	- 3,3	- 3,2	- 3,4	- 3,3	- 3,0
Euro-Zone	-	-	-	- 5,0	- 1,0	- 2,5	- 3,0	- 2,7	- 2,9	- 2,8	- 2,8
EU-15	-	-	-	- 5,1	- 0,2	- 2,2	- 2,9	- 2,6	- 2,7	- 2,7	- 2,6
Estland	-	-	-	0,4	- 0,6	1,5	2,6	1,7	1,1	0,6	0,4
Lettland	-	-	6,9	- 2,0	- 2,8	- 2,3	- 1,2	- 0,9	- 1,2	- 1,5	- 1,5
Litauen	-	-	-	- 1,9	- 3,5	- 1,4	- 1,2	- 1,4	- 2,0	- 1,8	- 1,6
Malta	-	-	-	-	- 6,3	- 5,8	-10,4	- 5,1	- 4,2	- 3,0	- 2,5
Polen	-	-	-	- 2,3	- 1,6	- 3,3	- 4,8	- 3,9	- 3,6	- 3,6	- 3,4
Slowakei	-	-	-	- 0,9	-12,3	- 7,8	- 3,8	- 3,1	- 4,1	- 3,0	- 2,5
Slowenien	-	-	-	-	- 3,5	- 2,7	- 2,7	- 2,1	- 1,7	- 1,9	- 1,6
Tschechien	-	-	-	-13,4	- 3,7	- 6,8	-12,5	- 3,0	- 3,2	- 3,7	- 3,3
Ungarn	-	-	-	-	- 3,0	- 8,5	- 6,5	- 5,4	- 6,1	- 6,7	- 6,9
Zypern	-	-	-	-	- 2,4	- 4,5	- 6,3	- 4,1	- 2,8	- 2,8	- 2,4
EU-25	-	-	-	-	-	- 2,4	- 3,0	- 2,6	- 2,7	- 2,7	- 2,7
Japan	- 4,5	- 1,4	2,1	- 4,7	- 7,5	- 7,9	- 7,7	- 7,0	- 6,5	- 6,1	- 5,8
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,3	- 3,2	1,6	- 3,8	- 5,0	- 4,7	- 3,9	- 4,7	- 4,9

– = keine Angaben

<sup>1</sup> Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2005.

Für die Jahre 2002 bis 2007: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2005 (ohne UMTS-Erlöse).

Stand: November 2005.

## 12 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
<b>Deutschland</b>	<b>31,2</b>	<b>40,7</b>	<b>42,3</b>	<b>56,6</b>	<b>59,9</b>	<b>61,2</b>	<b>64,8</b>	<b>66,4</b>	<b>68,6</b>	<b>70,0</b>	<b>71,4</b>
Belgien	74,1	115,2	125,7	133,4	109,3	105,8	100,4	96,2	94,9	91,1	88,1
Dänemark	39,1	75,0	62,0	73,3	52,3	47,6	45,0	43,2	36,0	33,0	31,5
Griechenland	25,0	53,6	79,6	108,7	114,0	111,6	108,8	109,3	107,9	106,8	106,0
Spanien	16,4	41,4	42,6	63,9	59,9	53,2	49,4	46,9	44,2	41,9	40,7
Frankreich	20,8	30,3	35,3	55,7	57,2	58,8	63,2	65,1	66,5	67,1	68,0
Irland	69,0	100,5	93,1	81,9	38,4	32,4	31,5	29,8	29,0	28,7	28,2
Italien	58,2	82,3	97,2	124,3	111,4	108,3	106,8	106,5	108,6	108,3	107,9
Luxemburg	11,3	11,7	5,4	6,7	5,5	6,8	6,7	6,6	6,8	7,0	7,3
Niederlande	44,0	67,5	73,7	75,2	54,4	51,3	52,6	53,1	54,0	54,2	53,8
Österreich	35,4	48,1	56,1	68,8	66,7	66,7	65,1	64,3	64,3	64,2	63,6
Portugal	30,6	58,4	55,3	62,0	51,2	56,1	57,7	59,4	65,9	69,8	72,1
Finnland	11,4	16,1	14,1	57,1	44,6	42,3	45,2	45,1	42,8	41,5	40,6
Schweden	40,0	61,9	42,0	73,7	52,8	52,4	52,0	51,1	50,6	49,4	47,8
Vereinigtes Königreich	53,2	52,7	34,0	51,8	41,9	38,2	39,7	41,5	43,1	44,3	45,1
Euro-Zone	33,9	50,8	57,3	73,5	70,1	69,2	70,4	70,8	71,7	71,7	71,8
EU-15	–	–	–	70,7	63,9	62,5	64,0	64,3	65,1	65,2	65,3
Estland	–	–	–	–	4,7	5,8	6,0	5,5	5,1	4,0	3,1
Lettland	–	–	–	–	12,9	14,2	14,6	14,7	12,8	13,0	13,2
Litauen	–	–	–	–	23,6	22,4	21,4	19,6	20,7	20,2	19,6
Malta	–	–	–	–	57,2	63,2	72,8	75,9	77,2	77,4	77,1
Polen	–	–	–	–	36,8	41,2	45,3	43,6	46,3	47,0	47,3
Slowakei	–	–	–	–	49,9	43,7	43,1	42,5	36,7	38,2	38,5
Slowenien	–	–	–	–	27,4	29,8	29,4	29,8	29,3	29,5	29,2
Tschechien	–	–	–	–	18,2	29,8	36,8	36,8	36,2	36,6	36,9
Ungarn	–	–	–	–	55,4	55,5	57,4	57,4	57,2	58,0	59,2
Zypern	–	–	–	–	59,9	65,2	69,8	72,0	70,4	69,1	67,4
EU-25	–	–	–	–	62,7	61,4	63,0	63,4	64,1	64,2	64,3
Japan	55,0	72,1	68,6	87,1	134,0	149,4	154,6	157,6	161,9	165,2	166,9
USA	45,7	59,5	67,2	74,8	58,6	60,7	63,2	63,8	66,6	69,0	–

– = keine Angaben

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1990 und 2002 bis 2007: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2005.

Für die Jahre 1995 und 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2005.

Für USA und Japan (alle Jahre): EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2005.

Stand: November 2005.

## 13 Steuerquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2002	2003	2004
<b>Deutschland<sup>2,3</sup></b>	<b>22,5</b>	<b>24,6</b>	<b>22,3</b>	<b>22,7</b>	<b>22,7</b>	<b>21,1</b>	<b>21,1</b>	<b>20,4</b>
Belgien	24,8	30,2	28,8	30,1	31,5	31,6	31,0	31,5
Dänemark	37,7	43,2	46,7	48,5	48,3	47,5	47,1	48,4
Finnland	29,1	27,8	33,0	31,8	35,9	33,6	32,8	32,4
Frankreich	21,5	23,1	23,6	24,5	28,4	27,3	27,0	27,5
Griechenland	15,7	16,2	20,5	21,9	26,4	24,4	22,8	–
Irland	26,4	26,9	28,5	28,1	27,9	24,4	25,3	25,7
Italien	16,2	18,9	26,1	28,2	30,8	30,0	30,4	29,5
Japan	15,3	18,0	21,4	17,7	17,2	15,9	15,6	–
Kanada	27,8	27,7	31,5	30,6	30,8	28,9	28,6	28,0
Luxemburg	19,1	29,1	29,8	31,1	30,2	29,9	29,8	29,3
Niederlande	23,1	27,0	26,9	24,4	25,2	25,3	24,7	24,8
Norwegen	28,9	33,5	30,6	31,5	34,2	33,8	33,5	35,2
Österreich	25,3	26,9	26,6	26,3	28,1	29,1	28,6	28,3
Polen	–	–	–	25,8	23,0	23,3	20,0	–
Portugal	14,7	17,0	21,3	23,5	25,5	25,2	25,3	–
Schweden	32,8	33,6	38,7	35,1	39,1	35,0	35,8	36,2
Schweiz	17,0	19,8	19,9	20,3	23,1	22,4	22,0	22,2
Slowakei	–	–	–	–	20,6	19,5	18,7	18,4
Spanien	9,9	11,5	20,8	20,3	22,6	22,6	22,5	22,9
Tschechien	–	–	–	22,0	20,1	20,7	21,3	21,3
Ungarn	–	–	–	27,3	27,6	27,1	26,8	26,3
USA	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	19,4	18,8	18,7
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	30,3	28,9	31,1	29,6	29,0	29,4

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

<sup>2</sup> Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

<sup>3</sup> 1970–1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 – 2004, Paris 2005.

Stand: Oktober 2005.

## 14 Abgabenquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2002	2003	2004
<b>Deutschland<sup>2,3</sup></b>	<b>32,3</b>	<b>37,5</b>	<b>35,7</b>	<b>37,2</b>	<b>37,2</b>	<b>35,4</b>	<b>35,5</b>	<b>34,6</b>
Belgien	34,8	42,4	43,2	44,8	45,7	46,2	45,4	45,6
Dänemark	39,2	43,9	47,7	49,5	50,1	48,7	48,3	49,6
Finnland	32,0	36,2	44,3	46,0	48,0	45,8	44,8	44,3
Frankreich	33,7	40,2	42,2	42,9	44,4	43,4	43,4	43,7
Griechenland	22,4	24,2	29,3	32,4	38,2	37,1	35,7	–
Irland	28,8	31,4	33,5	32,8	32,2	28,7	29,7	30,2
Italien	26,1	30,4	38,9	41,2	43,2	42,5	43,1	42,2
Japan	19,6	25,4	29,1	26,7	26,5	25,8	25,3	–
Kanada	30,8	30,9	35,9	35,6	35,6	34,0	33,8	33,0
Luxemburg	26,8	40,8	40,8	42,3	40,6	41,3	41,3	40,6
Niederlande	35,6	43,6	42,9	41,9	41,2	39,2	38,8	39,3
Norwegen	34,4	42,5	41,5	41,1	43,2	43,8	43,4	44,9
Österreich	33,9	39,0	39,6	41,1	42,6	43,6	43,1	42,9
Polen	–	–	–	37,0	32,5	34,7	34,2	–
Portugal	19,4	24,1	29,2	33,6	36,4	36,5	37,1	–
Schweden	38,5	47,3	53,2	48,5	53,9	50,1	50,6	50,7
Schweiz	22,2	28,5	26,0	27,8	30,5	30,1	29,5	29,4
Slowakei	–	–	–	–	34,3	33,0	31,1	30,8
Spanien	15,8	22,4	32,1	31,8	34,8	34,8	34,9	35,1
Tschechien	–	–	–	37,5	36,0	37,0	37,7	37,6
Ungarn	–	–	–	42,4	39,0	38,8	38,5	37,7
USA	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	26,3	25,6	25,4
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	36,5	35,1	37,5	35,6	35,6	36,1

<sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

<sup>2</sup> Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

<sup>3</sup> 1970–1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965–2004, Paris 2005.

Stand: Oktober 2005.

## 15 Entwicklung der EU-Haushalte von 2001 bis 2006

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
<b>Ausgabenseite</b>						
a) Ausgaben insgesamt (in Mrd. €)	79,99	85,14	90,56	100,14	105,68	111,97
davon:						
Agrarpolitik	41,53	43,52	44,38	43,58	48,46	50,99
Strukturpolitik	22,46	23,50	28,53	34,20	32,40	35,64
Interne Politiken	5,30	6,57	5,67	7,26	8,02	8,89
Externe Politiken	4,23	4,42	4,29	4,61	5,48	5,37
Verwaltungsausgaben	4,86	5,21	5,30	5,86	6,29	6,66
Reserven	0,21	0,17	0,15	0,18	0,44	0,46
Heranführungsstrategien	1,40	1,75	2,24	3,05	3,29	2,89
Ausgleichszahlungen				1,41	1,30	1,07
b) Zuwachsraten (in %)						
Ausgaben insgesamt	– 4,1	6,4	6,4	10,6	5,5	6,0
davon:						
Agrarpolitik	2,5	4,8	2,0	– 1,8	11,2	5,2
Strukturpolitik	– 18,6	4,6	21,4	19,9	– 5,3	10,0
Interne Politiken	– 1,3	24,0	– 13,7	28,0	10,5	10,8
Externe Politiken	10,2	4,5	9,5	7,5	18,9	– 2,0
Verwaltungsausgaben	2,5	7,2	1,7	10,6	7,3	5,9
Reserven	10,5	– 19,0	– 11,8	20,0	144,4	4,5
Heranführungsstrategie	16,7	25,0	54,9	36,2	7,9	– 12,2
Ausgleichszahlungen					– 7,8	– 17,7
c) Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):						
Agrarpolitik	51,9	51,1	49,0	43,5	45,9	45,5
Strukturpolitik	28,1	27,6	31,5	34,2	30,7	31,8
Interne Politiken	6,6	7,7	6,3	7,2	7,6	7,9
Externe Politiken	5,3	5,2	4,7	4,6	5,2	4,8
Verwaltungsausgaben	6,1	6,1	5,9	5,9	6,0	5,9
Reserven	0,3	0,2	0,2	0,2	0,4	0,4
Heranführungsstrategie	1,8	2,1	2,5	3,0	3,1	2,6
Ausgleichszahlungen				1,4	1,2	1,0
<b>Einnahmenseite</b>						
a) Einnahmen insgesamt (in Mrd. €)	94,28	94,08	93,47	103,51	105,68	111,97
davon:						
Zölle	12,83	9,50	9,46	10,59	12,03	12,91
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,82	1,49	1,39	1,71	1,91	1,32
MwSt-Eigenmittel	30,69	22,69	21,82	13,53	15,56	15,88
BSP/BNE-Eigenmittel	34,46	45,85	50,62	69,21	68,88	80,56
b) Zuwachsraten (in %)						
Einnahmen insgesamt	1,7	– 0,2	– 0,6	10,7	2,1	6,0
davon:						
Zölle	– 2,1	– 26,0	– 0,4	11,9	13,6	7,3
Agrarzölle und Zuckerabgaben	– 15,7	– 18,1	– 6,7	23,0	11,7	– 30,9
MwSt-Eigenmittel	– 12,8	– 26,1	– 3,8	– 38,0	15,0	2,1
BSP/BNE-Eigenmittel	– 8,3	33,1	10,4	36,7	– 0,5	17,0
c) Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen):						
Zölle	13,6	10,1	10,1	10,2	11,4	11,5
Agrarzölle und Zuckerabgaben	1,9	1,6	1,5	1,7	1,8	1,2
MwSt-Eigenmittel	32,6	24,1	23,3	13,1	14,7	14,2
BSP/BNE-Eigenmittel	36,6	48,7	54,2	66,9	65,2	71,9

### Bemerkungen:

1996 bis 2004: Ist-Angaben gem. EU-Haushaltsrechnung und ERH-Jahresbericht.

2005: EU-Haushalt einschl. Nachtrags- und Berichtigungshaushalte Nr. 1–8.

2006: Endgültige Feststellung vom 15. Dezember 2005.

Stand: Februar 2006.

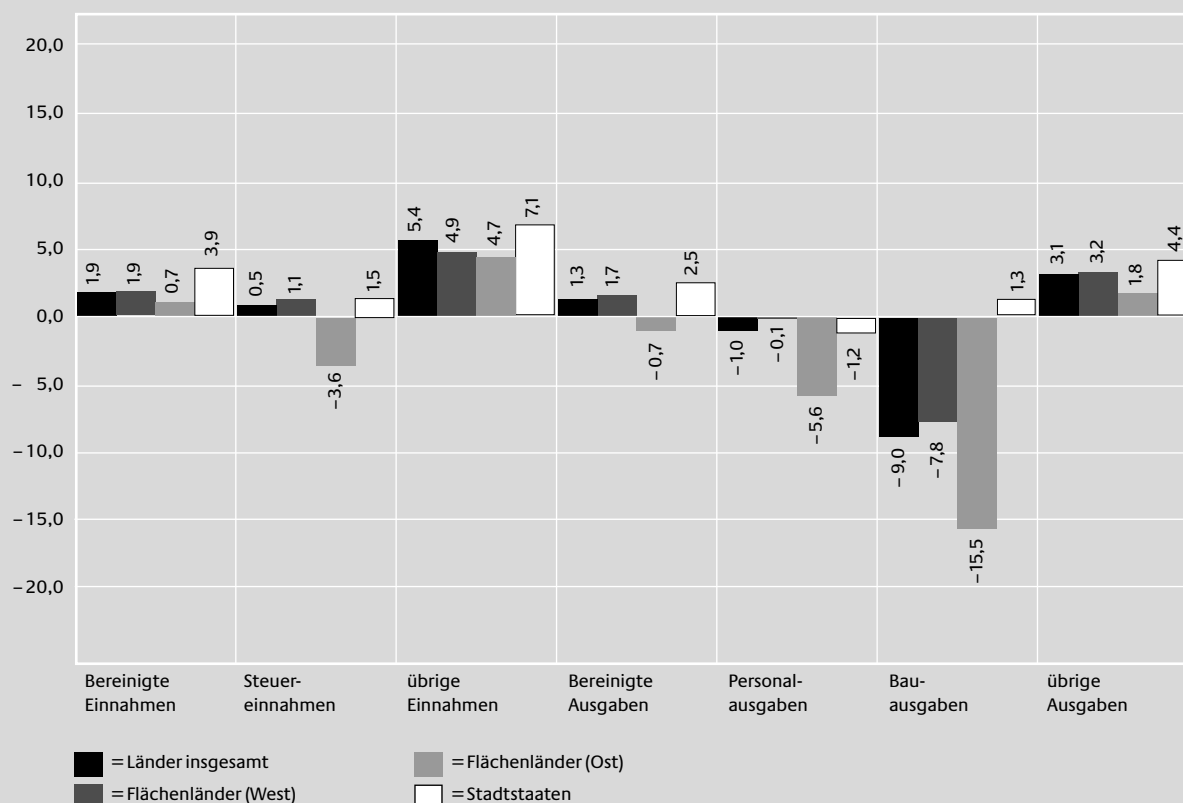
# Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

## 1 Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2005 im Vergleich zum Jahressoll 2005

in Mio. €	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
<b>Bereinigte Einnahmen</b>	<b>159 604</b>	<b>161 947</b>	<b>49 179</b>	<b>48 261</b>	<b>28 726</b>	<b>30 768</b>	<b>232 166</b>	<b>235 387</b>
darunter:								
Steuereinnahmen	122 777	124 164	22 774	22 475	17 363	17 306	162 913	163 945
übrige Einnahmen	36 827	37 783	26 406	25 786	11 364	13 463	69 253	71 442
<b>Bereinigte Ausgaben</b>	<b>177 224</b>	<b>178 269</b>	<b>52 915</b>	<b>51 409</b>	<b>34 463</b>	<b>35 432</b>	<b>259 259</b>	<b>259 520</b>
darunter:								
Personalausgaben	72 200	72 239	13 068	12 802	11 619	11 293	96 888	96 334
Bauausgaben	2 459	2 161	1 581	1 350	887	730	4 927	4 240
übrige Ausgaben	102 565	103 870	38 265	37 257	21 957	23 410	157 445	158 947
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>- 17 615</b>	<b>- 16 322</b>	<b>- 3 736</b>	<b>- 3 147</b>	<b>- 5 724</b>	<b>- 4 664</b>	<b>- 27 074</b>	<b>- 24 133</b>

## 2 Entwicklung der Länderhaushalte bis Dezember 2005

Veränderungsraten im Vergleich zum Vorjahr in %



### 3 Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Dezember 2005; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Dezember 2004			November 2005			Dezember 2005		
		Bund	Länder <sup>3</sup>	Ins- gesamt	Bund	Länder	Ins- gesamt	Bund	Länder	Ins- gesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>211 835</b>	<b>230 997</b>	<b>427 261</b>	<b>193 976</b>	<b>202 678</b>	<b>381 420</b>	<b>228 409</b>	<b>235 387</b>	<b>446 729</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	187 005	163 204	350 208	158 365	142 394	300 758	190 150	163 945	354 094
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	–	–	–	–	–	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	231 885 <sup>4</sup>	76 002	307 887	207 594 <sup>4</sup>	76 532	284 127	230 545 <sup>4</sup>	80 843	311 388
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>251 594</b>	<b>256 160</b>	<b>492 184</b>	<b>246 909</b>	<b>233 506</b>	<b>465 181</b>	<b>259 849</b>	<b>259 520</b>	<b>502 302</b>
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	26 758	97 282	124 040	24 668	90 595	115 262	26 372	96 334	122 705
122	Bausubstanz	5 466	4 661	10 127	4 643	3 291	7 934	5 779	4 240	10 019
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	– 15	– 15	–	– 183	– 183	–	– 181	– 181
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	192 486	53 060	245 547	180 125	55 421	235 546	199 482	59 425	258 908
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>– 39 760</b>	<b>– 25 163</b>	<b>– 64 922</b>	<b>– 52 932</b>	<b>– 30 828</b>	<b>– 83 761</b>	<b>– 31 440</b>	<b>– 24 133</b>	<b>– 55 573</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	0
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	0
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–	0
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/Landeshauptkassen <sup>2</sup>	39 760	21 081	60 841	27 758	20 718	48 476	31 440	21 244	52 685
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–	–	–	–	–	–	–	0
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	– 1 563	– 1 563	–	– 1 161	– 1 161	–	– 1 161	– 1 161
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	–	8 262	8 262	13 936	8 452	22 388	0	7 270	7 270
32	Vorschüsse	–	10 230	10 230	–	6 969	6 969	–	7 917	7 917
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	–	4 009	4 009	–	5 146	5 146	–	5 432	5 432
34	Saldo (31–32+33)	–	2 041	2 041	13 936	6 629	20 565	0	4 785	4 785
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	0	– 3 603	– 3 603	– 11 239	– 4 643	– 15 881	0	735	735
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	5 747	5 747	11 239	4 265	15 504	–	3 186	3 186
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	335	335	–	–	–
56	Zusammen	–	5 747	5 747	11 239	4 600	15 839	–	3 186	3 186
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	2 144	2 144	0	– 43	– 43	0	3 921	3 921
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit <sup>5</sup>	–	683	683	–	431	431	–	664	664
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	971	971	–	1 647	1 647	–	2 006	2 006

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. <sup>1</sup>In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern. <sup>2</sup>Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. <sup>3</sup>Einschl. der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland. <sup>4</sup>Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung. <sup>5</sup>Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.  
Stand: Februar 2006.

## 4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2005; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklbg.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>29 915,6</b>	<b>33 154,9<sup>6</sup></b>	<b>9 152,2</b>	<b>17 033,5</b>	<b>6 575,0</b>	<b>19 014,2</b>	<b>43 814,7</b>	<b>10 541,2</b>	<b>2 464,8</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	22 228,0	25 943,4	4 326,6	13 119,2	2 864,9	14 121,4	34 700,7 <sup>7</sup>	7 168,9	1 855,8
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	550,4	–	417,9	343,6	–	271,9	100,9
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	6 764,5	4 029,3	1 592,2	3 217,5	1 542,9	7 708,5	20 795,0	5 407,4	1 271,4
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>									
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>31 610,4</b>	<b>34 365,4<sup>6</sup></b>	<b>9 664,3</b>	<b>17 621,5</b>	<b>6 944,0</b>	<b>21 781,5</b>	<b>50 589,6</b>	<b>11 427,5</b>	<b>3 372,2</b>
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	12 807,7	14 795,3	2 094,6	6 771,3	1 788,1	8 393,5 <sup>3</sup>	20 261,8 <sup>3</sup>	4 660,9	1 282,5
122	Baus Ausgaben	382,6	839,2	178,9	364,7	233,6	119,0	198,7	61,7	85,8
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	2 309,0	2 159,0	–	1 298,0	–	–	460,9	–	–
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	5 078,1	2 193,2	1 759,3	2 680,6	1 333,5	6 017,6	14 911,6	4 377,0	651,7
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>– 1 694,8</b>	<b>– 1 210,5<sup>6</sup></b>	<b>– 512,1</b>	<b>– 588,0</b>	<b>– 369,0</b>	<b>– 2 767,3</b>	<b>– 6 774,8</b>	<b>– 886,3</b>	<b>– 907,4</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse <sup>2</sup>	1 695,0	2 067,6	23,3	566,3	214,3	1 542,3	5 888,5	905,7	757,7
<b>2</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)</b>									
21	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
22		–	– 762,1	–	0,1	–	–	–	–	–
<b>3</b>	<b>Verwahrungen, Vorschüsse usw.</b>									
31	Verwahrungen	1 569,6	1 724,1	210,0	502,9	– 44,7	476,8	1 788,8	789,8	66,2
32	Vorschüsse	510,8	4 552,3	11,5	51,3	0,6	605,2	272,4	807,2	4,5
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	113,5	2 413,2	–	177,6	139,6	713,8	593,2	– 1,3	5,2
34	Saldo (31–32+33)	1 172,3	– 415,0	198,5	629,2	94,3	585,4	2 109,6	– 18,7	66,9
<b>4</b>	<b>Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)</b>	<b>1 172,5</b>	<b>– 320,0</b>	<b>– 290,3</b>	<b>607,6</b>	<b>– 60,4</b>	<b>– 639,6</b>	<b>1 223,2</b>	<b>0,6</b>	<b>– 82,8</b>
<b>5</b>	<b>Schwebende Schulden</b>									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	320,0	393,8	5,4	–	847,0	500,0	–	82,8
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	–	–
56	Zusammen	–	320,0	393,8	5,4	–	847,0	500,0	–	82,8
<b>6</b>	<b>Kassenbestand insgesamt (4+56)<sup>4</sup></b>	<b>1 172,5</b>	<b>0,0</b>	<b>103,5</b>	<b>613,0</b>	<b>– 60,4</b>	<b>207,4</b>	<b>1 723,2</b>	<b>0,6</b>	<b>0,0</b>
<b>7</b>	<b>Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)</b>									
71	Innerer Kassenkredit <sup>8</sup>	–	–	–	–	–	483,4	–	–	–
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	–	713,8	593,2	–	–

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. <sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. <sup>3</sup> Ohne Januar-Bezüge. <sup>4</sup> Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. <sup>5</sup> SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. <sup>6</sup> BY – Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (=Sondervermögen nach Art. 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 33 076,5 Mio. €, die Ausgaben 34 150,6 Mio. € und der Finanzierungssaldo – 1 074,1 Mio. €. <sup>7</sup> NW – Darin enthalten 654,4 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. <sup>8</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. <sup>9</sup> HH – lt. vierteljährlicher Kassenstatistik (SFK3) Kreditmarktmittel (brutto): 2 149,0 Mio. € und Tilgungsausgaben: 2 038,6 Mio. €. Stand: Februar 2006.



## 4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Dezember 2005; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
<b>11</b>	<b>Bereinigte Einnahmen<sup>1</sup></b>								
	für das laufende Haushaltsjahr	<b>15 341,2</b>	<b>9 134,4</b>	<b>6 833,3</b>	<b>8 058,3</b>	<b>18 351,1</b>	<b>3 079,8</b>	<b>9 655,7</b>	<b>235 387,1</b>
111	darunter: Steuereinnahmen	7 143,0	4 239,7	5 026,8	3 900,9	8 120,3	1 803,1	7 382,2	163 944,9
112	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	954,6	563,5	108,6	558,8	2 504,3	358,3	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	1 940,5	6 379,4	4 367,5	2 505,3	11 137,1	2 074,1	110,4 <sup>9</sup>	80 843,0
<b>12</b>	<b>Bereinigte Ausgaben<sup>1</sup></b>	<b>15 544,4</b>	<b>10 187,1</b>	<b>8 326,0</b>	<b>9 068,7</b>	<b>21 583,1</b>	<b>4 143,5</b>	<b>10 023,8</b>	<b>259 520,2</b>
	für das laufende Haushaltsjahr								
121	darunter: Personalausgaben								
	(inklusive Versorgung)	4 163,5	2 320,2	3 265,6	2 435,6	6 645,7	1 278,4	3 368,8	96 333,5
122	Bausubstanz	650,9	73,4	108,8	213,2	210,0	113,7	405,8	4 240,0
123	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	–	–	6,0	–	–	–	318,5	–181,4
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	1 679,4	5 325,1	2 822,2	1 514,7	7 548,6	1 532,6	– <sup>9</sup>	59 425,2
<b>13</b>	<b>Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)</b>	<b>– 203,2</b>	<b>– 1 052,7</b>	<b>– 1 492,7</b>	<b>– 1 010,4</b>	<b>– 3 232,0</b>	<b>– 1 063,7</b>	<b>– 368,1</b>	<b>– 24 133,0</b>
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse <sup>2</sup>	109,2	1 052,7	1 547,9	987,7	3 261,3	511,6	113,3	21 244,4
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–	–	–	–	–	–	–
21	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–	–	–399,2	–	–	–	–1 161,2
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	312,0	85,8	–	–290,9	–275,3	151,9	202,9	7 269,9
32	Vorschüsse	558,6	150,9	–	50,0	–	97,6	243,8	7 916,7
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	290,3	40,3	–	3,0	260,6	340,8	342,3	5 432,1
34	Saldo (31–32+33)	43,7	–24,8	– <sup>5</sup>	–337,9	–14,7	395,1	301,4	4 785,3
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	–50,3	–24,8	55,2	–759,8	14,6	–157,0	46,6	735,3
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	–	–	761,9	–	160,1	115,0	3 186,0
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	–
56	Zusammen	–	–	–	761,9	–	160,1	115,0	3 186,0
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) <sup>4</sup>	–50,3	–24,8	55,2	2,1	14,6	3,1	161,6	3 921,3
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit <sup>8</sup>	–	–	–	–	–	–	180,7	664,1
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	0,6	260,6	95,4	342,3	2 005,9

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. <sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. <sup>2</sup> Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. <sup>3</sup> Ohne Januar-Bezüge. <sup>4</sup> Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. <sup>5</sup> SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. <sup>6</sup> BY – Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (=Sondervermögen nach Art. 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 33 076,5 Mio. €, die Ausgaben 34 150,6 Mio. € und der Finanzierungssaldo –1074,1 Mio. €. <sup>7</sup> NW – Darin enthalten 654,4 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. <sup>8</sup> Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. <sup>9</sup> HH – lt. vierteljährlicher Kassenstatistik (SFK3) Kreditmarktmittel (brutto): 2 149,0 Mio. € und Tilgungsausgaben: 2 038,6 Mio. €. Stand: Februar 2006.

# Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

## 1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland <sup>1</sup>		Erwerbs- quote <sup>2</sup>	Erwerbs- lose	Erwerbs- losen- quote <sup>3</sup>	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitions- quote <sup>4</sup>
	Mio.	Verän- derung in % p. a.				gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Stunde	
						Veränderung in % p. a.			
1991	38,6	.	50,8	2,0	4,9	.	.	.	23,2
1992	38,1	– 1,5	50,1	2,3	5,7	2,2	3,7	2,6	23,6
1993	37,6	– 1,3	49,7	2,8	6,9	– 0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	– 0,1	49,7	3,0	7,4	2,7	2,8	3,0	22,6
1995	37,6	0,2	49,5	2,9	7,1	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	– 0,3	49,5	3,1	7,7	1,0	1,3	2,4	21,3
1997	37,5	– 0,1	49,8	3,5	8,6	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,2	3,3	8,1	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,5	3,1	7,5	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,0	2,9	6,9	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,1	2,9	6,9	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	– 0,6	51,2	3,2	7,6	0,1	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	– 1,0	51,3	3,7	8,7	– 0,2	0,8	1,2	17,8
2004	38,9	0,4	51,8	3,9	9,2	1,6	1,3	0,9	17,4
2005	38,8	– 0,2	51,6	3,9	9,2	0,9	1,1	1,5	17,1
2000/1995	38,0	0,8	50,1	3,1	7,6	2,0	1,2	2,0	21,3
2005/2000	39,0	– 0,2	51,3	3,4	8,1	0,7	0,9	1,4	18,7

<sup>1</sup> Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95. <sup>2</sup> Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose [ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

<sup>3</sup> Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95. <sup>4</sup> Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

## 2 Preisentwicklung

Jahr	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlands- nachfrage (Deflator)	Konsum der privaten Haus- halte (Deflator) <sup>1</sup>	Verbraucher- preisindex (2000=100)	Lohnstück- kosten <sup>2</sup>
	Veränderung in % p. a.						
1991	.	.	.	.	.	.	.
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,4
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,5
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	1,9
1996	1,5	0,5	- 0,7	0,7	1,0	1,5	- 0,0
1997	2,1	0,3	- 2,2	0,9	1,4	1,9	- 1,1
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,4
2000	2,5	- 0,7	- 4,8	0,9	0,9	1,4	0,6
2001	2,5	1,2	- 0,1	1,3	1,7	2,0	0,8
2002	1,5	1,4	2,1	0,8	1,1	1,4	0,8
2003	0,9	1,0	1,0	0,8	1,5	1,1	0,7
2004	2,4	0,8	- 0,2	0,9	1,4	1,6	- 0,9
2005 <sup>3</sup>	1,3	0,4	- 1,6	1,0	1,5	2,0	- 0,9
2000/1995	2,2	0,2	- 1,1	0,5	0,8	1,3	0,0
2005/2000	1,7	1,0	0,2	1,0	1,4	1,6	0,1

<sup>1</sup> Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck. <sup>2</sup> Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigen (Inlands-konzept). <sup>3</sup> Erste Jahresergebnisse 2005 – Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes vom 12. Januar 2006.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

### 3 Außenwirtschaft<sup>1</sup>

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €	Mrd. €	Anteile am BIP in %			
1991	.	.	– 6,09	– 23,08	25,8	26,2	– 0,4	– 1,5
1992	0,2	0,6	– 7,48	– 18,62	24,1	24,5	– 0,5	– 1,1
1993	– 4,8	– 6,4	– 0,46	– 17,82	22,3	22,3	– 0,0	– 1,1
1994	8,9	8,1	2,59	– 28,44	23,1	22,9	0,1	– 1,6
1995	7,7	6,2	8,67	– 23,96	24,0	23,5	0,5	– 1,3
1996	5,5	3,7	16,87	– 12,26	24,9	24,0	0,9	– 0,7
1997	12,7	11,6	23,91	– 8,61	27,5	26,2	1,2	– 0,4
1998	7,0	6,8	26,82	– 13,43	28,7	27,3	1,4	– 0,7
1999	5,0	7,0	17,44	– 23,96	29,4	28,5	0,9	– 1,2
2000	16,4	18,7	7,25	– 26,70	33,4	33,0	0,4	– 1,3
2001	6,9	1,8	42,51	– 0,90	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	– 3,6	97,12	47,69	35,7	31,2	4,5	2,2
2003	0,9	2,5	87,56	45,66	35,7	31,7	4,0	2,1
2004	9,1	7,0	109,46	82,36	38,0	33,1	4,9	3,7
2005 <sup>2</sup>	6,9	7,4	112,93	89,46	40,1	35,1	5,0	4,0
2000/1995	9,2	9,4	16,8	– 18,2	28,0	27,1	0,9	– 0,9
2005/2000	5,5	3,0	76,1	39,6	36,3	32,8	3,5	1,8

<sup>1</sup> In jeweiligen Preisen. <sup>2</sup> Erste Jahresergebnisse 2005 - Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes vom 12. Januar 2006.  
Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

### 4 Einkommensverteilung

Jahr	Volks- einkommen	Unterneh- mens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeit- nehmer)	Reale Nettolöhne und -gehälter (je Arbeit- nehmer) <sup>3</sup>
	Veränderung in % p. a.			unbereinigt <sup>1</sup>	bereinigt <sup>2</sup>	Veränderung in % p. a.	
				in %			
1991	.	.	.	71,0	71,0	.	.
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	– 1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	– 2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	– 0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	– 1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	– 2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	– 1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	– 0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,3	2,8	0,7	71,4	72,3	1,4	– 0,2
2003	1,2	3,6	0,2	70,7	71,8	1,2	– 0,9
2004	3,6	11,7	0,3	68,4	69,8	0,5	0,8
2005 <sup>4</sup>	1,6	6,1	–0,5	67,0	68,7	0,5	– 0,6
2000/1995	1,8	1,2	2,0	71,1	71,8	1,1	– 0,1
2005/2000	2,0	5,5	0,5	70,2	71,4	1,1	0,1

<sup>1</sup> Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens. <sup>2</sup> Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991). <sup>3</sup> Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck).  
<sup>4</sup> Erste Jahresergebnisse 2005 - Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes vom 12. Januar 2006.  
Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

## 5 Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %									
	1985	1990	1995	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
<b>Deutschland</b>	<b>2,2</b>	<b>5,7</b>	<b>1,9</b>	<b>3,2</b>	<b>0,1</b>	<b>- 0,2</b>	<b>1,6</b>	<b>0,8</b>	<b>1,2</b>	<b>1,6</b>
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,9	1,5	0,9	2,6	1,4	2,1	2,0
Dänemark	3,6	1,0	3,1	3,5	0,5	0,6	2,1	2,7	2,3	2,1
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	3,8	4,6	4,7	3,5	3,4	3,4
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,1	2,7	3,0	3,1	3,4	3,2	3,0
Frankreich	1,9	2,7	2,4	4,1	1,2	0,8	2,3	1,5	1,8	2,3
Irland	3,1	7,6	9,8	9,2	6,1	4,4	4,5	4,4	4,8	5,0
Italien	3,0	2,0	2,9	3,0	0,4	0,3	1,2	0,2	1,5	1,4
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	9,0	2,5	2,9	4,5	4,2	4,4	4,5
Niederlande	2,7	4,1	3,0	3,5	0,1	- 0,1	1,7	0,5	2,0	2,4
Österreich	2,6	4,6	1,9	3,4	1,0	1,4	2,4	1,7	1,9	2,2
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,8	0,5	- 1,2	1,2	0,4	0,8	1,2
Finnland	3,4	- 0,3	3,4	5,0	2,2	2,4	3,6	1,9	3,5	3,1
Schweden	2,2	1,0	4,1	4,3	2,0	1,5	3,6	2,5	3,0	2,8
Vereinigtes Königreich	3,6	0,7	2,9	4,0	2,0	2,5	3,2	1,6	2,3	2,8
Euro-Zone	2,4	3,6	2,5	3,8	0,9	0,7	2,1	1,3	1,9	2,1
EU-15	2,6	3,0	2,6	3,8	1,1	1,1	2,3	1,4	2,0	2,2
Estland	-	-	4,5	7,9	7,2	6,7	7,8	8,4	7,2	7,4
Lettland	-	-	- 0,9	6,9	6,4	7,2	8,3	9,1	7,7	7,1
Litauen	-	-	3,3	3,9	6,8	10,5	7,0	7,0	6,2	5,8
Malta	-	-	6,2	6,4	0,8	- 1,9	0,4	0,8	0,7	1,1
Polen	-	-	7,0	4,0	1,4	3,8	5,3	3,4	4,3	4,5
Slowakei	-	-	5,8	2,0	4,6	4,5	5,5	5,1	5,5	6,3
Slowenien	-	-	4,1	4,1	3,5	2,7	4,2	3,8	4,0	4,2
Tschechien	-	-	5,9	3,9	1,5	3,2	4,4	4,8	4,4	4,3
Ungarn	-	-	1,5	5,2	3,5	2,9	4,2	3,7	3,9	3,9
Zypern	-	-	9,9	5,0	2,1	1,9	3,8	3,9	4,0	4,2
EU-25	-	-	2,7	3,8	1,2	1,2	2,4	1,5	2,1	2,4
Japan	5,1	5,2	2,0	2,4	- 0,3	1,4	2,7	2,5	2,2	1,8
USA	3,8	1,7	2,5	3,7	1,6	2,7	4,2	3,5	3,2	2,7

- = keine Angaben

Quellen: Für die Jahre 1985–2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, November 2005.

Für die Jahre ab 2002: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2005.

Stand: November 2005.

## 6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %						
	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
<b>Deutschland</b>	<b>1,9</b>	<b>1,3</b>	<b>1,0</b>	<b>1,8</b>	<b>2,0</b>	<b>1,6</b>	<b>1,1</b>
Belgien	2,4	1,6	1,5	1,9	2,7	2,6	1,9
Dänemark	2,3	2,4	2,0	0,9	1,7	2,0	1,9
Griechenland	3,7	3,9	3,4	3,0	3,5	3,1	3,0
Spanien	2,8	3,6	3,1	3,1	3,6	3,3	2,6
Frankreich	1,8	1,9	2,2	2,3	2,0	2,1	1,9
Irland	4,0	4,7	4,0	2,3	2,2	2,5	2,4
Italien	2,3	2,6	2,8	2,3	2,2	2,1	1,9
Luxemburg	2,4	2,1	2,5	3,2	4,1	4,4	2,2
Niederlande	5,1	3,9	2,2	1,4	1,7	2,0	1,9
Österreich	2,3	1,7	1,3	2,0	2,2	2,1	1,7
Portugal	4,4	3,7	3,3	2,5	2,2	2,7	2,2
Finnland	2,7	2,0	1,3	0,1	1,0	1,4	1,3
Schweden	2,7	2,0	2,3	1,0	0,7	1,4	1,8
Vereinigtes Königreich	1,2	1,3	1,4	1,3	2,4	2,2	2,0
Euro-Zone	2,4	2,3	2,1	2,1	2,3	2,2	1,8
EU-15	2,2	2,1	2,0	2,0	2,3	2,2	1,9
Estland	2,5	3,6	1,4	3,0	4,1	3,3	2,6
Lettland	2,5	2,0	2,9	6,2	6,8	6,0	4,8
Litauen	1,3	0,4	– 1,1	1,1	2,6	2,8	2,9
Malta	2,5	2,6	1,9	2,7	3,1	2,6	2,2
Polen	5,3	1,9	0,7	3,6	2,2	2,3	2,5
Slowakei	7,2	3,5	8,4	7,5	2,9	3,6	2,1
Slowenien	8,6	7,5	5,7	3,6	2,6	2,5	2,5
Tschechien	4,5	1,4	– 0,1	2,6	1,7	2,9	2,6
Ungarn	9,1	5,2	4,7	6,8	3,7	2,0	3,0
Zypern	2,0	2,8	4,0	1,9	2,3	2,1	2,1
EU-25	2,5	2,1	1,9	2,1	2,3	2,2	1,9
Japan	– 0,6	– 0,9	– 0,3	0,0	– 0,2	0,3	2,0
USA	2,8	1,6	2,3	2,7	3,3	2,9	2,2

Quellen: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2005.  
Stand: November 2005.

## 7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung									
	1985	1990	1995	2000	2002	2003	2004	2005	2006	2007
<b>Deutschland</b>	<b>7,2</b>	<b>4,8</b>	<b>8,0</b>	<b>7,2</b>	<b>8,2</b>	<b>9,0</b>	<b>9,5</b>	<b>9,5</b>	<b>9,3</b>	<b>9,1</b>
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	7,3	8,0	7,9	8,0	7,9	7,8
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,4	4,6	5,6	5,4	4,6	4,2	4,0
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,3	10,3	9,7	10,5	10,4	10,0	9,7
Spanien	17,7	13,1	18,8	11,4	11,5	11,5	11,0	9,2	8,5	8,1
Frankreich	9,6	8,5	11,1	9,1	8,9	9,5	9,6	9,6	9,3	8,9
Irland	16,8	13,4	12,3	4,3	4,3	4,6	4,5	4,3	4,4	4,5
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	8,6	8,4	8,0	7,7	7,6	7,5
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,3	2,8	3,7	4,8	5,3	5,6	5,8
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	2,8	3,7	4,6	5,1	4,9	4,2
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	4,2	4,3	4,8	5,0	5,0	5,1
Portugal	9,1	4,8	7,3	4,1	5,0	6,3	6,7	7,4	7,7	7,8
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	9,1	9,0	8,8	8,4	7,8	7,2
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	4,9	5,6	6,3	6,8	5,9	5,6
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	5,1	4,9	4,7	4,6	4,9	4,7
Euro-Zone	9,3	7,6	10,5	8,3	8,3	8,7	8,9	8,6	8,4	8,1
EU-15	9,4	7,3	10,0	7,6	7,6	7,9	8,1	7,9	7,7	7,4
Estland	–	0,6	9,7	12,5	9,5	10,2	9,2	7,2	6,0	5,4
Lettland	–	0,5	18,9	13,7	12,6	10,4	9,8	9,7	9,4	9,3
Litauen	–	5,3	12,7	16,4	13,5	12,7	10,9	9,0	8,1	7,5
Malta	–	4,8	4,9	6,7	7,7	8,0	7,6	7,2	7,1	7,1
Polen	–	–	13,2	16,4	19,8	19,2	18,8	17,8	16,8	15,5
Slowakei	–	–	13,3	18,7	18,7	17,5	18,2	16,7	16,2	15,8
Slowenien	–	–	6,9	6,6	6,1	6,5	6,0	5,8	5,7	5,6
Tschechien	–	–	3,9	8,7	7,3	7,8	8,3	7,9	7,5	7,4
Ungarn	–	–	10,0	6,3	5,6	5,8	6,0	7,0	6,9	6,7
Zypern	–	–	3,9	5,2	3,9	4,5	5,2	4,9	4,8	4,6
EU-25	–	–	10,6	8,6	8,7	9,0	9,0	8,7	8,5	8,1
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	5,4	5,3	4,7	4,5	4,2	4,2
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,8	6,0	5,5	5,1	5,0	5,3

– = keine Angaben

Quellen: Für die Jahre 1985–2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, statistischer Anhang, November 2005.

Für die Jahre ab 2002: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2005.

Stand: November 2005.

## 8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanz in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %											
	2003	2004	2005 <sup>1</sup>	2006 <sup>1</sup>	2003	2004	2005 <sup>1</sup>	2006 <sup>1</sup>	2003	2004	2005 <sup>1</sup>	2006 <sup>1</sup>
<b>Gemeinschaft der unabhängigen Staaten</b>	<b>7,9</b>	<b>8,4</b>	<b>6,0</b>	<b>5,7</b>	<b>12,0</b>	<b>10,3</b>	<b>12,6</b>	<b>10,5</b>	<b>6,3</b>	<b>8,3</b>	<b>10,6</b>	<b>10,3</b>
darunter												
Russische Föderation	7,3	7,2	5,5	5,3	13,7	10,9	12,8	10,7	8,2	10,3	13,2	13,0
Ukraine	9,6	12,1	5,5	5,4	5,2	9,0	14,2	12,1	5,8	10,5	5,0	0,2
<b>Asien</b>	<b>7,5</b>	<b>7,9</b>	<b>7,3</b>	<b>6,9</b>	<b>2,4</b>	<b>4,0</b>	<b>3,9</b>	<b>4,4</b>	<b>4,3</b>	<b>4,1</b>	<b>3,7</b>	<b>3,4</b>
darunter												
China	9,5	9,5	9,0	8,2	1,2	3,9	3,0	3,8	3,2	4,2	6,1	5,6
Indien	7,4	7,3	7,1	6,3	3,8	3,8	3,9	5,1	1,2	− 0,1	− 1,8	− 2,0
Indonesien	4,9	5,1	5,8	5,8	6,8	6,1	8,2	6,5	3,4	1,2	− 0,4	0,7
Korea	3,1	4,6	3,8	5,0	3,5	3,6	2,8	2,9	2,0	4,1	2,0	1,5
Thailand	6,9	6,1	3,5	5,0	1,8	2,7	4,2	2,7	5,6	4,5	− 2,5	− 2,5
Türkei <sup>2</sup>	5,8	8,9	5,0	5,0	25,2	10,3	8,4	6,9	− 3,3	− 5,1	− 5,6	− 5,3
<b>Lateinamerika</b>	<b>2,2</b>	<b>5,6</b>	<b>4,1</b>	<b>3,8</b>	<b>10,6</b>	<b>6,5</b>	<b>6,3</b>	<b>5,4</b>	<b>0,4</b>	<b>0,9</b>	<b>0,9</b>	<b>0,6</b>
darunter												
Argentinien	8,8	9,0	7,5	4,2	13,4	4,4	9,5	10,4	5,8	2,0	1,3	0,1
Brasilien	0,5	4,9	3,3	3,5	14,8	6,6	6,8	4,6	0,8	1,9	1,7	0,7
Chile	3,7	6,1	5,9	5,8	2,8	1,1	2,9	3,3	− 1,5	1,5	0,3	− 0,7
Mexiko	1,4	4,4	3,0	3,5	4,5	4,7	4,3	3,6	− 1,4	− 1,1	− 1,1	− 0,8
Venezuela	− 7,7	17,9	7,8	4,5	31,1	21,7	16,6	18,0	13,6	12,7	15,9	14,9

<sup>1</sup> Prognosen des IWF.

<sup>2</sup> Zuordnung lt. IWF World Economic Outlook.

Quelle: IWF World Economic Outlook, September 2005.

## 9 Entwicklung von DAX und Dow Jones

Eröffnungskurs 3. Januar 2005 = 100%

(3. Januar 2005 bis 15. Februar 2006)





## 10 Übersicht Weltfinanzmärkte

### Aktienindizes

	Schlussstände 15.2.2006	Anfang 2006	Änderung in % zu Anfang 2006	Tief 2005	Hoch 2005
Dow Jones	11 059	10 718	3,19	10 012	10 941
Eurostoxx 50	3 455	3 349	3,15	2 763	3 364
Dax	5 764	5 408	6,58	4 258	5 459
CAC 40	4 934	4 715	4,64	3 816	4 773
Nikkei	15 933	16 111	- 1,11	15 060	16 344

### Renditen staatlicher Benchmarkanleihen

10 Jahre	Schlussstände 15.2.2006	Anfang 2006	Spread zu US-Bond	Tief 2005	Hoch 2005
			in %		
USA	4,60	4,40	-	3,89	4,66
Bund	3,49	3,30	- 1,12	3,02	3,78
Japan	1,57	1,47	- 3,03	1,17	1,78
Brasilien	13,55	6,90	8,94	6,90	9,43

### Währungen

	Schlussstände 15.2.2006	Anfang 2006	Änderung in % zu Anfang 2006	Tief 2005	Hoch 2005
Dollar/Euro	1,19	1,18	0,36	1,17	1,36
Yen/Dollar	117,57	118	- 0,30	102	121
Yen/Euro	140,08	139	0,55	131	143
Pfund/Euro	0,68	0,69	- 0,71	0,66	0,71



**HERAUSGEBER:**

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN  
REFERAT INFORMATION UND PUBLIKATION  
WILHELMSTRASSE 97  
10117 BERLIN  
[HTTP://WWW.BUNDESFINANZMINISTERIUM.DE](http://www.bundesfinanzministerium.de)  
ODER  
[HTTP://WWW.BMF.BUND.DE](http://www.bmf.bund.de)

**REDAKTION:**

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN  
ARBEITSGRUPPE MONATSBERICHT  
[REDAKTION.MONATSBERICHT@BMF.BUND.DE](mailto:REDAKTION.MONATSBERICHT@BMF.BUND.DE)  
BERLIN, FEBRUAR 2006

**SATZ UND GESTALTUNG:**

HEIMBÜCHEL PR,  
KOMMUNIKATION UND PUBLIZISTIK GMBH,  
BERLIN/KÖLN

**DRUCK:**

BONIFATIUS GMBH, PADERBORN

**BEZUGSSERVICE FÜR PUBLIKATIONEN DES  
BUNDESMINISTERIUMS DER FINANZEN:**

TELEFONISCH 0 18 88 / 80 80 800  
(0,12 €/MIN.)  
PER TELEFAX 0 18 88 / 10 80 80 800  
(0,12 €/MIN.)

ISSN 1618-291X



Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.